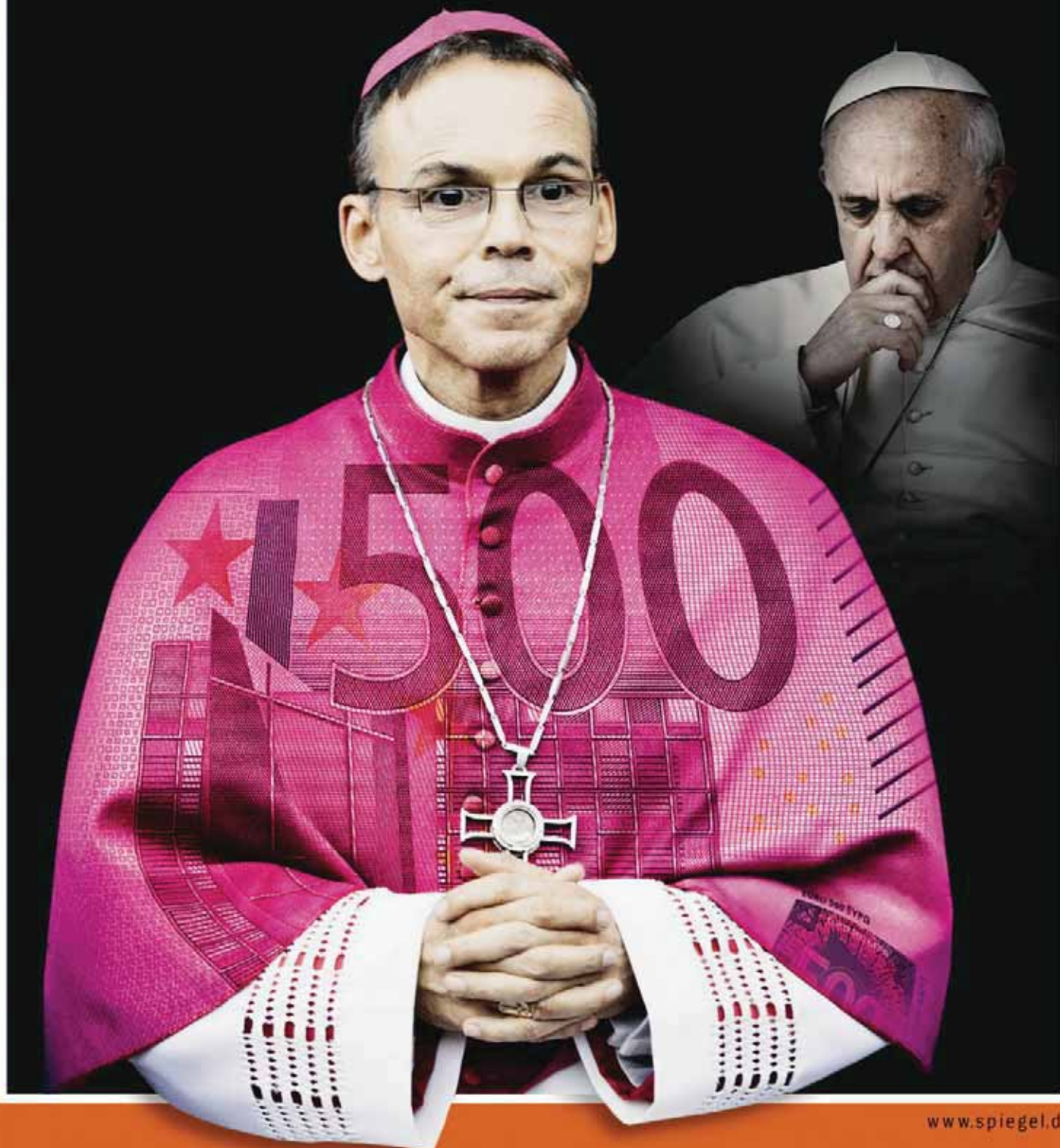


GOTTES TEURER DIENER

Der Papst der Armen und sein verschwenderischer Bischof



Hausmitteilung

14. Oktober 2013

Betr.: Titel, Asyl, „Dein SPIEGEL“

Vom aufwendigen Lebensstil des Limburger Bischofs hörte SPIEGEL-Redakteur Peter Wensierski bereits kurz nach dem Amtsantritt des Franz-Peter Tebartz-van Elst im Jahr 2008. Mitglieder der Gemeinde berichteten irritiert über rote Teppiche, die für den Bischof ausgelegt worden waren, vom Gebrauch des Dienstwagens samt Fahrer, auch für kürzeste Wege in der Stadt. In den folgenden Jahren riss die Kritik am Bischof nie ab, und der SPIEGEL berichtete immer wieder über einen Kirchenmann, der in seinen Predigten Bescheidenheit und Zurückhaltung pries, sich selbst aber ganz anders verhielt. In dieser Ausgabe beschreibt Titelauteur Frank Hornig nun zusammen mit seinen Kollegen Wensierski, Walter Mayr und der SPIEGEL-Mitarbeiterin Theresa Authaler den vorläufigen Höhepunkt der Affäre und erklärt, warum sich Tebartz-van Elst so lange im Amt halten konnte. Beenden können den Skandal, der nicht nur das Bischofsamt, sondern auch die katholische Kirche beschädigt, nur zwei Personen. Der Bischof selbst. Und der Papst (Seite 64).



Wensierski in Rom

Als sich abzeichnete, dass die Zahl der Asylbewerber in diesem Jahr auf mehr als 100 000 steigen würde, machten sich die SPIEGEL-Redakteure Jürgen Dahlkamp und Maximilian Popp auf eine Reise durch Deutschland. Sie wollten in Erfahrung bringen, wie heute umgegangen wird mit Flüchtlingen, wie sehr sich Asylrecht und Asylpraxis unterscheiden. Während ihrer Recherche sprachen Dahlkamp



Dahlkamp

Popp

und Popp mit Flüchtlingen und Rechtsanwälten, mit überforderten Innenpolitikern, mit Grenzpolizisten, Beamten in Ausländerbehörden und den Männern und Frauen, die nun in vielen Städten und Landkreisen schnell Unterkünfte beschaffen müssen für neue Flüchtlinge. Am Ende der Recherche steht für die beiden Autoren die Erkenntnis, dass die deutsche Asylpolitik genauso gescheitert ist wie die europäische: Beide Systeme müssen dringend reformiert werden (Seite 44).

Smartphone, Spielekonsole und Fernseher gehören längst zur Ausstattung vieler Kinderzimmer. Während die Kinder sich auf die neuen Geräte stürzen, sorgen sich viele Eltern um die Folgen des Technik-Konsums. „Dein SPIEGEL“, das Nachrichten-Magazin für Kinder, gibt in der aktuellen Ausgabe Antworten und Tipps rund um die Frage: Wie viel Technik ist erlaubt? Passend dazu befragen Kinder-Reporter den Google-Manager Wieland Holfelder, welche Daten Google über sie sammelt und wie der Konzern mit Cybermobbing umgeht. Außerdem: ein Besuch bei syrischen Kindern in einem Flüchtlingslager im Libanon. „Dein SPIEGEL“ erscheint an diesem Dienstag.



Titel

Die zwei Gesichter des Klerus – während Papst Franziskus Bescheidenheit vorlebt, verschwendet der Limburger Bischof Millionen 64

Deutschland

Panorama: Anschlag auf de Maizière und Westerwelle verhindert / Widerstand gegen Özdemir / Milliarden Schäden durch kriminelle Organisationen in der EU 15

Parteien: Zwischen Union und SPD hat das Ringen um Inhalte und Posten begonnen 20
Stuttgarts grüner Ministerpräsident Kretschmann wirbt für eine Reform seiner Partei 22

Sozialdemokraten: Parteivize Olaf Scholz fordert eine Aufarbeitung der Wahlniederlagen 26

Liberalen: Der Kurs Christian Lindners wird bereits jetzt in Frage gestellt 30

Umwelt: Wie die Regierung schärfere CO₂-Grenzwerte bei Autos verhindern will 32

Europa: Der Bundestag beschloss die Dreiprozentklausel bei Europawahlen gegen ein Gutachten des Innenministeriums 34

Koalitionen: Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel über seine Suche nach einer neuen Regierungsmehrheit 36

Zeitgeschichte: Wie die Dänen 1943 fast ihre gesamte jüdische Bevölkerung vor der Deportation bewahrten 38

Geheimdienste: Der BND streute das Gerücht, der Verfassungsschutz habe besonders viele NS-Verbrecher beschäftigt 42

Flüchtlinge: Das Asylsystem funktioniert nur noch scheinbar 44

Gesellschaft

Szene: Hochzeit auf dem Hochseil / Warum ist Leipzig plötzlich hip? 54

Ein Facebook-Eintrag und seine Geschichte – ein Auschwitz-Überlebender sucht seinen Bruder 55

Spionage: Hacker dringen in das Leben eines SPIEGEL-Reporters ein 56

Homestory: Warum es falsch ist, Kinder spät einzuschulen 63

Wirtschaft

Trends: Kritik an Mattel-Zulieferern / Energiekonzerne fordern Ende der Brennelementesteuer / Finanzministerium plant komplette Gleichstellung homosexueller Paare 72

Unternehmen: Was hat die Internet-Ikone Marissa Mayer bei Yahoo bislang erreicht? 74

Wohnungsmarkt: Die Gefahren der gutgemeinten Mietpreiskontrolle 78

Europa: EU-Kommissar Oettinger will mit Milliardenhilfen 200 Energieprojekte fördern 80

Karrieren: Die Herkulesaufgaben der künftigen Fed-Chefin Janet Yellen 82

Landwirtschaft: Die massenhafte Tötung männlicher Küken könnte beendet werden 84

Gesundheit: Kliniken wehren sich gegen Bewertungsportale der Kassen 86

Banken: Wie die HypoVereinsbank an die Börse zurückkehren könnte 87

Kino: Dreamworks-Animation-Chef Katzenberg über die ökonomischen Seiten seiner Hits 88

Ausland

Panorama: Das von Dschihadisten verübte Massaker spaltet den syrischen Widerstand / Sexismus in der französischen Politik 90

Ägypten: Terroristen-Paradies auf dem Sinai 92

Nordkorea: Ein Ex-Offizier verhilft Tausenden zur Flucht 96

Essay: Wie China, Brasilien und Indien die klassischen Industriestaaten überrunden ... 100



Bischof Tebartz-van Elst

Die Doppelmoral der Kirche

Seite 64

Papst Franziskus predigt Bescheidenheit – während der Limburger Bischof Tebartz-van Elst Millionen für seine Residenz verschwendet. Er ist nicht der einzige Hirte, der mit dem neuen Armutskurs aus Rom hadert.

Tage der Trickser

Seite 20

Während Kanzlerin Merkel noch Sondierungsgespräche mit den Grünen führt, hat der Kampf zwischen Union und SPD um Posten und Inhalte bereits begonnen. Wer bekommt am Ende das Finanzministerium?

Trauerspiel Asyl

Seite 44

Nach der Katastrophe von Lampedusa fordern Experten eine Reform der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Bundesregierung aber klammert sich an das alte System, aus Angst vor noch mehr Asylbewerbern.



Inka-Stadt Machu Picchu

Der Untergang der Inka

Seite 148

Vor fast 500 Jahren zerstörten spanische Eroberer unter dem Befehl von Francisco Pizarro das Inka-Reich. Die Konquistadoren stahlen Tausende Tonnen Silber und Gold. Im Namen des Kreuzes wurde ein Volk versklavt, Millionen Ureinwohner starben. Eine Ausstellung in Stuttgart präsentiert jetzt das erstaunliche Erbe des Andenvolkes.



Yellen, Obama, Bernanke

Wohin steuert Amerika?

Seite 82

Mit der Nominierung von Janet Yellen als nächster Chefin der Federal Reserve hat US-Präsident Obama ein Zeichen gesetzt: Die mächtige Notenbank soll die Wirtschaft ankurbeln – trotz großer Risiken für die ganze Welt.

Höchste Ehren

Seiten 110, 138, 156

In Stockholm und Oslo wurden die Empfänger der Nobelpreise verkündet: Die internationalen Giftgaskontrolleure erhalten den Friedensnobelpreis, Alice Munro den für Literatur, Peter Higgs und François Englert den für Physik.

Gestohlenes Leben

Seite 56

Familie, Konto, Arbeit: Hacker brauchen nicht viel, um das Leben anderer unter Kontrolle zu bringen. Bei einem Selbstversuch erfuhr SPIEGEL-Reporter Uwe Buse, dass Selbstverteidigung im Internet unmöglich ist.

Die schöne Perserin

Seite 128

Weil die iranische Schauspielerin Golshifteh Farahani einen Film mit Leonardo DiCaprio drehte, fiel sie in ihrer Heimat in Ungnade. Mittlerweile ist die schöne Perserin auf dem Weg zum Weltstar. In der Romanverfilmung „Stein der Geduld“ spielt sie jetzt eine Afghanin, die eine unglückliche Ehe führt und gegen die Traditionen aufbegehrt.



Farahani in „Stein der Geduld“

CHIP SOMODEVILLA / GETTY IMAGES

USA: Detroit wird zur Geisterstadt	106
Ehrungen I: Die Chemiewaffen-Inspektoren haben ihre gefährlichste Aufgabe noch vor sich	110
Global Village: Ein französischer Thriller-Autor verblüfft mit Geheimdienstinformationen	112

Kultur

Szene: Studenten planen die Nachnutzung von AKW / Buchpreisträgerin Terézia Mora über Erfolg und Geld	122
Metropolen: Wie das Berliner Nachtleben zu einer globalen Attraktion werden konnte	124
Kino: Die unwahrscheinliche Karriere der iranischen Schauspielerin Golshifteh Farahani	128
Ideengeschichte: SPIEGEL-Gespräch mit dem britischen Politikwissenschaftler Mark Blyth über die Vergeblichkeit der europäischen Sparpolitik	130
Legenden: Auszüge aus den Tagebüchern des Schauspielers Richard Burton	134
Bestseller	136
Ehrungen II: Alice Munro bekommt hochverdient den Nobelpreis für Literatur	138
Filmkritik: Der Thriller „Prisoners“ beschreibt das moralische Dilemma eines Vaters	139

Sport

Szene: Bürger in Kapstadt fordern den Abriss des WM-Stadions / Buch über die Geschichte der deutschen Formel-1-Rennfahrer	141
Sportwetten: Ermittler warnen vor Betrugskartellen aus Osteuropa	142
Marketing: Wie der Getränkehersteller Red Bull einen Münchner Eishockeyclub umbaut	144

Wissenschaft • Technik

Prisma: Kot-Pillen für Darmkranke / Kolonne der Geister-Lkw	146
Archäologie: Das Ende der Inka – wie Europa einen Kontinent versklavte	148
Ehrungen III: Ein zufälliger Einfall machte einen schüchternen Briten zum berühmtesten Physiker der Welt	156
Medizin: Lobbyisten verhindern strengere Zulassungsprüfung für Herzklappen und Hüftprothesen	157
Computer: Was taugen die schlaun Uhren am Handgelenk?	158

Medien

Trends: Sat.1 will Til Schweigers 50. Geburtstag feiern / NDR-Fernsehdirektor zahlt Geldbuße ...	161
Intendanten: SPIEGEL-Gespräch mit WDR-Chef Tom Buhrow über seinen schwierigen Start bei der größten ARD-Sendeanstalt	162

Briefe	10
Impressum, Leserservice	166
Register	167
Personalien	168
Hohlspiegel/Rückspiegel	170

Titelbild: Montage DER SPIEGEL;
Fotos Michael Gottschalk / photothek.net, Stefano Spaziani / action press

Miese Tour

Studenten kämpfen mit schmutzigen Tricks um Spitzennoten und Superjobs. Zudem im UniSPIEGEL: Warum eine 24-Jährige ins Kloster geht und ein Forscher den Abschied vom Auto prophezeit.





SPIEGEL-Titel 41/2013

„Mein erster Gedanke: Warum bietet der SPIEGEL diesem Verbrecher ein Forum? Doch nach der Lektüre des Gesprächs habe ich meine Meinung geändert. Besser hätte man den syrischen Kriminellen im Range eines Präsidenten nicht entlarven können.“

UWE TÜNNERMANN, LEMGO (NRW)

Die Titelseite stimmt mich nachdenklich. Warum wird Herr Assad auf dem Deckblatt geehrt? Mit der Auswahl des Fotos zum Titeltext kann ich nicht umgehen. Der Mann schaut selbstgefällig in die Kamera, und die Andeutung seines Lächelns manifestiert seine Selbsteinschätzung, die lauten könnte: „Ihr kriegt mich nicht. Ich bin immer noch da und werde bleiben.“ Fragen sind entbehrlich.

ANNA EBERLE, NEUFFEN (BAD.-WÜRTT.)

Anstatt eine weitere Plattform für seine „Die anderen sind die Bösen“-Propaganda zu bekommen, sollte Assad wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet werden.

SEBASTIAN LUBERSTETTER, OLCHING (BAYERN)

Nr. 40/2013, Trauerstimmung bei den Liberalen – die Bundestagsfraktion löst sich auf

Einmal gut durchgewischt

Vielen Dank für den interessanten Einblick in die Lage der FDP. Bei jeder anderen Partei kann man ein paar Schlagworte nennen, die verdeutlichen, wofür sie steht. Aber wofür steht die FDP? Beim Bürger hat sie sich als Klientelpartei positioniert, welche weiterhin die freie Marktwirtschaft zum Wohle aller predigt. Die FDP hat dem Wähler ein Angebot unterbreitet. Dieses wurde nicht in ausreichendem Maße angenommen. Angebot und Nachfrage. Willkommen in der freien Marktwirtschaft.

MARK MEIER, BAD SÄCKINGEN (BAD.-WÜRTT.)

Die liberale Fraktion müsste sich nicht auflösen, wenn sie ihren Wählern besser klargemacht hätte, wie sie ihre Stimmen richtig splitten. Beim Auszählen der Stimmzettel im Wahllokal habe ich bemerkt, dass eine Reihe von Erststimmen chancenlos an die FDP ging, kombiniert mit einer Zweitstimme, meist für die CDU. Diese „verkehrten“ Stimmzettel wären bundesweit hochgerechnet die Stimmen, die für die Fünfprozenthürde fehlten.

ALAN BENSON, BERLIN

Gar nicht auszudenken, wenn es die FDP mit 5,1 Prozent doch noch geschafft hätte. Nichts hätte sich getan, außer kosmetischen Reparaturen. Ich bin einer der treuen gelben Wähler, die dieser FDP die Stimme bewusst enthalten haben. Im Herzen liberal, erfreut mich nach zwei Wochen die FDP-Zwangspause immer noch, auch wenn sie mit der Großen Koalition teuer erkaufte werden wird. Einmal gut in allen Ecken durchgewischt, die Mülleimer geleert und keine faulen Kompromisse geschlossen – dann ist Herrn Lindner meine Stimme wieder sicher.

THOMAS WUTTKE, HERRSCHING AM AMMERSEE

Nr. 41/2013, „Wie leben Sie mit dieser Schuld, Herr Assad?“ – SPIEGEL-Gespräch mit dem syrischen Diktator

Ihr kriegt mich nicht

Es ist geradezu widerlich, mit welchem gespieltem Gleichmut Assad sein Unrechtsregime zu verteidigen sucht. Selbst die knallharten Fragen der SPIEGEL-Redakteure ließen den Präsidenten monoton uneinsichtig. Aus welchem Holz muss ein Mensch geschnitzt sein, der gleichsam ohne erkennbare Empathie seine menschenverachtenden Handlungen verteidigt? Aber das wohnt wohl allen Despoten inne: Schuld sind immer die anderen.

HORST WINKLER, HERNE

Zum Einsatz der Chemiewaffen fragen Sie Herrn Assad: „Wie leben Sie mit dieser Schuld?“ Haben Sie jemals einen US-amerikanischen Präsidenten gefragt, wie er und die USA mit der Schuld des Einsatzes von Napalm und Agent Orange in Vietnam mit mehreren Millionen Toten in der Zivilbevölkerung leben?

DR. NORBERT JOCKWER, SCHANDELAH (NIEDERS.)

Was soll das? Sie lassen einen der führenden Großkriminellen und Massenmörder unserer Zeit auf sieben Seiten zu Wort kommen. Wen interessiert es? Für die Banalität des Bösen gab und gibt es viel bessere Zeitdokumente.

NEDJU BUCHLEV, HEIDELBERG

Seit Jahrzehnten ein gewohntes Bild: die aktuelle Ausgabe des SPIEGEL auf unserem Wohnzimmertisch – diesmal aber mit der Rückseite nach oben.

PETER SCHARFENSTEIN, UNTERLÜSS (NIEDERS.)

Großes Lob zuerst einmal an die Redakteure, dass sie dieses Interview geführt haben. Das Ansehen in der westlichen Welt scheint Assad doch noch etwas zu bedeuten. Seine Antworten haben bei mir jedoch keinen guten Eindruck hinterlassen, so viel Dummheit hätte ich selbst diesem Mann nicht zugetraut. Hier versucht einer, sich durch eitle Reden aus

gut durchdachten Fragen zu winden. Nun liegt es am syrischen Volk, ob es weiter jemandem folgt, der sich bestens auskennt mit Propagandamethoden.

MICHAEL CREMER, TRIER

Die Frage auf dem Titel: „Wie leben Sie mit dieser Schuld, Herr Assad?“, lässt sich leicht beantworten: gut, wie wohl alle Diktatoren.

HEINZ-WERNER RINN, HEUCHELHEIM (HESSEN)

Eines muss man Assad lassen: Er verbreitet seine „Wahrheit“ mit einer Konsequenz, dass man ihm schon fast glaubt!



THOMAS RASSLOFF / DEMOTIX / CORBIS

Menschen in Aleppo nach Luftangriff

Das SPIEGEL-Interview war ein tiefgehender Einblick in seine Gedankenwelt. Assad ist sich meiner Ansicht nach seiner Situation äußerst bewusst: Er hat nach wie vor die beiden Weltsicherheitsrats-Vetomächte Russland und China hinter sich, und Länder wie der Irak, Ägypten und Libyen zeigen, dass ein chaosähnlicher Zustand ausbricht, wenn ein Diktator – wie Assad einer ist – gestürzt wird.

JOHANNES RUSS, NÜRNBERG

In jedem Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Das wurde in dem Assad-Interview auf erschreckende Weise bestätigt.

DR. KARSTEN STREY, HAMBURG

Ich erwarte schnellstmöglich auch ein Gespräch mit Kim Jong Un. Auf dass er uns über unsere niederträchtigen „Behauptungen“ und „Unterstellungen“ belehrt, die allen voran der SPIEGEL verbreitet!

DR. CHRISTIAN PLÖGER, BERLIN



„Zeit“-Redaktionskonferenz um 1972

Nr. 40/2013, Auch die Medien bagatellisierten den Missbrauch von Kindern

„Huch, da war ja mal was!“

Hat nicht der SPIEGEL noch bis zum Wahltag fleißig an Jürgen Trittin mitgesägt, wegen Aussagen zum Thema Pädophilie, die jener nicht einmal selbst gemacht hatte, sondern für die er lediglich in einem kommunalen Wahlprogramm presserechtlich verantwortlich zeichnete? Nun wird nach dem Motto „Huch, da war ja mal was“ eine „Enthüllung“ aus dem Hut gezaubert, und Gott sei Dank war man ja nicht allein: Nein, auch die „Zeit“ und die „taz“ waren mit dabei.

REINER SCHMITZ, BAD HÖNNINGEN (RHL.D.-PF.)

Sie berichten darüber, dass in den siebziger und achtziger Jahren Parteien und Zeitungen wie die „Zeit“ und die „taz“ die Entkriminalisierung von Pädophilie diskutiert haben. Selbstkritisch weisen Sie darauf hin, dass auch der SPIEGEL das Thema bagatellisiert hat. Seit 1981 machen Frauen die psychologischen Traumatisierungen durch sexuellen Missbrauch in der Kindheit öffentlich. Medien wie „Frankfurter Rundschau“, „Stern“, „Brigitte“, „Emma“ und auch der SPIEGEL haben das Anliegen Mitte der achtziger Jahre mit ausführlichen Berichten unterstützt. Im September 2013 feierte Wildwasser e. V., eine Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch, ihr 30-jähriges Jubiläum. Ich bedanke mich dafür, dass auch der SPIEGEL unser Anliegen letztendlich unterstützt hat.

DIPL.-PSYCH. ANNE VOSS, POTSDAM

Nr. 41/2013, In den Berliner Ministerien leiden die Beamten nach der Wahl an Unterbeschäftigung

In Würde und Anstand

Sie erheben den Vorwurf, ich sei in den Tagen nach der Wahl nicht mehr in meinem Büro erschienen und es verbreite sich das Gerücht, ich mache blau. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, dass ich Bundesminister Ramsauer am Montag nach der Wahl mitgeteilt habe, dass ich meine restliche Amtszeit in Würde und Anstand zu Ende bringen möchte. Er teilte mir mit, dass

ich meine Aufgaben wie bisher wahrnehmen kann, er musste mich nicht zur Erfüllung meiner Amtspflichten anhalten. Ich musste in der Woche nach der Wahl mit meinen Mitarbeitern Personalgespräche führen und die Auflösung des Büros organisieren. Dennoch bin ich meinem Büro keineswegs ferngeblieben und habe mich auch nicht auf die faule Haut gelegt.

JAN MÜCKE, BERLIN
MdB/FDP

Nr. 40/2013, SPIEGEL-Gespräch mit dem Metallica-Sänger James Hetfield über die Einsamkeit eines Rockstars

James, entspann dich!

Ich fand es ausgesprochen positiv, gerade im SPIEGEL ein Interview mit diesem außergewöhnlichen Menschen zu lesen. In den Musikzeitschriften, die sich üblicherweise mit den Bands des harten Genres befassen, wird eine solche Tiefgründigkeit selten erreicht. Danke!

JÖRG SCHNEIDER, WEINSTADT (BAD.-WÜRTT.)

Was für ein großartiges Interview! Während man von Künstlern dieser Größenordnung sonst nur tonbandartiges Palaver gewöhnt ist, schafft Ihr Redakteur es, ein tiefgründiges und authentisches Porträt des Frontmanns der größten Metal-Band der Welt zu schaffen. Beeindruckend.

THOMAS TRIBUS, TISENS (ITALIEN)

Ach James, wenn du nur endlich verstehen würdest, dass du nicht für uns verantwortlich bist, wir dich aber trotzdem all die Jahre gebraucht und geliebt haben. Du hast für uns unsere Wut in die Welt



BUDA MENDES / GETTY IMAGES

Metallica-Frontmann Hetfield

hinausgeschrien. Du warst während der wilden Jugendjahre unser Gott, und wir haben dir in Konzerten gehuldigt. Jetzt sind wir mit dir alt geworden, und alles ist gut. Du kannst mit Wohlwollen auf dein Schaffen zurücksehen. James, entspann dich! Und danke, dass es dich gibt.

RALF VOLLE, SIGMARINGEN (BAD.-WÜRTT.)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich im Mittelbund ein zwölfseitiger Beihefter der Firma Peek & Cloppenburg (P&C).



Westerwelle,
de Maizière
in Kunduz

THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

AFGHANISTAN

Anschlag auf Minister verhindert

Anlässlich des Besuchs von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im nordafghanischen Kunduz planten Aufständische einen Angriff auf das Bundeswehr-Feldlager.

Am Sonntagmorgen vergangener Woche, dem Tag der feierlichen Übergabe des Camps an die Afghanen, entdeckten Aufklärungskräfte mit den hochleistungsfähigen Sensoren eines Überwachungszeppelins zwei Raketenwerfer westlich des Lagers. Aufständische machten die 107-Millimeter-Werfer feuerbereit. Ein sofort entsandter „Tiger“-Kampfhubschrauber konnte die feindliche Stellung wenig später jedoch nicht mehr ausmachen. Die Bundeswehr nimmt an, dass die Aufständischen den Hubschrauber bemerkt und sich sofort zurückgezogen hatten. Offiziell teilte ein Sprecher zu dem Vor-

fall nur mit, es habe „Hinweise auf eine Störung der Übergabeceremonie durch Raketenbeschuss gegeben“. Details seien geheim. Vor dem Festakt zur Übergabe des Camps, bei dem auch Regierungsvertreter aus Kabul und der amerikanische Chef aller Isaf-Truppen teilnahmen, waren die Sicherheitsvorkehrungen massiv erhöht worden.

Angesichts des Abzugs der alliierten Truppen wächst vor Ort die Angst afghanischer Helfer der ausländischen Soldaten. In Deutschland wurde bisher nur über wenige Aufnahmeanträge positiv entschieden. Das ergibt sich aus einer Antwort von Innenstaatssekretär Ole Schröder an den Grünen-Verteidigungsexperten Omid Nouripour. Demnach wurde bei 5 von 24 Ortskräften aus dem Bereich des Verteidigungsressorts, die im April laut Bundesinnenministerium „eine Gefährdung“ angezeigt hatten, „eine Aufnahmezusage erteilt“. Insgesamt lägen rund 250 solcher Anzeigen vor. Bundeswehr, Auswärtiges Amt und Innenministerium hatten 1700 Afghanen beschäftigt, etwa als Übersetzer. Viele Helfer fürchten wegen dieser Zusammenarbeit nun im eigenen Land um ihr Leben. „Wir müssen den Ortskräften großzügig Schutz bieten“, sagt Nouripour, „diesen Grundsatz verletzt die Bundesregierung.“ Staatssekretär Schröder betont in dem Schreiben, die Verfahren würden „zügig und wohlwollend weitergeführt“.

LOBBYISTEN

Bundesweite Kampagne

Eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen, die von der Metall- und Elektroindustrie finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), begleitet die Gespräche zur Regierungsbildung mit einer massiven PR-Kampagne. Rechtzeitig zu den ersten

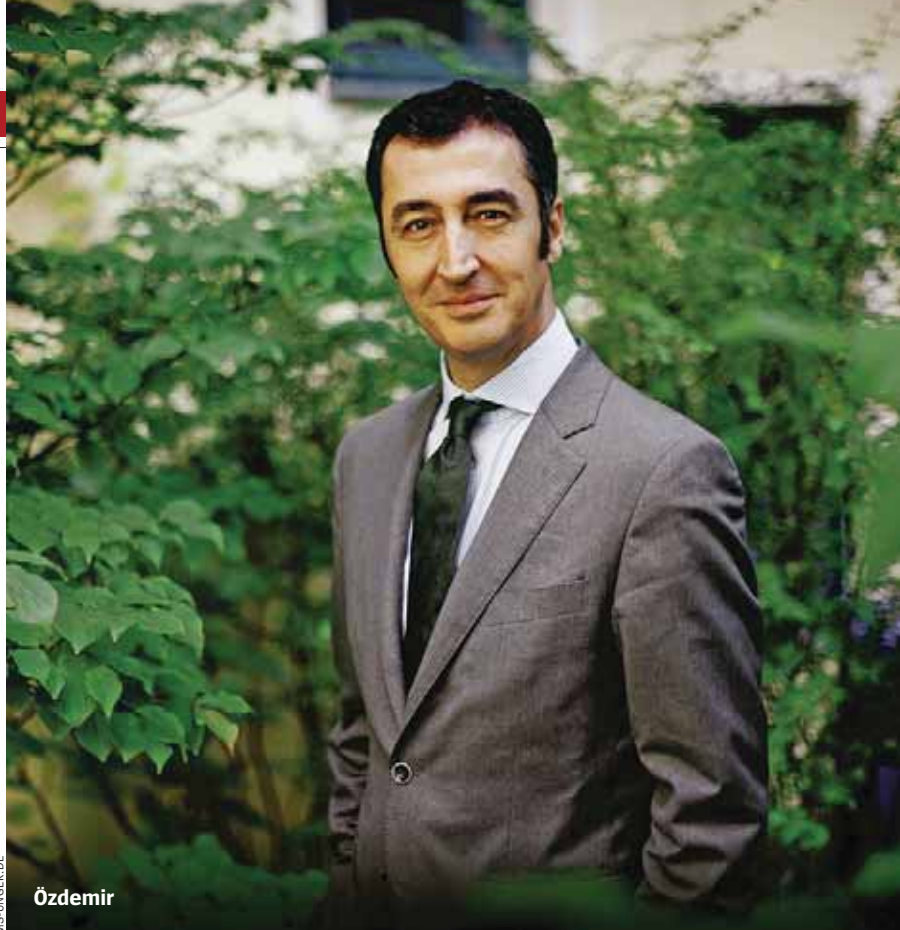
Sondierungsgesprächen zwischen Union, SPD und den Grünen ließ die INSM bundesweit 117 Großplakate kleben und neun Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen schalten. Darin werden die potentiellen Regierungsparteien zu wirtschaftsfreundlichen Reformen aufgefordert. So möchten die Industrielobbyisten erreichen, dass Ökostrom nicht länger subventioniert und Leiharbeit nicht weiter reglementiert wird. Die Kampagne „Chance 2020“

soll noch bis Ende des Jahres andauern und während der Koalitionsverhandlungen über weitere Zeitungsanzeigen intensiviert werden. „Wir wollen damit die reformorientierten Politiker aller Parteien unterstützen und Denkanstöße für den Koalitionsvertrag liefern“, sagt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. Über die Kosten für die Kampagne schweigt die INSM. Das Jahresbudget der Lobbyorganisation beträgt knapp sieben Millionen Euro.

GRÜNE

Unmut über Özdemir

Bislang schien Cem Özdemir die Rücktrittswelle bei den Grünen nach der Bundestagswahl schadlos zu überstehen. Doch kurz vor dem Parteitag am kommenden Wochenende in Berlin ballt sich auf dem Realo-Flügel der Ärger über den Vorsitzenden. Ein miserables Ergebnis bei seiner Wiederwahl gilt als sicher, nicht einmal ein Scheitern ist auszuschließen. Einflussreiche Realos aus mehreren Landesverbänden äußerten in den vergangenen Tagen ihren Unmut über den Parteichef. Dieser habe sich im Wahlkampf zu wenig außerhalb seines Stammlands Baden-Württemberg engagiert und danach die Interessen des Realo-Flügels nicht hinreichend vertreten. So misslang die Wahl der Wirtschaftspolitikerin Kerstin Andreae zur Fraktionsvorsitzenden, was dem Stuttgarter Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am Herzen lag. Auch die Reform des Parteirats, um die Özdemir sich kümmert, droht zu scheitern.



Özdemir

MS-LINGER.DE



Bordell in Aachen

BLUWE BILD

EUROPA

Menschenhandel, Korruption, Cybercrime

In der EU treiben 3600 internationale kriminelle Organisationen ihr Unwesen. Sie richten jährlich einen volkswirtschaftlichen Schaden in dreistelliger Milliardenhöhe an. Das hat ein Sonderausschuss des Europäischen Parlaments ermittelt, der organisiertes Verbrechen, Geldwäsche und Korruption in Europa untersuchte. Nach Schätzungen des sogenannten CRIM-Komitees leben in der EU rund 880 000 Sklavenarbeiter,

von denen 270 000 Opfer sexueller Ausbeutung sind. Allein mit Menschenhandel machten Verbrecherbanden Profit in Höhe von rund 25 Milliarden Euro jährlich. 18 bis 26 Milliarden Euro bringe der illegale Handel mit Körperorganen und Wildtieren. Der Schaden durch Cybercrime summiere sich auf 290 Milliarden Euro. Eine „ernsthafte Bedrohung“ gehe zudem von der grassierenden Korruption aus. Allein im öffentlichen Sektor habe man 20 Millionen Fälle registriert. Der Gesamtschaden: 120 Mil-

liarden Euro im Jahr. Die Kommission fordert von Polizei und Justiz der EU-Staaten eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Europäische Steueroasen müssten verschwinden, der Kauf von Wählerstimmen solle überall zum Strafdelikt werden. Wer wegen Geldwäsche oder Korruption verurteilt wurde, dürfe mindestens fünf Jahre lang keine öffentlichen Aufträge erhalten. Zudem plädiert der Ausschuss für einen europaweiten gesetzlichen Schutz von Whistleblowern. Wer Missstände in Behörden oder Unternehmen aufdecke, dürfe nicht als Straftäter verfolgt werden. Das EU-Parlament will am 23. Oktober über den CRIM-Bericht abstimmen.

BUNDESPRÄSIDENT

Köhler vertritt Gauck in Afrika

Der im Frühjahr 2010 als Bundespräsident vorzeitig aus dem Amt geschiedene Horst Köhler ist wieder im Namen Deutschlands unterwegs und vertritt seinen Nachfolger Joachim Gauck bei Terminen in Afrika. Mitte September nahm der frühere Chef des Internationalen Währungsfonds im westafrikanischen Mali an der Amtseinführung des neuen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita teil. Laut einem internen Bundeswehrbericht flog Köhler mit einem Regierungs-Airbus nach Bamako und nahm „stellvertretend für Bundespräsident Joachim Gauck“ an der Zeremonie mit mehreren Staatschefs teil. Mali hatte die Bundesregierung zuvor um die Entsendung eines Repräsentanten gebeten; in Absprache mit dem Präsidialamt wurde daraufhin Köhler als Vertreter Gaucks ausgewählt. Der 70-Jährige war im Mai 2010 nach einer Diskussion um seine Äußerungen zur Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen durch militärische Interventionen überraschend zurückgetreten. In seiner Amtszeit hatte er sich intensiv der Entwicklungspolitik in Afrika gewidmet.

BILDUNG

„Andere Nationen schaffen es besser“

Stephan Dorgerloh, 47, Präsident der Kultusministerkonferenz und SPD-Ressortchef in Sachsen-Anhalt, zum Abschneiden deutscher Schüler in Leistungstests

SPIEGEL: Im gerade veröffentlichten Bundesländervergleich Mathematik und Naturwissenschaften stehen ostdeutsche Schüler ganz vorn. Warum?

Dorgerloh: Diese Fächer haben an ostdeutschen Schulen traditionell einen hohen Stellenwert, auch weil sie bereits zu DDR-Zeiten unideologisch unterrichtet werden konnten. Auf dieses Selbstverständnis haben die Lehrer auch nach der Wende mit klar strukturiertem Unterricht und hohen Ansprüchen aufgebaut. Im Osten stehen Biologie, Chemie und Physik schon früh auf dem Lehrplan, es sind eigenständige Fächer, nicht fusioniert wie gelegentlich anderswo.

SPIEGEL: Wieso liegen die Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen am unteren Ende der Skala so weit zurück?

Dorgerloh: Da gibt es keine einfachen Antworten, das werden die Bundesländer selbst ergründen müssen. Der höhere Anteil an Migranten spielt sicher eine Rolle. Und Länder wie Bremen haben sehr schnell inklusive Schulen eingeführt. Bis sich der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf positiv in den Ländervergleichen niederschlägt, braucht es ein-

fach mehr Zeit. Im Übrigen sagen die Tests noch nichts über die Qualität der einzelnen Schulen aus. Es gibt überall gute und weniger gute Schulen.

SPIEGEL: Beim Pisa-Test für Erwachsene, den die OECD vergangene Woche vorstellte, schnitt Deutschland insgesamt nur mittelmäßig ab.

Dorgerloh: Die gute Nachricht war, dass junge Erwachsene besser lesen und rechnen können als ältere Semester. Ich interpretiere das auch als Beleg dafür, dass die nach dem Pisa-Schock 2001 von uns eingeführten Qualitätsstandards in den Schulen wirken. Allerdings muss sich die gesamte Weiterbildungsbranche fragen, ob sie ihr Portfolio passend ausgerichtet hat und die richtigen Zielgruppen erreicht. Andere Nationen schaffen es besser, dass auch Erwachsene im Verlauf ihrer Bildungsbiografie am Fundament weiterarbeiten, etwa in Mathematik und Lesen.

SPIEGEL: Was kann die Politik tun, um den Bildungsstand zu verbessern?

Dorgerloh: Wir müssen uns noch konsequenter um jene Kinder und Erwachsenen kümmern, die elementare Fähigkeiten nicht erreichen. Deren Anteil ist für eine Bildungsnation wie Deutschland zu hoch.

SPIEGEL: Was bringen Leistungstests wie Pisa oder der

Vergleich der Bundesländer überhaupt?

Dorgerloh: Die Rangplätze einzelner Bundesländer werden sicherlich überschätzt. Es kann aber kein Zweifel mehr daran bestehen, dass solche empirischen Bildungsdaten wichtig sind. Sie bilden eine Grundlage für die Bildungspolitik. Das sehen alle Kultusminister so, keiner scheut sich hier auch vor kritischen Resultaten.



PICTURE ALLIANCE / DPA

Dorgerloh

ESM

Ein anderes Geschäft

Der europäische Rettungsschirm ESM geht auf Konfrontationskurs zur EU-Kommission sowie zur deutschen und französischen Regierung. ESM-Chef Klaus Regling wehrt sich dagegen, künftig auch für die Bankenrettung auf europäischer Ebene zuständig zu sein. „Wir haben kein besonderes Interesse daran, den Bankenabwicklungsmechanismus in den nächsten Jahren zu übernehmen“, sagte Regling. „Das ist ein völlig anderes Geschäft als das, was wir bisher betrei-

ben. Da gibt es keine Synergieeffekte.“ Aufgabe des ESM ist es bislang vor allem, klammen Mitgliedstaaten der Euro-Zone im Rahmen von Rettungspaketen Geld zur Verfügung zu stellen. Schon Ende Mai hatten die deutsche und die französische Regierung in einem gemeinsamen Aktionsplan vorgeschlagen, den ESM auf mittlere Sicht mit der Bankenrettung zu betrauen. Diese Idee hatte EU-Kommissar Michel Barnier in der vergangenen Woche aufgegriffen. ESM-Chef Regling ist dagegen, sagt aber: „Wenn die Staaten, die am ESM beteiligt sind, beschließen, dass wir das übernehmen sollen, dann werden wir das natürlich machen.“

Unter Pastorentöchtern

Egon Bahr, Intimus von Kanzler Willy Brandt (SPD) und Staatssekretär im Kanzleramt, hat laut Stasi-Dokumenten 1972 mit einem DDR-Unterhändler über Bestechung und Erpressung von Bundestagsabgeordneten verhandelt. Brandt sollte auf diese Weise im Amt gehalten werden. Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) wollte Brandts Ostpolitik kippen und den Regierungschef durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit Stimmen von Überläufern der SPD/FDP-Koalition stürzen. Ost-Berlin hingegen setzte auf Brandt. DDR-Funktionär Hermann von Berg schlug bei einem Treffen mit Bahr am 21. März „Maßnahmen gegen die CDU/CSU“ vor: „Bestimmte Abgeordnete“ sollten „finanziell“ beeinflusst werden. Nach Stasi-Angaben beriet sich Bahr mit Brandt und Kanzleramtschef Horst Ehmke und erklärte Tage später: „Das sage ich nur unter uns Pastorentöchtern, das muss absolut



Brandt, Bahr 1972

verschwiegen bleiben. Wir sind mehreren Spuren nachgegangen, um zu prüfen, ob sich solche Möglichkeiten ergeben. Wir hatten das ernsthaft vor, aber wir sind gerade noch rechtzeitig zurückgezuckt, es waren nur gestellte Fallen.“ Bahr und Berg berieten laut Stasi auch eine Erpressung durch belastende „Dossiers“, etwa zur NS-Vergangenheit einzelner Abgeordneter. Bahr soll dies mit dem Hinweis abgelehnt haben, „wenn die Bundesregierung Dossiers hätte, dann hätte sie davon schon längst Gebrauch gemacht“. Einige Wochen später allerdings erzählte Bahr nach Stasi-Version, dass die Opposition versuche, „Stimmen

mit Angeboten von einer halben Million zu kaufen. Die Regierung würde mit denselben Mitteln arbeiten“. Ein Eingreifen der DDR sei „nicht nötig, was möglich wäre, würde versucht“. Berg, 80, sagt heute, er habe nach West-Gesprächen Vermerke geschrieben, die zu meist in Kopie an die Stasi gingen. Bei den vorliegenden Papieren handelt es sich demnach um die Auswertung von Bergs nicht überlieferten Originalvermerken. Historikerin Daniela Münkkel von der Jahn-Behörde

hat die Unterlagen für ihr Buch „Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt“ analysiert. Barzel verfehlte in der geheimen Abstimmung am 27. April 1972 die Mehrheit. Gerüchte über Zahlungen an Abgeordnete gab es schon damals. Erwiesen ist bislang, dass die Stasi einen CDU-Abgeordneten gekauft hat, damit er für die Regierung Brandt stimme: Julius Steiner.

Berg wie auch Bahr, 91, und Ehmke, 86, haben nach eigenen Angaben keine Erinnerung an die Gespräche im Frühjahr 1972. Mit einer Bestechung von Abgeordneten hätten sie nichts zu tun gehabt.

KOLUMNE

Versteinerung, überall

Von der nächsten Woche an wird es in Deutschland eine geschäftsführende Regierung geben. Endlich! Endlich führt wieder jemand die Geschäfte, möchte man ausrufen. Die schwarz-gelbe Koalition wirkte ja zuletzt weitgehend untätig. Andererseits gilt für eine geschäftsführende Regierung das „Versteinerungsprinzip“, und das lässt nichts Gutes hoffen. Wenn sich am 22. Oktober der neue Bundestag zum ersten Mal versammelt, endet die reguläre Amtszeit der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Von da an führt Merkel eine provisorische, also nur geschäftsführende Regierung. Für die gelten besondere Regeln, zum Beispiel das Versteinerungsprinzip. Kein Scherz, den Begriff verwenden die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags.

Vordergründig ist damit gemeint, dass Merkel ihre Minister nicht beliebig austauschen darf. Tritt jemand zurück, könnte niemand von außerhalb des Kabinetts nachrücken. Die Bundeskanzlerin dürfte nur amtierenden Ministern das verlassene Ministerium übertragen.

Zum Versteinerungsprinzip gibt es eine breite, aber weitgehend unbeachtete Debatte. Die Amerikaner unterscheiden interessanterweise zwischen der historisch-teleologischen und der grammatisch-historischen Methode. In dem lesenswerten Standardwerk „Österreichisches Staatsrecht – Band 1: Grund-

lagen“ heißt es: „In methodologischer Hinsicht ist das Versteinerungsprinzip als eine Auslegungsmaxime anzusprechen, die der Rekonstruktion von Ordnungsvorstellungen des historischen Verfassungsgesetzgebers dient.“ Felix Austria, kann man da nur sagen.

Aus deutscher Sicht ist anzusprechen, dass „Versteinerungsprinzip“ heimlich zu einer universellen Vokabel des politischen und gesellschaftlichen Lebens geworden ist. Zuletzt spielte sie am Wahlabend eine größere Rolle, kurz nach 18 Uhr, als man in die Gesichter der Parteiführungen von SPD, FDP und Grünen sah. Überall Versteinerungen.

In Wahrheit gilt dieses Prinzip in Deutschland schon lange, mindestens seitdem Angela Merkel regiert. Zu größeren Reformen konnte sie sich nicht aufraffen, an leidenschaftlichen Debatten ist ihr nicht gelegen, und wenn sie nicht eine ihrer berühmten Grimassen schneidet, ist ihre Mimik ungefähr so

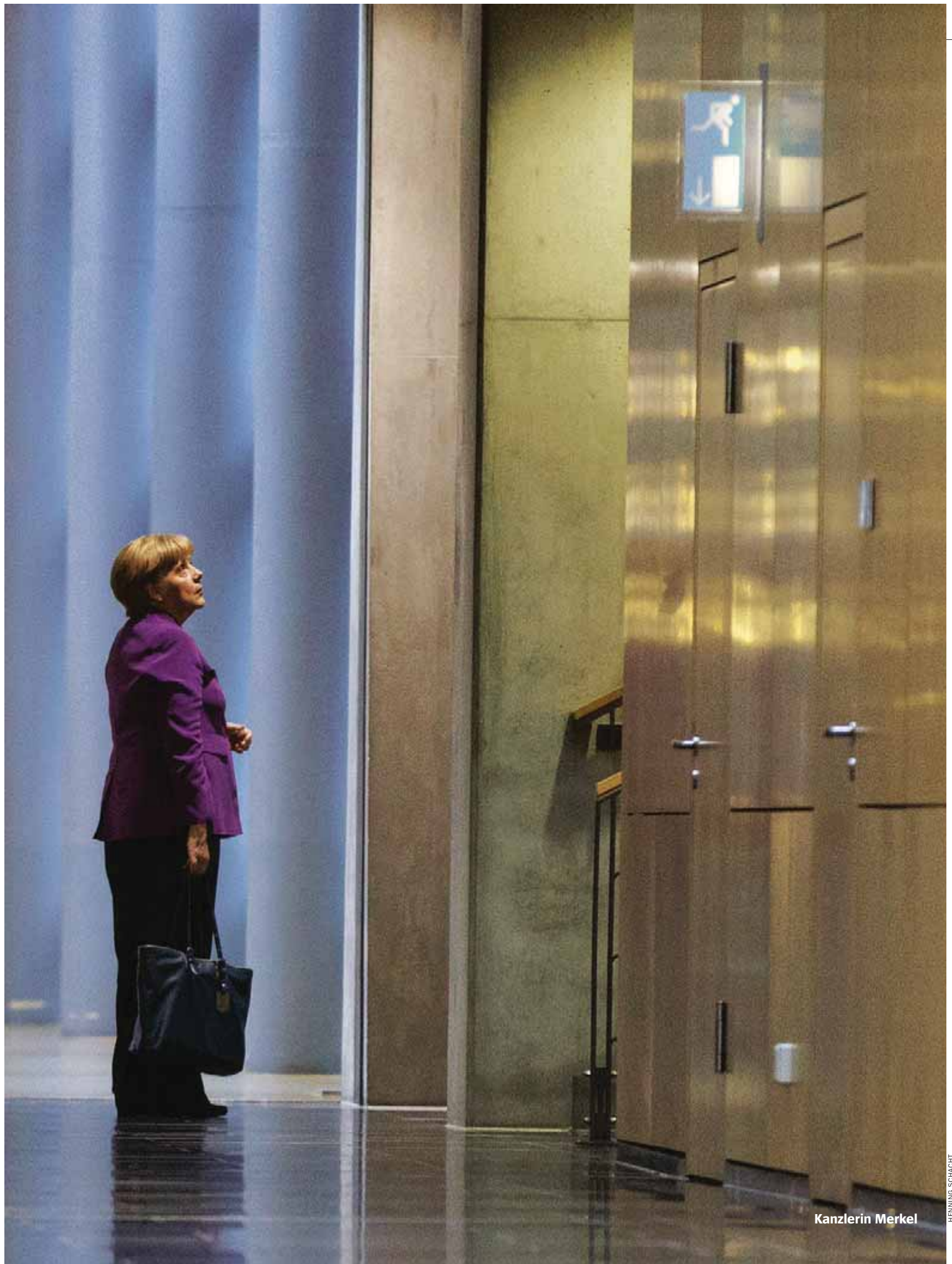
lebendig wie jene der vier amerikanischen Präsidenten, deren Gesichter in den Fels des Mount Rushmore geschlagen sind. Merkel ist die Meisterin des Versteinerungsprinzips.

Es ist auch ein treffender Begriff für eine alternde Gesellschaft. Hier spricht die Fach-

literatur alternativ vom „Verknöcherungsprinzip“. Der „Brockhaus“ definiert „Versteinerung“ als „Vorgang der Fossilisation“. Auch das gilt für die Rentnerrepublik Deutschland. Mit diesen Erkenntnissen ist es dann leicht vorherzusagen, wie die neue Bundesregierung aussehen wird. Schwarz-Grün wäre neu, klingt nach Aufbruch, wäre also ein Verstoß gegen das Versteinerungsprinzip. Mit Schwarz-Rot dagegen können wir herrlich weiterfossilisieren.

Dirk Kurbjuweit

**Schwarz-Grün
wäre neu, klingt
nach Aufbruch.**



Kanzlerin Merkel

Schwarz-roter Poker

Öffentlich hält sich Kanzlerin Angela Merkel noch alle Bündnisoptionen offen. Doch hinter den Kulissen kämpfen Union und SPD erbittert um Inhalte und Posten. Eine entscheidende Frage dabei: Wer bekommt das Finanzministerium?

Horst Seehofer hat es in der Disziplin der öffentlichen Rüge zur Meisterschaft gebracht. Unvergessen ist seine Suada auf den Wahlverlierer Norbert Röttgen, aber auch Markus Söder, der bayerische Finanzminister, weiß, wie es sich anfühlt, wenn der Chef vor großem Publikum Kopfnoten verteilt.

Am vergangenen Donnerstag war Anton Hofreiter an der Reihe, der neue grüne Fraktionschef. Eigentlich waren die Grünen wohlgelaunt in das Sondierungsgespräch mit der Union gegangen. Hatte nicht Seehofer gleich nach der Wahl Verhandlungen mit den Grünen ausgeschlossen? Und sprach er nun jetzt, unmittelbar vor dem Gespräch, nicht ganz offen davon, dass Schwarz-Grün möglich sei?

Aber als die Türen geschlossen waren, lernte Hofreiter wieder einen neuen Seehofer kennen. Der schnauzte den Grünen an und warf ihm politische Naivität vor. Hofreiter wollte doch nur etwas Konkretes zum Klimaschutz wissen. Dann erregte sich Seehofer, dass der Grüne mit seinem Nachbarn tuschelte. „Herr Hofreiter, es gehört dazu, dass man mal dem anderen zuhört.“ Hofreiters Vergehen bestand darin, dass er während Seehofers Vortrag kurz abgelenkt war.

Sondierungswochen sind die Wochen der Taktiker, der Trickser und Fintenleger. Vor allem beim CSU-Chef sind die Rollenwechsel so rasant, dass sich die Frage stellt: Wie viele Seehofers gibt es eigentlich? Gewiss, Maskenspiel gehört zu jeder Koalitionsverhandlung, aber im Moment scheint es so, als würden die Beteiligten vor lauter Taktieren selbst den Überblick verlieren. Das gilt auch für die Kanzlerin.

Merkel war einmal eine Frau mit dem Sinn für den richtigen Moment, ihr Wesen ist das Zögern, aber im entscheidenden Augenblick traf sie dann doch mutige Entscheidungen. Sie emanzipierte die Partei vom Übervater Helmut Kohl, sie hat letztlich dafür gesorgt, dass Griechenland im Euro bleibt. Der Reiz des Amts einer Kanzlerin liegt ja gerade darin, in der entscheidenden Stunde der Geschichte einen Schubs zu geben.

Merkels Biografie hat viele Seiten, aber man kann ihren Aufstieg auch lesen als

Vorbereitung der Union auf Schwarz-Grün. Sie befreite die CDU vom Muff der Kohl-Jahre, sie förderte Leute, die sich mit den Grünen immer schon besser verstanden als mit den alerten Anzugträgern der FDP.

Eigentlich wäre der große Moment jetzt da, allein – Merkel weiß ihn dieses Mal nicht zu nutzen. Stattdessen deuten alle Signale in eine andere Richtung: Merkel steuert auf eine Große Koalition zu und das bereits seit dem Wahlabend.

Schon da ließ die Kanzlerin in kleiner Runde erstmals eine Präferenz für die Große Koalition erkennen. Sie tat das aus Furcht vor den Traditionalisten in der Union und aus Sorge vor dem Einspruch Seehofers. Und sie weiß auch um die Sehnsucht der Bürger nach einer Gro-

Schon am Wahlabend steuerte Merkel auf die Große Koalition zu. Sie weiß um die Sehnsucht der Bürger.



SPD-Chef Gabriel

ßen Koalition. Nun wird die Kanzlerin die Geister, die sie rief, nicht mehr los. In der vergangenen Woche beteuerten selbst Merkels engste Mitarbeiter, dass Schwarz-Grün die interessantere Variante sei. Doch in den Stimmen lag ein Ton des Bedauerns. Denn die Chance scheint vertan.

Seehofer macht derzeit wenig lieber, als Schwarz-Grün zu torpedieren, er sieht in der Ökopartei den Feind in Bayern, nicht den potentiellen Koalitionspartner in Berlin. Die grünen Realos wiederum sind zu schwach und zu zerstritten, um eine Regierungsbeteiligung durchzusetzen. Ihnen fehlt aber auch ein klares Signal, dass Merkel wirklich will. Dass es am Dienstag ein zweites Sondierungsgespräch geben wird, verstehen die Grünen vor allem als Zeichen an die SPD, dass sie es mit ihren Forderungen nicht überreiben soll.

Schwarz-Rot, so viel lässt sich jetzt schon sagen, wäre eine Koalition auf kleinstem gemeinsamen Nenner. Aber das heißt nicht, dass Union und SPD harmonisch regieren werden, bereits jetzt mühen sich die Strategen beider Parteien, dem gemeinsamen Projekt eine Überschrift zu geben, eine Idee.

Gewiss, die Chance von Schwarz-Rot liegt in der schieren Masse, im Bundestag werden die koalierenden Parteien über 504 Sitze verfügen, das ist eine komfortable Vier-Fünftel-Mehrheit. Wenn die Große Koalition in Berlin mit den Ländern an einem Strang zieht, dann könnten endlich Projekte durchgesetzt werden, die bisher an den widerstreitenden Interessen der deutschen Kleinstaaterei gescheitert sind: eine echte Föderalismusreform zum Beispiel oder eine Entrümpelung der Bildungspolitik. Auch in der Euro-Krise wären die Mehrheiten im Parlament sicher.

Doch der Preis ist hoch: Im Bundestag heißt der Oppositionsführer Gregor Gysi. Wer als Bürger eine Alternative zur Regierung sucht, landet zwangsläufig bei Kleinparteien oder Populisten. Und anders als im Jahr 2005 geht die SPD nicht selbstbewusst in diese Koalition, sie ist vor allem von der Angst getrieben,

„Die Partei ist aus der Spur“

Ministerpräsident Kretschmann, 65, beansprucht mehr Mitsprache bei den Grünen im Bund.

SPIEGEL: Herr Kretschmann, lohnen sich die Sondierungsgespräche mit der Union?

Kretschmann: Darum geht es nicht. Wir sind doch alle zusammen verpflichtet, eine Lösung zu finden. Irgendwer muss ja das Land regieren. Wir müssen aufhören mit Koalitionswahlkämpfen, sonst kommt es zu Polarisierungen und Fragmentierungen, die die Politik beschädigen. Schauen Sie doch in die USA, wo sich die Lager derart blockieren, dass das Land Schaden nimmt. Das ist ein abschreckendes Beispiel.

SPIEGEL: In der Sache ging es bisher eher um Positionen der Parteien, die

Grün für Ihre Partei ein Kamikaze-Unternehmen.

Kretschmann: So kann man die Dinge nicht angehen. Das Land muss regiert werden. Man muss als Politiker ja auch in außergewöhnlichen Situationen handeln. Allerdings habe ich schon vor den Sondierungen gesagt, dass es schwierig wird, tatsächlich zu Koalitionsverhandlungen mit der Union zu kommen. Wir haben verloren, orientieren uns gerade inhaltlich wie personell neu. Das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für eine neue Koalition im Bund.

SPIEGEL: Manche Grüne werfen Ihnen vor, die Partei sei Ihnen herzlich egal.

Kretschmann: Nein, natürlich geht nichts ohne die Partei. Aber der Blick in die Gesellschaft ist genauso wichtig. Was passiert denn, wenn man immer nur Mehrheiten auf dem nächsten Parteitag sucht, aber die Mehrheiten in der Bevölkerung vergisst? Dann geht es uns so wie bei der Bundestagswahl: Wir bleiben im Zehn-Prozent-Turm. In Baden-Württemberg sind die Grünen so stark, weil sie immer die Gesellschaft mit im Blick haben.

SPIEGEL: Warum können Sie das nicht in den Bund exportieren?

Kretschmann: Das wüsste ich auch gern. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, dass sich das endlich ändert.

SPIEGEL: Müssen wir jetzt dauerhaft mit dem Bundespolitiker Kretschmann rechnen?

Kretschmann: Ich bleibe in der Provinz. Aber ich werde mich mehr in die Bundespolitik meiner Partei einmischen.

SPIEGEL: Die Freude bei den Grünen hält sich bisher in Grenzen.

Kretschmann: Bei manchen vielleicht. Das wird auch nicht einfach. Die Partei ist aus der Spur geraten. Sie hat Politik zu lange entlang der alten Protestlinien gemacht. Aber die Zeiten haben sich geändert. Viele Unternehmen haben es verstanden, profitieren von ressourcen- und energieschonender Produktion, machen gute Geschäfte mit Umwelttechnologien. Wir sollten vielmehr eine Partnerschaft zur Wirtschaft pflegen – kritisch, aber konstruktiv. Die ökologische Modernisierung läuft zu einem Gutteil über die Unternehmen.

SPIEGEL: Ihre Kandidatin Kerstin Andreae, die für diesen Ansatz steht, ist bei der Wahl zur Fraktionschefin gescheitert. Ein schwerer Rückschlag?

Kretschmann: Sie ist mit dieser Orientierung angetreten und nicht gewählt worden. Ich sehe das gelassen. Von einem Rückschlag kann nicht die Rede sein. Wir haben doch erst angefangen, bestimmte Dinge bei den Grünen wieder in die Spur zu kriegen. Wir haben im Übrigen mit Katrin Göring-Eckardt eine erfahrene Frau an der Spitze der Fraktion, die meine Unterstützung hat.

SPIEGEL: Sie geben also nicht auf?

Kretschmann: Ich gebe überhaupt nicht auf. Das habe ich noch nie getan.

INTERVIEW: RALF BESTE, FLORIAN GATHMANN

Landeschef Kretschmann



jedem Zeitungsleser bekannt sein dürften.

Kretschmann: In diesen Sondierungen geht es nicht vorrangig um Positionen und programmatische Schnittmengen, sondern eher darum zu erörtern, ob und in welchen Bereichen Bereitschaft zu Bewegung vorhanden ist. In diesen Gesprächen jenseits der althergebrachten Lager müssen sich alle bewegen. Und wir müssen erkennen, wer sich womöglich wohin bewegt.

SPIEGEL: Halten Sie es wirklich für denkbar, dass die Sondierungskommission der Grünen vorschlägt, Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen?

Kretschmann: Wenn das nicht im Grundsatz denkbar wäre, hätte man nicht sondieren dürfen. Das sind keine Höflichkeitsbesuche.

SPIEGEL: Joschka Fischer sagt, in dem gegenwärtigen Zustand wäre Schwarz-

Kretschmann: Das ist doch abstrus. Ich bin Mitbegründer der Grünen.

SPIEGEL: Sie pflegen das Bild des Außenseiters, der seiner Partei die Wirklichkeit erklären will.

Kretschmann: Vielleicht pflegen Sie das Bild, ich nicht. Ich war viele Jahre lang in der Minderheit, richtig. Heute bin ich der erste grüne Ministerpräsident – also kann man nicht gerade sagen, unser Weg sei erfolglos gewesen. Mein Landesverband ist der mit Abstand erfolgreichste unserer Partei.

SPIEGEL: Aber genau diese Attitüde scheint viele Grüne zu nerven.

Kretschmann: Es stimmt schon, dass man uns immer mal mit spitzen Fingern anfasst. Das irritiert mich auch. Unsere Erfolge kommen ja nicht von ungefähr. Aber der Zuspruch wächst.

SPIEGEL: Sind Ihnen die Grünen außerhalb Baden-Württembergs egal?

dass am Ende wieder nur Merkel profitiert.

Dazu kommt, dass die SPD mindestens sechs Ministerien für sich beansprucht. Das macht die Verhandlungen nicht leichter. Vor allem eine Frage treibt Merkel um: Was tun mit Wolfgang Schäuble? Die Kanzlerin und ihr Finanzminister haben ein sehr spezielles Verhältnis, er hat einen sehr kühlen Blick auf die Arbeit Merkels. Schäuble ist einer der wenigen, die öffentlich Widerworte wagen, in der Europapolitik zum Beispiel. Merkel hat nicht nur Freude an ihrem Finanzminister – das Ministerium würde sie aber gern behalten.

Unverhandelbar ist diese Position jedoch nicht, so deuten es zumindest Merkels Leute an. Wenn die SPD einen soliden Mann wie Frank-Walter Steinmeier anbieten würde, dann könne man durchaus reden. Schäuble müsste dann ins Auswärtige Amt, das wäre eine adäquate Verwendung für ihn.

Auch Ursula von der Leyen muss sich Gedanken um ihre Zukunft machen, denn die SPD will das Arbeitsministerium für sich beanspruchen. Am besten könnte sich von der Leyen vorstellen, ins Auswärtige Amt umzuziehen. Das Ministerium verspricht jene Mischung aus protokollarischem Glanz und Weltläufigkeit, die sie im Arbeitsressort schmerzlich vermisst.

Doch in der Union kursiert auch eine andere, für von der Leyen weit weniger verlockende Variante. Merkel, so heißt es, könnte von der Leyen das Gesundheitsministerium anbieten – und zwar mit dem Argument, dass die als Medizinerin bestens für den Job qualifiziert sei. Doch das Fachressort wäre ein Abstieg für von der Leyen, und so verbreitet sie jetzt schon, dass sie sich dafür nicht besonders interessiere. Sollte es trotzdem so kommen, hätte man einen weiteren Beleg dafür, dass Merkel so schnell nichts vergisst: zum Beispiel den Ärger, den von der Leyen ihr mit dem Streit um die Frauquote eingebracht hat.

Auch auf den hinteren Plätzen ist das Gedrängel groß. So vergeht im Moment kaum ein Tag, an dem der nordrhein-westfälische CDU-Chef Armin Laschet nicht zu erkennen gibt, wie wunderbar es wäre, am Kabinetttisch Platz zu nehmen. Auch etliche SPD-Politiker wie der Gewerkschafter Klaus Wiese hängen träumen davon, der Bedeutungslosigkeit zu entfliehen. Karl Lauterbach wiederum findet, dass er der Republik lange genug erklärt hat, wie vernünftige Gesundheitspolitik funktioniert. Er will sie jetzt endlich machen.

Aber ach, der Ehrgeiz ist groß und die Zahl der Posten begrenzt. Erst einmal

müssen die langgedienten Kräfte versorgt werden, Innenminister Hans-Peter Friedrich zum Beispiel ist gesetzt, das gilt auch für Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Fraktionschef Volker Kauder ist bereits gewählt.

Dann müssen die Spitzenleute der SPD zum Zug kommen. Gabriel könnte Arbeitsminister werden, SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles Chefin des Entwicklungsressorts, und Manuela Schwesig gilt

ginn der Woche einen Plan ausgedacht, wie man die Verhandlungen organisieren könnte. SPD-Generalsekretärin Nahles hatte ihn ausgebrütet, er läuft intern unter dem Namen „Drei-Körbe-Modell“.

Ein erster Korb enthält Themen, die in Ziel und im Instrumentarium weitgehend unstrittig sind. Dazu gehört zum Beispiel das Kooperationsverbot, das bislang Bundeshilfen für Bildungseinrichtungen der Länder untersagt.

In Korb zwei verbergen sich jene Themen, bei denen Union und SPD zwar das gleiche Ziel anpeilen, Uneinigkeit jedoch im Weg besteht. Der Mindestlohn oder Geld für Rentenerhöhungen gehören dazu. Und dann gibt es jenen Korb von Themen, bei dem beide Seiten im Grundsatz unterschiedliche Vorstellungen verfolgen. Besonders die gesellschaftspolitischen Fragen sind davon betroffen, beispielsweise die doppelte Staatsbürgerschaft.

Insgesamt sieben oder acht große Themenblöcke haben die Verhandlungspartner identifiziert, darunter Euro und Europa, den demografischen Wandel, Energie und Wirtschaft.

Allerdings deutet sich ausgerechnet bei jenem Thema, das die Gemüter im Wahlkampf mit am meisten erhitzt hat, ein Kompromiss an. Die SPD könnte sich inzwischen vorstellen, auf eine komplette Abschaffung des Betreuungsgeldes zu verzichten. Stattdessen soll es eine Öffnungsklausel geben, wonach die Länder in eigener Hoheit entscheiden, ob sie die Leistung auszahlen. Entscheiden sie sich dagegen, können sie

das Bundesgeld in den Ausbau von Kitas stecken.

Ob sich die Union darauf einlässt? Keine Seite will im Moment vorschnell als kompromissbereit erscheinen. Selbst die Frage des Verhandlungsorts ist heikel. Am vergangenen Montag und Dienstag trafen sich die Generalsekretäre von CDU, CSU und SPD. Es sollte darum gehen, einmal grob alle Themenfelder abzustecken. Die Frage war nur: wo treffen?

Das Konrad-Adenauer-Haus war tabu, genauso die SPD-Zentrale an der Berliner Wilhelmstraße. Am Ende einigte man sich auf das Bundestagsbüro von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, das Jakob-Kaiser-Haus erschien allen als hinreichend neutraler Ort.

Alles ist in diesen Tagen Verhandlungssache, nicht nur der richtige Ort. Das Problem ist, dass über den Gesprächen zwischen Union und SPD die Atmosphäre des Misstrauens liegt. Kann man einer Kanzlerin trauen, deren Koalitionspartner zusammenschumpfen wie Trauben



CSU-Chef Seehofer beim Gespräch mit den Grünen

FABRIZIO BENSCH / REUTERS

als Anwärtin für das Familienministerium. Und schließlich sind da noch die Unionsleute, die ihrer Posten überdrüssig geworden sind, wie Ronald Pofalla. Der Kanzleramtschef ist der Meinung, dass er genug Zeit zwischen Aktenbergen verbracht hat. Er will raus ans Licht. Einen passablen Justizminister würde er auf jeden Fall abgeben, findet er selbst.

Derzeit gehen bei Generalsekretär Hermann Gröhe täglich SMS von prominenten und halbprominenten CDU-Leuten ein, die sich mit ihrer Kompetenz in Erinnerung bringen. Andere gehen diskreter vor und fordern einen Platz in einer Facharbeitsgruppe bei den Koalitionsverhandlungen. Aber natürlich wissen die Profis, dass damit schon die halbe Strecke auf dem Weg zum Parlamentarischen Staatssekretär absolviert ist.

Erst die Inhalte, dann das Personal? Dieser Satz wird zwar in diesen Tagen oft gesagt, er ist aber – wie bei jeder Koalitionsverhandlung – falsch. Immerhin hatten sich die Generalsekretäre zu Be-

zu Rosinen? Das fragen sich viele Sozialdemokraten. Umgekehrt glauben viele in der Union, dass sie trotz des phänomenalen Wahlsiegs zu viel sozialdemokratische Lehre akzeptieren müssen.

Wie soll in diesem Klima Vertrauen entstehen? Die Union wäre ja theoretisch durchaus bereit, der SPD schon vor den Koalitionsverhandlungen Zugeständnisse zu machen. Merkel weiß, wie schwer es für Gabriel ist, seiner Basis ein Bündnis mit der Union schmackhaft zu machen. Eine kleine Trophäe für den Parteikonvent am kommenden Sonntag könnte da durchaus helfen.

Im Willy-Brandt-Haus stapeln sich die Mails und Briefe, die vor einer Großen Koalition warnen. Es müsse an zwei, drei Stellen „handfeste Verabredungen“ geben, sagt Generalsekretärin Nahles, sonst könne die Parteispitze dem Konvent nicht aus voller Überzeugung Koalitionsverhandlungen empfehlen. „Das zweite Gespräch wird schwieriger, weil wir intensiver über Themen beraten müssen, auch über strittige“, sagt SPD-Parteivizin Manuela Schwesig.

Als sich Merkel, Seehofer und Gabriel am vergangenen Freitagmittag im Kanzleramt trafen, gingen die drei daher die Agenda für das Sondierungsgespräch an diesem Montag im Detail durch. Die Kanzlerin deutete dabei Entgegenkommen bei den Themen Mindestlohn, der Finanzierung der Bildung und der Leiharbeit an. Beide Seiten gehen davon aus, dass auch nach der Sondierungsrunde am Montag weiterer Gesprächsbedarf besteht. Eine dritte Runde ist für die zweite Wochenhälfte geplant.

Merkel will kein Risiko eingehen. Ihre Leute haben die Befürchtung, dass die SPD beispielsweise Zugeständnisse beim Mindestlohn einfach einsammelt und die Union später nichts dafür bekommt. Daher will Merkel die SPD-Ministerpräsidenten bei den Koalitionsverhandlungen möglichst eng einbinden. So will sie verhindern, dass die von der SPD dominierte Länderkammer zu einer kostspieligen Daueropposition wird.

Hoffnungsfroh blicken die großen Energiekonzerne auf Schwarz-Rot. Absehbar ist, dass es in den Koalitionsgesprächen eine eigene Arbeitsgruppe zum Thema Energie geben wird. Das wiederum ist ein Hinweis darauf, dass künftig ein eigenes Energieressort die Rivali-

tät zwischen Wirtschafts- und Umweltressort beenden soll.

Schwarz-Rot, so viel ist jetzt schon klar, will vor allem für die Industrie etwas tun, das zeigt sich schon an den Politikern, die sich für die Arbeitsgruppe interessieren. Neben dem Unions-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs werden auf Seiten der SPD NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft oder ihr Wirtschaftsminister Garrelt Duin für einen industriefreundlichen Kurs sorgen.

Es sind nicht nur die Wirtschaftsverbände, die auf eine Große Koalition drängen. Es sind auch die Gewerkschaften. Merkel hat inzwischen einen engen Draht zu den Spitzen der Arbeitnehmervereinigungen. Noch für Oktober ist ein Treffen mit der Kanzlerin angedacht, schon vorher hatten die Gewerkschaften Signale ausgesendet, dass sie sich eine Große Koalition wünschten.

Gibt es unter diesen Umständen noch eine Chance auf Schwarz-Grün? Die Spitze der Ökopartei jedenfalls hatte bei den Sondierungen am vergangenen Donnerstag das Gefühl, sie sei nur ein Jeton im Spiel der Macht. Die Partei kann dabei helfen, die Wünsche der Sozialdemokra-

ten im Zaum zu halten. Und wer weiß: Vielleicht braucht man die Grünen, um im Jahr 2017 wieder ins Kanzleramt einziehen zu können? In der Sache aber registrierten sie kaum Entgegenkommen.

Jürgen Trittin etwa warb vergebens für die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds in Europa, eine Bankenunion und die Einführung einer Transaktionsteuer. Schäuble ging ausführlich auf Trittin ein, der Diskurs des Mächtgernfinanzministers mit dem Amtsinhaber fraß ziemlich viel Zeit, brachte aber kein Ergebnis. Auch die grünen Positionen im Klimaschutz fanden am Donnerstag keine Gegenliebe. Von einer „Puddingstrategie“ sprach ein Unterhändler – die Union vermeide es geschickt, den Grünen einen Vorwand zur Beendigung der Gespräche zu bieten, mache aber auch keinerlei Konzessionen.

Wahrscheinlich ist das gar nicht so schlecht beobachtet. Nach den Gesprächen mit den Grünen trafen sich die Ministerpräsidenten der Union mit der Kanzlerin, es war die turnusmäßige Besprechung vor der Sitzung des Bundesrats. Doch das Treffen war sofort bei den Koalitionsmöglichkeiten im Bund. Natürlich, sagte

etwa Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich, das Gespräch sei ordentlich gelaufen. Aber es seien längst nicht alle Vorbehalte gegen Schwarz-Grün ausgeräumt.

Noch deutlicher wurde später Reiner Haseloff, der Regierungschef aus Sachsen-Anhalt. „Die anstehende Legislaturperiode ist die wichtigste seit der Einheit“, sagte er. „Die Finanzausstattung der Länder, der Solidarpakt und der Länderfinanzausgleich müssen neu geregelt werden. Dafür brauchen wir alle SPD-regierten Länder im Boot. Das ist ein entscheidendes Argument für Schwarz-Rot im Bund.“

Andere ließen am folgenden Morgen Gesten sprechen. Normalerweise herrscht bei der Sitzung der Länderkammer eher eine nüchterne Stimmung. Doch dieses Mal ging es um Symbolik. Sachsens Regierungschef Tillich, sonst eher ein zurückhaltender Mann, herzte Hannelore Kraft, die sozialdemokratische Kollegin aus NRW. Das Signal kam so an, wie es gemeint war: Die Länder sind für Schwarz-Rot.

MELANIE AMANN, RALF BESTE, HORAND KNAUP, PETER MÜLLER, RENÉ PFISTER, GORDON REPINSKI



Finanzminister Schäuble

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

SOZIALDEMOKRATEN

„Wir spielen nicht Schach“

Olaf Scholz, 55, Hamburgs Erster Bürgermeister und SPD-Vize, verteidigt Große Koalitionen und fordert eine Aufarbeitung der Wahlniederlagen seiner Partei.



CHRISTIAN O. BRUCH / LAF / DER SPIEGEL

Politiker Scholz: „Auf keinen Fall anders regieren als im Wahlkampf angekündigt“

SPIEGEL: Herr Scholz, freuen Sie sich schon auf die Große Koalition?

Scholz: Ich freue mich nicht, und ich fürchte mich nicht vor ihr. Die Wähler haben uns beauftragt, aus dem Wahlergebnis etwas zu machen. Eine Partei, die ernst genommen werden will, muss deshalb seriös ausloten, ob das möglich ist.

SPIEGEL: Sie haben Erfahrungen mit einer Großen Koalition, und die waren nicht gut.

Scholz: Falsch. Wir haben sowohl von 1966 bis 1969 als auch von 2005 bis 2009 gute Arbeit geleistet. Das wird doch allgemein

so gesehen. Die SPD hat vor vier Jahren nicht wegen ihrer Beteiligung an der Großen Koalition ein so miserables Ergebnis erzielt.

SPIEGEL: Sondern?

Scholz: Weil wir in dieser Zeit als Partei kein gutes Bild abgegeben haben. So ehrlich muss man sein. Die Bürgerinnen und Bürger wollten uns die Regierung erkennbar nicht anvertrauen. Natürlich wäre es schwierig, bei den nächsten Bundestagswahlen 2017 als kleinerer Partner anzutreten, aber eine Niederlage ist keine Gesetzmäßigkeit nach einer Großen Koali-

tion. Wir haben 1969 im Bund und 1998 in Mecklenburg-Vorpommern auch als Juniorpartner eine Wahl gewonnen.

SPIEGEL: Worauf kommt es an, um am Ende der Legislaturperiode als kleiner Partner gut auszusehen?

Scholz: Auf Klarheit und langen Atem.

SPIEGEL: Die Klarheit bleibt bei Koalitionsverhandlungen häufig auf der Strecke. Wegen der vielen Kröten, die zu schlucken sind.

Scholz: Bei Kompromissen ist es normal, dass nicht alles so kommt, wie man es sich wünscht. Aber man darf auf keinen Fall anders regieren, als man es im Wahlkampf angekündigt hat. Deshalb muss bei aller Kompromissbereitschaft klar sein, dass wir nicht das Gegenteil von dem abnicken werden, wofür wir eingetreten sind. Wir können nur mit einem Ergebnis vor unsere Mitglieder treten, von dem wir sicher sind, dass es sie überzeugen wird.

SPIEGEL: Also werden Sie weder dem Betreuungsgeld noch einer Autobahnmaut zustimmen?

Scholz: Solche Aussagen bekommen Sie hier von mir nicht. Wir sondieren mit den Unionsparteien und nicht mit dem SPIEGEL. Aber: Wir meinen unser Wahlprogramm sehr ernst. Unsere Haltung zur Autobahnmaut und zum Betreuungsgeld ist eindeutig. Die Stadt Hamburg klagt gegen das Betreuungsgeld vor dem Bundesverfassungsgericht, weil wir fest davon überzeugt sind, dass der Bund dafür nicht zuständig ist.

SPIEGEL: Gilt Ihre Standfestigkeit auch für die von Ihnen geforderten Steuererhöhungen, ohne die Ihr Programm nicht finanzierbar wäre?

Scholz: Wir haben sehr sorgfältig vorge-rechnet, wie das Programm finanziert werden kann, und schauen jetzt interessiert, wie die Union ihre eigene Wunschliste finanzieren will. Für die würden wir zusätzliche Einnahmen brauchen. Daran besteht kein Zweifel.

SPIEGEL: Sie werden doch nicht im Ernst damit rechnen, dass Ihre Berechnungen am Ende die Union überzeugen werden.

Scholz: Wir spielen nicht Schach, sondern machen Politik.

SPIEGEL: Koalitionsverhandlungen sind Schach nicht ganz unähnlich.

Scholz: Nein. Beim Schach geht's ja um nichts. In der Politik aber schon.

SPIEGEL: Dass Sie nun mit der Union über eine ungeliebte Große Koalition verhandeln müssen, verdanken Sie Ihrem miserablen Wahlergebnis. Wird diese Niederlage irgendwann noch aufgearbeitet?

Scholz: Das Ergebnis war für die SPD nicht gut, selbst wenn es nicht so schlecht ausgefallen ist wie vor vier Jahren. Solche Ergebnisse hat die SPD zuletzt in den fünfziger Jahren erzielt. Wir wissen, dass wir eine große Aufgabe vor uns haben. Die SPD muss wieder über 30 Prozent

kommen, wenn sie im politischen Wettbewerb mit der Union bestehen will.

SPIEGEL: Ihre Partei hat schon die Katastrophe von 2009 kaum aufgearbeitet. Wie viel Zeit wollen Sie sich jetzt lassen?

Scholz: Wer annimmt, dass wir dieses Ergebnis nicht debattieren werden, liegt falsch. Wir werden über die Konsequenzen aus der Wahlniederlage reden.

SPIEGEL: Welche könnten das sein?

Scholz: Wir müssen unseren Charakter als Volkspartei bewahren und als Partei auftreten, die die Kanzlerschaft anstrebt und der man das Regieren zutraut. Dafür benötigen wir mehrheitsfähige Positionen.

SPIEGEL: Es lag also an der Programmatik?

Scholz: Viele in der SPD glauben, dass es nicht an der programmatischen Aufstellung lag.

SPIEGEL: Aber Sie haben die Wähler der Mitte verschreckt. Die assoziieren Ihre Partei vor allem mit Steuererhöhungen.

Scholz: Natürlich kann man über das richtige Maß streiten. Aber es gibt eine Schuldenbremse im Grundgesetz. Die Bundesländer dürfen ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen, für den Bund gilt Ähnliches. Viele Aufgaben, die die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erwarten, können dann nicht ohne weiteres erfüllt werden. Deshalb muss eine vernünftige Aufgabenfinanzierung möglich sein. Wenn sich die SPD für eine maßvolle Anhebung der Staatseinnahmen einsetzt, hat sie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter sich.

SPIEGEL: Aber es war ja nicht nur das Programm. Die SPD konnte zum Beispiel kaum junge Frauen für sich begeistern.

Scholz: Wir haben bei vielen Wählergruppen keinen Erfolg gehabt, aber die geringe Zustimmung von Frauen war besonders auffällig. Die SPD muss in Zukunft wahrnehmbarer sein als eine Partei, in der Frauen eine wesentliche Rolle spielen. Es hilft uns, dass in den Ländern Frauen wie Hannelore Kraft oder Malu Dreyer regieren. Auch die Ministerien müssen überall, wo die SPD Einfluss hat, zwischen Männern und Frauen paritätisch besetzt werden. In Hamburg ist das so.

SPIEGEL: Kann man einen Wahlkampf gewinnen, wenn sich Parteichef und Kandidat gegenseitig Illoyalität vorwerfen?

Scholz: Man muss zusammenhalten. Das ist überwiegend gelungen. Man sollte aber auch nicht die Vorstellung verbreiten, alle seien immer einer Meinung. Die große Kunst besteht darin, trotz unterschiedlicher Haltung in Einzelfragen eine gemeinsame politische Perspektive in der Führung zu entwickeln.

SPIEGEL: Warum übernimmt der Parteivorsitzende, der mit 25,7 Prozent nach Hause gegangen ist, nicht die Verantwortung für diese Pleite?

Scholz: Weil wir gemeinsam die Verantwortung tragen.

SPIEGEL: Der allgemeine Eindruck ist eher: Niemand will Verantwortung übernehmen.

Scholz: Natürlich wird es eine Diskussion über die Lehren aus den letzten beiden Bundestagswahlergebnissen geben. Da kann man nicht sagen, wir gehen zur Tagesordnung über. Aber das hat auch niemand vor.

SPIEGEL: Wann soll das passieren?

Scholz: Ohne Zeitdruck. Aber die Diskussionen werden auf alle Fälle kommen.

SPIEGEL: Nach der Wahl 2009 haben Sie gesagt, das Ausschließen von Wahloptionen müsse vorbei sein.

Scholz: Hab ich das gesagt? Das Zitat hätte ich mal gern.

SPIEGEL: Ihr Satz damals war: „Ich glaube, dass alle Parteien das letzte Mal beschlossen haben, mit wem sie auf keinen Fall regieren.“

Scholz: Wenn Sie damit die Partei Die Linke meinen, ist es so: Die Perspektive dieser Partei wird ausschließlich von ihr selbst bestimmt. Wir sollten nicht vergessen: Was wir in Deutschland machen, hat Auswirkungen auf den übrigen Teil Europas, auf die Währungen, die Welt-

„Es ist nicht die Aufgabe von Koalitionsgesprächen, andere Parteien auf den richtigen Weg zu bringen.“

wirtschaft. Deshalb brauchen wir Parteien, die sich zu ihrer Verantwortung bekennen und die daraus resultierenden Aufgaben auch annehmen.

SPIEGEL: Teile der Linkspartei wollen diese Aufgaben annehmen.

Scholz: Teile reichen nicht aus. Wenn die Führung der Partei Die Linke nicht bereit ist, die Ausrichtung ihrer Partei zu ändern, auch mit dem Risiko des innerparteilichen Konflikts, wird sie auch künftig außen vor bleiben. Und die Theorie, man werde in der Regierung vernünftig, geht nicht auf. Die eigenen Positionen darf man nicht erst weiterentwickeln, wenn man an der Macht ist. Hat die Führung zur Veränderung nicht den Mut, beschränkt sie die Möglichkeiten der eigenen Partei.

SPIEGEL: Die Klärung von Positionen könnte man auch Sondierungsgesprächen und möglichen Koalitionsverhandlungen überlassen.

Scholz: Nein, das können die nur selbst erstreiten.

SPIEGEL: Selbst wenn Sie damit in Kauf nehmen, die linke Mehrheit im Bundestag nicht für linke Politik zu nutzen?

Scholz: Das kann durchaus passieren. Der Wähler wird klare Aussagen erwarten. Mal sehen.

INTERVIEW: HORAND KNAUP,
GORDON REPINSKI

LIBERALE

Glühend, aber nicht blöd

Unter Christian Lindner soll die FDP staatstragend bleiben, auch in der Europapolitik. Dieses Ziel ist schon jetzt in Gefahr. Schuld ist ein enger Vertrauter.

Dass ausgerechnet sein Förderer Hans-Dietrich Genscher ihm den Start vermasseln könnte, hatte Christian Lindner am wenigsten erwartet. Der designierte Vorsitzende der Liberalen will die FDP als staatstragende Partei der Mitte positionieren. Einzelfragen wie die Bildungspolitik sollen diskutiert werden, die große Linie eher nicht. Das gilt vor allem für das Thema, das die Partei in den vergangenen vier Jahren fast zerrissen hätte. „Die Richtungsfrage beim Euro ist entschieden“, sagte Lindner kürzlich im kleinen Kreis.

Wenn er sich da mal nicht irrt. Seit der vergangenen Woche ist die Diskussion über die Europapolitik in der FDP wieder voll entbrannt. Dafür kann sich Lindner bei Genscher bedanken. Der hatte im SPIEGEL (41/2013) ultimativ erklärt: „Die FDP steht für Europa und für den Euro. Wer das nicht akzeptiert, sollte sich fragen, ob er bei uns noch richtig ist.“ Das zielte auf den Euro-Kritiker Frank Schäffler, der für das Parteipräsidium kandidiert.

Seither gibt es eine Welle der Solidarisierung mit Schäffler. Die Hamburger FDP-Vorsitzende Sylvia Canel forderte in einem offenen Brief an Genscher „Gedankenfreiheit“. Der Rechtsexperte Burckhard Hirsch legte in einem Schreiben an den Ehrenvorsitzenden seine gegenteiligen Ansichten zur Europapolitik dar. Der schleswig-holsteinische Fraktionschef Wolfgang Kubicki kritisierte Genscher intern. Selbst Lindner sah sich genötigt, seinem Förderer öffentlich zu widersprechen: „Die FDP ist die Partei der Meinungsfreiheit.“

Die Debatte wird er nicht mehr stoppen können. Die Euro-Rettungspolitik

war in der FDP bis zuletzt eines der heftig umstrittenen Politikfelder. Einen Mitgliederentscheid über den Euro-Rettungsschirm hatte die Parteiführung vor zwei Jahren nur knapp gewonnen. Die Anti-Euro-Partei AfD hat den größten Teil ihrer Wähler bei der FDP rekrutiert.

Hochrangige FDP-Politiker verstehen nicht, warum nach dem Debakel bei der Bundestagswahl das Europa-Thema von der Diskussion ausgenommen werden soll. „Unser Bekenntnis zu Europa heißt nicht, dass alles sakrosankt ist, was in der EU passiert“, sagt der hessische Wirt-

für die Europawahl und ihr Wahlprogramm festlegen. Es wird vielen nicht einleuchten, wie die FDP mit Forderungen erfolgreich sein soll, die denen von Union, Grünen und SPD sehr ähneln. Eine Mehrheit für die Linie Lindners und Genschers ist keineswegs sicher.

„Die Partei ist in vielen Fragen gespalten“, sagt der sächsische Landeschef Holger Zastrow. „In der Steuerpolitik, bei der Energiewende, der Euro-Rettung und in der Bildungspolitik. Die Diskussion darüber muss beim Parteitag beginnen.“ Die FDP sei keine Herde, die einer Person hinterherlaufe.

Zastrow, der für eine strikt marktwirtschaftlich ausgerichtete FDP kämpft, hat in der Partei Gewicht. Er führt den letzten FDP-Landesverband, der noch an einer Regierung beteiligt ist. Wie viele sieht er eine Chance darin, dass die Partei nun ohne Rücksicht auf einen Koalitionspartner diskutieren kann. „Wir sind glühende Europäer, aber wir sind nicht blöd.“

Möglicherweise hat Lindner die Fliehkräfte unterschätzt, die entstehen, wenn eine Partei plötzlich in der außerparlamentarischen Opposition ist. Dann lassen sich Positionen nicht mehr mit dem Hinweis auf angebliche Sach- oder Regierungszwänge abtun. Lindner wird mit dem Hinweis, die Mitglieder hätten das Thema entschieden, nicht weit kommen. Die Euro-Kritiker in den Reihen der Liberalen können auf FDP-Positionen verweisen, die in den Regierungsjahren keine Rolle gespielt haben.

„Wir haben auf einem Parteitag beschlossen, dass

es den Rettungsschirm ESM nur befristet geben darf“, sagt der Gütersloher Kreisvorsitzende Michael Böwingloh, einer der Initiatoren der Mitgliederbefragung. „Wir haben uns auch gegen den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank ausgesprochen. Das sollten wir nun auch vertreten.“

Genauso sieht es Schäffler. Er sagt, Genschers Äußerungen hätten seine Entschlossenheit gestärkt. Eine zeitliche Begrenzung des Rettungsschirms und ein Gegenkurs zur EZB – sicher nicht das, was sich Genscher und Lindner unter einer proeuropäischen Linie vorstellen. Aber so habe es die FDP beschlossen, sagt Schäffler. „Und solche Parteitagebschlüsse gelten dann für beide Seiten.“

RALF NEUKIRCH



Widersacher Schäffler, Lindner: „Die Partei ist in vielen Fragen gespalten“

schaftsminister Florian Rentsch, der als Unterstützer Lindners gilt.

Rentsch hält es für unklug, die AfD einfach in eine rechte Ecke zu schieben. Die Freidemokraten dürfen die AfD nicht verteufeln, sondern müsse sich stärker inhaltlich mit ihr auseinandersetzen. „Wir waren in der Euro-Politik zum Teil sehr regierungsgetrieben. Darüber müssen wir reden“, sagt Rentsch. Genschers Äußerung hält er für deplatziert. „Frank Schäffler ist kein Radikaler. Für seine Position muss auch in der FDP Platz sein.“

Das sieht Lindner anders. Er will sich auf einem Parteitag im Dezember zum neuen FDP-Vorsitzenden wählen lassen. Rund einen Monat später wollen die Liberalen dann auch ihre Kandidatenliste

Umwelt

Autos gegen Banken

Mit Geheimdiplomatie und teuren Zugeständnissen kämpft die Kanzlerin gegen strenge EU-Grenzwerte zum Kohlendioxid-Ausstoß von Autos.

Wenn Bundesumweltminister Peter Altmaier in diesen Tagen eine Rede über das Weltklima hält, beginnt er bei den Flüchtlingen von Lampedusa. Der Tod der 300 Afrikaner sei „eine Tragödie“, sagt er, aber nichts gegen das Schicksal jener „Hunderter Millionen von Menschen“, deren Lebensgrundlage in den kommenden Jahrzehnten von der globalen Erwärmung zerstört werde.

Der Christdemokrat sieht Flüchtlingsströme biblischen Ausmaßes auf Europa zukommen. „Das Schicksal dieser Menschen“, ruft er dann mit bebender Stimme, „hängt von den Entscheidungen ab, die wir heute treffen.“

Bereits an diesem Montag hätte er die Gelegenheit, die Menschheit ein wenig zu retten. Da beraten die Umweltminister der Europäischen Union über strengere Grenzwerte für den Kohlendioxid-Ausstoß von Neuwagen. Ab dem Jahr 2020 sollen Autos, die in der EU zugelassen werden, nur noch maximal 95 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

Doch das kleine bisschen Weltenrettung wird wohl ausfallen. Denn Altmaier hat eine Mission. Im Auftrag Angela Merkels soll er in Luxemburg dafür sorgen, dass die strengeren Grenzwerte erst richtig ab dem Jahr 2024 gelten. Nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe könnten so bis zu 310 Millionen Tonnen des Klimakillers mehr entstehen.

Die Klima-Kanzlerin hat sich in dieser Angelegenheit eindeutig positioniert: gegen den Klimaschutz, für die Industriepolitik. Die deutschen Autohersteller wollen den Brüsseler Vorstoß mit aller Macht verhindern. Denn sie verdienen im Gegensatz zu den Franzosen oder Italienern vor allem mit großen Autos Geld, die vergleichsweise viel CO₂ produzieren. In Merkel haben sie eine treue Verbündete.

So unverhohlen macht die Kanzlerin mittlerweile Politik für die Autokonzerne, dass die Partnerländer verärgert sind. Spätestens seit Merkel im Juni den mühsam zwischen EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsländern ausgehandelten 95-Gramm-Kompromiss torpedierte.

Aufmerksam registrieren die Nachbarn, mit welchem Eifer Merkels Emissäre um-



Montage bei Porsche in Leipzig: Industriepolitik vor Klimaschutz

herreisen, um Front gegen die Grenzwertregelung zu machen. Zunächst wurden kleine Länder wie Ungarn, Portugal oder die Slowakei auf Linie gebracht, in denen deutsche Autokonzerne Fabriken betreiben. Dann galt es, die großen Länder zu bearbeiten. Diplomaten fiel auf, dass die Briten beim Juni-Gipfel in Brüssel einen milliarden schweren Beitragsrabatt durchsetzen konnten. Wo war der Einspruch Merkels geblieben? Die Zurückhaltung kam ihnen merkwürdig vor. Lag es daran, dass die Kanzlerin kurz zuvor ihr Herz für die Hersteller schwerer Limousinen aus Süddeutschland entdeckt hatte?

Anfang Oktober sorgten die Deutschen dafür, dass die Abstimmung über die Grenzwerte überraschend von der Tagesordnung des Brüsseler Botschafterrats genommen wurde. Die Beamten aus dem Kanzleramt hatten London einen Deal vorgeschlagen: Ihr helft uns bei den Autos, wir kommen euch bei der geplanten Bankenunion entgegen, die der konservative Briten-Premier als Angriff auf den Finanzplatz London sieht.

Deutsche Klimasünder

CO₂-Ausstoß* 2012, in Gramm je Kilometer

* Durchschnitt; Quelle: T&E

Daimler	143,6
BMW	138,3
Volkswagen	134,6
Renault	124,7
Peugeot-Citroën	122,4
Fiat	118,4
EU-Ziel 2020	95,0

David Camerons liberaler Koalitionspartner hielt den Kuhhandel offenbar für so unmoralisch, dass man den Deutschen zusätzlich mehr Engagement im Emissionshandel der EU abrang.

Noch härter pokerten die Franzosen. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla musste vorigen Mittwoch mit drei Abteilungsleitern nach Paris reisen. Er bot der grünen Umweltministerin deutsche Unterstützung beim Emissionshandel an.

Den Deutschen zu Hilfe kamen ausgerechnet die französischen Autobauer. Vergangenes Jahr noch hatten die Konzerne die scharfen Grenzwerte unterstützt, weil sie kleinere Wagen mit weniger CO₂-Ausstoß bauen als die Deutschen mit ihren spritfressenden Luxuskarossen. Doch jetzt hat sie die Autokrise derart hart erwischt, dass auch sie den Aufschub wollen.

Vieles deutet darauf hin, dass man sich im Umweltministerrat ein weiteres Mal vertagt und einen neuen Grenzwertekompromiss mit kleinen, für die deutschen Autobauer aber entscheidenden Änderungen aushandelt. Es könnten mehr „Super-Credits“ vergeben werden, mit denen Elektroautos mehrfach gegen den CO₂-Ausstoß von Spritfahrzeugen aufgerechnet werden. Auch soll die schärfere CO₂-Grenze nur für einen Teil der Pkw nach dem Jahr 2020 gelten.

Bei der Aufweichung der Grenzwerte könnte sich indes das EU-Parlament querstellen. Denn sowohl das Weltklima als auch das politische Klima in Brüssel sind beschädigt. Matthias Groote (SPD), Vorsitzender des Umweltausschusses, sagt, er habe noch nie erlebt, dass eine Vereinbarung derart dreist gekippt wurde. Er wütet gegen die Berliner Regierung: „Wir fühlen uns verschaukelt.“

DIETMAR HAWRANEK,
CHRISTOPH PAULY, GERALD TRAUFFETTER

DER SPIEGEL



EU-Parlament in Straßburg

ANTHONY PIGORE / PICTURE ALLIANCE / DPA

EUROPA

Hürde um Hürde

Als der Bundestag die umstrittene Dreiprozentklausel für Europawahlen beschloss, setzte er sich über ein Gutachten des Bundesinnenministeriums hinweg.

Das Bundesverfassungsgericht hatte gerade die Fünfprozenthürde für Europawahlen verworfen, da analysierten die Fachleute des Bundesinnenministeriums die Auswirkungen des Richterspruchs: Könnte nun eine niedrigere Hürde aufgestellt werden? Oder verbot der Karlsruher Richterspruch auch das?

Die Experten kamen in ihrer fünfseitigen Stellungnahme zu einem eindeutigen Schluss. Sie warnten davor, den Weg erneut zu versperren – und sei das Hindernis noch so klein. Die „tragenden Gründe“ des Urteils sprächen „gegen die Implementierung einer Sperrklausel jeder Art bei der Europawahl“. Es fehle „an zwingenden Gründen, in die Wahl- und Chancengleichheit durch Sperrklauseln einzugreifen“.

Allein: Der Bundestag beschloss im Juni entgegen dem Expertenrat eine Dreiprozenthürde. Zahlreiche Rechtsprofessoren liefen Sturm, die kleinen Parteien protestierten, aber es nutzte nichts. Der Bundespräsident hat das Gesetz mittlerweile unterzeichnet. Jetzt kann den kleinen Parteien wiederum nur noch einer helfen: das Bundesverfassungsgericht.

Zahlreiche Parteien sind nach Karlsruhe gezogen, darunter die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), die Piraten, die Freien Wähler und die NPD. Auch der Speyrer Parteienkritiker Hans Her-

bert von Arnim mischt wieder mit. Er ist einer der Kläger, die vor zwei Jahren die damalige Fünfprozenthürde kippten. Diesmal vertritt er zwei Parteien, die ÖDP und die Freien Wähler. Sie holten bei der Europawahl 2009 so viele Stimmen, dass sie ins Parlament eingezogen wären, wenn es keine Sperrklausel gegeben hätte (siehe Grafik). Ohne eine solche Klausel, so darf man vermuten, hätten sich noch mehr Wähler für kleine Parteien entschieden.

Die Sitze hatten sich damals jene großen Parteien gesichert, die sich nach der Karlsruher Entscheidung beeilten, die neue Hürde aufzustellen. „Natürlich war der Leidensdruck hoch“, sagt ein Politiker der Union – die Angst, beim nächsten Mal einige Sitze an die kleinen Konkurrenten zu verlieren.

In großer Eile, in nur neun Tagen, peitschte der Bundestag im Juni das Gesetz durch. Fristen wurden verkürzt, zweite und dritte Lesung fielen auf denselben Abend, gegen Mitternacht. Da lagen den Abgeordneten noch nicht einmal die Protokolle der Sachverständigen-



DER SPIEGEL

Was wäre, wenn ...

- 2 Freie Wähler
 - 1 Republikaner
 - 1 Tierschutzpartei
 - 1 Familien-Partei
 - 1 Piratenpartei
 - 1 Rentner-Partei
 - 1 Ökologisch-Demokratische Partei
- Berechnung der Sitze der deutschen Parteien im Europaparlament ohne Sperrklausel (auf Grundlage der Europawahl 2009)

Quelle: Bundeswahlleiter

Anhörung vor, die kurz zuvor durchgeführt worden war.

In dieser Anhörung hatte unter anderen der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier gewarnt: Um das Gesetz verfassungsfest zu machen, müsse man eigentlich erst das Grundgesetz ändern. Und selbst Politiker der Regierungskoalition betrachteten es als „unfreundlichen Akt“, dass der Gesetzgeber das Karlsruher Urteil noch vor der nächsten Europawahl unterlaufe.

Der Bundestag aber stimmte mit großer Mehrheit für die Dreiprozentklausel, nur die Linke war dagegen. Der Bundespräsident zögerte daraufhin lange mit seiner Unterschrift, jetzt erst konnte das Gesetz ausgefertigt – und damit dagegen geklagt werden. Anders als von den kleinen Parteien erhofft, wird das Verfassungsgericht aber nach einer mündlichen Verhandlung entscheiden. Die ist für den 18. Dezember angesetzt. Mit einem Urteil ist wohl frühestens im Februar kommenden Jahres zu rechnen.

Den Klägern läuft die Zeit davon. Die Ungewissheit bedeute „eine Zerreißprobe“, sagt der Chef der ÖDP, Sebastian Frankenberger. Ende November will die Partei ihre Kandidaten für die Wahl im Mai 2014 nominieren. „Es ist viel einfacher, Kandidaten zu finden, wenn eine reale Erfolgchance besteht“, sagt Frankenberger, „auch den ganzen Wahlkampf richtet man anders aus.“

Vor dem Verfassungsgericht wird es auch darauf ankommen, ob die Richter sich davon überzeugen lassen, dass die Sachlage heute eine andere ist als beim letzten Urteil. Die großen Parteien führen vor allem an, dass das Europaparlament 2012 eine Entschließung verabschiedet hat, die unter anderem die Einführung von Sperrklauseln empfiehlt. Allerdings war dieser Punkt in der Entschließung zunächst nicht vorgesehen und wurde vornehmlich auf Betreiben deutscher Europaparlamentarier aufgenommen.

Arnim schimpft deshalb über „an den Haaren herbeigezogene Scheinbegründungen“. Diese hätten die Parlamentarier „unter Instrumentalisierung ihrer Macht und ihres Einflusses selbst hergestellt“. Die Verfassungsrichter sahen in ihrem ersten Urteil genau diese Gefahr: Gerade bei der Wahlgesetzgebung liege nahe, „dass die jeweilige Parlamentsmehrheit sich statt von gemeinwohlbezogenen Erwägungen vom Ziel des eigenen Machterhalts leiten lässt“ – umso strikter müsse das Gericht prüfen.

Sollte die Dreiprozentklausel bestehen bleiben, könnte ausgerechnet eine der Parteien darunter leiden, die ihrer Einführung zugestimmt haben: die FDP. In Umfragen näherte sie sich zuletzt der Dreiprozentmarke. Sackt die FDP weiter ab, fliegt sie womöglich auch aus dem Europaparlament.

DIETMAR HIPPE



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

KOALITIONEN

„Es hängt an den Linken“

Der hessische SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel, 44, über seine Schwierigkeiten, eine neue Regierungsmehrheit zu finden

SPIEGEL: Herr Schäfer-Gümbel, 2008 ist die hessische SPD bei dem Versuch, eine rot-grün-rote Regierung zu bilden, krachend gescheitert. Nach der Wahl vor drei Wochen haben Sie gesagt, Sie würden die Fehler von damals nicht wiederholen. Welche Fehler meinen Sie?

Schäfer-Gümbel: Wir haben uns zum Beispiel unter hohen Zeitdruck setzen lassen und die Entscheidungen nicht transparent genug gemacht. Deshalb will ich diesmal vor allem den Zeitdruck rausnehmen. Und wir reden jetzt wirklich ergebnisoffen mit allen: mit der CDU auf der einen Seite, mit Grünen und Linkspartei auf der anderen.

SPIEGEL: Die Gräben zwischen den Parteien sind in Hessen aber tiefer als anderswo. Warum?

Schäfer-Gümbel: Die Wege zwischen den Volksparteien sind hier in der Tat weiter. Aber ich glaube, dass die Atmosphäre durch die Gespräche, die wir gerade füh-

ren, besser wird. So vertieft haben wir alle noch nicht miteinander geredet. Das ist schon ein großer Fortschritt.

SPIEGEL: Sprechen Sie auch mit den Liberalen?

Schäfer-Gümbel: Ich habe der FDP gesagt, dass wir auch mit ihr reden wollen. Aber die Partei ist in einer sehr schwierigen Situation. Vor der Wahl hat sie beschlossen, nicht mit SPD und Grünen zu regieren. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es für eine Partei ist, sich neu zu sortieren, wenn sie am Boden liegt.

SPIEGEL: Sie haben sich mit dem Grünen-Landeschef Tarek Al-Wazir fest untergehakt. So fest, dass viele glauben, Sie würden nur gemeinsam regieren wollen.

Schäfer-Gümbel: Ich würde gern mit meinem Freund Tarek Al-Wazir regieren, ganz klar, wir beide hätten viel Spaß zusammen. Aber am Ende entscheidet leider nicht der Spaß, sondern Inhalte und Mehrheiten. Es ist also nicht ausgeschlos-

sen, dass Schwarz-Grün regiert und wir in die Opposition gehen.

SPIEGEL: Al-Wazir sagt, für die CDU sei eine Große Koalition günstiger zu haben als die Grünen.

Schäfer-Gümbel: Das ist Unsinn, das genaue Gegenteil ist richtig: Wir wären machtpolitisch der eindeutig teurere Part für die Union. Wir haben bei der Wahl mehr als 30 Prozent der Stimmen bekommen, die Grünen nur gut 11. Und wir werden ohne klar erkennbare Veränderungen in der Politik, zum Beispiel bei Arbeit und Bildung, keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU beginnen.

SPIEGEL: Für Sie wäre es die Höchststrafe, als Minister unter dem CDU-Regierungschef Volker Bouffier zu arbeiten, wurden Sie vor der Wahl zitiert. Gilt das noch?

Schäfer-Gümbel: Wenn es so wäre, hätten Volker Bouffier und ich in der vergangenen Woche nicht sechs Stunden intensiv miteinander über mögliche Gemeinsamkeiten und Trennendes geredet. Es gibt eine einfache Messlatte, die ich an jede Form der Regierungsbeteiligung anlege: Wird das Land dadurch sozialer und gerechter oder nicht?

SPIEGEL: Einen Fehler Ihrer Amtsvorgängerin Andrea Ypsilanti hätten Sie beinahe wiederholt: Vor der Wahl haben Sie eine Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke „formal“ zwar nicht ausgeschlossen, aber politisch für fast undenkbar erklärt. Trotzdem sondieren Sie jetzt mit ihr.

Schäfer-Gümbel: Ich übersetze Ihnen gern, was meine Aussage für die heutige Situation heißt: Ich werde mit allen reden, aber die Hürden sind sehr hoch.

SPIEGEL: Doch grundsätzlich sind die Linken für Sie jetzt politikfähig?

Schäfer-Gümbel: Es gibt noch immer viele Punkte, die mich zweifeln lassen.

SPIEGEL: Der Vorwurf des Wortbruchs wird Ihnen nicht erspart bleiben, falls Sie Koalitionsverhandlungen aufnehmen.

Schäfer-Gümbel: Dieser Vorwurf würde von interessierter Seite auf jeden Fall kommen. Den müsste es aber genauso geben, wenn wir Koalitionsverhandlungen mit der Union eingingen.

SPIEGEL: Hielte Ihre Partei ein Linksbündnis aus?

Schäfer-Gümbel: Die Angst, dass wir wieder in eine Situation kommen, in der es uns zerreißt, ist bei manchen Parteifreunden natürlich da. Ich bin mir aber sicher, dass es diesmal nicht dazu kommen wird. Auch weil wir unsere Entscheidungen für Gespräche und den Weg dahin, in welche Richtung es auch geht, absolut transparent und nachvollziehbar machen werden.

SPIEGEL: Was wäre denn im Moment leichter durchzusetzen in Ihrer Partei? Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Rot?

Schäfer-Gümbel: Die Debatte ist im Fluss, und sie ist teilweise sehr emotional. Ich kriege viele E-Mails in jede Richtung,

aber ich zähle die Stapel nicht aus. Am Ende müssen wir nach den Gesprächen überzeugt sein, dass wir einen Weg gehen, der das Land sozialer und gerechter macht und der stabil ist. Abenteuerurlaub machen wir nicht.

SPIEGEL: Das spricht eher gegen ein Dreierbündnis mit Grünen und Linken. Ihre Mehrheit im Parlament wäre so knapp wie 2008, als vier SPD-Abgeordnete die geplante Koalition im letzten Moment platzen ließen.

Schäfer-Gümbel: Ich habe auch schon gute Erfahrungen mit Dreierbündnissen gemacht. Im Landkreis Gießen habe ich als Kommunalpolitiker eine Konstellation zwischen SPD, FDP und Freien Wählern gezimmert, später eine mit SPD, Grünen und Freien Wählern. Aber ich weiß auch, dass es anstrengend ist.

SPIEGEL: Ihre Vorgängerin Andrea Ypsilanti hat, nachdem fast fünf Jahre kaum etwas von ihr zu hören war, kürzlich in Zeitungsinterviews ein rot-grün-rotes Bündnis empfohlen. Wie fanden Sie das?

Schäfer-Gümbel: Die SPD ist eine große Partei mit vielen Meinungen. Manche davon finden sich in der Zeitung wieder.

SPIEGEL: Ypsilanti hat kritisiert, Ihre Partei habe es in den vergangenen fünf Jahren versäumt, ihr Verhältnis zur Linkspartei zu klären und sich den Linken über gemeinsame Projekte anzunähern.

Schäfer-Gümbel: Ich glaube, dass unser Verhältnis zur Linkspartei sortiert ist, besser als in jedem anderen SPD-Landesverband im Westen der Republik. Wir sind nicht mehr in der Situation, dass wir die Linken aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Wir streiten heute mit ihnen über politische Differenzen. Die Linken wollen die neue Landebahn am Frank-

furter Flughafen schließen, den Verfassungsschutz abschaffen und mit Einsparungen im Haushalt, die unvermeidbar sind, möglichst nichts zu tun haben. Das macht es schwierig.

SPIEGEL: Eine Regierungsbeteiligung unter Ihrer Führung hängt also nur an der Beweglichkeit der Linken?

Schäfer-Gümbel: Die Linken müssen sich entscheiden, ob sie Protestpartei sein wollen oder Gestaltungspartei. Es hängt von ihnen selbst ab, ob sie Verantwortung übernehmen wollen und ob sie es aushalten, auch unangenehme Entscheidungen zu treffen. Was nicht geht, ist, Entscheidungen erst mitzutragen und dann dagegen zu protestieren.

SPIEGEL: Wie stark beeinflusst der Ausgang der Koalitionsverhandlungen im Bund die Entscheidung in Hessen?

Schäfer-Gümbel: Für mich gar nicht. Ich schaue aus einem anderen Grund nach Berlin: Wer immer da künftig regiert, muss dafür sorgen, dass die Länder und Kommunen genug Geld haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir haben die noch amtierende Landesregierung aufgefordert, endlich die genauen Zahlen auf den Tisch zu legen, aber wir sehen schon jetzt, dass die Haushaltslage in Hessen dramatisch ist. Wir müssen bis 2020 die Schuldenbremse erfüllen, das heißt, keine Neuverschuldung mehr. Das wird ohne zusätzliche Einnahmen nicht gelingen.

SPIEGEL: 2008 kam starker Druck aus der Berliner Parteizentrale, den rot-grün-roten Weg in Hessen nicht zu gehen. Rechnen Sie wieder mit Vorgaben aus der Bundespartei?

Schäfer-Gümbel: Nein. Ich habe sehr deutlich gemacht, dass mich solche Vorgaben nicht interessieren. Ich erlebe in Berlin aber ein großes Vertrauen darauf, dass wir in Hessen schon den richtigen Weg finden werden.

INTERVIEW: MATTHIAS BARTSCH

* Mit der hessischen Linken-Fraktionsvorsitzenden Janine Wissler am Wahlabend in Wiesbaden.



Landespolitiker Bouffier, Schäfer-Gümbel, Al-Wazir*: „Abenteuerurlaub machen wir nicht“



ZEITGESCHICHTE

Kleines Land mit großem Herzen

Im Herbst 1943 retteten die Dänen 7000 Juden vor der Deportation in die Nazi-Todeslager – eine Ausnahme in der Geschichte des Holocaust. Wie aber kam es dazu, und warum bestraften die Deutschen den Widerstand nicht? *Von Gerhard Spörl*

In der Nacht setzten sie sich in Bewegung, Tausende jüdische Familien. Sie fuhren mit dem Auto, mit dem Fahrrad, mit der Straßenbahn oder dem Zug los. Sie verließen die dänischen Städte, in denen sie sich auskannten, und flohen aufs Land, das vielen fremd war. Unterwegs schlüpften sie bei Freunden oder Geschäftspartnern unter, brachen verlassene Sommerhäuser auf oder blieben über Nacht bei gastfreundlichen Bauern. „Wir kamen zu netten und guten Menschen – allerdings hatten sie keine Ahnung von dem, was gerade geschah“, schreibt Poul Hannover, einer der Flüchtlinge, über diese finsternen Tage, in denen die Menschlichkeit Triumphe feierte.

Aber dann wussten die Flüchtlinge nicht mehr, wie es weitergehen sollte. Wo waren sie in Sicherheit? Was unternahmen die Nazis, um sie zu finden? Es gab kein Fluchtzentrum, keinen Kopf, keine Organisation, verzweifelt wenig Verlässliches. Doch gab es die Kunst der Improvisation und die Hilfsbereitschaft vieler Dänen, die sich nun bewährten.

Jetzt tauchten Verschworene der dänischen Untergrundbewegung auf, die wuss-

ten, wem zu trauen war und wem nicht. Es fanden sich Polizisten, die nicht nur wegschauten, als die Flüchtlinge in Gruppen auftauchten, sondern sie auch davor warnten, wo die Nazis kontrollierten. Und dann fanden sich Schiffer, die sie in ihren Fischkuttern, Booten oder Segelschiffen über die Ostsee nach Schweden bringen wollten.

Dänemark im Oktober 1943, das war ein kleines Land mit einem großen Herzen. Seit dreieinhalb Jahren stand es unter der Besatzung von Nazi-Deutschland. Das kleine Land hatte sich dagegen nicht militärisch gewehrt, wie sollte es? Aber es unterwarf sich auch nicht. Die Dänen handelten einen privilegierten Status aus, der es ihnen sogar erlaubte, die eigene Regierung zu behalten. Sie schätzten ihre Möglichkeiten realistisch ein, aber sie setzten auch Grenzen, wie weit sie mit den Deutschen kooperieren wollten.

Das kleine Land verteidigte seine Demokratie. Das große, kriegswütige Hitler-Deutschland begnügte sich mit Fernsteuerung und betrachtete Dänemark fortan als „Musterprotektorat“. So standen die Dinge bis in den Sommer 1943, als Streiks

und Sabotageakte für Unruhe sorgten. Daraufhin drohten die Nazis mit Standgerichten und verhängten Ende August den Ausnahmezustand. Aus Protest trat die dänische Regierung zurück.

Zu diesem Zeitpunkt hatte in anderen Ländern, die sich die Nazis unterworfen hatten, die Deportation und Ermordung der europäischen Juden lange schon begonnen. In den Niederlanden oder Ungarn, aus Griechenland, Litauen, Lettland und Polen verschwand die übergroße Mehrheit der Juden, zwischen 70 und 90 Prozent, und wurde ermordet. Aus Estland, Belgien, Norwegen und Rumänien deportierten die Nazis annähernd die Hälfte aller Juden und töteten sie. Von den französischen und italienischen Juden starben rund ein Fünftel. Der Historiker Peter Longerich schreibt, der Holocaust sei „in beträchtlichem Maße von den praktischen Hilfestellungen eines besetzten Landes oder Gebietes“ abhängig gewesen.

Die Dänen leisteten keine Hilfestellung bei der „Judenaktion“ in ihrem Land. Sie betrachteten die Juden als Dänen und stellten sie unter ihren Schutz. „Die Geschichte der Rettung der dänischen Ju-

den“, schreibt der Autor Bo Lidegaard in seinem neuen Buch, „ist nur ein winziger Teil der gewaltigen Geschichte der Shoah. Aber sie erteilt uns eine Lektion. Denn sie erzählt vom Selbsterhaltungstrieb, vom zivilen Ungehorsam und von der Hilfe, die fast ein ganzes Volk leistete, weil es sich empört und zornig gegen die Deportation seiner Landsleute auflehnt.“**

Lidegaard, Jahrgang 1958, ist ein hochgewachsener Intellektueller mit vielseitiger Begabung. Als Diplomat vertrat er sein Land in Genf und Paris, danach war er Sicherheitsberater des Ministerpräsidenten und organisierte 2009 die Klimakonferenz in Kopenhagen. Seit April 2011 ist er Chefredakteur der großen linksliberalen Tageszeitung „Politiken“.

An seinem Buch hat er zehn Jahre lang gearbeitet. Ihn habe interessiert, so erzählt er während eines Gesprächs in Hamburg, warum Dänemark die Juden retten wollte – und warum die Nazis es zuließen, dass sie gerettet wurden. Dabei fiel zwei Männern eine zentrale Rolle zu, zwei Deutschen, zwei Nazis mit je eigener Geschichte.

Der eine Deutsche hieß Georg Ferdinand Duckwitz. Er stammte aus einer Bremer Kaufmannsfamilie und trat schon 1932 der NSDAP bei. Duckwitz war Nazi und Antisemit aus Überzeugung. Er arbeitete für Alfred Rosenberg, einen von Hitlers Rassenideologen, der 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

An den Nazis missfielen Duckwitz nach und nach das Rohe und die Mordlust. Da er Dänemark aus früheren Zeiten kannte und eine Vorliebe für dieses Land hegte, ging er im September 1939 als Schiffsverkehrssachverständiger für das Reichsverkehrsministerium nach Kopenhagen.

Am 9. April 1940 besetzte Deutschland das kleine Dänemark. Das Protektorat durfte seine inneren Angelegenheiten selbst regeln. Es bewahrte sich Freiraum und lehnte das Ansinnen der Nazis ab, die Todesstrafe einzuführen und Juden auszugrenzen. Das Land behauptete sich, so gut es ging.

Deutschland erklärte Dänemark zum Modell für jene Protektorate, die Hitler nach Kriegsende im westlichen Europa anlegen wollte. Die Nazis schickten zunächst nur 89 Beamte ins Land, die für 3,8 Millionen Dänen zuständig waren – in Frankreich waren es 22.000. Anders als Frankreich war Dänemark klein. Hier lebten nur wenige Juden. Auch besaß das Land keine kriegswichtigen Rohstoffe,

Dänemark lieferte Agrarprodukte nach Deutschland. Dänemark war wirtschaftlich nicht besonders wichtig.

Was Duckwitz offiziell und inoffiziell in Kopenhagen erledigte, hat er in einem Manuskript beschrieben, das bis heute im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes schlummert und Lidegaards Darstellung teils ergänzt, teils konterkariert.

Duckwitz sollte sich in Kopenhagen unter anderem um deutsche Schiffe kümmern, die dänische Häfen anliefen. Er schloss Abkommen mit dänischen Behörden, die „den gegenseitigen Tonnageeinsatz“ regelten. Er musste gegenüber Berlin Rechenschaft ablegen, wenn der dänische Untergrund Sabotage an Schiffen übte.

Darüber hinaus nahm er Verbindung zu Sozialdemokraten wie dem jungen Arbeiterführer Hans Hedtoft auf und kümmerte sich um Dänen, die in die Fänge der Deutschen geraten waren. Bald hieß Duckwitz' Büro intern „das Büro für Menschenrettung“.

Aus dem Nazi Duckwitz wurde ein Gegner der Nazis, der zugleich gute Verbindungen nach Berlin besaß. Der Wandel konnte den Nazis kaum verborgen bleiben. Sie drohten mehrmals mit Abberufung, verzichteten aber stets darauf.

Auf Duckwitz trifft zu, was Hannah Arendt „das merkwürdige Doppelspiel der Nazi-Behörden in Dänemark, die ganz offenbar die Befehle aus Berlin sabotierten“, nannte, ein Phänomen, das die Philosophin verwunderte: „Dieses einzige uns bekannte Beispiel von offenem Widerstand einer Bevölkerung scheint zu zeigen, dass die Nazis, die sol-

chem Widerstand begegneten, nicht nur opportunistisch nachgaben, sondern gewissermaßen ihre Meinung änderten.“

Der zweite Deutsche war überzeugter Nazi und Antisemit und blieb es auch. Werner Best arbeitete in herausgehobener Stellung im Reichssicherheitshauptamt. Er war ein enger Mitarbeiter von Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich. Dann aber überwarf er sich mit Heydrich und fiel in Ungnade. Er verließ Berlin und wechselte in die deutsche Militärverwaltung für Frankreich. Dort betrieb er die Internierung und Verfolgung von Juden, was ihm den Beinamen „Bluthund von Paris“ eintrug.

Im Sommer 1942 kam Best als neuer Reichsbevollmächtigter nach Dänemark. Damit war er die höchste Instanz im Protektorat. „Er sollte eine Schlüsselrolle im Schicksal der dänischen Juden spielen, doch worin diese wirklich bestanden hatte, ist eine Frage, die bis heute debattiert wird“, schreibt Lidegaard.

Lidegaard hält Best für einen Opportunisten, der im Herbst 1943 klug genug war einzusehen, dass der Krieg für Deutschland verloren war. Deshalb duldete er, was Duckwitz trieb, weil ihm das Wegschauen nach dem Krieg als Plus angerechnet werden konnte. Anders Duckwitz. Er schätzte Best als einen Mann ein, der im Sinne von Hannah Arendt in Kopenhagen seine Meinung änderte.

Die Absicht, irgendwann auch in Dänemark gegen die Juden vorzugehen, hätten die Nazis von Anfang an gehabt, schreibt Duckwitz in seinem Manuskript.

Anfang September 1943 erreichten Best und Duckwitz Nachrichten aus Ber-



Nazi Best (r.): „Bluthund von Paris“

* Mit Sicherheitspolizeichef Reinhard Heydrich, SS-Führer Heinrich Himmler und dem Präsidenten der Akademie für Deutsches Recht Hans Frank im Oktober 1936 in Berlin.

** Bo Lidegaard: „Die Ausnahme. Oktober 1943: Wie die dänischen Juden mithilfe ihrer Mitbürger der Vernichtung entkamen“. Karl Blessing Verlag, München; 592 Seiten; 24,99 Euro.



JUPP DÄRCHINGER IM AUSD DER FES

Diplomat Duckwitz 1970: „Gerechter unter den Völkern“

lin, dass Hitlers Umgebung darauf drängte, die dänischen Juden zu deportieren. Das habe Best die Initiative ergreifen lassen, schreibt Duckwitz. Am 8. September schickte der Reichsbevollmächtigte ein Telegramm nach Berlin, in dem er von sich aus vorschlug, die Wehrmacht sollte in Dänemark gegen die Juden vorgehen. Er machte sich zu eigen, was bis dahin nur ein Gerücht war.

Das sei als Trick gedacht gewesen, legt der wohlmeinende Duckwitz nahe. Best habe geglaubt, „dass ein Vorschlag von ihm, eine Aktion gegen die dänischen Juden vorzunehmen, ohne weiteres abgelehnt werden würde. Er sah einen großen Vorteil darin, gegenüber denjenigen Kreisen, die Hitler eine Judenverfolgung in Dänemark nahelegten“, die Initiative zu ergreifen.

Ein Trugschluss, meinte Duckwitz. Eine Lüge, meint Lidegaard.

Am 19. September 1943 lag die Antwort aus Berlin vor: Hitler folge der Anregung Bests und beauftrage Himmler mit der Durchführung.

Umgehend informierte Duckwitz seine dänischen Gewährsleute in der Regierung, unter den Sozialdemokraten, in der Jüdischen Gemeinde. Er reiste nach Schweden und berichtete dem Ministerpräsidenten Per Albin Hansson, was bevorstand. Die schwedische Regierung wies den Gesandten in Kopenhagen an, freigebig Pässe an dänische Juden auszustellen, und bereitete sich darauf vor, Flüchtlinge im eigenen Land aufzunehmen.

Die „Judenaktion“ begann in der Nacht zum 2. Oktober. Die deutschen Sicherheitskräfte bestanden aus 1300 bis 1400 Polizisten, dazu kamen dänische Freiwillige und das Schalburg-Korps, eine SS-Einheit aus Dänen. Einige hundert Juden fielen ihnen in die Hände, 202 wur-

den zur Deportation bestimmt; dazu wurden 150 dänische Kommunisten auf das Schiff „Wartheland“ gebracht, das 5000 Menschen aufnehmen konnte.

Weder die deutsche Wehrmacht noch das Polizeiaufgebot „zeigten sich besonders eifrig, der Gestapo bei der Jagd nach dänischen Juden zu helfen“, schreibt Lidegaard. Um ein Uhr nachts wurde die Aktion für beendet erklärt. Best meldete nach Berlin, Dänemark sei „entjudet“.

„Entjudet“? Kaum anzunehmen, dass den Nazis entgangen war, dass nur ein paar hundert Menschen auf dem großen Schiff deportiert worden waren und dass zur gleichen Zeit Tausende Juden auf der Flucht an die Küste strömten, um nach

Die schwedische Regierung wies den Gesandten in Kopenhagen an, freigebig Pässe auszustellen.

Schweden zu entkommen. Kaum anzunehmen auch, dass Duckwitz' konspiratives Handeln in Berlin ganz unbemerkt geblieben war. Warum unternahmen die Nazis nichts dagegen?

Dänemark sei für sie einfach nicht wichtig gewesen, meint Lidegaard beim Gespräch in Hamburg. Außerdem hätten die Nazis ja gewusst, dass die Dänen ihre Juden vor Massendeportation beschützen würden. Sie hätten es vorgezogen, Dänemark der Welt als Protektorat vorzuzeigen, und deshalb in diesem Fall die moralischste Konsequenz vermissen lassen.

Und Duckwitz und Best? Sie hätten in Kenntnis des mäßigen Interesses der Berliner Zentrale gehandelt und seien kein großes Risiko eingegangen, meint

Lidegaard. Zu den Merkwürdigkeiten gehöre, dass Eichmann im November 1943 nach Kopenhagen gereist sei und sich zufrieden mit der „Judenaktion“ gezeigt habe.

So konnten 7742 Juden über die Ostsee nach Schweden fliehen. Jeder von ihnen bekam dort staatliche Unterstützung, wenn er sie brauchte. Die dänische Regierung setzte sich zudem für die Deportierten ein, Anfang 1945 kamen 423 Inhaftierte aus Theresienstadt frei, nach Verhandlungen mit Himmler.

Wie viele dänische Juden umgebracht wurden? Schätzungsweise 70, ein Prozent der jüdischen Bevölkerung. Dänemark ist die goldene Ausnahme in der Geschichte des europäischen Holocausts.

Die beiden Deutschen, die ihre Rolle im Herbst 1943 gespielt hatten, überlebten den Krieg in Kopenhagen.

Best wurde verhaftet, er sagte in Nürnberg als Zeuge im Kriegsverbrecherprozess aus und wurde dann nach Dänemark überstellt. Das Kopenhagener Stadtgericht verurteilte ihn am 20. September 1948 zum Tode; in einem Revisionsverfahren kam er mit zwölf Jahren Haft davon – Best wurde nun sein Verhalten im Herbst 1943 positiv angerechnet. Auf Druck der neuen Bonner Regierung kam er schon am 24. August 1951 frei.

Fortan arbeitete er in der Kanzlei des FDP-Politikers Ernst Achenbach für die Rehabilitierung alter Nazis. In vielen Nazi-Prozessen fütterte er die Verteidigung mit entlastendem Material, ohne selbst in Erscheinung zu treten.

In Deutschland blieb Best persönlich zwei Jahrzehnte lang unbehelligt. Erst Ende der sechziger Jahre tauchten Dokumente und Zeugen auf, die seine Vergangenheit im Dienst des Reichssicherheitshauptamts erhellten. Der fällige Prozess gegen ihn wurde aus Gesundheitsgründen immer wieder verschoben.

Best, eine ewig schillernde, sinistre Figur, starb im Juni 1989.

Duckwitz blieb nach dem Krieg in Kopenhagen und arbeitete zunächst als Vertreter der westdeutschen Handelskammern. Dann wurde in der Bundesrepublik das Auswärtige Amt wiederaufgebaut, und er trat in den Diplomatischen Dienst ein. 1955 kehrte er als Botschafter nach Dänemark zurück. Zehn Jahre später ließ er sich vorzeitig pensionieren, weil er die Politik der Ausgrenzung gegenüber der DDR für falsch hielt.

Bald aber reaktivierte ihn Willy Brandt und übertrug ihm die Verhandlungsführung für den Warschauer Vertrag, der Polen und Deutsche aussöhnen sollte.

Dänemark hatte Duckwitz, den konvertierten Nazi, bald nach Kriegsende für seine Hilfe bei der Rettungsaktion geehrt. 1971, zwei Jahre vor seinem Tod, zeichnete ihn Jad Waschem als „Gerechten unter den Völkern“ aus. ♦



BND-Chef Gehlen 1958 in Hannover
Konkurrenz anschwärzen

GEHEIMDIENSTE

Intrige unter Diensten

Historiker widerlegen die These, viele NS-Verbrecher hätten einst beim Verfassungsschutz angeheuert. Neu aufgetauchte Akten zeigen: Das Gerücht hat der BND gestreut.

Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), sieht müde aus. Beinahe täglich wird der 50-jährige Jurist mit Vorschlägen traktiert, welche Konsequenzen seine Behörde aus dem NSU-Neonazi-Skandal ziehen solle. Jetzt muss er sich auch noch mit Alt-Nazis beschäftigen, die einst in seinem Hause gedient haben.

Eine kleine Historikerkommission hat sich darangemacht, die Gründungsgeschichte des Inlandsgeheimdiensts aufzuklären. Nun ist es Zeit für einen ersten Zwischenbericht – und deshalb sitzt Maaßen am vorvergangenen Dienstag auf einem Podium neben den Professoren Constantin Goshler und Michael Wala.

Es ist ein bekanntes Ritual. In vielen Behörden und Ministerien gehen offiziell beauftragte Wissenschaftler der Frage nach, wie viele Nazis in den Gründerjahren der Republik die Amtsstuben besetzten. Bislang haben sich die Ergebnisse, etwa beim Auswärtigen Amt oder beim Bundeskriminalamt, als erschütternd erwiesen. Nicht so beim Verfassungsschutz.

Die Anzahl ehemaliger Nazis unter gut 1500 überprüften BfV-Mitarbeitern? Etwa 13 Prozent, eine vergleichsweise „eher niedrige Zahl“ (Wala). Folterer und Schreibtischtäter? Einige wenige, schlimm genug, aber die meisten Namen sind seit Jahrzehnten bekannt. Versuche

von Verfassungsschützern, die Strafverfolgung von SS-Mördern zu behindern? In den Akten bislang nicht nachweisbar.

Maaßens Gesichtszüge entspannen sich. Endlich mal gute Nachrichten.

So bleibt die Frage, woher das sich hartnäckig haltende Gerücht stammte, der in Köln ansässige Verfassungsschutz sei in der Gründungszeit eine durch und durch braune Behörde gewesen.

Eine Antwort findet sich in CIA-Akten und „streng geheimen“ Unterlagen aus den fünfziger und sechziger Jahren, die die Bundesregierung auf Antrag des SPIEGEL freigegeben hat. Die Spur führt nach Pullach zum Bundesnachrichtendienst (BND) und zu dessen erstem Präsidenten Reinhard Gehlen.

Der ehemalige General der Wehrmacht sah die Kölner Behörde als Konkurrenz. Beide Dienste betrieben Spionageabwehr, beide spitzelten im Innern (was der BND nicht darf), beide buhlten um Ansehen bei den Mächtigen. Gehlen war Mann der Amerikaner und wurde von Kanzler Konrad Adenauer gefördert, das BfV hingegen war eine Gründung in der ehemals britischen Zone, mit Rückhalt in der SPD und bei Adenauers CDU-Rivalen Jakob Kaiser. An der BfV-Spitze stand zudem zunächst Otto John, ein Mann des 20. Juli, der nach 1945 Kriegsverbrecher der Wehrmacht belastete, was ihm Gehlen übelnahm („Einmal Verräter, immer Verräter“).

Nazi-Seilschaften bildeten sich in Köln wie Pullach, doch die Größenordnungen



BfV-Präsident Maaßen (M.), Historiker* Erfreuliches Ergebnis

sind sehr unterschiedlich. Beim BfV stießen Goshler und Wala bislang auf gut zwei Dutzend ehemalige Gestapo-, SD- und SS-Angehörige. In Gehlens Truppen waren es nach Expertenmeinung Hunderte.

1957 wurde das braune Erbe zum Thema zwischen den Behörden. Das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hatte das BfV informiert, dass sich ehemalige Gestapo-Angehörige in einer Außenstelle des BND sammelten. Bald landete der Hinweis im Kanzleramt.

Gehlen wehrte die Kritik zunächst mit einem Hinweis auf den Verfassungsschutz in den Ländern ab. Dort seien schließlich auch Ex-Gestapo-Leute beschäftigt, und der BND könne seine Mitarbeiter „nicht schlechter behandeln, als sie bei anderen Behörden behandelt“ würden.

Ab 1962 zog Gehlen dann gegen das Bundesamt direkt zu Felde, denn inzwischen war Heinz Felfe aufgefliegen. Der ehemalige SS-Obersturmführer und hochrangige BND-Mann hatte jahrelang für die Sowjets spioniert. Sein Fall machte die SS-Leute im BND zum Politikum. Gehlen beschloss, zur Entlastung die Konkurrenz anzuschwärzen. O-Ton eines BND-Vermerks ans Kanzleramt:

„Die Notwendigkeit, Personal dieser Art überhaupt zu beschäftigen, ist unbestritten. Sowohl die Landesämter wie das BfV haben einen relativ hohen Prozentsatz ehemaliger Kriminalbeamter, die politisch belastet sein könnten, in ihren Diensten. Der Wert dieser Personen liegt darin, dass es sich um kriminalistisch geschulte Leute handelt, die langjährige Erfahrung auf dem abwehr-polizeilichen Gebiet haben.“

Wenig später raunten BND-Spitzen bei einem Treffen in Pullach mit Beamten des Kanzleramts, ehemalige SD-Mitarbeiter würden „Querverbindungen“ zu Gleichgesinnten beim BfV unterhalten.

Zwei Wochen nach dem Treffen in Pullach veröffentlichte die „Zeit“ einen Artikel, wonach der Verfassungsschutz im Zusammenspiel mit den Alliierten jahrelang Telefonate habe abhören lassen. Der Verfasser war Peter Stähle, der später auch für den SPIEGEL arbeitete. Und weil Stähle zudem einige Alt-Nazis in der Kölner Behörde outete, entstand der Eindruck, dass ausgerechnet Leute aus Himmlers Terrortruppen Post- und Fernmeldegeheimnis brachen. Auf Antrag der SPD setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, was Gehlen trotz Felfe und Kameraden erspart blieb.

Wie die CIA herausfand und im Februar 1964 notierte, hatte Stähle für seinen Artikel zwei Quellen: ehemalige Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und Agenten des BND.

KLAUS WIEGREFE

* Constantin Goshler, Michael Wala.



Afrikanische Lampedusa-Flüchtlinge im Kirchenasyl der St.-Pauli-Kirche in Hamburg

FLÜCHTLINGE

Die Menschenfalle

In diesem Jahr kommen erstmals seit langem wieder mehr als 100 000 Asylbewerber nach Deutschland. Ein Grund zur Sorge? Vor allem zum Nachdenken: über ein Asylsystem, das nur noch scheinbar funktioniert. *Von Jürgen Dahlkamp und Maximilian Popp*

Asyl, ein Trauerspiel, erste Szene: Friedersdorf in Sachsen-Anhalt. Dass sie ihn wirklich hierhergeschickt haben, Sina Alinia, 27 Jahre alt. Hat er nicht Hände zum Arbeiten? Einen Kopf zum Denken? Einen Beruf, Bauingenieur, der zu den angesehenen Berufen hierzulande zählt? Solche brauchen sie

doch, wollen sie doch, suchen sie doch in Deutschland.

Und trotzdem sitzt er hier herum. In einem Asylheim am Ende der Straße, am Ende aller Straßen, sechs Kilometer bis Bitterfeld, und dazwischen leere Dörfer. Es ist ein Leben, als hätten sie ihn ins Regal gestellt, ordentlich verpackt, dann verges-

sen, seit zweieinhalb Jahren. So lange schon wartet der Iraner – Asylantrag abgelehnt, der Widerspruch läuft – und hofft darauf, dass ihm einer endlich eine Aufgabe gibt. Arbeit. Aber es passiert nichts. Weil das Ausländeramt will, dass er in Sachsen-Anhalt bleibt. Weil die Arbeitsagentur will, dass er keinem anderen Konkurrenz macht.



JOHANNES ARTLAUF

Es ist klar, dass es so nicht weitergehen kann, nicht mit 16 400 offenen Stellen für Bauingenieure in diesem Land. Aber es geht so weiter. Jeden Tag.

Asyl, ein Trauerspiel, zweite Szene: der Münchner Flughafen. An diesem Morgen im August sind es 14 Ägypter, am Tag zuvor waren es 9, alle mit der Lufthansa um sechs Uhr aus Tiflis. Die Ägypter sitzen immer in der Maschine aus Tiflis, Georgien, denn für Georgien brauchen Ägypter kein Visum. Und für Deutschland, wenn sie auf dem Rückweg umsteigen, auch nicht. Nur dass sie gar nicht um-, sondern aussteigen.

„Transitabspringer“ heißen sie bei der Bundespolizei. Fast 600 waren es von Mai bis August in München. Es ist der einfachste Weg ins Asylverfahren, mit einem Airbus A 320, in der Touristenklasse. Es ist klar, dass es so nicht weitergehen kann, wenn man sich als Staat nicht vorführen

lassen will. Wenn man Zuwanderung regeln, steuern und, auch das, begrenzen möchte. Aber es geht weiter. Jeden Tag um sechs Uhr.

Asyl, ein Trauerspiel, dritte Szene: Griechenland. Diese Griechen halten ihre Grenze zur Türkei einfach nicht dicht. Immer diese Griechen! Und dann behandeln sie die Flüchtlinge auch noch derart schäbig, dass die ganz schnell weiterflüchten, nach Deutschland. Keine Frage, damit verstoßen Immer-diese-Griechen gegen die EU-Verordnung von Dublin: Wo ein Flüchtling zuerst EU-Boden betritt, da muss er Asyl beantragen und bleiben. Und wenn er nicht bleibt, dann wird er ins erste Land zurückgeschickt. Nach Griechenland zum Beispiel. Ist halt Pech für die Griechen, dass sie so eine lange EU-Außengrenze haben, aber dafür bekommen sie doch auch Hilfe von Deutschland.

Die deutsche Hilfe sieht in Wahrheit so aus: Die Bundespolizei hat mehr als 30 000 Beamte. Von denen waren im September sieben nach Griechenland zu „Frontex“ abkommandiert, der EU-Agentur zur Sicherung der Außengrenzen. Sieben.

Und wie steht es mit Geld für die Versorgung von Flüchtlingen? „Das Bundesministerium des Innern hat bislang keine direkten Zahlungen zur Unterstützung des griechischen Asylsystems geleistet“, sagt ein Sprecher in Berlin. Null Euro also. Und indirekt, über die EU? Die zahlte von 2008 bis 2012 knapp 34 Millionen Euro. Macht nicht mal 7 Millionen im Jahr.

„Die Ärmsten am Rand Europas sollen für uns Reiche in der Mitte den Job machen. Aber wie die das schaffen sollen, ist uns piepegal“, schimpft ein Bundespolizist. Die Katastrophe von Lampedusa mit mehr als 300 ertrunkenen Schiffsflüchtlingen hat auch diesen Defekt der europäischen Asylpolitik wieder ins Licht gerückt. Und am vergangenen Freitag sank das nächste Schiff mit über 200 Flüchtlingen an Bord vor Sizilien, Dutzende Menschen starben.

Es ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Aber es geht so weiter. Am vorigen Dienstag trafen sich die EU-Innenminister in Luxemburg; im Kern ändert sich am Dublin-System fürs Erste: Nichts.

Drei Szenen, ein Trauerspiel: Asyl in Deutschland. Es mag ja so einiges geben, was dieser Republik Rätsel aufgibt, die Anlage KAP zur Steuererklärung zum Beispiel oder Angela Merkel, aber wohl nichts, das gleichzeitig mit so vielen offenen Widersprüchen lebt.

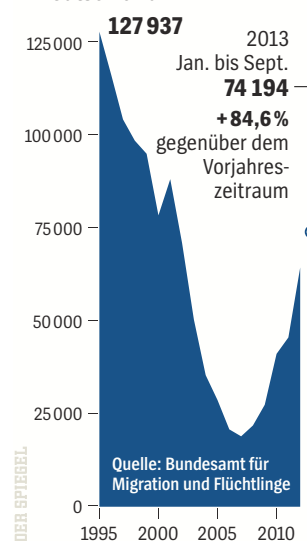
Da ist der Widerspruch zwischen der großartigen Idee des Asyls, geboren aus der Erfahrung der Nazi-Zeit, und dem Behördenalltag, wenn ein Apparat große Ideen in die Praxis umsetzen muss. Es geht um den Widerspruch zwischen dem, was in Asylgesetzen steht, auch an Härte, und dem, wie sie tatsächlich vollzogen werden, weil die Gesetze auf Schicksale treffen, für die sie nicht taugen. Und es geht um den Widerspruch von neuer Willkommenskultur – ja, wir wollen mehr Zuwanderer – und unveränderter Abschreckungspolitik – aber bitte schön keine, die ins Sozialsystem einwandern.

Über alldem aber steht der größte Widerspruch: der zwischen Anstand und Wohlstand. Dass die Deutschen gern die ganze Welt retten möchten, aus schlechtem Gewissen, aber natürlich auch ihren Wohlstand vor der ganzen Welt. Dass sie daher im Prinzip bereit sind, alle Menschen in Not aufzunehmen, aber doch nicht so viele, dass sie selbst Not erleben müssten. Weshalb sie in der Mehrzahl auch gar nichts gegen Ausländer haben, wohl aber gegen ein Asylheim in ihrer Nähe.

Lange konnte die Republik diese Widersprüche gut aushalten, weil zuletzt wenige Asylbewerber kamen. Nun aber steigen die Zahlen wieder, auf mehr als 100 000 im Jahr, das gab es zuletzt 1997. Für den erfahrenen SPD-Mann Dieter Wiefelspütz, der nach 26 Jahren Ausländerpolitik aus dem Bundestag ausscheidet, sind diese 100 000 „die magische Zahl, wenn es über die 100 000 geht, steigt die ‚Bild‘-Zeitung in das Thema ein“. Mit dieser Zahl und den schrecklichen Bildern von Lampedusa beginnt sie also wieder: die Debatte, wie viel Asyl sich Deutschland leisten kann, leisten will. Aus Anstand. Und trotz der Angst um seinen Wohlstand.

Erstanträge auf Asyl

in Deutschland



Die Debatte wird diesmal nicht mit mehreren hunderttausend Erstanträgen geführt wie im Rekordjahr 1992. Auch nicht mit der Frage in den Köpfen, ob Deutschland überhaupt ein Einwanderungsland sein will – die ist inzwischen, im Prinzip, mit Ja beantwortet. Und nicht bei steigenden Umfrageraten für rechte Rattenfänger. Es könnte also eine sachliche Debatte werden und damit, ausnahmsweise, endlich mal eine gute.

Die Zahlen

Wer wissen will, wie sich der Kalte Krieg anfühlte, muss sich nur mit Asyl-



Gesunkenes Schiff vor Lampedusa, Särge mit Opfern der Katastrophe: Geflohen vor Armut und Verzweiflung

politik befassen, das kommt dem Kalten Krieg ziemlich nahe: Es gibt nur Gut oder Böse, und was nicht ins Bild passt, wird ausgeblendet.

Auf der einen Seite stehen, grob sortiert, die Unterstützerkreise, Pro Asyl, die Kirchen, Die Linke, Grüne, die halbe SPD. Auf der anderen der Vollzugsapparat – Ausländerbehörden und die Bundespolizei –, die CDU und die andere Hälfte der SPD.

Für die einen ist „kein Mensch illegal“, im Zweifel jede Verfolgung klar belegt und eine Abschiebung immer Beihilfe zu Folter und Mord. Für die anderen ist ein Gesetz ein Gesetz, die Abschiebung nur die logische Folge eines Gerichtsurteils in letzter Instanz. Und wofür die einen das Schimpfwort vom „hartherzigen Paragrafenreiter“ haben, dafür haben die anderen das vom „naiven Gutmenschen“.

So oder so lassen sich nun auch die aktuellen Asylbewerberzahlen bewerten, benutzen. 74 194 Erstanträge gab es bis Ende September. Zum Jahresende ziehen die Zahlen aber normalerweise noch mal an, vor allem durch Roma-Flüchtlinge vom Balkan, die ein warmes Winterquartier suchen. So kommt die zentrale Asylbehörde, das Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), für 2013 auf seine Prognose von mehr als 100 000 Erstanträgen.

Aber ist das nun viel oder wenig? Wer daraus ein Problem machen will, kann sich die letzte Jahresbilanz vornehmen: 2012 gab es 64 539 Erstanträge; es läuft also auf ein Plus von 55 Prozent zum Jahresende hinaus und auf fünfmal so viele Flüchtlinge wie 2007. Fest steht auch: Lange war Frankreich das Land mit den meisten Asylanträgen in Europa. Seit 2012 liegt Deutschland vorn, und zwar

klar. 23 Prozent aller Asylbewerber kamen 2012 hierher; der Anteil der Deutschen an der EU-Bevölkerung erreicht dagegen nur 16 Prozent.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nannte den Anstieg pflichtschuldig „alarmierend“, fühlte sich aber offenbar selbst nicht wohl dabei.

Denn andererseits: Gemessen an 81 Millionen Deutschen, fallen da 100 000 Flüchtlinge wirklich ins Gewicht? Der Libanon und die Türkei haben mehr als eine Million aufgenommen – Menschen, die vor dem Krieg in Syrien geflohen sind. Außerdem: 2012 sind insgesamt knapp eine Million Ausländer eingewandert – zum Arbeiten, zum Studieren oder um zu ihrer Familie zu ziehen. Wer, wenn nicht Deutschland, wird dann auch 100 000 Asylbewerber verkraften können?

Auch für diesen Blick auf die Dinge lässt sich die Statistik nutzen, zum Beispiel von Pro Asyl: Dort stehen auf der Homepage bei einem Europavergleich nicht die ungünstigen Gesamtzahlen. Stattdessen begnügt sich die Asyl-Lobby mit der Umrechnung auf Flüchtlinge pro 1000 Einwohner. Dann liegt Deutschland 2012 nicht mehr auf Platz eins der Aufnahmeländer, sondern nur noch auf Platz zehn, hinter Malta, Luxemburg, Österreich, der Schweiz und anderen Staaten mit wenig Einwohnern. „Eine Schande für so ein reiches Land wie Deutschland“ findet das der Frankfurter Reinhard Marx, einer der renommiertesten Asylrecht-Anwälte in Deutschland.

Auf die gleiche Art lässt sich nun vieles entweder dramatisieren oder herunterspielen, je nach Interesse. Etwa die Not der Städte, die nun zusehen müssen, wie sie mehr als 100 000 Asylbewerber unterbringen. Beispiel Hamburg: Hier haben

sie kürzlich geprüft, ob sie sogar ein eingemottetes Interconti-Hotel in bester Alsterlage zu einem Asylheim ummodellieren können. Klingt nach größter Notlage. Tatsächlich hat die Stadt-Tochter „Fördern und Wohnen“, die sich um Asylbewerber kümmert, sobald sie die Erstaufnahmeheime verlassen, ihre Plätze von 7000 auf 9200 aufgestockt. Und das wird noch nicht das Ende sein.

Doch was ist das schon im Vergleich mit den neunziger Jahren, als „Fördern und Wohnen“ 20 000 Plätze finanzieren musste? Als überall Grünstreifen mit Containern vollgestellt waren, 2000 Flüchtlinge auf Schiffen im Hafen lebten und 2000 in Hotels, oft in billigsten Absteigen zu höchsten Preisen?

Wie in anderen Kommunen dauerte es jetzt auch in Hamburg, bis die Verwaltung mit voller Kraft loslegte. Sie hatte zwei, drei Jahre lang abgewartet, ob es nicht doch nur ein vorübergehender Trend war und man sich das Geld sparen könnte. Und nun hat Hamburg den Druck, den Engpass, die Überlastung.

Als Beleg dafür, dass mehr Asylbewerber kommen, als Deutschland aushalten kann, taugt die Lage in den Städten also noch nicht. In den Behörden aber werden 100 000 zur großen Zahl – „und in einer Diskussion über Asyl auch“, sagt Bamf-Chef Manfred Schmidt.

Die Politik

Wenn sich Union und SPD in Berlin sofort auf einen Grundsatz in der Ausländerpolitik einigen können, dann den: Je weniger in der Öffentlichkeit darüber geredet wird, desto besser. Das gilt erst recht beim Asyl.

„Ich bin wirklich nicht traurig, dass die Ausländer- und Asylpolitik in den ver-

gangenen Jahren nicht mehr so kontrovers debattiert wurde wie früher“, sagt der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach. Und auch die SPD schätzt die Ruhe nach politischen Stürmen: „Die Ausländerpolitik galt nicht mehr als so wichtig, deshalb konnten wir alle paar Jahre hier und da an einem Schraubchen drehen“, sagt Wiefelspütz.

Ganz anders Anfang der neunziger Jahre, als der Bürgerkrieg in Jugoslawien die Antragszahlen hochtrieb und laut und heftig gestritten wurde. Das Ergebnis: der verkorkste Asylkompromiss, ein Kompromiss, der den Namen nicht verdiente. Denn er sah vor, dass jeder Flüchtling, der über ein sicheres Drittland einreiste, keinen Anspruch auf Asyl hatte. Weil alle deutschen Nachbarländer „sicher“ waren, konnte kaum noch ein Flüchtling das klassische Asyl nach dem Grundgesetz bekommen.

2005 dann der Schaukampf ums Ausländerrecht. Am Ende stand ein Zuwanderungsgesetz, das Zuwanderung bremsste, auch die Arbeitszuwanderung, die das Land so dringend braucht. Statt die besten Köpfe damit einzuladen – nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten müssten es Jahr für Jahr rund 500 000 sein –, drangsalierte das Gesetz weiter mit überzogenen Anforderungen.

Seitdem war es ziemlich still um die Ausländerpolitik, man könnte denken, es sei nicht viel passiert, was der Rede wert gewesen wäre. In Wahrheit aber hat sie seit 2005 in aller Stille einen der schärf-

sten Kurswechsel in der Geschichte der Republik erlebt, hin zu einer Willkommenspolitik. Und im Sog dieses Wandels ist auch die Asylpolitik freundlicher, liberaler geworden, auch mit der Union, die sich 2005 wohl nicht hätte vorstellen können, wie weit sie mal gehen würde.

Zuerst beim Bleiberecht: Das Ausländerzentralregister führt rund 90 000 Menschen als geduldet, also als Asylbewerber, die mit ihrem Antrag scheitern, aber nicht nach Hause geschickt werden können. Mal gibt es humanitäre Gründe, mal lässt sie ihr Heimatland nicht wieder einreisen, mal ist nicht klar, aus welchem Land sie überhaupt kommen, weil mehr als 80 Prozent aller Asylbewerber behaupten, sie hätten keine Papiere mehr – die meisten haben sie auf Rat ihrer Schleuser weggeworfen.

So konnten sie sich über viele Jahre hier festklammern, lernten Deutsch, bekamen Kinder, spielten im Dorfverein Fußball, aber alles ohne Perspektive. Denn spätestens nach sechs Monaten lief jedes Mal die Duldung ab, musste verlängert werden.

2007 einigte sich die Große Koalition in Berlin dann auf ein Bleiberecht für Geduldete, die damals schon mindestens sechs Jahre lang in Deutschland waren, einen Arbeitsplatz fanden und von ihrem Job leben konnten. Union und SPD belohnten damit alle, die sich bei der Integration besonders anstrebten, gleichzeitig aber auch diejenigen, die es besonders lange geschafft hatten, sich gegen eine Abschiebung zu wehren.

Das war der erste große Deal: Gnade vor Recht, Vernunft vor Prinzip. Angestoßen von der Union, hat die Bundesregierung später auch noch ein Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche eingeführt, die hier sechs Jahre lang zur Schule gegangen sind.

„Das Bleiberecht war ein Paradigmenwechsel“, sagt die Staatsministerin im Kanzleramt, Maria Böhmer, die als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung zu den Schrittmachern in der Union gehört. So wie auch die bisherige bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU). Die lobte sich gern selbst für ein Pilotprojekt, in dem Asylbewerber und Geduldete in 40 Gemeinden Deutsch lernen können. Haderthauer galt mal als Hardlinerin, und dass man Flüchtlingen das Einleben erleichtert, die eigentlich abgeschoben werden sollten, wäre in Bayern vor Jahren noch unvorstellbar gewesen. Jetzt ist das Modell Haderthauer in der Union en vogue; alle Landesinnenminister wollen es bundesweit sehen.

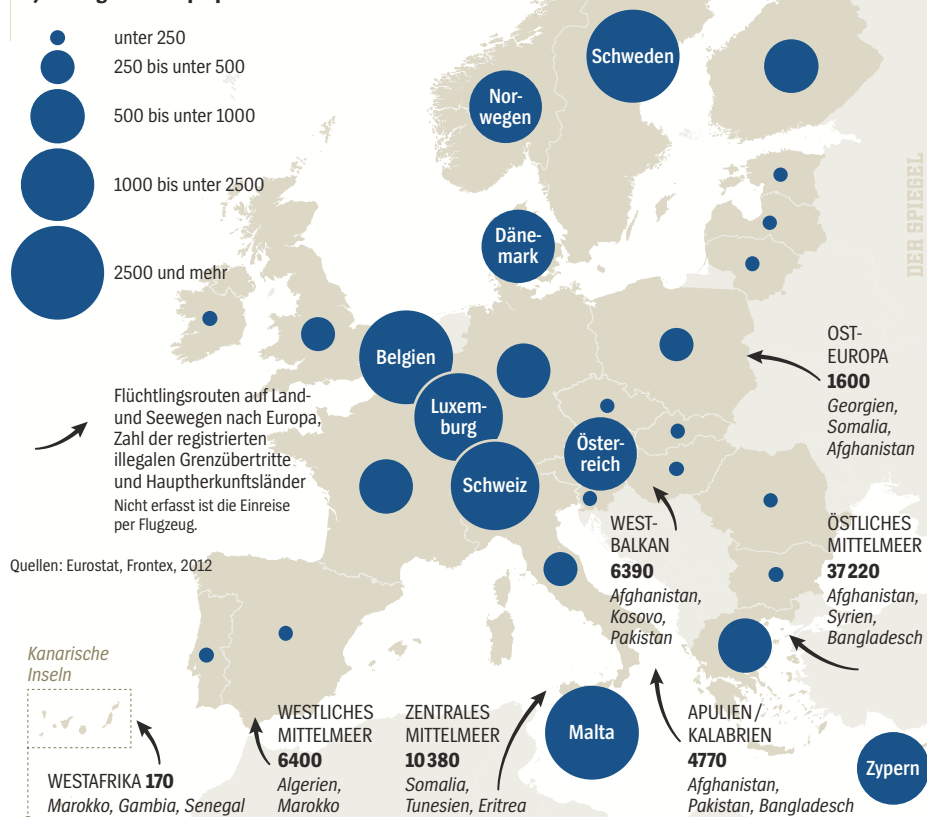
So ging es in den vergangenen Jahren immer wieder: etwa dass Asylbewerber heute nur noch neun statt zwölf Monate warten müssen, bis sie arbeiten dürfen – vorausgesetzt, die Arbeitsagentur verbietet es nicht wie im Fall des iranischen Ingenieurs Sina Alinia mit Rücksicht auf den lokalen Arbeitsmarkt. Oder: Nur noch Bayern und Sachsen schreiben ihren Asylbewerbern vor, dass sie strikt in einem Regierungsbezirk bleiben müssen – die sogenannte Residenzpflicht. Manche Bundesländer erlauben ihnen inzwischen, in das jeweilige Nachbarland zu fahren. Von Niedersachsen nach Bremen, von Brandenburg nach Berlin.

Dass auch die Union weicher geworden ist, hat zum einen mit der demografischen Entwicklung zu tun: Wer nicht weiß, woher er künftig die Azubis und Facharbeiter für den Exportmeister Deutschland herholen soll, kann auf die Flüchtlinge nicht verzichten.

Zum anderen haben aber gerade CDU-Innenminister gelernt, dass Härte gegen Asylbewerber politisch oft mehr kostet als bringt. Denn in vielen Fällen brachten sie mit einer Abschiebung auch die eigenen Stammwähler gegen sich auf: die Kirchengemeinden, örtliche Honoratioren, Mittelschichtbürger, die nicht verstanden, warum man nach so vielen Jahren eine nette Ausländerfamilie plötzlich wieder wegschicken wollte.

Selbst im Wahlkampf, als sich Innenminister Friedrich kürzlich im Fernsehen einen zünftigen Streit über Ausländerpolitik mit Grünen-Chef Cem Özdemir und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, liefern sollte, ließen sich hinterher keine harten Fronten feststellen: Nein, das deutsche Boot ist nicht voll, die Hetze gegen Flüchtlinge vor einem Asylheim in Ber-

Asylanträge in Europa pro Mio. Einwohner





MARTIN JENNICHEN / DER SPIEGEL

Iranischer Asylbewerber Alinia in Friedersdorf, Sachsen-Anhalt: Am Ende aller Straßen

lin-Hellersdorf war eine Schande. Keine Unter-, keine Misstöne; das Kontingent der 5000 Syrer, die jetzt kommen dürfen, werde auch nicht ausreichen.

Die Grenzen

Dieser Grundkonsens tut gut. Mehr Willkommen, mehr Herz, mehr Asyl, das passt zur Rolle eines modernen, welt-offenen Landes. Der Frieden hat aber seinen Preis, die Ehrlichkeit. Denn die Konflikte, über die früher so erbittert gestritten wurde, sind nicht verschwunden, nur verborgen. Und je mehr Asylbewerber kommen, umso mehr rücken auch die Konflikte wieder ins Bild.

Schon jetzt leidet die Willkommenskultur unter dem Zustrom. Die Praxis etwa, wegzukommen von Massenunterkünften und die Asylbewerber auf Wohnungen in gewachsenen Vierteln zu verteilen, hat bei den aktuellen Zahlen keine Chance mehr. Stattdessen mieten die Kommunen wieder öfter einsame, leerstehende Landferienheime, in denen sich Asylbewerber wie Deportierte fühlen müssen. Und sie bauen Container auf, die viele nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen.

Manchmal genügt schon die Ankündigung, und die Nachbarn schauen sich Bebauungspläne an, schalten ihren Rechtsanwalt ein, so wie kürzlich in Hamburg-Lokstedt. Dort scheiterte der Plan für ein Notquartier in einem Gewerbegebiet. Herzlich willkommen sieht anders aus.

Vor allem lenken die steigenden Zahlen den Blick aber wieder auf die alten Kernfragen: Wie viele sollen denn kommen? Wann ist es zu viel? Und wie viele haben wirklich ein Recht auf Asyl, wie viele missbrauchen das Recht?

Es ist der besorgte Blick, mit dem die Bundespolizei schon seit Monaten auf die Zahlen schaut. Zusammen mit den Ausländerbehörden soll sie illegale Einreisen verhindern, soll Ausländer, die nicht hier sein dürfen, wieder aus dem Land bringen. Inzwischen aber stehen die Beamten immer öfter auf verlorenem Posten. Weil sich mehrere Staaten nicht mehr an die Dublin-Verordnung halten. Weil das Dublin-System damit in Wahrheit längst kollabiert ist – nur dass es die Bundesregierung nicht laut sagt. Denn was käme dann? Wieder Grenzkontrollen innerhalb Europas? Weil „Dublin“ versagt?

Dabei ist der Zerfall offensichtlich. 2011 notierten die deutschen Grenzen 21156 illegale Einreisen. Vergangenes Jahr: 25 670. In diesem schon bis Ende September: 23 000. „Wir haben inzwischen eine ungesteuerte Zuwanderung“, sagt ein Bundespolizist; sie läuft vorbei an Gesetzen und Verträgen, in Italien, in Polen, in Griechenland.

In Italien: Am 23. August griff die Polizei im Eurocity von Verona nach München 27 Syrer und einen Afghanen auf. Eigentlich hätten alle in der Eurodac-Datei erfasst sein müssen, der Fingerabdruckdatei der EU für Asylbewerber; schließlich hatten

sie einen Asylantrag in Italien gestellt. Aber merkwürdig: Eurodac lieferte nicht einen Treffer. „Die Italiener printen viele ihrer Asylbewerber nicht mehr“, sagt ein frustrierter Bundespolizist – damit andere EU-Staaten sie nicht sofort wieder zurückschicken können, so wie es das Dublin-Abkommen eigentlich vorsieht. Italien statet außerdem Flüchtlinge schon mal mit 500 Euro und einem Touristenvisum aus, dem „titolo di viaggio“. Rund 300 dieser Scheintouristen leben nun in Hamburg auf der Straße, notdürftig versorgt von der Kirche und anderen Unterstützern.

In Polen: Jeden Tag wollen mehrere hundert Flüchtlinge aus der Russischen Föderation nach Polen einreisen, fast durchweg Tschetschenen. 13 492 schafften es bis Ende September weiter in die Bundesrepublik, ein Plus von 754 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten 2012.

In Tschetschenien streuen Schlepper das Gerücht, Deutschland freue sich sehr, zahle 4000 Euro Begrüßungsgeld. Auf Internetseiten wie transsfer.vov.ru garantieren sie einen Flüchtlingsstatus, absolut sicher, und auf die Frage, ob es ein Problem sei, wenn man gar nicht politisch verfolgt werde: „Überhaupt nicht. Man braucht nur eine korrekte Story vorzubereiten. Und damit befassen sich unsere Immigrationsrechtsanwälte.“ Sie tun das für 8000 Euro Schleppergebühr, was auch dafür spricht, dass nicht die Schwächsten und die Ärmsten kommen.

Polen aber kann so viele Tschetschenen nicht versorgen. Also lassen die Behörden zu, dass die Flüchtlinge weiterreisen, nach Deutschland. Auch wenn das gegen das Dublin-Abkommen verstößt.

In Griechenland: Seit Anfang 2011 dürfen deutsche Behörden keine Asylbewerber mehr nach Griechenland zurückschicken, selbst wenn klar ist, dass sie über Griechenland in die EU eingereist sind. Zu katastrophal sind die Zustände, zu menschenverachtend ist der Umgang mit Flüchtlingen dort. Auch Rückreisen nach Italien haben deutsche Gerichte in mehr als 200 Fällen gestoppt – Flüchtlingen drohe dort, so das Frankfurter Verwaltungsgericht, „eine unmenschliche und erniedrigende Behandlung“.

Deshalb steigen in Deutschland die Asylbewerber-Zahlen, trotz „Dublin“. Und sie steigen auch, weil Flüchtlinge behaupten, sie wüssten gar nicht, über welche Route sie nach Deutschland eingereist sind – wohin dann zurückschicken?

Bundespolizei und Ausländerbehörden sind nicht die Einzigen, die bittere Wahrheiten in die gern zelebrierte Willkommenskultur einstreuen. Auch Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) legt in einem Bericht einen massiven Asylmissbrauch nahe – von Roma, die vom Balkan einreisen.

Im vergangenen Jahr lag Serbien bei den Herkunftsländern von Asylbewer-



TULLIO M. PUGLIA / GETTY IMAGES

EU-Kommissionschef Barroso (M.) auf Lampedusa: Verschiebebahnhof der Asylpolitik

bern auf Platz eins, Mazedonien auf Platz fünf, Kosovo auf Platz zehn. Fast 15 000 Menschen kamen aus diesen drei Ländern, ein großer Teil gehörte der Volksgruppe der Roma an. Weil zumindest Serben und Mazedonier seit 2009 kein Visum mehr für Deutschland brauchen, können sie frei einreisen; im laufenden Jahr zählte das Bamf bis Ende September erneut 12 428 Anträge, die fast alle abgelehnt werden.

Nach einem Bericht der EU-Kommission leben Roma auf dem Balkan in menschenunwürdigen Verhältnissen. Für Maria Böhmer, die Integrationsbeauftragte, steht auch fest, dass die „Gruppe der Roma unter erheblichen Diskriminierungen leidet“.

Deshalb fuhr Innenminister Ulbig im März in die drei Balkanstaaten und ließ sich von Experten die Lage schildern. Von erheblichen Diskriminierungen hörte er nichts. Dagegen enthält sein Bericht die Aussage von Matthew Newton, dem Roma-Koordinator der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Belgrad: Wer von den Roma auf dem Land „wenig Geld habe, siedle nach Belgrad um“, wer etwas mehr Geld habe, „gehe nach Westeuropa“. Und weiter: „Bereits von geringen wirtschaftlichen Vorteilen an anderen Orten gingen starke Wanderungsanreize aus.“ Das werde „in den westeuropäischen Ländern unterschätzt“. Die OSZE befürwortete deshalb, wenn Deutschland die Roma möglichst schnell wieder in ihre Heimat zurückschicke.

In Skopje gab die mazedonische Innenministerin zu Protokoll, Grund für die zunehmende Roma-Abwanderung nach Deutschland sei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012, wonach Asylbewerber mehr Geld bekommen müssen, für ein menschenwürdiges Leben. Die Leiterin eines Roma-Projekts

der Caritas in Skopje kritisierte auch die Gelder, die Deutschland zwischenzeitlich Roma bei einer freiwilligen Heimreise gezahlt hatte: Damit werde noch zusätzlich „die Bereitschaft zur Asylummigration stimuliert“. Längere Aufenthaltszeiten in Nordeuropa durchkreuzten aber die „Bemühungen der Initiative, die Kinder in der Siedlung an einen geregelten Schulalltag heranzuführen“.

Natürlich gibt es viele Fälle, in denen Roma um ihr Recht gebracht, angefeindet, verjagt wurden; das macht die Prüfung im Einzelfall schwierig. Aber dass die meisten Roma zum Winter einwandern, spricht in der Tat dafür, dass sie vor allem aus Gründen der Versorgung, nicht der Verfolgung nach Norden fahren. Das führt in Deutschland zu Klagen über „Armutsflüchtlinge“, die in Wahrheit nur das deutsche Sozialsystem ausnutzen wollten, und einer, der mitklagt, ist Innenminister Friedrich.

Damit mag er zwar in vielen Fällen recht haben, in der Sache, es ist allerdings auch eine verlogene Klage, weil das deutsche Asylrecht eben keinem verzeiht, der aus rein wirtschaftlichen Gründen kommt. Ganz so, als wäre es edel, vor Krieg und Verfolgung zu fliehen, aber verwerflich, wenn es eine Flucht vor Armut, Hunger, Seuchen und Verzweiflung sein soll.

Das Asylrecht zwingt alle durchs gleiche Nadelöhr, das der politischen Verfolgung. Es zwingt in Lügengeschichten, Duldungsschicksale, einen Platz im Abstellregal. Und das ist einer der Gründe, warum es so nicht weitergehen sollte.

Was tun?

Alle Wege im deutschen Asylverfahren führen nach Nürnberg, ins Bundesamt, und deshalb finden auch alle Probleme ihren Weg nach Nürnberg. Sie spiegeln sich wider in den Asylakten, 1,9 Millio-

nen, und in „Maris“, der Asyldatei mit 442 Gigabyte.

Das Bamf ist ein großer Apparat, der Herr über den Apparat aber ist kein Apparatschik. Manfred Schmidt weiß, dass es keine schlanken, schnellen Lösungen für Probleme gibt, wenn es um Asyl geht. Doch er versteckt sich nicht hinter den Vorgaben, die ihm die Politik gemacht hat, er hat eine Meinung, mehr: einen Vorschlag. Und er steht damit nicht allein.

Der Präsident des Bundesamts spricht sich für eine Eingangsprüfung vor dem Asylverfahren aus. Eine Vorstufe, um eben nicht jeden Flüchtling in einen unsinnigen, weil aussichtslosen Asylantrag zu treiben, nur weil es sonst keinen Weg gibt hierzubleiben.

„Wir müssen heute 70 Prozent der Anträge ablehnen“, sagt Schmidt also, „das sind meist Menschen, die aus wirtschaftlicher Not ihre Heimat verlassen haben, und die treffen dann auf unser Asylverfahren, in dem wirtschaftliche Fluchtgründe nicht gelten.“ Sie erzählen deshalb eine Geschichte, die nicht glaubwürdig ist – und werden abgelehnt. Oder sie sagen die Wahrheit, dass sie zu Hause keine Arbeit finden und in Deutschland eine suchen – abgelehnt.

„Darunter sind Studenten und hochqualifizierte Facharbeiter, aber weil ihr Schlepper erzählt hat, sie sollen ‚Asyl‘ sagen und ihre Papiere wegwerfen, sitzen sie in der Falle des Systems.“ Schmidt findet das „schizophren“, weil gleichzeitig dringend Fachkräfte gesucht werden.

Deshalb das Vorverfahren mit der Frage: Könnte der Ausländer nicht eine Fachkraft sein oder mit kleinem Aufwand eine werden? Um ihm dann einen Aufenthaltstitel als Arbeitsmigrant zu geben, statt ihn in die nervenzehrende Existenz eines Geduldeten schlittern zu lassen?

Schmidt wünscht sich diese Eingangsstufe. Noch ist das nur eine Idee, der Weg ungeklärt, aber auch Staatsministerin Böhmer zeigt sich dafür offen: „Ich möchte nicht, dass qualifizierte Arbeitskräfte meinen, unbedingt Asyl beantragen zu müssen. Es gehört zur Willkommenskultur, sie nicht in die falsche Richtung laufen zu lassen.“

Ulbig, der sächsische Innenminister, sieht das genauso: „Das ganze Land schreit nach Fachkräften, aber hochqualifizierte Asylbewerber verkümmern in den Heimen.“ Ulbig schwebt ein Abzweig aus laufenden Asylkarrieren vor, ein „Qualifikations-Relais“ in den Arbeitsmarkt.

Wahr ist: Das alles hilft nur einem Teil, hilft nicht Flüchtlingen, die weder lesen noch schreiben können. Eine Auswertung des Bamf für 2010 bis 2012 kommt zum Ergebnis, dass mehr als ein Viertel der Asylbewerber ein Gymnasium besucht hat und zehn Prozent hinterher auf eine

Hochschule gegangen sind. Auf der anderen Seite stehen mehr als 40 Prozent, die Analphabeten oder nie über eine Grundschule hinausgekommen sind.

Aber immerhin, der Schmidt-Vorschlag würde helfen, und dieser Weg hätte nicht mal einen unerwünschten Magneteffekt: Angezogen würden vor allem Flüchtlinge, die gut genug qualifiziert wären.

Dazu passt auch eine weitere Forderung, erhoben von Flüchtlingsverbänden – die Abschaffung der Vorrangprüfung, mit der sich Asylbewerber und Geduldete im Normalfall die ersten vier Jahre herumschlagen müssen. In dieser Zeit dürfen sie nur dann einen Arbeitsplatz antreten, wenn die zuständige Arbeitsagentur keinen Bewerber aus der EU findet. Der Aufwand ist enorm, führt zu Schicksalen wie dem von Sina Alinia in Sachsen-Anhalt und lässt sich bei nicht

Von der Sorte gibt es noch eine ganze Reihe Stellschrauben, an denen man so oder so herum drehen kann – die Residenzpflicht etwa oder die Konsequenz, mit der abgeschoben wird. Aber nie sind das Drehungen mit gutem Gefühl, manchmal nur mit schlechtem Gewissen.

Zu den Reformbaustellen, die man auf keinen Fall stillliegen lassen darf, gehört dagegen das Dublin-Verfahren, das Länder am Rand von Europa in eine Notlage – und Notwehrlage – zwingt. Wegen ihrer langen EU-Außengrenzen und der Dublin-Verordnung müssten sie eigentlich die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Aber weil sie damit heillos überfordert sind, unterlaufen sie den Vertrag: Italien, Polen, vor allem Griechenland. Indem Griechenland dafür sorgt, dass es für Flüchtlinge dort nicht zum Aushalten ist.

der Bundespolizei halten sie „Dublin“ für gescheitert, weil die Züge auf dem Verschiebeparkplatz nicht mehr verlässlich fahren und Deutschland heute schon mehr Flüchtlinge übernimmt als Italien, Griechenland und Polen zusammen.

Trotzdem klammert sich die Bundesregierung an „Dublin“. Offenbar vertraut sie lieber einem zerfallenden System, weil es Deutschland im Prinzip nützt, als zu riskieren, dass ein anderes kommt. Als Papst Franziskus den Tag nach dem Schiffsunfall vor Lampedusa zum „Tag des Weinens“ erklärt und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz von „einer Schande“ gesprochen hatte, weil „die EU Italien so lange alleingelassen hat“, stellte Innenminister Friedrich immer noch klar, das Dublin-Verfahren werde „selbstverständlich unverändert“ bleiben.

Stattdessen kam von ihm ein Placebo-Vorschlag: Man müsse die Lage in den Heimatländern verbessern – das ist ein so frommer Wunsch, dass ihn auch nur der liebe Gott erfüllen könnte. Selbst in der Union haben sie inzwischen Zweifel, dass sie damit „Dublin“ verteidigen können, wenn der Druck aus den EU-Ländern im Süden nach neuen Unglücken wie vor Lampedusa wächst. Beim kommenden EU-Gipfel Ende des Monats will Kommissionspräsident José Manuel Barroso das Thema Asyl weit oben auf die Tagesordnung setzen.

Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl fordern von der EU das „Free-Shop-Prinzip“: Jeder Flüchtling darf demnach zwar nur in einem Land einen Antrag stellen, aber im Land seiner Wahl. Was human klingt, könnte allerdings zum Gegenteil führen, zu einem Wettbewerb der Schabigheit unter den EU-Staaten, wer Flüchtlinge am besten abschrecken kann.

Das spricht eher für eine Kontingentlösung: So, wie Flüchtlinge in Deutschland auf die Bundesländer verteilt werden – je leistungsstärker das Land, umso mehr Flüchtlinge –, so könnte es auch in Europa laufen. Damit ließe sich verhindern, dass ein Run auf zwei oder drei besonders beliebte Länder im Norden begäbe.

Experten befürchten jedoch ein Bürokratiemonster. Vielleicht sollten die EU-Staaten deshalb besser Geld untereinander aufteilen als Menschen, mit einem Finanzausgleich für Asylkosten. „Das alles ist schweinekompliziert, aber man muss da ran“, sagt ein SPD-Mann in Berlin. Denn einfach so wie bisher kann es mit dem Asyl auch nicht weitergehen. Nicht in Deutschland, nicht in Europa, nicht für die Behörden und schon gar nicht für die Flüchtlinge. Darin, wenigstens darin, sind sich so ziemlich alle einig.



Video-Reportage:
Ortstermin im Asylheim

spiegel.de/app422013asyl
oder in der App DER SPIEGEL



ARIS MESSINIS / AFP

Illegale Grenzüberschreitung in Griechenland: Mit der Aufnahme heillos überfordert

mal 200 000 Asylbewerbern und Geduldeten in der ganzen Republik kaum sinnvoll begründen.

An anderen Stellen des Asylrechts ist jede Änderung stets beides: einerseits richtig, andererseits falsch, die Entscheidung ein Dilemma. Zum Beispiel beim Bleiberecht für Jugendliche. Es wird daran geknüpft, dass die Minderjährigen sich an der Aufklärung ihrer Identität beteiligen. Damit verraten sie aber auch, woher ihre Eltern kommen, die damit als Täuscher entlarvt werden können. Soll man nun die Kinder bestrafen, weil sie die Eltern schützen, oder die Eltern schonen, obwohl sie jahrelang die Behörden belogen und betrogen haben?

Oder die „Transitabspringer“ am Münchner Flughafen: Wenn Deutschland ein Transitvisum für Ägypter einführt, sinkt ihre Zahl; politisch wäre das aber ein Affront, Ausdruck eines Generalverdachts gegen Reisende aus Ägypten.

„Was die Griechen machen, ist eine Schande für Europa, aber wir lassen sie auch allein mit dem Problem“, sagt Wiefelspütz, der SPD-Innenexperte. So könne es nicht weitergehen. Auch nicht in Ungarn, wo selbst schwangere Flüchtlingsfrauen bis zum Tag der Geburt in Haftzentren eingesperrt bleiben. Nicht in Italien, wo zwar viele Asylbewerber anerkannt, aber danach auf die Straße geschickt werden. Und nicht in Polen, wo schon mehrere Flüchtlingswohnheime brannten.

„Dublin“ habe Europa in einen „Verschiebeparkplatz“ verwandelt, sagt der Frankfurter Asylrecht-Anwalt Dominik Bender. Länder im Norden, darunter Deutschland, schicken die Flüchtlinge zurück in den Süden, wo sie oft keine Lebensgrundlage hätten. „Das Versprechen auf Schutz wird tausendfach gebrochen. Das Dublin-System ist gescheitert.“ Bender kommt damit zum selben Ergebnis wie mancher Bundespolizist – wenn auch aus anderen Gründen. Bei

Was war da los, Frau Dupuis?

Johanna Dupuis, 20, Seiltänzerin aus Allaire in Frankreich, über Traditionen: „Das Brautpaar auf dem Foto sind mein Mann und ich. Der Pfarrer hat uns auf einem Hochseil getraut. Auf dem Foto sieht man das nicht, aber wir schwebten 30 Meter über dem Boden. Unten hatte sich eine Menschentraube versammelt. Für mich war das aber keine große Sache: Ich komme aus einer Seiltänzerfamilie in der Bretagne und arbeite im Zirkus. Der Mann auf dem Motorrad ist mein Vater. Das Motorrad war wichtig, damit unsere Schaukel nicht so wackelte. Die Hochzeit auf dem Hochseil ist bei uns eine Familientradition, schon meine Urgroßeltern heirateten so. Mein Mann Christophe hat mit dem Zirkus eigentlich nichts zu tun, er ist Maurer. Im vergangenen Jahr war er schon einmal mit mir auf dem Hochseil. Für den Pfarrer war es das erste Mal. Er geht gern in den Klettergarten und hatte keine Höhenangst, zum Glück.“



Dupuis (r.)

Warum ist Leipzig plötzlich hip, Herr Herrmann?

André Herrmann, 27, Blogger und Poetry-Slammer aus Leipzig, ärgert sich über den Hype um seine Stadt.

SPIEGEL: Herr Herrmann, im Internet veröffentlichen Sie Berichte von Journalisten, die alle beschreiben, wie hip Leipzig sei. Wieso tun Sie das?

Herrmann: Die Auflistung soll zeigen, dass all diese Journalisten das Gleiche schreiben. Sie betonen „das Flair“ in der Stadt, die „Super-City“.

SPIEGEL: Ihre Sammlung heißt „Hype-zig – Bitte bleibt doch in Berlin!“.

Wen sprechen Sie damit an?

Herrmann: Alle, die glauben, dass sie durch diese Übertreibungen Geld verdienen können, alle, die auf Effekte setzen und nicht auf Substanz.

SPIEGEL: Das heißt, Leipzig ist nicht das „Detroit Mitteldeutschlands“, wie das Magazin „Vice“ behauptet, und auch nicht „hip und cool in alten Bauten“, wie das ZDF meint?

Herrmann: Genau. Das ganze Gerede ist einfach zu viel, es nervt. Andere Journalisten holen sich Campino als Beleg heran, nur weil Campinos Bruder auch in Leipzig wohnte.

SPIEGEL: Leipzigs Problem war lange der Leerstand der Mietshäuser, nun hat die Stadt sich berappelt, die Zahl der Touristen steigt. Dann läuft doch wirklich alles großartig, oder?

Herrmann: Natürlich. Aber mit Street-Art und Latte-macchiato-Trinken verdient man kein Geld. Und: Arbeitsplätze findet man hier auch nicht so leicht. Leipzig liegt, hinter Dortmund, auf Platz zwei in der Liste

der Armutshauptstädte in Deutschland.

SPIEGEL: Ist es dann nicht besonders wichtig, das Image einer solchen Stadt zu verbessern?

Herrmann: Es geht mir nicht um Nostalgie oder Revierschutz. Es geht mir eher darum, dass ein zu großer Hype die Stadt gefährden kann.

SPIEGEL: Wieso denn?

Herrmann: Weil dann in Leipzig passiert, was in Berlin passiert ist. Der Mietpreis liegt irgendwann bei zehn Euro pro Quadratmeter. Wir haben hier aber nur ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1100 Euro. Wir haben ein Haushaltsloch von 50 Millionen Euro. All das gehört zum Bild von Leipzig. Ein vollständiges Bild kann eine Stadt auch beschützen.

SPIEGEL: Wieso übertreiben wir so gern?

Herrmann: Vielleicht weil es für viele Menschen das Leben einfacher macht, wenn es diese Kategorien gibt wie „weltbeste Stadt“.

SPIEGEL: Sie haben in Leipzig studiert. Wie würden Sie es beschreiben?

Herrmann: Angenehm. Groß, mit viel Grünflächen und Kultur. Fertig.



Boutique in Leipzig

JENS SCHWARZ/LAIF

Der verlorene Gottesmann

EIN FACEBOOK-POST UND SEINE GESCHICHTE: Ein Israeli, der Auschwitz überlebte, sucht nach seinem Bruder.

In einem Hochhaus in einer Stadt nahe Tel Aviv betrachtet ein Mann die Zahl auf seinem Arm. Die Tätowierung ist mit den Jahren zu einem blassen Fleck verschwommen. A7733. Diese Nummer stachen die Wächter Menachem Bodner in den Arm, als sie ihn in Auschwitz registrierten.

Bodner war ein kleiner Junge, als er ins Konzentrationslager kam, heute ist er 73 Jahre alt. Er sitzt an einem Tisch, auf dem eine Wassermelone und Nüsse liegen, und erzählt seine Geschichte. Er hat kaum Bilder im Kopf, wenn er versucht, sich zu erinnern. Er sieht eine Baracke. Einen Raum voller Blut. Einen Zaun aus Draht. Zwei Arme, die ihn packen. Er hat aber auch noch eine andere Erinnerung aus seiner Kindheit: Eine Frau, die einen geblühten Rock trägt, steht neben einem Kinderbett, darin schläft ein Junge.

Bis vor kurzem wusste Bodner nichts über seine Mutter, nicht, wie sie hieß, nicht, wie sie aussah, nicht, welche Sprache sie sprach. Lebt sie vielleicht sogar noch?

Menachem Bodner wuchs bei einem Mann auf, der ihm erzählte, er habe ihn zum ersten Mal als Kleinkind gesehen, das nach der Befreiung von Auschwitz aus einer Baracke gelaufen kam und ihn fragte: Kannst du mein Vater sein?

Der Ziehvater war ein jüdischer Tischler, mit ihm reiste der junge Bodner nach Israel. Bodner lernte Hebräisch, trug langärmelige Hemden, arbeitete für den Geheimdienst, verliebte sich in eine Soldatin und machte ihr einen Antrag. Mit 23 Jahren, einen Tag vor der Hochzeit, fragte Bodner den Ziehvater, ob der noch irgendetwas über Bodners echte Familie wisse.

Der Ziehvater erzählte, dass kurz nach der Befreiung des Lagers ein paar russische Soldaten vorbeigegangen seien, und der junge Bodner habe gesagt: „Die haben meinen Bruder nicht gerettet.“

Bis zu dieser Erzählung hatte Bodner nichts von einem Bruder gewusst. Es hätte der Startpunkt für eine Suche sein können. Aber Bodner wollte die Vergangenheit ruhen lassen, um leben zu können. Die Erinnerungen an seine Kindheit hatte er vor sich selbst versteckt, wie in einer

abgelegenen Kammer. Er fürchtete sich davor, diese Kammer zu öffnen. 50 Jahre lang tat er es nicht.

Bis vor kurzem wusste Bodner nicht, ob die Bilder, die nachts in seine Träume drangen, Trugbilder aus Auschwitz waren oder Erinnerungen. Er wusste nur, dass er sich davor fürchtete. Er dachte manchmal, die Angst könne so lähmend werden, dass er in seinem Bett ersticken würde.



Bodner



Suchanzeige bei Facebook

So erzählt er das. In vielen Nächten stand er auf, setzte sich in sein Auto und fuhr an den Strand von Tel Aviv. Dort stand er und fragte sich, wer er war. Er war versucht, die Kammer zu öffnen.

Im vergangenen Jahr erzählte er einem jungen Mädchen aus seiner Familie von dem verlorenen Bruder, es stellte eine Suchanzeige ins Internet. Sie hatten kaum Fakten, die für eine Suche taugten. Aber eine israelische Ahnenforscherin las die Anzeige und entschied sich zu helfen. Sie fragte Bodner am Telefon: Wie lautest deine Nummer?

A7733.

Die Ahnenforscherin hatte sich vorher in einer Datenbank alle

Namen der Zwillinge angeschaut, an denen der deutsche Arzt Josef Mengele in Auschwitz Versuche durchgeführt hatte. Nun sagte sie: „Du heißt nicht Menachem Bodner, sondern Elias Gottesmann, und du hast einen Zwillingbruder, Jeno Gottesmann, er trägt die Tätowierung A7734.“

Die Ahnenforscherin fand heraus, dass Bodners Mutter den Vornamen Roza trug und aus einer Kleinstadt an der Grenze zwischen Ungarn und der Ukraine stammte. Im vergangenen Jahr suchte sich Bodner einen Fremdenführer und flog in die Ukraine. Er stieß auf ein Haus, über das eine alte Frau sagte, dass dort früher eine Familie Gottesmann gewohnt habe. Der Mann sei Arzt gewesen, seine Frau Schneiderin. Die beiden hatten zwei Kinder, blonde Jungs, Zwillinge.

Aber die Reise in die Ukraine brachte Bodner nicht viel weiter. Die Archive offenbarten keine neuen Fakten. Bodner wusste, dass er handeln musste, er war zu alt zum Warten. Er bat die Ahnenforscherin, einen Facebook-Account einzurichten, um die Suche voranzutreiben. Der Account ging im März online – unter dem Namen „A7734“. Innerhalb einer Woche klickten 1,13 Millionen Menschen das Foto an.

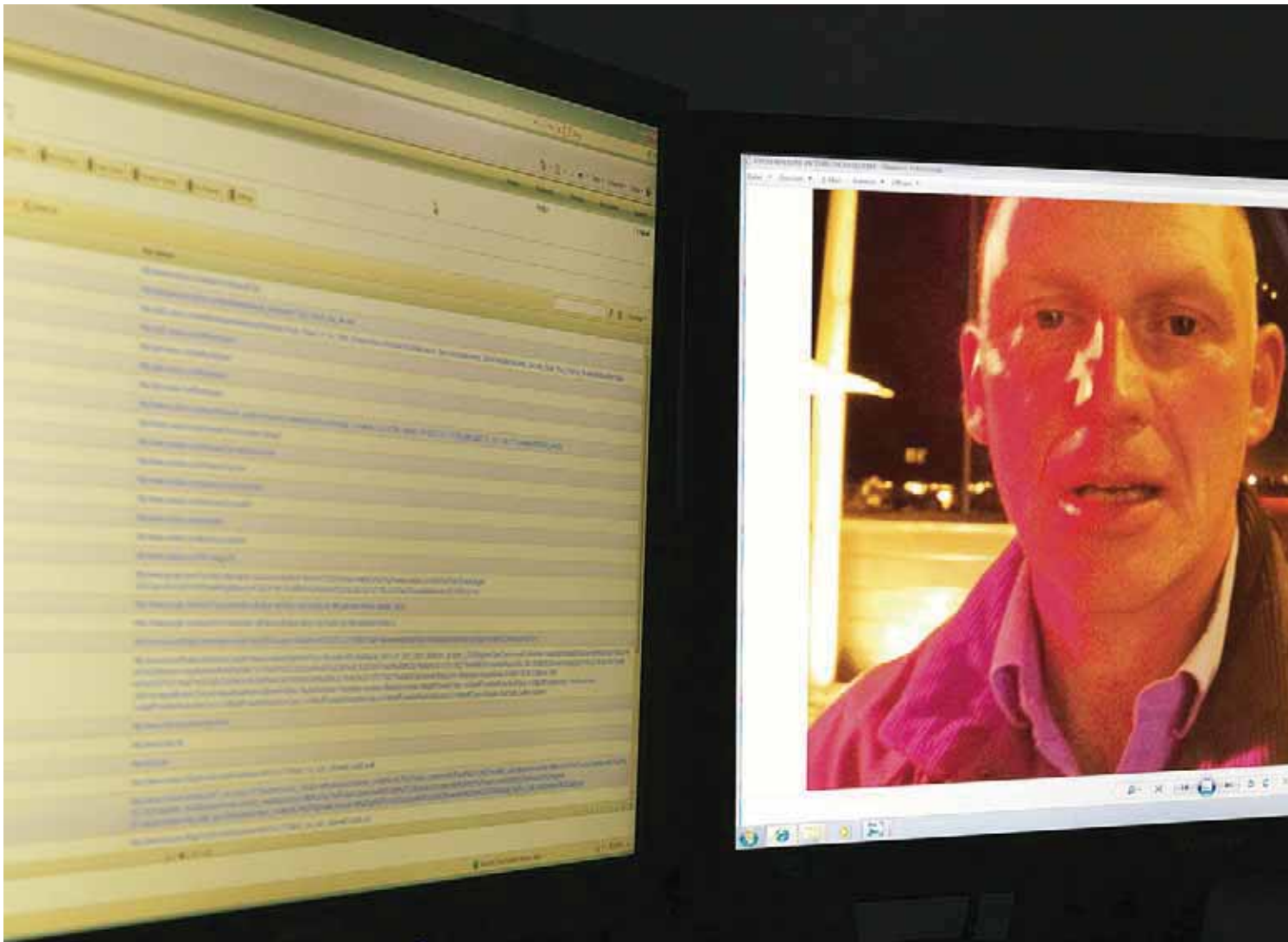
Mit der Suche nach seinem Bruder hat Bodner die Kammer zu seiner Vergangenheit geöffnet. Er wünschte sich, sagt er, er hätte früher angefangen zu suchen.

In seiner Wohnung in Israel sagt er schließlich, er werde noch einmal in ein Flugzeug steigen und nach Europa fliegen, nach Warschau, von dort werde er mit dem Auto nach Oświęcim fahren, in die Stadt, die früher Auschwitz hieß. Er sagt, er wolle seine Dämonen töten.

In seinem Facebook-Account laufen jeden Tag Nachrichten ein. Es melden sich Menschen aus den USA, Russland und Südafrika, die glauben, sie könnten helfen. Manche von ihnen halten sich selbst für den Zwillingbruder. Es meldete sich auch eine Deutsche, die um Vergebung für ihre Vorfahren bat. Jeno Gottesmann hat sich nicht gemeldet.

TAKIS WÜRGER





SPIONAGE

Der Tag, an dem ich schwul wurde

Was SPIEGEL-Reporter Uwe Buse bei einem Selbstversuch erlebt hat, kann auch jedem anderen Internetnutzer passieren: Hacker spähten ihn aus, und er verlor die Kontrolle über sein Leben.

An einem Dienstagmorgen, als ich allein vor dem Computer im Arbeitszimmer sitze, hält ein Lieferwagen vor dem Haus. Der Fahrer steigt aus und zieht eine Sackkarre aus dem hinteren Teil des Autos. Dann steigt er in den Laderaum und taucht wenige Sekunden später wieder auf, mit einem großen Karton. Er stellt ihn auf die Sackkarre, schiebt sie über die Straße. Anschließend klingelt er bei mir an der Tür.

„Was ist das?“, frage ich ihn.

„Ein Rasenmäher, von Bosch.“

„Ich habe keinen Rasenmäher bestellt.“

Der Bote schaut auf den Bildschirm seines kleinen Computers. „Doch, haben Sie. Hier steht es“, sagt er.

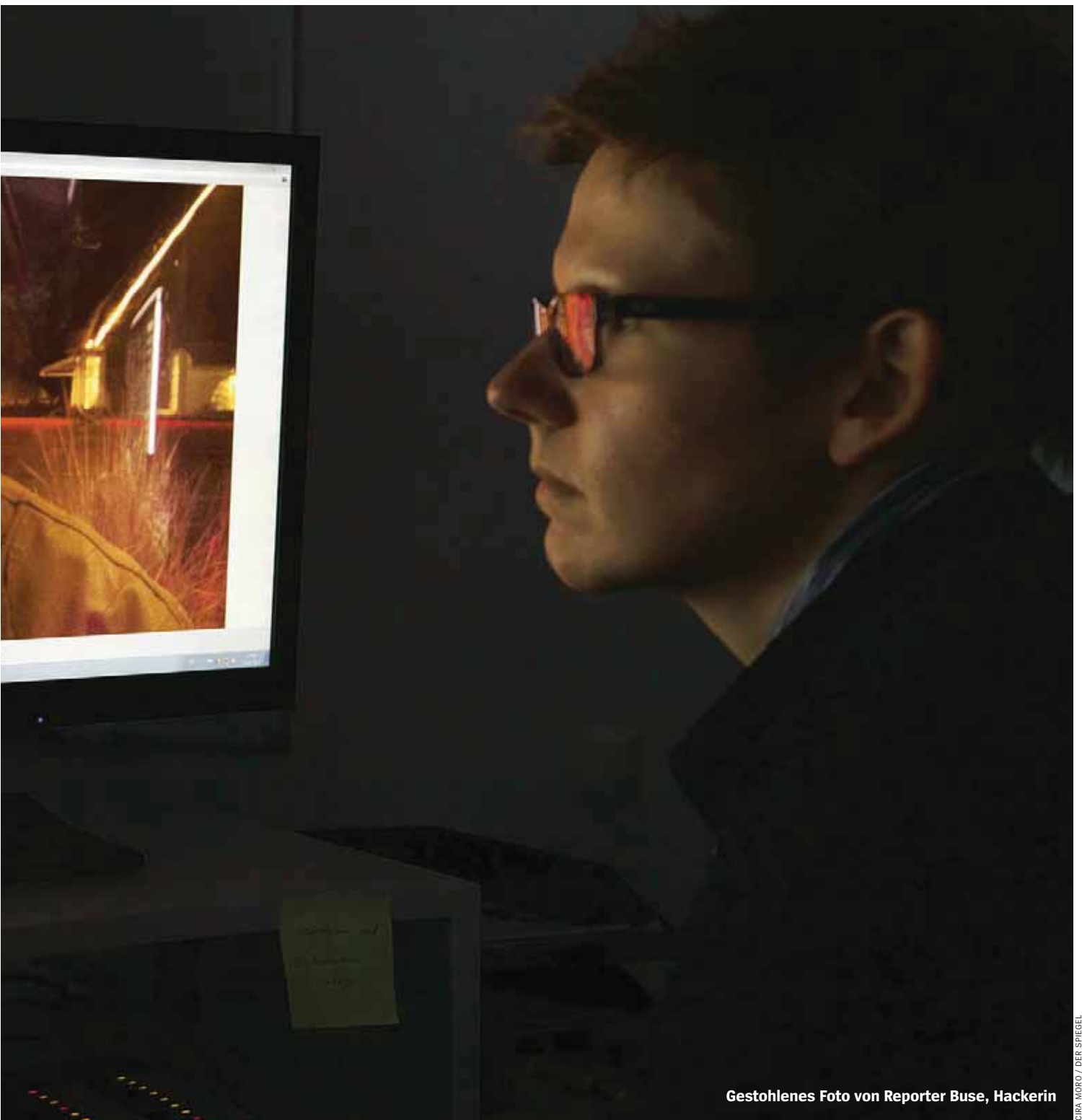
„Nein“, antworte ich, „ich habe schon einen Rasenmäher und bin sehr zufrieden mit ihm. Ich brauche keinen zweiten.“

„Aha“, sagt der Bote, „und jetzt?“

„Lehne ich die Annahme des Pakets ab.“

Der Bote schiebt den Karton auf die Sackkarre und geht zurück zu seinem Wagen. Ich schließe die Tür und wundere mich, wie schnell die Spione, die ich auf mich angesetzt habe, in mein Leben eindringen konnten. Das Experiment hat also begonnen.

Ich habe mich in die Hände von Hackern begeben, vorsätzlich. Ich möchte,



Gestohlenes Foto von Reporter Buse, Hackerin

CIRA MORO / DER SPIEGEL

dass sie so viel wie möglich über mich herausfinden, über mein privates und mein berufliches Leben, alles soll von ihnen durchleuchtet werden. Dann sollen sie ihr Wissen nutzen, sie sollen versuchen, mir zu schaden, und ich werde versuchen, mich zu wehren. Mein Experiment soll eine Übung in digitaler Selbstverteidigung sein.

Ich habe das Gefühl, dass so etwas jetzt dringend nötig ist, angesichts der Enthüllungen über die NSA, angesichts der Tat-

sache, dass kriminelle Hacker immer trickreicher werden. Die Profis unter ihnen unterhalten schon Hotlines, um überforderten Nebenerwerbs-Hackern zu helfen.

Es gibt Grenzen für dieses Experiment. Ich will mein Haus nicht verlieren, meine Frau, meine Kinder und Freunde. Ich bin mir allerdings nicht sicher, wie weit die Hacker gehen werden.

Gefunden habe ich diese Spezialisten in Tübingen, bei der Syss GmbH, einem

IT-Sicherheitsunternehmen, das von Sebastian Schreiber geführt wird, einem früheren Hacker, der jetzt Unternehmer ist, Krawatte und Anzug trägt und gegen die Kriminellen im Netz antritt. Schreiber hat sich darauf spezialisiert, Netzwerke von Firmen im Auftrag der Eigentümer zu attackieren. Schreiber macht das schon seit über zehn Jahren.

Vor Beginn des Experiments treffen wir uns in Schreibers Firma, um Details

zu besprechen. Ich sitze auf der einen Seite des Konferenztisches, auf der anderen Seite sitzen meine drei persönlichen Hacker, alle jung, alle glücklich darüber, dass sie ihr illegales Hobby in einen legalen Beruf verwandeln konnten. Jeder meiner Hacker hat ein Spezialgebiet. Das Hacken von Handys, das Hacken von Windows-Rechnern, den Umgang mit Linux, einem Betriebssystem, das von Programmierern für Programmierer entworfen wurde.

Die Spione kennen meinen Namen und meinen Arbeitgeber. Sie wissen also, dass ich Journalist bin, aber das erfährt man auch, wenn man meinen Namen googelt. Die Hacker wissen nicht, wo ich wohne, auch nicht, ob ich eine Familie habe. Sie können nichts sagen zu meinen Vorlieben, meinen Gewohnheiten, meinen Finanzen. Ich bin ein Fremder für sie.

Zwischen uns auf dem Tisch liegen ein Laptop und ein Handy. Auf beide Geräte haben meine Hacker Spionageprogramme geschleust, die auch im Internet versteckt sind und die sich jeder Benutzer

Am Morgen des nächsten Tages, um sieben Uhr, sitze ich – rund 500 Kilometer entfernt von meinen Hackern – in meinem Haus, in meinem Arbeitszimmer, schalte den Rechner und das Handy ein. Innerhalb weniger Minuten erfahren meine Hacker in Tübingen, wo ich bin. Im Handy ist ein Programm versteckt, und es schickt die GPS-Daten des Telefons nach Tübingen, und das nicht nur einmal, sondern von jetzt an alle zwei Sekunden. In Tübingen sitzt einer meiner Spione an seinem Rechner und kopiert die Daten. So sieht er, wo ich im Moment bin, in welcher Straße in Bremen-Schwachhausen. Er kann auch das Haus bestimmen und notiert sich die Adresse als meinen mutmaßlichen Wohnort, weil ihm weitere Daten sagen, dass ich gestern, nach meiner Rückkehr nach Bremen, unmittelbar in dieses Haus gegangen bin und es nicht mehr verlassen habe.

Als Nächstes ruft mein Hacker Google Maps auf, klickt auf die Kartenansicht und zoomt sich von oben an mein Haus

tomatisch die Rufnummer meiner Tochter, und der Hacker kann das Gespräch Wort für Wort mithören. Sein Rechner legt eine Audiodatei des Gesprächs an, auch das geschieht automatisch.

Außerdem sendet ihm mein Handy ein Foto, das meine Tochter mit der eingebauten Kamera von sich gemacht hatte, bevor sie zur Schule fuhr. Jetzt weiß mein Hacker, wie meine Tochter aussieht. Es ist kurz vor neun Uhr. Die Überwachung läuft seit knapp zwei Stunden.

Um kurz nach neun setze ich mich an meinen Computer und denke, dass ich allein bin, aber da täusche ich mich. Die eingebaute Kamera meines Laptops schießt alle fünf Minuten ein Bild von mir und schickt es an meine Hacker.

Der Rechner sendet ihnen jeden meiner Anschläge auf der Tastatur des Rechners, die Liste erreicht meinen Hacker als übersichtliche Excel-Tabelle, die den Programmnamen, das geöffnete Fenster auf dem Computerbildschirm ebenso nennt wie die Tastatureingaben und die Uhrzeit, zu der sie erfolgten. Außerdem erfahren meine Hacker, wann die Daten an sie abgeschickt werden. Dies geschieht etwa alle fünf Minuten.

Innerhalb der nächsten Stunde erhalten meine Hacker die Zugangsdaten für mein Amazon- und mein E-Mail-Konto bei Google. Sie loggen sich in beide Konten ein.

Die Einstellungen des Amazon-Kontos bestätigen, dass ich dort wohne, wo ich heute Morgen aufgewacht bin. Außerdem können sich meine Hacker den Verlauf meiner Amazon-Käufe anschauen. Sie wissen jetzt, dass ich Motorrad fahre und sehr wahrscheinlich trockene Haut habe. In der Liste meiner Einkäufe bei Amazon finden sich Ersatzteile für meine Honda CRF450 und mehrere Packungen Urea-Creme.

Den Hackern werden all diese Informationen auf sehr komfortable Weise geliefert. Es ist kaum Expertenwissen vonnöten. Das haben meine Hacker Entwicklungen zu verdanken, die den globalen Markt für Viren, Trojaner und Spionageprogramme geprägt haben. War kriminelles Hacken früher eine mühselige Angelegenheit, ist es heute eine professionelle Dienstleistung, Anbieter werben im Netz mit dem Akronym Caas, „crime as a service“.

Die Spähprogramme werden auf Bestellung geschrieben. Virenbaukästen und Angriffs-Kits kann man im Internet einsatzfertig kaufen, sie werden mit bequemen Bedienungsflächen geliefert, günstige Basisvarianten sind für rund tausend Dollar zu haben. Die Programme wurden in der Regel ausgiebig getestet, sie sind zuverlässig und werden oft aktualisiert. Hotline-Unterstützung kann auf Wunsch dazugebucht werden.

Verschwinden einzelne Programme zeitweise vom Markt, weil Strafverfolger

Gegen 8.15 Uhr erfährt der Spion, dass ich Vater bin und eine schulpflichtige Tochter habe.

Hacker-Jäger Schreiber

fangen kann – beispielsweise über eine infizierte Website. Rund 10 000 dieser Seiten, schätzen Experten, werden täglich neu ins Netz gestellt. Es genügt auch schon eine E-Mail, deren Anhang verseucht ist, zehn Milliarden dieser Mails tauchen jeden Tag im Internet auf. Niemand, der sich im Internet bewegt, ist vor dieser Gefahr geschützt. Im Google Play Store werden auch immer wieder bösartige Apps entdeckt, darunter solche, die das Handy und den Computer zugleich infizieren.

Nach Angaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik wurden in einem Vierteljahr 250 000 Menschen in Deutschland Opfer von Hackern. Das sind rund 2750 Internetnutzer am Tag. Und ich bin nun einer von ihnen.

Ich schalte das Handy ein, danach den Laptop, beide Geräte fahren hoch und funktionieren einwandfrei. Der Virenscanner des Laptops meldet: Dieser Rechner ist virenfrei. Meine Hacker lächeln.

heran. Er speichert das Bild. Dann ruft er Google Street View auf und weiß, wie mein Haus in der Straßenansicht aussieht. Auch dieses Bild speichert er.

Um 7.56 Uhr verlasse ich das Haus, das Handy habe ich in der Hosentasche. Ich bewege mich rund 500 Meter in westliche Richtung, bleibe an diesem Ort etwa fünf Minuten lang und kehre dann nach Hause zurück. Aus dem Weg, den ich gewählt habe, aus dem Tempo, mit dem ich mich bewegt habe, schließt mein Hacker, dass ich mit dem Rad gefahren bin. Was mein Ziel war, kann er nicht sagen. Das GPS-Signal wird von den Häuserwänden reflektiert und springt wild herum. Möglicherweise bin ich zum Bäcker gefahren.

Gegen 8.15 Uhr erfährt mein Hacker, dass ich Vater bin und eine schulpflichtige Tochter habe. Sie ruft mich auf meinem Handy an und sagt, dass sie gut mit dem Rad an der Schule angekommen ist, die in Bremen-Findorff, einem anderen Stadtviertel, liegt. Mein Handy überträgt au-

GIRA MORO / DER SPIEGEL

erfolgreich gegen sie vorgegangen sind, dann heuern kriminelle Risikokapitalgeber routinierte Programmierer an, um die Lücke im Sortiment zu schließen. In Hacker-Foren wird zurzeit für ein Programm namens Kins geworben, das an die Stelle des früheren Bestsellers Zeus treten soll, eines Programms, das darauf spezialisiert ist, Zugangsdaten für Bankkonten zu erbeuten. Kins wurde wahrscheinlich in Russland programmiert und besitzt eine Eigenschaft, die Strafverfolger dort milde stimmen soll: Die Programmierer versichern, dass sich das Programm deaktiviert, sollte es gegen Computer in Russland oder in anderen Ländern der ehemaligen UdSSR eingesetzt werden.

Nachdem die Hacker auch meine E-Mails durchforstet haben, wissen sie, dass ich verheiratet bin, zwei Kinder habe, eine Tochter und einen Sohn, der noch in den Kindergarten geht. Meine Hacker kennen den Namen meiner Frau, Birgit. Die Spione kennen Birgits private E-Mail-Adresse, ihre private Handy-Nummer,

Dann schicken meine Hacker eine stille SMS, die – von mir unbemerkt – das Mikrofon des Handys anschaltet. Mein Telefon ist jetzt ihre Wanze. 30 Minuten lang wird sie alles aufnehmen, was zu hören ist. Im Protokoll wird später stehen: Stille und Tippen, Zielperson arbeitet wohl.

Am Abend fahre ich zu einem nahe gelegenen See, mein Hacker dokumentiert auch das. Wenig später komme ich zurück, esse Abendbrot mit der Familie, spiele Fußball mit meinem Sohn. Meine Frau bringt ihn ins Bett, danach meine Tochter. Mein Hacker ist über alles informiert, er hört mit, macht sich Notizen: Zielperson telefoniert mit einem Mann namens „Hauke“, das Gespräch dreht sich um berufliche Termine. In seinem Tagesprotokoll notiert der Hacker auch, dass sich die Zielperson mit der Tochter über den Kauf einer Luftmatratze unterhält. Um kurz nach elf ist für meinen Hacker erst einmal Schluss, für mich auch, ich schalte das Handy und den Rechner aus.

bezahlt den Service ganz einfach mit der Kreditkarte.

Wie andere Anbieter wirbt die Firma, mit deren Produkt ich ausspioniert werde, öffentlich im Internet. Besorgte Eltern, misstrauische Ehepartner und überforderte Chefs werden dort ermuntert, ihre Mitarbeiter, Ehepartner und Kinder auszuspionieren. Den Hinweis, dass der Einsatz aller Mobistealth-Programme in fast allen Ländern illegal ist, versteckt die Firma im Kleingedruckten.

Am zweiten Tag des Experiments logge ich mich bei meiner Bank ein, der Keylogger im Laptop leitet die Kennwörter an meine Hacker weiter. Als ich mich ausgeloggt habe, inspizieren sie mein Konto, erfahren mein monatliches Gehalt, die wiederkehrenden Ausgaben für das Haus. Auf dieselbe Weise verschaffen sie sich Zugang zu meinem Facebook-, meinem PayPal-, meinem iTunes-Account. Sie wissen jetzt, dass ich auf amerikanischen Popcorn-Kino stehe, auf Songs von Peter Dinklage, Keb' Mo' und Nickelback. Sie kennen das Geburtsdatum meiner Frau, das Alter meiner Kinder, meines Hundes. Sie wissen, dass unser Hund Jackie heißt und dass wir vor kurzem rund tausend Euro für Jackies Operation bei der Kleintierklinik Bremen bezahlt haben.

Am dritten Tag beenden meine Hacker das Datensammeln und schalten auf Angriff. Zunächst schreiben sie in meinem Namen eine Mail an die Carsharing-Firma, bei der meine Frau und ich unsere Autos mieten.

„Sehr geehrte Damen und Herren, am Sonntag den 4. August habe ich von 12 Uhr bis 14 Uhr den Ford Fiesta von der Station GEORG gemietet. Ich habe einen kleinen Unfall gehabt, dem Auto fehlen beide Außenspiegel. Das ist nicht schlimm, denn generell braucht man die Spiegel ja nicht, der Rückspiegel ist ja noch dran. Eigentlich wollte ich noch mal hingehen und den Spiegel wieder festkleben. Zeitlich schaffe ich es aber nicht. Melden Sie sich gern bei mir, am besten telefonisch auf meiner mobilen Nummer, dann kann ich Ihnen den Kleber übergeben. Beste Grüße, Uwe Buse.“

Dann wenden sich die Hacker meinem Amazon-Konto zu, bestellen eine Waschmaschine im Wert von 415,39 Euro und lassen Amazon wissen, dass ich mit meiner Kreditkarte zahlen werde.

Wenige Minuten später verschickt Amazon die Bestellbestätigung. Meine Hacker löschen sie in der Sekunde, in der die E-Mail auf meinem Konto eintrifft. Auf die Bestellbestätigung folgt eine Versandbestätigung. Sie erreicht mein Konto mitten in der Nacht, keiner meiner Hacker ist im Dienst, und am nächsten Morgen bin ich der Erste, der die E-Mail sieht.

Ich rufe bei Amazon an und lasse die Frau am anderen Ende der Leitung wis-

Am Abend fahre ich zu einem See, spiele Fußball mit meinem Sohn. Der Hacker ist über alles informiert.

Bilder aus Überwachungsprotokoll



sie wissen, wo sie arbeitet, wie sie aussieht, und sie haben mitgehört, als ich sie beim Frühstück gefragt habe: „Schatz, bringst du Max heute bitte in den Kindergarten?“

Meine Hacker wissen, dass wir kein Auto haben, sondern Carsharer sind, dass wir zuletzt am 3. August Auto gefahren sind, von 12.45 bis 13.45 Uhr, und dass wir in dieser Zeit zwölf Kilometer zurückgelegt haben. Meine Hacker fanden heraus, dass wir eine tägliche Ausgabenliste auf Google Docs führen, dass wir selten bei Discounter kaufen, meist bei Rewe und sehr selten beim Bio-Supermarkt Aleco. Außerdem haben sie erfahren, dass wir am kommenden Wochenende nicht zu Hause sein, sondern Verwandte besuchen werden – in Berlin.

Die kommenden sechs Stunden verbringe ich im Haus und arbeite. Im Abstand von fünf Minuten erhält mein Hacker ein neues Datenpaket, und die Kamera des Laptops macht ein neues Foto.

Ich werde von meinen Hackern mit einem Programmpaket ausspioniert, das von den USA aus angeboten wird. Es trägt den Namen Mobistealth, wird von Kennern gelobt und ist in mehreren Varianten erhältlich. Es gibt Software-Pakete für Android-Smartphones, für iPhones, für BlackBerrys und Nokia-Geräte, auch Windows-Rechner und Apple-Computer können überwacht werden. Fast niemand ist vor diesen Angriffen sicher, nur die Benutzer des Linux-Betriebssystems.

Das Paket kann man nicht kaufen, nur mieten, es ist ein echtes Dumping-Angebot, drei Monate kosten 99 Dollar, und die Programme funktionieren tadellos. Es bietet einen Keylogger, der alle Tastenanschläge protokolliert, verschiedene Chatlogger, Fotos des Nutzers werden geschossen, ohne dass der etwas davon merkt, die Position des Rechners oder Handys wird übertragen, und bei Bedarf lassen sich die Mikrofone in dem Computer und dem Handy aktivieren. Man

sen, dass ich die Annahme der Waschmaschine verweigern werde, weil ich sie nicht bestellt habe. Mein Konto, sage ich, sei offensichtlich gehackt worden.

Die Amazon-Mitarbeiterin scheint das nicht zu überraschen, sie rät mir, mein Passwort zu ändern, dann sollte das Problem aus der Welt geschafft sein.

Ich folge ihrem Rat, aber das Problem verschwindet nicht, denn Minuten nachdem ich das neue Passwort eingetippt habe, kennen es dank des Keyloggers auch meine Hacker.

Ich rufe wieder bei Amazon an. Dieses Mal verbindet mich die Frau von der Hotline mit der Sicherheitsabteilung des Unternehmens. Dort wirft jemand einen Blick auf mein Konto, sagt, das daure jetzt ein wenig, und verspricht zurückzurufen.

Zwei Stunden später klingelt mein Telefon, und ich erfahre, dass mein Amazon-Konto „total zerschossen“ sei und nicht mehr zu retten. Man rät mir, es aufzugeben und beim Surfen im Netz künftig

sehen, dass ich in Ostfriesland geboren bin, und geben drei Städtenamen in Ostfriesland an. Sie liegen dreimal daneben. Facebook sperrt daraufhin den Zugang zu meinem Konto und fragt mich Sekunden später in einer E-Mail, ob ich gerade versucht hätte, meinen Account von Stockholm aus zu öffnen – mit einem Firefox-Browser, der auf einem Rechner installiert ist, auf dem Windows 7 läuft. Meine Hacker haben offenbar einen Anonymisierungsdienst benutzt, um ihre Identität und ihren Standort zu verschleiern.

Nachdem ich mein Konto wieder freigeschaltet habe, versuchen es meine Hacker erneut, raten dieses Mal bei der Sicherheitsfrage richtig und kapern meinen Account. Sie schreiben in meinem Namen: „Bewegend für mich, und vielleicht wisst ihr es ja längst. Ich bin schwul und habe jetzt auch einen Partner.“

Einer Freundin gefällt diese Mitteilung offenbar, sie zeigt es mit dem Symbol „Daumen hoch“. Eine andere Freundin

Daten geändert, für Facebook bin ich plötzlich ein Fremder, dem der Zugriff auf das Konto verweigert wird. Ich kann mein Konto nicht einmal mehr löschen. Ich kann auch niemanden bei Facebook um Hilfe bitten, weil Facebook keine telefonische Hilfe anbietet.

Während ich noch um mein Facebook-Konto kämpfe, loggen sich die Hacker in mein Bankkonto ein, schreiben eine Überweisung, fangen die TAN der Banküberweisung ab, die als SMS auf mein Handy geschickt wird, und leeren mein Konto. Das Geld parken sie auf Prepaidkarten, die nicht zu ihnen zurückverfolgt werden können.

Ich rufe meine Bank an. Dort sagt man mir, dass ich zunächst eine Strafanzeige bei der Polizei stellen müsse, danach könne man versuchen, das Geld zurückzuholen. Außerdem werde man mir neue Zugangsdaten für mein leeres Konto schicken, mit der Post.

Bevor ich zur Polizei gehen kann, erfahre ich, dass ich angeblich gekündigt habe. Mein Ressortleiter beim SPIEGEL hat eine E-Mail von mir erhalten, in der ich ihm mitteile, dass ich die Nase von ihm voll habe, als Pressesprecher bei der Syss GmbH mehr verdienen könne und deshalb mit sofortiger Wirkung kündigte.

Meine Hacker lassen mich wissen, dass sie mir nun noch Kinderpornos auf den Rechner schieben können, danach könnten sie die Polizei alarmieren. Ich bitte sie dringend, von dieser Idee Abstand zu nehmen.

Ein paar Tage später sitze ich fluchend in meiner Küche und versuche, sämtliche Programme von meinem Laptop und meinem Handy zu löschen. Ich hoffe, dass die Viren danach auch verschwinden, aber optimistisch bin ich nicht. Wahrscheinlich haben sie sich zu tief in die Geräte gefressen. Mein Versuch in digitaler Selbstverteidigung, das ist jetzt klar, endet als totale Niederlage.

Um künftig besser auf solche Angriffe vorbereitet zu sein, frage ich meine Hacker ein paar Tage später, wie ich mich schützen kann. Ich soll ein Leben führen, das mich sehr anstrengen wird. Keine Windows-Rechner mehr benutzen, sagen sie, sondern Linux als Betriebssystem. Software-Updates immer installieren, und zwar schnell, das gilt vor allem für den Viren-Scanner. Eine Firewall einrichten, das Handy verschlüsseln, keine unnötigen Apps installieren. Kein Homebanking mehr, raten sie mir, schon gar nicht über das Handy, sondern immer persönlich zur Bankfiliale gehen und einen Vordruck ausfüllen. Ich soll wieder einem Stück Papier vertrauen.



Video: So wurde Uwe Buse gehackt

spiegel.de/app422013hacker
oder in der App DER SPIEGEL

Ich bin pleite. Dann erfahre ich, dass ich angeblich mit einer Mail beim SPIEGEL gekündigt habe.

Daten aus Überwachungsprotokoll

Accounts			
Account	Name	Passwort	Bemerkung
Facebook.com	hanswied@gmail.com	Carlota123	
Amazon		volvo650	Zielperson hat Amazon-Passwort „volvo650“ geändert. Dies ist Problem für und kann behilflich
Familie			
Zielperson: Geburtag: 15. Februar 1963, Udo-Brennias-Gymnasium			
Töchter: 7 Jahre alt, Sohn: 3 Jahre alt, Hund etwa 12 Jahre alt.			
Birgit: Geburtag: 11 März, Verkauf Bilder.			
Wohnort			
Hausfarbe geändert zu Gelb. Google Streetview Bild wohl verändert. Hühnerhöfen innen			
Telefonate			
Person	Zeitpunkt	Inhalt	
100 (178 / 180) (Status)	2013-08-06 09:05:06	Zielperson erreicht nur Anrufbeantworter.	
(Name "Hanswied" und "Hanswied")		Zielperson teilt mit, dass sie abhört, auch wenn S. nicht	
(Name "Hanswied" - "Hanswied")	2013-08-06 09:12:56	Zielperson teilt mit, dass sie Person. (Name "Hanswied" - "Hanswied") nur den Anrufbeantworter B. wascheben sich zu regeln	

vorsichtiger zu sein. Außerdem sei es sinnvoll, Anzeige bei der Polizei zu erstatten, gegen unbekannt. Eventuell würden die Beamten auch meinen Rechner untersuchen, in der Hoffnung, Hinweise auf die Täter zu finden.

Zeitgleich zur Amazon-Angriffe greifen meine Hacker meinen Facebook-Account an. Zunächst haben sie vor, alle Bremer zu einer Party bei mir zu Hause einzuladen, dann haben sie eine andere Idee.

Da der infizierte Laptop ihnen die Zugangsdaten für meinen Facebook-Account geliefert hat, loggen sie sich problemlos ein, erweitern die Einstellungen zur Privatsphäre, loggen sich aus, damit die Einstellungen übernommen werden, und versuchen, sich dann erneut einzuloggen, aber das misslingt.

Facebook fordert meine Hacker auf, sich zu legitimieren. Das Unternehmen stellt die Sicherheitsfrage und will den Geburtsort meiner Mutter wissen. Meine Hacker arbeiten sich durch ihre Daten,

bietet mir an, zur Verfügung zu stehen, wenn ich mich mal aussprechen wolle. Meine männlichen Freunde schweigen irritiert. Es ist der 14. August, von nun an gelte ich als schwul.

Das ist der Punkt, an dem ich mich frage, ob mir das Experiment über den Kopf wächst. Was wird wohl als Nächstes geschehen? Wird es mir überhaupt gelingen, die im Netz verstreuten Falschinformationen einzufangen und zu löschen? Es ist einfach, einen Rasenmäher zurückzuschicken, aber es ist schwierig, die eigene Identität zurückzubekommen, nachdem sie gekapert worden ist. Ich interessiere mich für Computer und Software, ich beschäftige mich seit Jahren damit, aber ich hätte nicht geglaubt, dass die Hacker mich derart hilflos machen könnten. Für die Welt da draußen bin ich jetzt schwul.

In den folgenden Tagen versuche ich, die Kontrolle über mein Facebook-Konto zurückzubekommen, aber das klappt nicht. Die Hacker haben alle persönlichen



Klassenkampf

HOMESTORY Warum es falsch ist,
Kinder spät einzuschulen

Die Schule war noch eine feindliche Macht, als meine Mutter entschied, dass ich „ein Jahr länger spielen“ sollte. Die Schule war das System. Die Schule war Konformismus. Die Schule war mehr als der Ernst des Lebens. Spielen dagegen war gut, das war das Argument meiner Mutter. Spielen war Autonomie. Spielen war Widerstand gegen das Funktionieren im Kapitalismus.

Es waren eben die siebziger Jahre. Rasen betreten verboten. Knurrige Hausmeister mit soldatischem Gestus. Angst und Autorität. Das war die Welt, vor der meine Mutter mich schützen wollte.

Ich lief also noch ein Jahr länger nackt durch den Münchner Kindergarten, warf mit meinem Essen, wenn ich wollte, und Narzissmus war der schmale Grat zwischen sozial akzeptablem Verhalten und Anarchismus.

Es waren lustige, ernste, ideologische Jahre. Meine Mutter las Simone de Beauvoir, Shere Hite und Karl Marx, es ging um Freiheit, Sex und Klassenkampf. Sie trug eine lilafarbene Latzhose und hennarote Locken und wirkte wie eine Frau, die sich alle Mühe gibt, wie ein Automechaniker auszusehen, der in einen Farbtopf gefallen ist.

Meine erste Lehrerin hieß dann tatsächlich Frau Schrankenmüller und wollte mich umerziehen, anders kann man das nicht nennen, vom Links- zum Rechtshänder. Sie hatte auch ein langes Lineal aus Holz drohend auf ihrem Schreibtisch liegen, aber sie benutzte es nie, es war eine Erinnerung an alte Zeiten.

Ich blieb Linkshänder, und in der Schule funktionierte ich. Überhaupt schien das Funktionieren durch den antiautoritären Imperativ eher befördert worden zu sein. Am Ende studierten fast alle meine Freunde Jura oder Betriebswirtschaft – und keiner studierte Soziologie.

An all das muss ich denken, wenn ich mich mit Freunden unterhalte, die ihre Kinder ein Jahr später in die Schule schicken wollen. Natürlich sagen auch sie meistens den Satz, dass

das Kind „noch ein Jahr länger spielen“ solle. Aber der Satz wirkt irgendwie falsch. Er wirkt auswendig gelernt. Er wirkt wie eine Entschuldigung.

Das sind schließlich Eltern, die sich dauernd Gedanken darüber machen, welche Schule die beste für ihr Kind ist und welche Lehrerin in der besten Schule die beste ist. Es sind Eltern, deren Kinder Englisch lernen, seit die Kinder zwei Jahre alt sind, die Geige lernen, seit sie drei sind, Yoga, Ballett oder Hockey. Ein Programm bis abends um halb sechs.

Kinder, ich weiß, sind ein Luxusgut, Kinder sind eine Lifestyle-Entscheidung, Kinder fügen sich in das Lebenskonzept der Eltern. Anders gesagt: Der Narzissmus der siebziger Jahre war einer der Kinder. Der Narzissmus von heute ist einer der Eltern.

Denn was sie tatsächlich sagen, diese Anwälte, Journalisten, Künstler, die mir nie als antiautoritäre Spät-Hippies aufgefallen waren, in ihren Anzügen, mit ihren Krawatten, in ihren Business-Kostümen, in ihren Lederjacken und Trenchcoats, immer pünktlich, die Kinder ordentlich: Wir wollen noch ein Jahr lang verreisen, wann und wohin wir wollen.

Sie sagen das ohne schlechtes Gewissen, warum auch. Sie sind die bürgerlichen Kinder des antibürgerlichen Aufstands. Hedonismus statt Klassenkampf, so ist der Lauf der Zeit. Also im September noch nach Sizilien, im Dezember nach Sri Lanka, im Mai nach Mallorca. Das ist unser Leben.

Wenigstens ein Jahr noch Freiheit, verstanden als Ferienmachen. Ein Jahr lang Unabhängigkeit auf diesem Level. Ein Jahr lang tun, was man will, wenn man es denn einrichten kann. Vielleicht ist das, was sie machen, sogar eine Art unbewusster Widerstand gegen die G-8-Tempoverschärfung.

Und ich weiß ja wirklich nicht, ob sie recht haben oder nicht. Ich weiß nicht, was es ändert, wenn Max, Marlene oder Mia ein Jahr später eingeschult werden. Ich weiß nicht, wie es gewesen wäre, wenn ich ein Jahr früher in die Schule gekommen wäre. Ich weiß nicht, ob ich wirklich „ein Jahr länger“ gespielt habe und was das genau bedeuten würde.

Ich weiß nur, warum wir unsere Tochter früher eingeschult haben, mit fünf, und ganz ohne einen höheren Grund: Wir haben einfach gedacht, dass es gut ist für sie, dass sie darauf jetzt Lust zu haben scheint, dass sie gern lernen will und dass wir das unterstützen.

Das ist der unideologische Pragmatismus, der mir von den ideologischen siebziger Jahren geblieben ist. Manchmal fühle ich mich damit wohl und manchmal nicht. Manchmal glaube ich, dass ich dadurch freier bin, und manchmal, dass ich verzagter bin.

Nur eines frage ich mich: ob die Eltern den Widerspruch wenigstens bemerken, den Widerspruch zwischen einem Satz, der aus einer anderen Zeit ist, und ihrem eigenen Leben.

Für mich lässt sich dieser Unterschied leicht beschreiben: Ich glaube, anders als meine Mutter, dass die Schule kein feindlicher Ort ist.

GEORG DIEZ

Früher waren die
Kinder narzisstisch, heute
sind es die Eltern.

Bischof Tebartz-van Elst*



Das Lügen-Gebäude

Armut oder Prunksucht – bei Papst Franziskus und dem Limburger Bischof entdecken deutsche Katholiken die zwei Gesichter des Klerus. Im Fall des Franz-Peter Tebartz-van Elst kann der Pontifex zeigen, wie ernst es ihm mit einer Reform der Kirche ist.

Kraftvoll läuten die Glocken von St. Georg, als Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst über den Limburger Domplatz auf seine neue, im Bau befindliche Residenz zugeht. In respektvollem Abstand begleiten ihn sein Privatchauffeur und drei indische Nonnen.

Es ist ein schöner Sommertag mit blauem Himmel. Vor der Baustelle wartet ein SPIEGEL-Redakteur, in der Hand einen kleinen Fotoapparat, der auch als Videokamera funktioniert und das folgende Gespräch aufzeichnet. So beginnt im Sommer 2012 eine Begegnung, die seit Monaten die Hamburger Staatsanwaltschaft beschäftigt.

Schnell kommt die Rede auf den jüngsten Indien-Besuch von Tebartz-van Elst. Handwerker am Bau hatten von Edelsteinen berichtet, die der Bischof von dort für seine neue Privatkapelle mitgebracht habe. *Tebartz-van Elst: Ich bin ausschließlich aus Gründen da gewesen, ... weil wir dort auch den Ärmsten der Armen helfen wollen ...*

SPIEGEL: Aber ich habe doch hier gesprochen mit den Leuten, die Edelsteine einfassen, polieren und schleifen.

Tebartz-van Elst: Also, es werden viele Märchen erzählt. Ich habe keine Edelsteine in Indien gekauft. Ich habe auch mit diesen Dingen nichts zu tun.

...
SPIEGEL: Aber erster Klasse sind Sie geflogen.

Tebartz-van Elst: Business-Class sind wir geflogen ...

Dann empfiehlt sich der Bischof und entschwindet mit seinem Gefolge.

Am vorigen Donnerstag verkündete die Hamburger Staatsanwaltschaft ihre Meinung zu dem Limburger Dialog. Sie beantragte einen Strafbefehl gegen Tebartz-van Elst. Wenn im Hamburger Amtsgericht nicht noch ein Wunder geschieht, wird er als erster Bischof, der von einem Strafgericht verurteilt wird, in die bundesdeutsche Kirchengeschichte eingehen.

Denn Tebartz-van Elst hatte an Eides statt versichert, er habe gegenüber dem SPIEGEL nicht behauptet, Business-Class geflogen zu sein – und gegen die Darstellung der Redaktion geklagt. Vorige Woche war das Video für die Staatsanwaltschaft offenbar Zeugnis genug: Der Kirchenmann hatte nach ihrer Überzeugung gelogen.

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“, lautet das achte Gebot. Gelten für einen Bischof andere Gesetze? „Du sollst nicht stehlen“, heißt es außerdem im Alten Testament – doch in Limburg fühlen sich viele Gläubige betrogen, seit die wahren Kosten für die neue Bischofsresidenz bekannt wurden: rund 31 Millionen Euro.

Selten hat ein Oberhirte aus der Provinz für mehr Aufsehen gesorgt als Franz-Peter Tebartz-van Elst. ARD und ZDF schalteten Sondersendungen wie nach einem Tsunami, Millionen Menschen diskutierten über die Doppelmoral, die die weltgrößte Religionsgemeinschaft wieder einmal mit der Frage nach der Glaubwürdigkeit ihrer Kurie konfrontierte.

Die Kirche und das Geld: Ein alter Konflikt bricht in diesen Wochen neu auf, und das hat nicht nur mit der Residenz des Bischofs zu tun.

Seit Jorge Mario Bergoglio im Vatikan die Geschäfte führt, erleben deutsche Katholiken eine Kirche mit zwei Gesichtern. In Rom predigt Papst Franziskus Armut und Bescheidenheit und lebt dies mit beeindruckenden Gesten vor. Und in Deutschland verkörpert Tebartz-van Elst die unter seinesgleichen noch immer verbreitete Prunksucht.

Eine Kirche, zwei Weltbilder: auf der einen Seite eine alte, mächtige Amtskirche, die sich selbst genügt, auf Repräsentation setzt, die reine Lehre verteidigt und die Auseinandersetzung mit dem modernen, säkularen Leben scheut. Auf der anderen Seite geht es um Apostel-Nachfolger, die sich nicht hinter die Barockfassaden ihrer Bischofspalais zurückziehen, sondern an die Ränder der Gesellschaft gehen; zu den

* Bei der Segnung von Fahrzeugen einer Oldtimer-Rallye im September 2010 in Limburg.



Gebrauchtwagen-Fan Franziskus in Rom: „Es tut mir weh, wenn ich einen Priester im neuesten Automodell sehe“

Armen und Beladenen, so wie es ihnen im Neuen Testament aufgetragen ist.

Die Richtungsfragen betreffen auch die Finanzen der Kirche. Nervös verfolgen Bischöfe von der Isar bis zum Rhein jede Predigt, jede Demutsgeste ihres neuen Vorgesetzten in Rom. Schließlich geht es jetzt um ihre Pfründen, um Milliarden-einnahmen aus Kirchensteuern und Dotationen, die sie vom Staat als Entschädigung für Anfang des 19. Jahrhunderts enteignete Kirchengüter erhielten und bis heute erbittert verteidigen (SPIEGEL 24 und 30/2010, 40/2011).

Schon einmal mussten die deutschen Exzellenzen einen Angriff der Kurie ertragen. Zwei Jahre ist es her, dass Papst Benedikt XVI. bei seinem Deutschland-Besuch mahnte, die Kirche müsse sich „entweltlichen“. Es sei besser, sie wäre „von ihrer materiellen und politischen Last befreit“. Die Enteignung von Kirchengütern habe einst „zur Läuterung wesentlich beigetragen“. Doch den frommen Worten folgten keine Taten.

So leicht kommen die hiesigen Würdenträger unter Franziskus womöglich nicht davon. Denn der neue Pontifex hat schnell und unmissverständlich klargemacht, was er sich wünscht: „eine arme Kirche für die Armen“.

Aufmerksam dürften die Bischöfe deshalb beobachten, welches Schicksal ihrem Limburger Bruder durch Rom beschieden werden wird. Kommt ein Machtwort, das ihn seines Amtes enthebt? Oder nur ein milder Tadel für einen verirrtten Sünder? Am kirchlichen Strafmaß wird sich ablesen lassen, wie viel Luxus die Kurie unter Jorge Mario Bergoglio noch gestattet.

Der Umgang mit Gottes teurem Diener in Limburg wird aber auch ein früher Testfall für den Papst. In den ersten sieben Monaten seines Pontifikats hat sich der Argentinier vor allem durch Gesten und Predigten profiliert. Er begann damit schon in der ersten Minute, als er nach seiner Wahl auf den Balkon des Petersdoms trat: im schlichten Gewand, ohne jenen Prunk, den sein Vorgänger so sehr liebte. An den folgenden Tagen mussten die Kardinäle erleben, dass nicht sie, sondern Müllmänner und Wachleute des Vatikans die ersten Frühmessen mit dem Neuen feiern sollten.

In der Substanz jedoch hat Bergoglio, 76, bislang nichts geändert. Noch ist nicht ausgemacht, ob es bei Ankündigungen und Anekdoten bleibt, die die Welt begeistern – oder ob er den eigenen Weisheiten tatsächlich folgt und die Kirche auf eine Art reformiert, wie es seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil vor 50 Jahren nicht mehr geschehen ist.

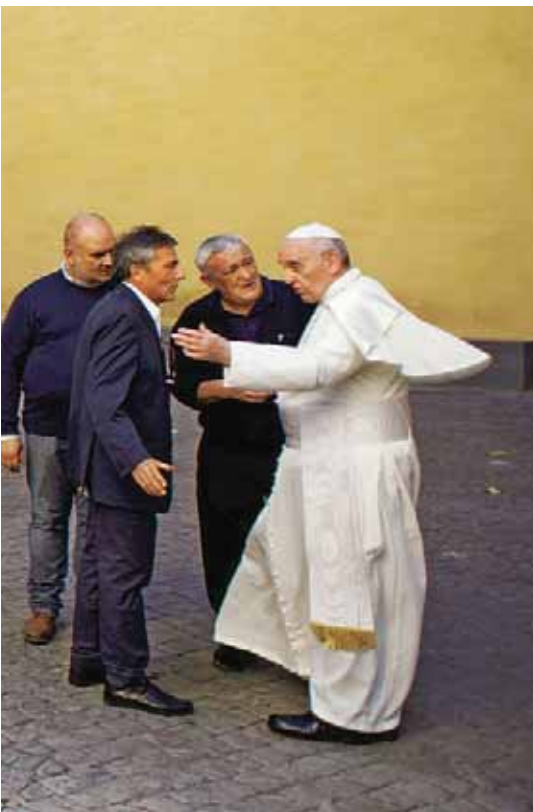
Franziskus wird sich diese Woche mit den Vorgängen an der Lahn befassen. Am Donnerstag lässt er sich vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, Bericht erstatten. Für die Zukunft des Limburger Bischofs sind mehrere Szenarien denkbar: Entweder reicht er ein Rücktrittsgesuch ein; oder der Papst legt ihm den Rücktritt nahe; er könnte ihn entlassen oder versetzen – oder Tebartz-van Elst bleibt im Amt. Letzteres könnte der Deutsche mit einer Auszeit oder einer anderen demutsvollen Geste flankieren.

Die Kirche nimmt sich Zeit. Als 2000 Jahre alte Institution lässt sie sich den

Rhythmus ihrer Entscheidungsfindung nicht vom Blitzlichtgewitter der modernen Mediengesellschaft diktieren. So war es bei den Skandalen um den sexuellen Missbrauch, die Piusbrüder und Benedikts islamkritische Regensburger Rede. Stets brauchten die Gottesleute quälend lange Wochen, um den angerichteten Schaden zu begreifen und Antworten für das verstörte Publikum zu finden.

So war es auch vorige Woche, als es um den richtigen Umgang mit dem Limburger Lügen-Gebäude ging. Ungeduldig hatten sich am Donnerstag Fotografen, Kameralente, Journalisten in der Bundespressekonferenz versammelt. Doch statt der im politischen Betrieb Berlins sonst üblichen Rücktrittsforderungen und statt harter Urteile über Missmanagement und Verschwendung bekamen sie einen freundlich lächelnden älteren Herrn zu hören und zu sehen: Fast eine halbe Stunde lang sprach Robert Zollitsch, der neben der Deutschen Bischofskonferenz auch das Erzbistum Freiburg leitet und den Pressetermin schon vor Wochen vereinbart hatte, über die Ökumene und über „geistliche Gesprächsprozesse“, die er und seine Brüder so erfolgreich in ihren Diözesen angestoßen hätten.

Nur nebenbei offenbarte er sein Verständnis von Krisen-PR: „In Kürze“ werde eine Prüfungskommission ihre Arbeit aufnehmen. „Wie lange die Untersuchung dauert, kann ich nicht sagen“, so Zollitsch. Nicht einmal die Namen der Kommissionsmitglieder wollte er verraten: „Sie sollen in Ruhe arbeiten können.“ Allerdings sei bereits zu spüren, wie bedrückend die Situation geworden sei.



ABACA / ACTION PRESS

Erst 3, dann 5,5, dann 10 und nun über 31 Millionen Euro soll die Residenz auf dem Limburger Domberg kosten, samt Privatkapelle (2,9 Millionen), Privatpark (783 000 Euro) und aufwendiger Adventskranzhängevorrichtung (100 000 Euro). Sogar der eigene Vermögensverwaltungsrat fühlt sich vom Bischof „hinters Licht geführt“. Hinzu kommt der gravierende Vorwurf falscher eidesstattlicher Versicherungen vor Gericht.

Dabei hat alles so schön angefangen im Limburger Dom am 20. Januar 2008. Der neue Bischof Tebartz-van Elst, damals 48, steht noch etwas schüchtern im gleißenden Scheinwerferlicht, das Fernsehen ist da, die Luft voller Weihrauch, der Gesang des Domchors hallt nach. Sein Förderer, der Kölner Kardinal Joachim Meisner, ist gekommen und spricht ihm Mut zu. Mit seinem Zögling werde es in Limburg sicherlich „frisch, dynamisch und kreativ“ weitergehen, sagt er.

Aus dem Vatikan hat Benedikt XVI. eigens eine Bulle, eine päpstliche Ernennungsurkunde, gesandt. Er pries den „verehrten Bruder“ Tebartz-van Elst überschwänglich. Der junge Geistliche sei „mit herausragenden Gaben ausgestattet“, „in der Seelsorge erfahren“ und damit „geeignet, dieses Bistum künftig zu leiten“. Mehr Lob war nicht vorstellbar. Ein für Kirchenverhältnisse blutjunger, konservativer Shootingstar hatte die große Bühne des deutschen Katholizismus betreten. Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte es, einen roten Teppich zu seinen Diensträumen im Ordinariat Limburg auslegen zu lassen.

Vielleicht wäre der Vorschusslorbeer ein wenig dezenter ausgefallen, hätte man Tebartz' Bilanz als Weihbischof im Münsterland kritischer hinterfragt. Heute bedauern selbst kirchentreue Limburger Katholiken die damalige Blauäugigkeit. „Schon in Münster gab es Anzeichen, es hätte doch jemand Alarm schlagen können“, sagt der frühere hessische Landesminister Jochen Riebel, der im Vermögensverwaltungsrat der Limburger Diözese sitzt.

Piuskolleg, Priesterseminar, Domvikar, Domkaplan, Weihbischof: Tebartz-van Elst legte in Münster eine Blitzkarriere hin – und wurde 2004 schon als Mittvierziger mit seinem ersten repräsentativen Amtssitz am Horstberg 17 belohnt.

Dies war eines der Kapitelhäuser direkt am Dom in Münster und wurde gerade frisch renoviert. Die Kosten für den Umbau beliefen sich am Ende auf über eine halbe Million Euro. Denn der junge Weihbischof hatte Extrawünsche: Ein roter Teppich musste her, der aufwendig in die Natursteinfliesen eingelassen wurde. Eine kleine Bibliothek im Keller, mehrere Arbeitszimmer, ein neues Bad mit besonderer Wanne. Dazu wünschte er sich eine Treppe in den Garten.

Tebartz-van Elst, der von einem nieder-rheinischen Bauernhof im marienfrommen Wallfahrtsort Kevelaer stammt, fand Gefallen an seinem neuen Leben, an einer katholischen Glitzerwelt mit Gewändern aus Goldbrokat und in Edelsteinen gefassten Reliquien.

„Architekt, Häuser bauen, das hat mir damals schon als Kind Freude gemacht“. So antwortete der Bischof im Fernsehen, als er nach seinem ersten Berufswunsch gefragt wurde.

Diesen Wunsch hat er in Limburg mit großem Hang zur Extravaganz ausgelebt. Aber wie kann ein Bischof Rechnungen in Höhe von 31 Millionen Euro bezahlen, ohne dass dies bemerkt wird?

Wer dieser Frage nachgeht, stößt früher oder später auf Unwahrheiten, Heimlichkeiten und diskrete Kassen – aber vor al-

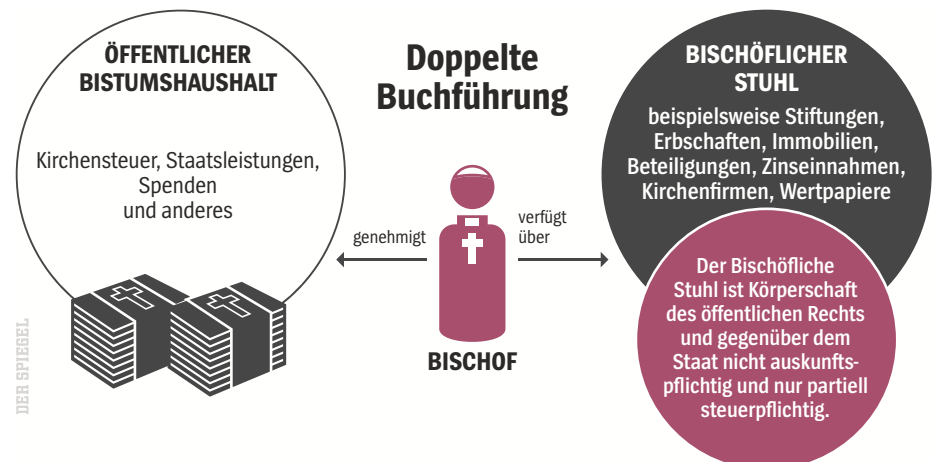
lem auf eine faktisch nicht existierende Kontrolle eines beachtlichen Millionenvermögens.

„Bischöflicher Stuhl“ nennt sich in Limburg, wie in anderen Diözesen, ein häufig beträchtlicher Kirchenschatz, der allein dem jeweiligen Bischof untersteht. Das über Jahrhunderte angehäuften Vermögen ist auch andernorts nicht transparent angelegt: etwa in Immobilien, kirchlichen Banken, Akademien, Brauereien, Weingütern oder Wäldern. Hinzu kommen reichlich Erträge aus Aktienbesitz, Stiftungen, Erbschaften.

Nur der jeweilige Bischof und seine engsten Vertrauten kennen diesen Schattenhaushalt, Finanzämter haben auf die Vermögensverwaltung keinen Zugriff. Verworrene Strukturen erschweren den Überblick. Mal sitzen die Verwalter des Geldes im Domkapitel, mal in der Finanzkammer der bischöflichen Ordinate, mal im Vermögensverwaltungsrat – wie in Limburg.

In der Stadt an der Lahn lässt sich die Zahl der Kenner des örtlichen Finanzgeflechts an den Fingern einer Hand abzählen. Nach Informationen aus der früheren Bistumsspitze um Altbischof Franz Kamphaus, der zu seiner Zeit bescheiden im Priesterseminar wohnte, dürfte das Vermögen des Bischöflichen Stuhls etwa hundert Millionen Euro betragen haben, als 2008 Tebartz-van Elst sein Amt übernahm.

Die Zahl ist nicht gesichert; abwegig ist sie wohl nicht. Schließlich verfügte er über beachtlichen Immobilienbesitz, Wohnungen in besten Frankfurter Lagen. Ein paar Dinge nur musste der neue Bischof regeln, bevor er das bereits vor seiner Ankunft beschlossene Bauprojekt in seinem Sinne fortführen und drastisch erweitern konnte. Zunächst sorgte sein Generalvikar Franz Kaspar dafür, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in Köln die „kaufmännische Abwicklung des Projekts“ übernahm. Mitarbeiter am Bischöflichen Ordinariat oder gar Mitglieder des Domkapitels waren zudem ab



2011 nicht mehr über die Baukosten – und erst recht nicht über deren heimliche Steigerung – informiert.

Damals entzog Tebartz-van Elst dem Domkapitel als höchstem Leitungsgremium seines Bistums nämlich komplett die Zuständigkeit über die Vermögensverwaltung des Bischöflichen Stuhls. Das geschah widerstandslos und ohne Öffentlichkeit.

Stattdessen berief er einen mit drei von ihm persönlich ausgesuchten Herren besetzten Vermögensverwaltungsrat, um dem Konkordatsrecht zu genügen. Deren Namen hielt er lange Zeit geheim. Erst am 19. August gab er sie bekannt, unter wachsender öffentlicher Kritik an seiner neuen Residenz.

Die Zuständigkeit für den Neubau hatten allein Tebartz-van Elst und sein Generalvikar Kaspar. Dass die Handwerkerrechnungen bezahlt wurden, sollte die KPMG sicherstellen. Nur zwei Personen im Ordinariat, die der Bischof eigens zu größter Verschwiegenheit verpflichtete, waren in die Bau- und Finanzverwaltung involviert. Nicht einmal der Chef der kirchlichen Finanzabteilung wusste Bescheid, da der Bischöfliche Stuhl alleiniger Bauträger war.

Die Kölner Wirtschaftsprüfer schickten jedes Jahr seit Vertragsabschluss 2009 eine Aufstellung aller aufgelaufenen Kosten nach Limburg. So waren die Vertreter des Bischöflichen Stuhls die ganze Zeit über die Kosten informiert. Tebartz-van Elst und sein Generalvikar bezahlten dann alles auf ein Anderkonto bei der Deutschen Bank.

Inzwischen geht aus internen Dokumenten des Ordinariats hervor, dass es bereits 2009, also noch vor Baubeginn, eine grobe Kostenschätzung in Höhe von 17 Millionen Euro gegeben hatte. Zwei Jahre später war der Bischof den Unterlagen zufolge über eine genauere Kalkulation in Höhe von 27 Millionen Euro informiert. Dennoch ließ Tebartz-van Elst noch im Juni auf einer Pressekonferenz ausrichten, die Kosten beliefen sich auf „nur 9,85 Millionen“.

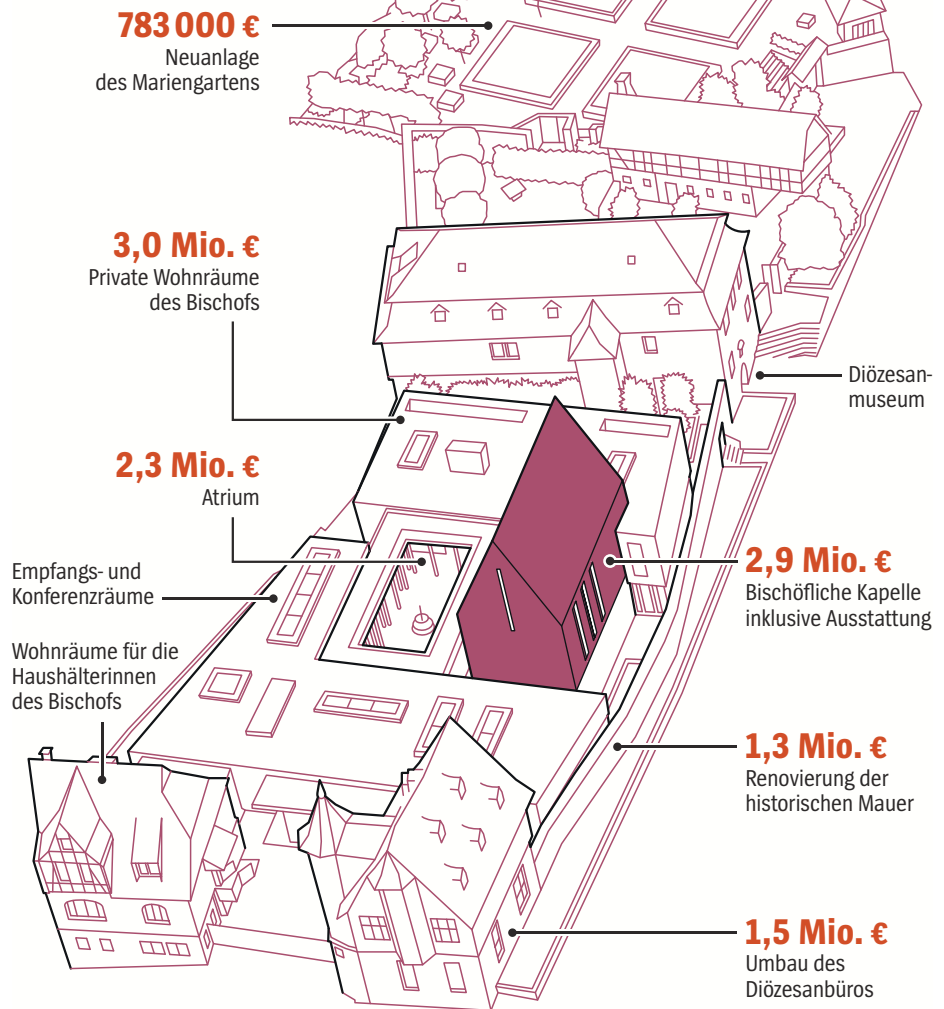
Dass der Um- und Neubau seiner Residenz zuletzt mit 31 Millionen Euro veranschlagt wurde, konnte für den Bischof keine Überraschung sein. Doch nach außen perfektionierten er und sein Adlatus die Heimlichtuerei in Finanzdingen; und eine falsch verstandene Brüderlichkeit und innerkirchliche Autoritätshörigkeit ließ sie gewähren – das ist der Kern des Konflikts um Tebartz-van Elst.

Mehrfach hat der Bischof seine neue Residenz damit verteidigt, sie sei nachhaltig und solide mit Blick auf viele künftige Generationen gebaut; er habe sich ein gastliches Haus gewünscht, das seinen Gläubigen als Begegnungsstätte dienen könne.

Aber das ist sicherlich nicht im Sinne derer, die das Vermögen des Bischöflichen

Himmlicher Preis

Die Gebäude der Limburger Bischofsresidenz und ausgewählte Kosten



chen Stuhls einst begründeten. Erster Stifter war der Herzog von Nassau, der zur Gründung des Bistums 1827 seinen Obolus entrichtete. Seitdem haben gutgläubige Katholiken rund um das reiche Frankfurt am Main, um Königstein im Taunus oder den Westerwald die bischöflichen Kassen jahrzehntlang aufgefüllt mit Spenden, Schenkungen, Stiftungen und Vermächtnissen. Das Geld sollte guten Zwecken dienen.

Das Vermögen des Bischöflichen Stuhls ist ein Treuhandvermögen für die Armen. Wie jeder Bischof erhielt auch Tebartz-van Elst bei seiner Weihe den Ehrentitel „Pater pauperum“ – Vater der Armen –, als Ermahnung zur karitativen Diakonie, damit er seine Pflichten für Arme und Kranke als Verwalter des Bischöflichen Stuhls erfülle.

In diesem Sinne hätte sich Tebartz-van Elst beim neuen Papst große Sympathien erwerben können. Nach den Enthüllungen über seinen Limburger Prachtbau jedoch lässt sich ein deutlicherer Gegensatz zum Programm und zum Habitus, mit

dem Franziskus in Rom angetreten ist, kaum denken.

Zugewandt, nicht abgehoben wie Tebartz-van Elst, wirkt der neue Papst. Noch im größten Getümmel auf dem Petersplatz blickt er sein Gegenüber so eindringlich an, als gäbe es gerade nur diesen Menschen für ihn auf der Welt; wie ein Filmstar herzt er davor und danach Kleinkinder, fängt zugeworfene Pilgerkappen auf, dreht Ehrenrunden und eröffnet schließlich, wie am vergangenen Mittwoch, seine allwöchentliche Generalaudienz mit den nüchternen Worten: „Liebe Brüder und Schwestern, guten Tag.“

„Complimenti“, sagt er zu den Gläubigen, die im strömenden Regen ausharren, oder „buon pranzo“, guten Appetit, wenn es Zeit wird fürs Mittagessen.

Vorher erklärt er noch, ohne Umschweife, was eigentlich „katholisch“ sei. Das griechische „katholon“, sagt Franziskus, bedeute: „das, was alle betrifft“. Und in diesem Sinne verstehe er auch die Rolle der Kirche: als „ein Haus für alle,



- 1 Atrium
- 2 Eingang zur Alten Vikarie
- 3 Renovierte Umfassungsmauer
- 4 Limburger Dom, neue Bischofsresidenz
- 5 Foyer



universell, keine Eliteveranstaltung“. Die Kirche müsse sich befreien von ihrer „Mondänität“.

Die Kardinäle und Erzbischöfe aus Deutschland und dem Rest der Welt lauschten, ohne eine Miene zu verziehen unter ihren Regenschirmen. Schließlich weiß ja keiner, was bei diesem argentinischen Vorgesetzten noch an Überraschungen drin ist. Steht doch inzwischen einiges auf dem Prüfstand: vor allem der repräsentative Lebensstil katholischer Würdenträger.

Und noch während die Kardinäle im Schluss-Defilee Schlange stehen, um ihrem Heiligen Vater die Hand küssen zu dürfen, beginnt unter führenden Vatikan-Kennern, den „vaticanisti“, einmal mehr der Wettstreit um die Deutungshoheit.

Meint dieser Pontifex „vom Ende der Welt“ es wirklich ernst, wenn er von Armut spricht? Oder ist er vor allem ein brillanter Rhetoriker, geschickt vermarktet von seinem amerikanischen PR-Strategen Greg Burke, der als Kommunikationsberater beeinflussen kann,

welche Papst-Bilder und -Geschichten nach außen dringen?

Jene aus Sardinien zum Beispiel, wo der Vicarius Iesu Christi, der Stellvertreter des Gottessohns, den Arbeitslosen Francesco Mattana umarmt. Oder aus Assisi, wo Franziskus den Geburtsort seines Namenspatrons besucht und den Mittagstisch mit Kardinälen und Würdenträgern verschmätzt, um ganz in der Nähe mit Bedürftigen das Brot zu brechen.

Jorge Bergoglio posiert für Handy-Fotos mit Wildfremden. Das freut die Jungen. Er erzählt, dass er Hölderlin und Dostojewski verehrt, Mozart und Fellini. Das freut eher die Alten. Und er meldet sich mit einem lakonischen „Ciao, ich bin's, Papa Francesco“ am Telefon bei verdutzten Italienern, die sich zuvor mit Fragen und Klagen brieflich an ihn gewandt hatten.

Ein bisschen viel Symbolik auf einmal? Franziskus sei „ein Lernender, ein Wandernder“, ein Mann, der keinen „festen Zielpunkt hat, sondern einen Horizont“, sagt Antonio Spadaro, ein hagerer,

freundlicher Jesuitenpater, der den Papst drei Nachmittage lang für seine Zeitschrift „La Civiltà Cattolica“ interviewen durfte. Wer den Heiligen Vater kritisiere, wer ihm Naivität oder ein „Pontifikat Marke Pasticceria“ – ein zuckersüßes Papsttum – vorwerfe, so Spadaro, der möge doch lieber gleich sagen: Es wäre besser, wenn die Kirche kein Herz hätte.

Einer, der dem Papst mit ausgesprochen skeptischer Neugier begegnet, ist der bald 90-jährige Gründer und langjährige Chefredakteur der Tageszeitung „La Repubblica“, Eugenio Scalfari. Auch er, ein bekennender Nichtgläubiger, wurde von Franziskus zum langen Gespräch empfangen.

Auf die Vermutung Scalfaris, wonach „innerhalb der vatikanischen Mauern und in den Institutionen der Kirche“ Machthunger noch immer sehr stark sei und die „Institution die arme und missionarische Kirche, wie sie Ihnen vorschwebt, beherrscht“, antwortete Franziskus mit entwaffnender Offenheit: „Die Dinge stehen in der Tat so, und in dieser

Frage sind Wunder nicht zu erwarten.“

Entsprechend vorsichtig geben sich seine Bischöfe in Deutschland. Vielleicht geht ja dem Störenfried aus Buenos Aires, was seinen Reformeifer betrifft, schon bald die Puste aus? Kann man nicht einfach weitermachen wie bisher?

Der SPIEGEL fragte am vergangenen Donnerstag alle deutschen Bischöfe, ob ihr Limburger Bruder zurücktreten solle.

Geschlossen gingen die 24 befragten Gottesmänner – die Stühle in Passau und in Erfurt sind zurzeit vakant – in Deckung. Das Bistum Fulda erklärte, der Bischof sei in Rom. Hildesheim ließ sich ebenfalls entschuldigen, der Chef weile im Heiligen Land, auf einer Pilgerreise in Jerusalem.

Auch die Daheimgebliebenen trauten sich kein Urteil zu. Köln, München-Freising, Eichstätt, Trier: Überall bestanden die Antworten aus Variationen der Auskunft „kein Kommentar“. Im größten deutschen Kirchenskandal seit der Missbrauchsaffäre waren die Vertreter des Papstes so gut wie einstimmig der Meinung, es gebe nichts zu sagen. Nur der Erzbischof von Paderborn, Hans-Josef Becker, erklärte: „Diese selbstkritische, schwere Entscheidung muss er mit seinem Gewissen und vor Gott klären.“

Deutschlands Bischöfe sehen sich in der Defensive, weil manche selbst einen aufwendigen Lebensstil pflegen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – Zollitsch etwa lebt im Reihenhaushaus, sein Kollege in Münster in einer einfachen Wohnung –, verfügen sie über stattliche Residenzen.

Während Papst Franziskus bis heute seinen Apostolischen Palast meidet und stattdessen ein Zimmer im Gästehaus Santa Marta bewohnt, beeindruckt zum Beispiel der Dienst- und Wohnsitz des Bischofs von Fulda durch seine mehrere hundert Meter langen Fassaden, hinter denen einst Hunderte Mönche lebten.

Jeden Herbst lädt Hausherr Heinz Josef Algrmissen zur Vollversammlung in das teils über 1200 Jahre alte Gebäudeensemble. Fotografen sind im Innenhof nicht erlaubt, wenn die hohen Gäste vorfahren: Die Kardinäle und Bischöfe schätzen es nicht, beim Aussteigen aus ihren schweren Limousinen gezeigt zu werden.

Wohl kaum ein Thema nervt die Herren zurzeit mehr als die Frage nach ihrem Dienstwagen.

Sie wird regelmäßig gestellt, seit Franziskus einen Renault 4 von 1984 in seinem



„Alles muss raus!“

Fuhrpark hat oder gern mal mit einem Fiat vorfährt und die PS-Zahl zum theologischen Faktor machte. „Es tut mir weh, wenn ich einen Priester oder eine Ordensfrau im neuesten Automodell sehe“, sagte er in Rom – ein bescheidenes wäre besser. „Und wenn euch dieses tolle Modell gefällt, denkt an die vielen Kinder, die an Hunger sterben.“

Aus Deutschland gibt es dazu gewundene Erklärungen. „Papst Franziskus wird ja nicht müde, uns zu gelebter Barmherzigkeit zu ermutigen“, sagte Zollitsch mit leicht säuerlichem Lächeln bei seinem Auftritt vor der Bundespressekonferenz. Als vielbeschäftigter Erzbischof brauche er, Zollitsch, seinen Dienstwagen, eine Limousine, nun mal als rollendes Büro. Wie der Papst seine ungleich größere Aufgabe im Kleinwagen erledigt, konnte der Freiburger auch nicht erklären.

Sein Amtsbruder in Münster, Felix Genn, hadert ebenfalls mit dem päpstlichen Vorbild. „Wenn ich selbst, etwa in einem R4, durch das Bistum fahren würde, würde das vielleicht für manches Aufsehen sorgen“, sagt er. Dann müsse er aber auch, weil Arbeitszeit verlorenginge, auf „sehr viele Besuche im Bistum verzichten“. Auch in Münster bleibt also alles beim Alten. Immerhin: „Eine große Limousine“ brauche er nicht, so Genn, es reiche ein BMW als „zweiter Schreibtisch“.

Und so bemüht sich jeder Bischof auf seine Weise, die von Franziskus eingeforderte Armut und Bescheidenheit unter

Beweis zu stellen – auch wenn so gut wie alle ihren Dienstwagen samt Chauffeur weiterbenutzen wollen.

Rainer Maria Woelki aus Berlin etwa erklärt, er lasse seinen 5er BMW stehen, „wenn die Bahn oder andere öffentliche Verkehrsmittel eine Alternative darstellen“. Ludwig Schick aus Bamberg outet sich als Inhaber einer „Bahncard 50, zweiter Klasse“. Und die Pressestelle des Bistums Görlitz schickt das Foto eines Fahrrads, mit dem sich der Bischof durch den Ort bewege.

Selbst das reiche Erzbistum Köln fühlt sich, wie ein Sprecher mitteilt, von „Papst Franziskus durchaus herausgefordert“. So bemühe man sich um „Umgang mit materiellen Gütern“ redlich um Antworten auf die Frage nach dem „Warum“. Erstes Ergebnis: Bei Neuananschaffungen im Fahrzeugpark würden nun „kleinere Modelle außerhalb der ‚Premiummarken‘“ bevorzugt.

Nur der Erzbischof von Paderborn gibt sich vergleichsweise gelassen. Die „gelebte Nachfolge“ Christi, sagt Becker, sei für ihn „weniger eine Frage der Automarke und auch nicht der Quadratmeter Wohnzimmer“.

Und Tebartz-van Elst? Der Bischof verließ am Freitagmorgen in seiner schwarzen Dienstlimousine Limburg mit unbekanntem Ziel.

„Einen Gottesdienst oder andere öffentliche Termine mit ihm gibt es momentan nicht“, sagt sein Sprecher Martin Wind, der die Stellung im Ordinariat inmitten der idyllischen Altstadt „bis spät in die Nacht“ allein hält. Der Bischof, sagt er, bete frühmorgens in seiner Privatkapelle, zusammen mit den indischen Schwestern, wenn andere noch schliefen.

Ob Tebartz-van Elst jetzt zurücktritt? Wind antwortet, ohne zu zögern: „Der Bischof leitet weiter sein Bistum! Ich habe in der Richtung noch nichts von ihm gehört.“ Tebartz-van Elst warte ab, „was der Prüfbericht der externen Prüfer zu den Baukosten wirklich bringen wird“.

Diese Überprüfung hat gerade erst begonnen und kann mehrere Wochen dauern. So lange, sagt der Sprecher, sei der Bischof „freiwillig in einer Schwächeposition“.

THERESA AUTHALER,
FRANK HORNIG, WALTER MAYR,
PETER WENSJERSKI



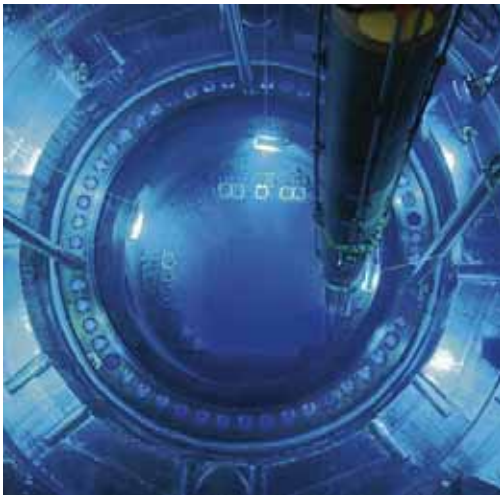
Animation:
Der heilige Konzern

spiegel.de/app422013kirche
oder in der App DER SPIEGEL

ENERGIE

Stromkonzerne wollen Atomsteuer kippen

Die Energiekonzerne RWE und E.ON wollen die anstehenden Koalitionsverhandlungen nutzen, um die milliarden-schwere Brennelementesteuer für Atomkraftwerke zu kippen. Entsprechende Forderungen haben Vertreter der Unternehmen in den vergangenen Tagen im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin und den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD lanciert. Weil Sonnen- und Windkraft den Strom aus Atomkraftwerken zu-



ARMIN WEIGEL / DPA

Brennelemente im Atomkraftwerk Isar 2

nehmend verdrängen und der Strompreis an den Börsen rapide gefallen ist, so die Argumentation der Versorger, lohne sich der Betrieb der neun verbliebenen Atommeiler immer weniger. Manche Anlagen bewegten sich bereits jetzt an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig verlangten die zuständigen Behörden, die Meiler in Betriebsbereitschaft zu halten, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden. Als Ausweg aus der Misere fordern die Konzerne eine schnelle Abschaffung der Brennelementesteuer. Ansonsten, so die unverhohlene Drohung, müsse ein Teil der Kernkraftwerke vorzeitig stillgelegt werden. Die Brennelementesteuer hatte die Bundesregierung im Zuge des Atomausstiegs im Januar 2011 eingeführt. Sie sollte dem Bund Einnahmen von geschätzt 2,3 Milliarden Euro pro Jahr sichern. Gegen die Einführung der aus ihrer Sicht ungerechtfertigten Sonderabgabe hatten die Stromkonzerne geklagt. Abschließende Urteile gibt es bislang nicht.



SAM YEH / AFP

Angestellte in Barbie-Restaurant

GLOBALISIERUNG

Vorwürfe gegen Mattel-Zulieferer

Wegen angeblich zweifelhafter Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in China gerät der amerikanische Spielzeughersteller Mattel in die Kritik. In den asiatischen Zulieferbetrieben würden Arbeitern mit unterschiedlichen Methoden „zustehende Löhne und Leistungen gekürzt“, behauptet die Nichtregierungsorganisation China Labor Watch (CLW). In dieser Woche legt CLW einen Bericht vor, den Mitarbeiter verdeckt in sechs Zulieferbetrieben zwischen April und September recherchiert haben. Die Vorwürfe unter anderem: Statt der gesetzlichen 9 Stunden pro Tag müsse ein Teil der Arbeitnehmer bis zu 13 Stunden arbeiten. Manche müssten zwischen 84 und

110 Überstunden im Monat arbeiten, obwohl nur 36 Stunden erlaubt sind. Zudem sollen teilweise Überstunden nicht bezahlt, Löhne vorenthalten und Sozialversicherungen nicht korrekt angeboten worden sein. Die Arbeitsbedingungen in der Spielzeugindustrie seien schlechter als etwa beim Apple-Zulieferer Foxconn, heißt es im Bericht. Binnen eines Jahres seien den Beschäftigten in den sechs Betrieben so „zwischen acht und elf Millionen Dollar gestohlen“ worden. Es ist der zweite Bericht über chinesische Mattel-Zulieferer innerhalb eines Jahres. 2012 wies der Konzern, der für seine Barbie-Puppen bekannt ist, viele Vorwürfe als „unbegründet“ zurück.

STEUERN

Gleichstellung für Gleichgeschlechtliche

Das Bundesfinanzministerium (BMF) bereitet die komplette steuerliche Gleichstellung von Homo-Ehen vor. Alle Vorschriften des Steuerrechts, die bislang nur Eheleute begünstigten, sollen auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften übertragen werden. Nach Entscheidungen des Verfassungsgerichts war dieser Schritt bei der Einkommensteuer, etwa beim Ehegattensplitting, oder der Erbschaftsteuer bereits vollzogen worden. Die BMF-Experten sind aber in knapp 20 weiteren Bestimmungen fündig geworden. So sollen homosexuelle Partner künftig auch bei der steuerlichen Förderung

der Riester-Rente so behandelt werden wie heterosexuelle Ehepaare. Aktiv werden die Beamten auch beim Paragraphen 35 der Durchführungsverordnung für die Kaffeesteuer. Der erlaubt bislang nur traditionell verheirateten Vertretern ausländischer Gesandtschaften und ihren Angetrauten, in Deutschland vergünstigt Kaffee zu kaufen. Dieses Recht soll künftig auch homosexuellen Paaren zustehen. Überall, wo im Gesetz Ehepaare vorkommen, wird es künftig um die Formulierung „oder Lebenspartner“ ergänzt. Ein Gesetzentwurf kann laut BMF kurzfristig vorgelegt werden.

KOMMENTAR

Mehr Geld, mehr Transparenz

Von Dietmar Hawranek

Betriebsräte sind käuflich. Betriebsräte sind gierig. Sie fliegen erster Klasse. Sie lassen sich Bordellbesuche vom eigenen Unternehmen bezahlen. Betriebsräte sind einfach schrecklich, das weiß man spätestens seit der VW-Affäre vor einigen Jahren. Manche Arbeitnehmervertreter sind exakt so, wie immer wieder aufflackernde Affären es nahelegen. Warum sollte es unter ihnen, im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen, zu Managern und Journalisten beispielsweise, nur ehrenwerte Menschen geben?

Aktuell geht es mal wieder ums Geld. Wie viel darf ein Betriebsrat verdienen? Sind 300 000 Euro im Jahr unanständig, wie sie der Betriebsratschef bei Siemens erhalten hat? Waren schon die 1300 Euro monatlich, die Opel-Betriebsrat Klaus Franz für Überstunden erhalten hatte, zu viel?

Der Erfolg großer Unternehmen hängt oft von ihren Betriebsräten ab. Bei BMW drängte Manfred Schoch früh darauf, Spritspartekniken zu entwi-

ckeln. Bei Opel setzte Klaus Franz neue Modelle durch, ohne die der Autobauer noch tiefer in die Krise gestürzt wäre. Beide haben mehr geleistet als mancher Vorstand. Warum sollen sie nicht 300 000 Euro verdienen? Arbeitnehmervertreter könnten selbstbewusst eine hohe Bezahlung fordern. Wenn es nötig ist, hohe Vorstandsgehälter zu zahlen, um gute Manager zu verpflichten, dann müssen auch Betriebsräte gut vergütet werden, damit dort nicht nur jene landen, denen man sonst allenfalls das Führen eines Gabelstaplers anvertrauen würde.

Die doppelte Moral ist nur: Betriebsräte fordern Transparenz bei der Bezahlung der Manager. Aber sie selbst machen ein Geheimnis aus ihrem Gehalt. Sie müssen es offenlegen. Dann hätte der Betriebsratsboss bei Siemens es kaum gewagt, im Jahr 2008 rund 100 000 Euro mehr einzustreichen, während der Konzern gerade 17 000 Arbeitsplätze abbaute. So skrupellos sind Betriebsräte dann doch nicht.

TABAKINDUSTRIE

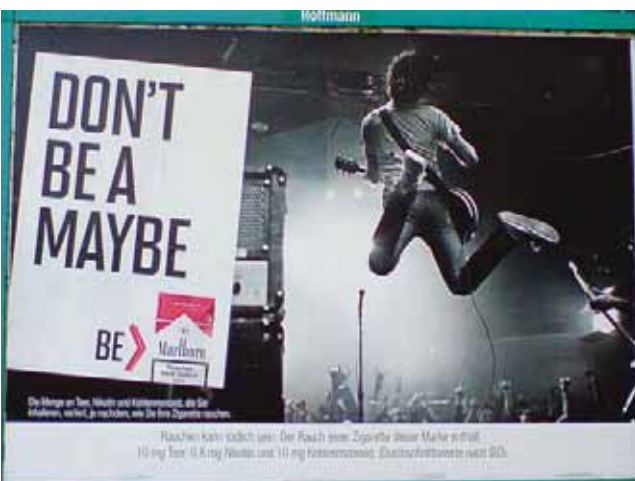
Diskussion um Verbot von Zigarettenwerbung

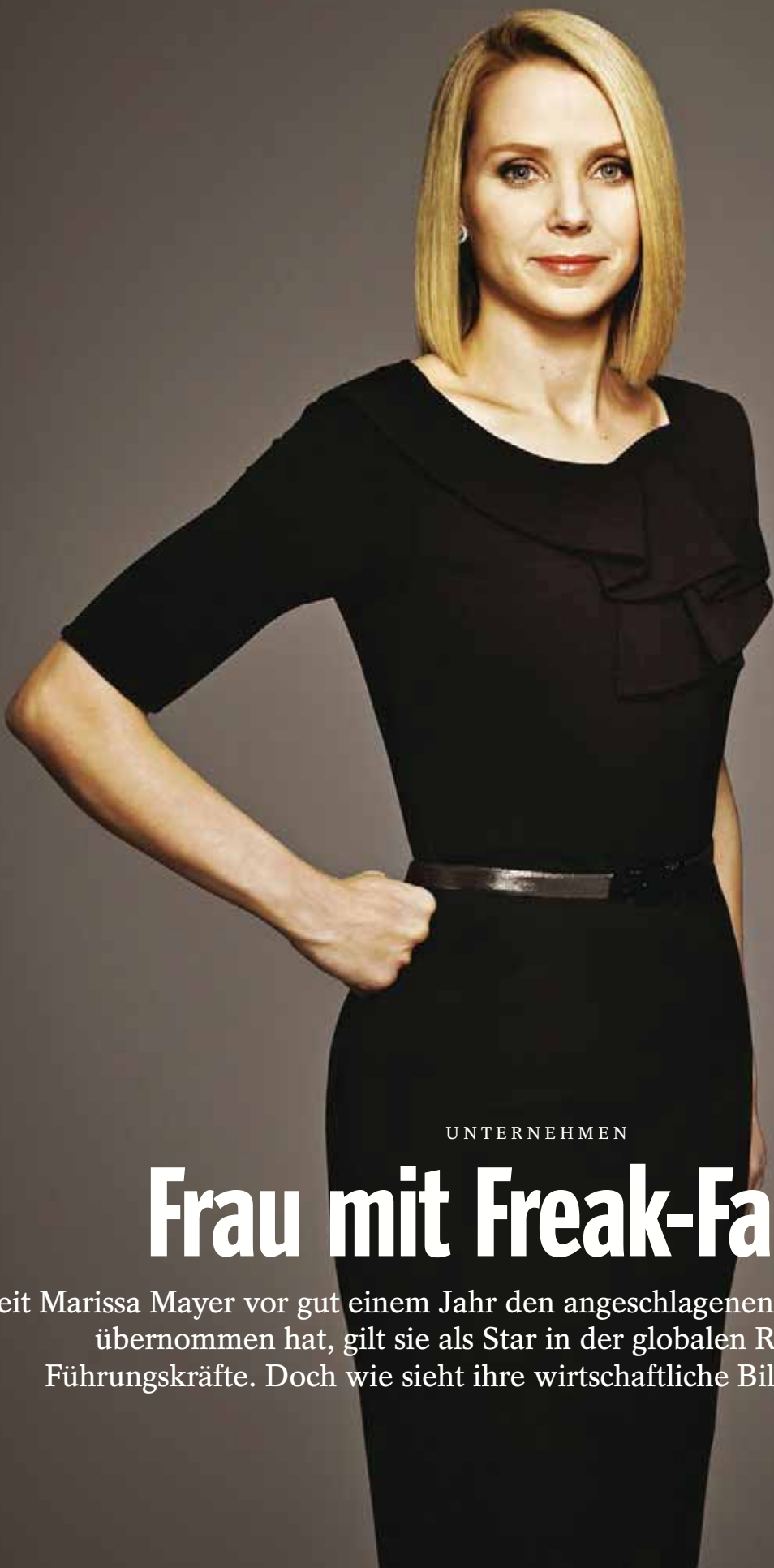
Das Verbot der Anzeigenkampagne „Maybe“ durch das Landratsamt München könnte gravierende Folgen für die Zigarettenindustrie in Deutschland haben. „Der lange Kampf bis zum Verbot hat gezeigt, dass sich das Tabakgesetz nicht bewährt hat“, sagt Tobias Effertz von der Universität Hamburg, dessen Untersuchungen ausschlaggebend für die Entscheidung waren. Nach seinen Erkenntnissen hat der

Zigaretten-Riese Philip Morris seit Beginn der Kampagne mindestens 30 000 Heranwachsende neu zum Konsum von Zigaretten verleitet und einen langfristigen, zusätzlichen Umsatz von mehr als sieben Millionen Euro pro Jahr erzielt. „Wir fordern deshalb ein vollständiges Verbot von Plakat- und Kinowerbung, wie es in den meisten anderen europäischen Ländern längst üblich ist.“ In der EU darf neben

Deutschland nur noch in Bulgarien auf Plakatwänden für Tabakmarken geworben werden, allerdings mit strengeren Auflagen (siehe auch Seite 146). Das Landratsamt München hatte Philip Morris vergangene Woche seine aktuelle Marlboro-Werbung verboten. Die seit 2011 laufende Kampagne spreche „in besonderem Maße“ junge Menschen an, was die Tabakwerberberichtlinie untersage, hieß es zur Begründung.

Marlboro-Werbung



A full-length portrait of Marissa Mayer, CEO of Yahoo, standing with her hands on her hips. She is wearing a black, short-sleeved dress with a ruffled detail on the right side and a thin black belt. She has blonde hair and is looking directly at the camera.

Yahoo-Chefin Mayer

UNTERNEHMEN

Frau mit Freak-Faktor

Seit Marissa Mayer vor gut einem Jahr den angeschlagenen Internetkonzern Yahoo übernommen hat, gilt sie als Star in der globalen Riege weiblicher Führungskräfte. Doch wie sieht ihre wirtschaftliche Bilanz eigentlich aus?

Fragt man Yahoo-Mitarbeiter, wie sich ihr Unternehmen gewandelt hat, seit Marissa Mayer, 38, ihre Chefin ist, bekommt man oft die gleiche Anekdote zu hören. Jahrelang war die Unternehmenszentrale im Silicon Valley von hohen Metallzäunen umgeben. Mitarbeiter, die zu den Firmenparkplätzen wollten, mussten Schranken und elektronische Kontrollen überwinden. Wenige Tage nachdem Mayer die Führung übernommen hatte, waren die Zäune plötzlich weg.

„Ich stelle mir immer vor, wie Marissa nachts als Superheldin angefliegen kam und die Zäune eigenhändig aus dem Boden gerissen und ins Meer geworfen hat“, sagt Lee Parry, einer der führenden Manager im Mobile-Team von Yahoo. So sehen Nerd-Phantasien aus. Und es gibt zurzeit viele solcher Träume, in denen Marissa Mayer die Hauptrolle spielt.

Für die Yahoo-Mitarbeiter, ausgelaugt von Jahren des schleichenden Abstiegs, den ständigen Bedrohungen durch schnellere Start-ups und der Häme der Blogger, war die Symbolkraft von Mayers erster Tat groß. Sie hatten sich belagert gefühlt hinter den hohen Zäunen. Die Firmenzentrale, eine Ansammlung grauer Klötze am Rande der San Francisco Bay, wirkte wie eine Versicherungszentrale, nicht wie die kreative Welt von Google, Facebook, Twitter mit ihren bunten Hauptquartieren, die Abenteuerspielplätzen ähneln.

Es ist typisch für Mayer, dass sie den Zaunabriss offiziell mit Zahlenlogik begründete: Sie rechnete vor, wie viele Stunden Arbeitskraft aufs Jahr gerechnet dem Unternehmen durch die Parkkontrollen verloren gingen. Die Anekdote wurde zum Mosaiksteinchen in dem Bild, das sie sorgfältig kultiviert: dem Bild der zutiefst rationalen Informatikerin, für die nur Logik, Effizienz und Fakten zählen.

Damit ist sie früh zum Medienstar geworden, zur Vorzeigefrau der männerdominierten Technologiebranche: brillant und machtorientiert, gutaussehend, im Herzen aber ein „Geek“, ein Computerfreak.

Sie war eine der ersten Mitarbeiterinnen von Google und über ein Jahrzehnt lang das prominenteste Gesicht des Konzerns neben den beiden Gründern, verantwortlich für Google Search und Google Maps. Im Sommer 2012 wechselte Mayer als Chefin zu Yahoo. Es war eine der aufsehenerregendsten Wirtschaftspersonalien der vergangenen Jahre, weltweit.

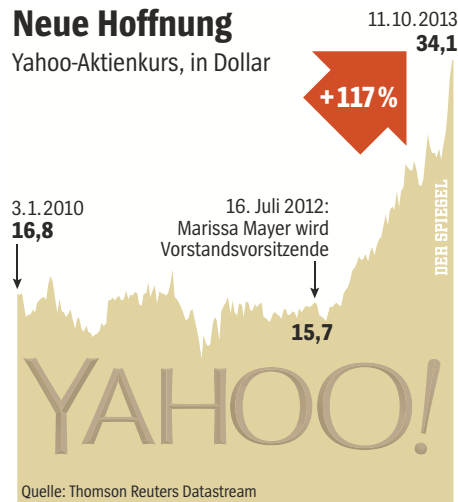
Der schlingernde Konzern hatte zuvor in wenigen Jahren weitgehend unbemerkt drei neue Chefs ernannt. Aber erst Mayers Ernennung löste ein Medienfeuerwerk aus. Es klang, als hätte der 1. FC Nürnberg im Abstiegskampf auf einmal José Mourinho als Trainer bekommen: Zuvor waren nur die eigenen Fans interessiert, plötzlich schaute die ganze Fachwelt darauf, ob ein Star es schafft,

eine abgehalfterte Mannschaft wieder in Schwung zu bringen – oder krachend scheitert.

Mayer ging dabei nie so spielerisch mit der Öffentlichkeit um wie die zweite große Führungsfrau der Jetzt-Zeit, Facebook-Vizechefin Sheryl Sandberg. Die schrieb nebenher noch das Buch „Lean in – Frauen und der Wille zum Erfolg“ und ließ sich zur Ikone eines modernen Feminismus kürten. Aber auch das neue Duo Yahoo und Mayer taugt zum symbolträchtigen Spektakel, denn es geht um viele

Neue Hoffnung

Yahoo-Aktienkurs, in Dollar



Ausgewählte Zukäufe unter Marissa Mayer

Summly	tumblr	Qwiki
Nachrichten-App	Mikroblogging-Netzwerk	Foto- und Video-App
GhostBird	Foto-App-Entwicklung	
IQ Engines	Bilderkennungssoftware	
Lexity	E-Commerce-Service	
Loki Studios	Smartphone-Spiele	
MileWise	Flug-Suchmaschine	
OnTheAir	sozialer Video-Chat	
Rondee	Telefonkonferenzdienst	
Stamped	Empfehlungs-App	

große Fragen: ob das dominante Triumvirat der Internetgiganten um Google, Amazon und Facebook doch verwundbar ist. Ob eine Frau sich behaupten kann in einer der machohaftesten Branchen überhaupt. Und vor allem: ob ein Unternehmen, das im digitalen Zeitalter einmal den Anschluss verloren hat, noch eine zweite Chance bekommt.

Ein Erfolg von Marissa Mayer wäre zugleich ein Signal für jene, die zurzeit einen zunehmend aussichtslosen Kampf gegen den eigenen Bedeutungsverfall führen: BlackBerry und Hewlett-Packard etwa, aber auch Sony und sogar Microsoft.

Schaut man heute wohlwollend auf das Unternehmen, dann sieht es so aus, als habe Mayer bereits Wunder vollbracht. Der Börsenkurs hat sich verdoppelt. Viele neue Anwendungen wurden auf den Markt gebracht. 20 Firmen hat Mayer ge-

kauft und integriert, darunter das Blog-Portal Tumblr. Irgendwie hat es Yahoo zuletzt sogar geschafft, das erste Mal seit Jahren Google als meistbesuchtes Web-Portal abzulösen, zumindest in den USA.

Blickt man aber kritisch auf den Konzern, gibt es bislang wenige Indizien für eine dauerhafte Trendwende. Es lässt sich sogar argumentieren, dass Mayers Strategie nicht viel mehr ist als eine sehr teuer erkaufte Imagepolitik: Umsatz und Marktanteile schrumpfen. Der Yahoo-Kurs stieg vor allem wegen der Beteiligung an dem aufstrebenden chinesischen Internetriesen Alibaba.

Es gibt Stimmen im Silicon Valley, die sagen: Mayer selbst sei überbewertet, wirklich erfolgreich nur in der Selbstvermarktung. Sie sei ein Produktmensch, „nicht interessiert an den finanziellen Aspekten der Unternehmensführung“. So formuliert es einer, der lange mit ihr gearbeitet hat.

Yahoo ist immer noch eine der bekanntesten Medienmarken der Welt. Ein Pionier der digitalen Revolution, gegründet 1994 als Web-Katalog, schnell aufgestiegen zum führenden Portal für die neue Internetwelt mit einem der größten E-Mail-Dienste. Doch schon bald nachdem die New Economy kollabiert war, verlor der Konzern den Anschluss. Vergangenes Jahr setzte Yahoo fünf Milliarden Dollar um, rund ein Drittel weniger als 2008.

Wechselnde Top-Manager hatten unterschiedliche Ideen, was Yahoo sein sollte: Medienunternehmen? Dienstleister? Zuletzt galt es als Sony-Walkman des Internets: einst Vorreiter, heute nur noch von Nostalgiewert, ohne ernstzunehmende Kraft oder Idee in den knallhart gefochtenen Kämpfen um die Technologieführerschaft.

Markus Spiering hat die miesen Jahre miterlebt, er ist seit 2006 bei Yahoo und sagt nun: „Das waren unschöne Zeiten.“ Spiering kommt aus Dresden, hat eigentlich Architektur studiert, sich aber mehr für Websites und Mobiltelefone interessiert. Nun ist er Produktchef von Flickr. Damit steht Spiering ziemlich weit oben in der Hierarchie von Yahoo, denn auf Flickr speichern, teilen und diskutieren 92 Millionen Nutzer ihre Fotos. Das macht die Plattform zu einem der wichtigsten Produkte des Konzerns. Viele Jahre hat man das nicht gemerkt.

2002 gegründet und 2005 von Yahoo übernommen, war Flickr schnell aufgestiegen zum weltweit größten und wichtigsten Fotografieportal im Internet. Es ist offensichtlich ein Produkt von enormem Wert, denn kaum etwas lockt mehr Internetnutzer an als das Thema Fotos. Und kein anderes Beispiel zeigt besser als Flickr, weshalb Yahoo so weit zurückgefallen ist.

Seitdem auch Handys ordentliche Bilder produzieren, ist Fotografie ein globa-

ler Volkssport: Im kommenden Jahr werden 880 Milliarden digitale Fotos geschossen werden, zehn Prozent aller jemals gemachten Bilder. Eine Goldgräberbranche. Facebook zahlte 2012 mehr als eine Milliarde Dollar für die Foto-Handy-App Instagram.

Und Flickr? „Wir waren nicht im Fokus der Unternehmensführung“, sagt Spiering. Aus- und Umbaupläne wurden ignoriert, Investitionen zurückgehalten. Flickr erlaubte den Nutzern, nur 200 Fotos kostenlos hochzuladen, Konkurrenten gestatteten Tausende. Vergebens kämpfte Spiering mit seinem Team dafür, das Modell zu ändern.

Mayer rückte Flickr ins Zentrum ihrer Strategie und ließ als Erstes das kostenlose Speicherlimit auf ein Terabyte erweitern, das entspricht einer halben Million Fotos mit 6,5 Megapixel. Damit verlor Yahoo zwar Einnahmen, gewann aber seither Millionen neue Nutzer. „Bevor Marissa kam, ging es bei uns vor allem um Umsatz. Jetzt geht es immer zuerst darum, den Nutzer zufriedenzustellen.“ So sagt es Daniel Eiba, auch er kommt aus Deutschland und ist schon lange bei Yahoo, nun verantwortet er bei Flickr die Geschäftsentwicklung.

Die Flickr-Belegschaft hat sich im vergangenen Jahr verdreifacht. Spiering bekam freie Hand, die Website komplett zu überholen und neue Smartphone-Apps zu entwickeln. Inzwischen werden im Schnitt über zehn Millionen Bilder täglich auf Flickr hochgeladen. Zuvor waren es drei Millionen.

Ist es leichter geworden, wieder vorn mitzulaufen in den vergangenen Monaten? „Ja“, sagt Spiering, „ganz eindeutig.“ Vor allem im Wettbewerb um die besten Programmierer und Softwareentwickler. „Viele hatten sich zuletzt geschämt, hier zu arbeiten“, sagt ein langjähriger Mitarbeiter. Yahoo bekommt nun wieder jede Woche 12 000 Bewerbungen.

Damit ist ein zentraler Teil von Mayers Strategie aufgegangen, die sich reduzieren lässt auf ein einfaches Mantra: Image ist alles. Aus Mayers Sicht ist der schlechte Ruf nicht eine Folge des Abstiegs, sondern die Hauptursache. Also muss erst das Ansehen wiederhergestellt werden, dann wird der Rest folgen.

Nur so lässt sich auch ihr bisweilen wahllos wirkender Shoppingspaß verstehen. Die von ihr eingekauften Unternehmen verbindet nur eines: ein guter Name



Flickr-Mitarbeiter Spiering, Eiba

WINNI WINTERMEYER / DER SPIEGEL

Mayers Strategie lässt sich reduzieren auf ein einfaches Mantra: Image ist alles.

in der Tech-Szene. Und Mayer verpflichtete die Gründer, anschließend für Yahoo weiterzuarbeiten. Ihr Plan sei es, eine „Kettenreaktion“ auszulösen: „Menschen, dann Produkte, dann Traffic, dann Einnahmen.“ So hat sie es vor kurzem in einer Analystenkonferenz gesagt.

Sie ist bereit, fürs Image viel Geld auszugeben: 1,1 Milliarden Dollar allein für das umsatzschwache Blogging-Portal Tumblr. Die Details ihrer Strategie, Yahoo zurück in die Zukunft zu führen, diskutiert sie indes kaum. Sie gibt keine Pressekonferenzen und so gut wie keine Interviews. Wenn sie etwas zu sagen hat, twittert sie oder bloggt. Aber man kann sie aus der Nähe beobachten bei zahlreichen öffentlichen Auftritten.

Wer sie da erlebt, bekommt stets das gleiche Bild geboten: Sie redet schnell und viel, fast ohne Luft zu holen. Sie gibt sich jovial, aber spricht mit dem distanzierten Selbstvertrauen von Menschen, die sich ihrer Macht und Position bewusst sind. Sie scherzt und lacht, ein gurgelndes Gackern, so einnehmend und einzigartig,

dass es auf YouTube dazu Videozusammenschnitte gibt.

Das ist die öffentliche Mayer: offen, herzlich und warm; charismatisch und kompetent in scheinbar jedem Belang. Es ist die Frau, der es in wenigen Wochen gelang, die Unternehmensmoral bei Yahoo neu zu erfinden. Sie stattete jeden Angestellten mit einem Premium-Smartphone aus und machte das Kantinenessen kostenlos. Sie ließ die grauen Bürowaben auf den Fluren ersetzen durch offene, bunte Flächen. Jeden Freitag lädt sie alle Angestellten zu einer Fragerunde in die Cafeteria, kein Thema ist tabu.

Sie revitalisierte das firmeninterne Labor für Grundlagenforschung und stellte Dutzende promovierte Wissenschaftler ein. Sie sagt: „Wir wollen ausgesprochen angriffslustig sein.“ Yahoo soll so sein wie Google in den ersten Jahren, als sie selbst 20 Stunden am Tag programmierte und die Firma ihr Leben war.

Aber es gibt noch eine zweite Mayer. Die andere, nicht öffentliche Marissa wird als unsensibel, emotionslos und bisweilen brüsk beschrieben. „Roboterhaft“ ist das Adjektiv, das Mitarbeiter und Ex-Kollegen immer wieder bemühen. Und auch zu dieser Facette gibt es Anekdoten im Silicon Valley: etwa dass sie Yahoo-Führungskräfte in ihrem Büro antreten und deren Lebensläufe herunterbeten ließ, wie bei einem Vorstellungsgespräch.

„Egal, worüber sie spricht, Marissa ist immer zutiefst überzeugt, dass sie mit allem recht hat“, erzählen Leute, die sie lange kennen. So ein Auftreten wirkt selbstbewusst, wenn man einen Haufen Softwareentwickler dazu bringen will, ein Produkt fertigzustellen. Gleichgestellte Führungskräfte aber empfinden das schnell als pedantisch. Designer liebten ihren Perfektionismus, wenn sie einst 41 verschiedene Blautöne für das Google-Logo testete. Manager stöhnten indes über das Nadelöhr, an dem wichtige Entscheidungen dann hängen zu bleiben drohen.

Je länger man Mayer beobachtet, umso mehr Widersprüche finden sich. Immer wieder erzählt sie, wie „schmerzhaft verschämt“ sie als Teenager gewesen sei. Vor kurzem ließ sie sich ausnahmsweise porträtieren – als scheues Reh, für das öffentliche Auftritte und Partys ein Gräuel sind. Sie hat das Interview der „Vogue“ gegeben, plauderte dabei über ihren „Lieblingsdesigner“ Oscar de la Renta, beglei-

tet von einem Aufmacherfoto, auf dem Mayer sich in einem exklusiven Kleid von Michael Kors räkelt.

Sie gibt sich gern bodenständig. Mayer wuchs in einem Kaff in Wisconsin auf. Nun lebt sie im Penthouse des Hotels Four Seasons in San Francisco mit ihrem Mann, einem Finanzinvestor. Ihr Vermögen wird auf 300 Millionen Dollar geschätzt, Yahoo zahlte ihr dazu vergangenes Jahr weitere 36 Millionen Dollar.

Wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt forderte sie Yahoo-Mitarbeiter auf, aus ihren Homeoffices wieder in die Zentrale zu kommen. Zur selben Zeit ließ sie sich eine eigene Kinderkrippe nur für ihren neugeborenen Sohn neben ihr Büro bauen. Der Frauenbewegung gilt sie zwar durchaus als Vorbild, sie selbst sagt von sich, sie sei „geschlechterblind“.

Aber für solche Widersprüche interessiert sich bei Yahoo derzeit niemand. Viel wichtiger ist, „dass Marissa diese klare Vision hat, nicht nur für das Unternehmen, sondern für die ganze Industrie, was die Menschen wollen und brauchen“. So sagt es Lee Parry, einer der Vordenker in Yahoos Abteilung für App-Entwicklung.

Die Frage ist nur: Wann wird die Vision Wirklichkeit? Im zweiten Quartal ist der Umsatz gefallen, um sieben Prozent zum Vorjahreszeitraum. Die Werbeumsätze gingen um elf Prozent zurück.

Vor allem Parrys Abteilung soll diesen Trend umkehren, denn Mayer will, dass sich Yahoo auf Anwendungen für Smartphones und Tablets konzentriert. Sie sagt: „Wenn man sich anschaut, was die Menschen auf ihren Mobiltelefonen nach Wichtigkeit geordnet machen, sieht die Liste fast immer so aus: E-Mail, Wetter, Nachrichten, Fotos, Börsenkurse, Sport, Spiele. Zum Glück können wir all das anbieten.“

Parry und sein Team haben in den vergangenen Monaten deswegen reihenweise Yahoos mobile Anwendungen überarbeitet. Eine neue Wetter-App wird mit Flickr-Bildern gefüllt. Yahoo Mail wurde generalüberholt. „Apple hat oft gezeigt, dass es nicht immer darum geht, der Erste zu sein, sondern etwas wirklich besser zu machen“, sagt Parry. Die neuen Yahoo-Anwendungen müssten funktionaler und eleganter sein.

Und Schnelligkeit ist alles. Der Fortschritt beschleunigt sich immer mehr, neue Anwendungen werden in immer kürzeren Abständen verlangt. „Wer in ein Meeting mit Marissa geht, kommt stets mit einem Ergebnis wieder heraus“, sagt Flickr-Manager Eiba. „Nur so kann sich ein Unternehmen schnell genug bewegen.“ Wer schläft, wird dagegen überrannt.

Mit Mayer, so hoffen 11 500 Mitarbeiter, hat Yahoo nun zumindest eine Chance, weiterhin am Rennen teilzunehmen.

THOMAS SCHULZ



Protestierende gegen hohe Mieten in Berlin: Unabsehbare Folgen?

WOHNUNGSMARKT

Teurer Stillstand

Egal, wie die künftige Regierungskoalition aussehen wird – eine Mietpreisbremse hat in Berlin viele Befürworter. Aber was brächte die Regulierung wirklich?

Niels Olov Boback lebt seit mehr als 20 Jahren in Deutschland. Er spricht die Sprache nahezu akzentfrei. Nur wenn er beginnt, über ein auch sprachlich recht komplexes deutsches Phänomen wie die „Mietpreisbremse“ zu rasonieren, verrät ein sanft gerolltes „R“ seine schwedische Herkunft.

Boback leitet das Deutschland-Geschäft des NCC-Konzerns. Rund 1300 Wohnungen hat das Unternehmen hierzulande 2012 verkauft, fast 50 Prozent mehr als im Jahr davor, NCC ist der größte Projektentwickler für Wohnimmobilien in Deutschland. Auch in diesem Jahr läuft es ordentlich, doch die Aussicht auf diese ominöse Mietpreisbremse, wie sie derzeit in Berlin im Gespräch ist, bereitet Boback Sorge.

Als Schwede hat er Erfahrung mit staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt. In seiner Heimat gibt es schon seit Jahren einen ähnlichen Mechanismus. Seitdem werde wenig gebaut, sagt Boback.

Das knappe Angebot habe die Wohnungspreise erst recht in die Höhe schießen lassen und den Schwarzmarkt befördert, eine Mietpreisbremse wirke also kontraproduktiv: „Damit ist niemandem geholfen.“

Der Manager wird sich dennoch darauf einstellen müssen. Denn ganz egal wie die neue Bundesregierung am Ende aussehen mag, es hat sich längst die größtmögliche Koalition für eine Begrenzung der Mieten gebildet. So soll Wohnen in Ballungsräumen bezahlbar gemacht werden. Union, Sozialdemokraten und Grüne sind sich relativ einig darin, ein solches Instrument einzuführen – zum Verdruss der gesamten Immobilienbranche, vom Bauträger bis zur Wohnungsgesellschaft.

Die Unternehmen fürchten, dass ihnen die Mietpreisbremse das Geschäft vermiest, das gerade erst wieder in Gang gekommen ist. Seit dem Tiefpunkt 2009 hat das Baugewerbe von Jahr zu Jahr mehr Neubauten errichtet. 2013 werden nach Schätzung des Münchner Ifo-Instituts rund 230 000 Wohnungen fertiggestellt, fast 100 000 mehr als vor vier Jahren.

Die Auftragsbücher sind voll, auch die Zahl der Beschäftigten steigt wieder: Fast 750 000 zählt die Branche heute. Daran hängen weitere rund 4,7 Millionen Arbeitsplätze, vom Architekten bis zum Landschaftsgärtner. Kurzum: Die Bauwirtschaft trägt maßgeblich dazu bei, dass es dem Standort so viel besser geht als den meisten anderen Ländern Europas.



Neubauprojekt in Potsdam: Echte Entspannung könnten nur mehr Wohnungen bringen

Jens-Ulrich Kießling, Präsident des Immobilienverbands Deutschland, warnt deshalb vor unabsehbaren Folgen für den Aufschwung, wenn eine Preisbremse eingeführt werde: Wer Neubauplanungen abwürge, würge die Konjunktur ab.

Das mag wie das typische Alarmgeschrei von Lobbyisten klingen, doch tatsächlich hängt einiges davon ab, wie das Instrument im Detail von den künftigen Koalitionären ausgestaltet wird.

Drei Modelle sind vorstellbar. Die erste Variante ist für keine Partei eine echte Option: die Beschränkung bei der Erstvermietung von Neubauten – hier soll weiter frei verhandelt werden dürfen. Die zweite Variante, eine Grenze für bestehende Verträge, ist hingegen bereits Realität: Innerhalb von drei Jahren dürfen Eigentümer die Miete um nicht mehr als 20 Prozent anheben, in Ballungszentren sind neuerdings sogar nur 15 Prozent möglich.

Den Zündstoff birgt die dritte Variante. Vermieter sollen beim Mieterwechsel nicht mehr jede Summe verlangen dürfen, die der Markt hergibt. Das Limit läge vielmehr bei 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Würde diese Grenze Wirklichkeit, ginge manche Rechnung nicht mehr auf.

Das Problem liegt in der Unzulänglichkeit des Miet-

spiegels. Er ist oft veraltet, einige Datensammlungen stammen aus dem vorigen Jahrzehnt und berufen sich auf Verträge, die zuweilen noch weit älteren Datums sind, fernab der aktuellen Marktsituation.

In Großstädten hat sich der Wohnungsbau erheblich verteuert, seit 2005 sind die Kosten um fast ein Viertel gestiegen, verantwortlich dafür sind höhere Grundstückspreise, die Anhebung von Grund- und Grunderwerbsteuern sowie kostspielige energetische Auflagen. Will ein Investor hier bauen, muss er eine Kaltmiete von mindestens zehn Euro pro Quadratmeter verlangen, um eine bescheidene Rendite zu erwirtschaften, lautet eine Faustformel.

In solchen Quartieren liegt jedoch der Mietspiegel selbst bei Gebäuden jüngeren Baujahrs oft deutlich darunter, sieben Euro pro Quadratmeter ist eine typische Größe. Dann dürfte also der Eigentümer, sobald der erste Mieter ausgezogen ist, von dessen Nachfolger nicht mehr als 7,70 Euro nehmen – und würde ein ziemliches Verlustgeschäft machen.

Derart brutal wird wohl keine Partei in den Markt eingreifen, das haben die Politiker schon durchblicken lassen. Durchaus vorstellbar aber ist, dass die Miete künftig quasi eingefroren würde, in diesem Fall bei zehn Euro, bis der

Mietspiegel nach vielen Jahren endlich das Niveau der Erstvermietung erreicht hätte. Dann erst dürfte der Eigentümer wieder an eine Erhöhung denken.

Unter solchen Umständen ginge jeglicher Anreiz verloren, überhaupt noch einen Neubau zu errichten, moniert die Wohnungswirtschaft. Schließlich kalkuliere jeder Eigentümer mit kontinuierlich steigenden Mieteinnahmen. Der Verband Haus & Grund will sich mit allen juristischen Mitteln gegen eine Mietpreisbremse zur Wehr setzen, wenn nötig auch vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die Immobilienbranche stelle die Konsequenzen übertrieben negativ dar, findet hingegen der Deutsche Mieterbund. So häufig komme es gar nicht vor, dass eine Wohnung neu vermietet werde: Im Schnitt bleiben die Deutschen neun Jahre in ihrer Mietwohnung. Und nicht immer liege das Preisniveau dann deutlich oberhalb des Mietspiegels.

Einig ist man sich zumindest darin, dass eine Mietpreisbremse kaum helfen kann, das wahre Problem zu lösen: das Angebot an Wohnraum in begehrten Lagen zu verbessern und auf diese Weise den Markt zu beruhigen. „Eine echte Entspannung kann nur über mehr Wohnungen erreicht werden“, empfiehlt der Geislinger Immobilienökonom Dieter Rebitzer. Dabei müsste der Staat Hilfestellung leisten.

Jahrzehntelang haben die Kommunen und Länder den Wohnungsbau vernachlässigt. Sie haben sich leichtfertig von Beständen getrennt und so Einfluss auf dem Wohnungsmarkt verloren. Höchste Zeit also, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Notwendig wäre zum Beispiel, zusätzliches Bauland auszuweisen, die Umwandlung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum zu fördern oder Grundstücke nicht nur an jene Investoren zu veräußern, die am meisten auf den Tisch legen. In München sind innerhalb von drei Jahren die Preise für Grund und Boden um 70 Prozent gestiegen. Hilfreich wäre auch, die überfrachteten Bauordnungen zu durchforsten, die Bauen so teuer machen. Darin wird alles haarklein geregelt, bis hin zur Beleuchtungsstärke in Tiefgaragen: mindestens 20 Lux.

Den Wohnungsbau auf diese Weise zu beleben ist mühsam. Daher rechnen Fachleute eher damit, dass die Politik ein bewährtes, aber kostspieliges Instrument wieder hervorholt: die steuerliche Förderung durch großzügige Abschreibungsregeln. Die Union zeigt sich aufgeschlossen.

Gut möglich also, dass eine neue Regierung am Ende beide Strategien verfolgen wird: Sie begrenzt die Mietpreise und fördert steuerlich den Wohnungsbau. Dann würde sie sozusagen gleichzeitig auf die Bremse und das Gaspedal treten.

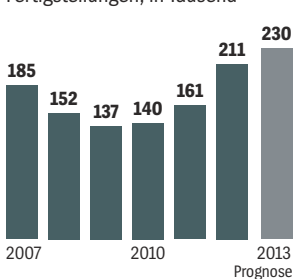
Dabei kann eigentlich nur eines herauskommen: teurer Stillstand.

ALEXANDER JUNG

Im Aufbau

Neue Wohnungen

Fertigstellungen, in Tausend



Preisanstieg bei

Wohnungsneubauten

gegenüber Anfang 2007, in Prozent



Quellen: ZDB; Statistisches Bundesamt; Ifo Institut

EUROPA

Die Macht des Geldes

EU-Kommissar Oettinger schiebt die Energiewende in Europa an. 200 Projekte sollen von seinem Milliardensegen profitieren, 22 davon in Deutschland.

Bisher musste der für Energiefragen zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger ganz auf die Kraft seiner Worte vertrauen. „Da wird der Binnenmarkt kaputtgemacht“, sagte er über die deutsche Energiewende. Eingreifen konnte er indes nicht.

Das soll sich an diesem Montag ändern. Dann will Oettinger eine Liste mit insgesamt 200 Infrastrukturprojekten vorlegen, die aus seiner Sicht wichtig für die künftige Energieversorgung Europas sind. Und er hat zum ersten Mal wirkliche Macht, die Macht des Geldes. Insgesamt will er 5,8 Milliarden Euro ausgeben, um grenzüberschreitend den Ausbau neuer Stromtrassen, Energiespeicher und Gasleitungen zu fördern, sofern EU-Parlament und EU-Rat nicht widersprechen.

Mit dem Geld sowie EU-weit beschleunigten Genehmigungsverfahren will der frühere baden-württembergische Ministerpräsident die Energiepolitik aus den nationalen Ghettos befreien und – ganz nebenbei – die deutsche Energiewende absichern helfen. „Das ist ein Riesenschritt für Europa“, sagt er.

Es wäre auch ein Erfolg für ihn persönlich. Zum ersten Mal kann ein EU-Energiekommissar selbst lenkend tätig werden, wenn bis 2020 laut EU-Prognosen über 200 Milliarden Euro in Europas Energienetze investiert werden müssen.

Wichtigstes Förderkriterium für Oettingers Programm namens Connecting Europe Facility ist, dass immer mindestens zwei Staaten von den neuen Leitungen profitieren. Manche Länder wie Irland und die baltischen Republiken sollen aus ihrer weitgehenden energiepolitischen Isolation herausgeholt werden. Aus Oettingers Liste, die dem SPIEGEL vorliegt, geht hervor, dass die EU

peinlich genau darauf geachtet hat, jedem der 28 EU-Länder etwas von dem Geldsegen aus Brüssel zukommen zu lassen.

Die Verlockungen sind groß. So soll es vergünstigte Kredite und Bauzuschüsse in Höhe von bis zu 75 Prozent der Investitionssumme geben. Wenn das Risiko oder die Kosten für einen privaten Netzbetreiber zu hoch sind, ist die EU bereit, mit hohen Zuschüssen auszuweichen.

Deutschland profitiert von 22 Großprojekten. Oettinger will die Engpässe beseitigen helfen, die hierzulande durch den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien entstanden sind. Auf der Förderliste stehen etwa alle wichtigen neuen Stromautobahnen, die die überschüssige Elektrizität von den Windturbinen des Nordens in die Verbrauchszentren des Südens transportieren sollen.

Höchstspannungsleitungen für Gleichstrom, etwa zwischen Wilster und Grafenrheinfeld, Eisenhüttenstadt und dem polnischen Plewiska oder zwischen dem dänischen Kassø, Hamburg und Dollern, stehen oben auf Oettingers Liste (siehe Grafik). Netzbetreiber wie Tennet oder Amprion können ab Anfang 2014 günstige Förderkredite von der Europäischen Investitionsbank beantragen.

Neben Stromtrassen stehen europaweit rund hundert Gasprojekte auf der Liste. In Deutschland sollen beispielsweise die Leitungen nach Belgien (Eynatten), Österreich (Übergang Haiming/Überackern)

und Italien (Tarvisio) gebaut oder verstärkt werden.

Die Projekte standen zwar großteils schon im nationalen Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur. Die Leitidee der EU ist allerdings eine andere: Sie will Deutschland besser mit den Nachbarländern vernetzen.

Langfristig soll eine Ringleitung im Nordseeraum entstehen. So könnte man Reserven künftig optimal und länderübergreifend nutzen, wenn der Wind mal nicht weht. Dass jedes Land für sich konventionelle Gas- und Kohlekraftwerke für wind- und sonnenarme Zeiten bereithält, ist für Oettinger ein Anachronismus: „Letztlich muss das der Verbraucher teuer bezahlen.“

Doch nicht nur ungeklärte Finanzierungsfragen halten den Netzausbau in Deutschland bislang auf. Viele Projekte kommen nicht voran, weil zahlreiche Bürgerinitiativen etwa neue Hochspannungsleitungen verhindern wollen.

Auch hier geht die EU falsch voran: Künftig soll es möglich sein, für die 200 Top-Projekte in Europa innerhalb von dreieinhalb Jahren die Baugenehmigung zu erhalten – mit nur noch einer Gerichtsstanz, an die sich Projektgegner wenden können.

Ob das gutgeht, wird sich vor Ort in den Regionen entscheiden. „Es dauerte über 30 Jahre, bis eine Stromleitung zwischen Frankreich und Spanien gebaut werden konnte“, erinnert sich eine Ex-

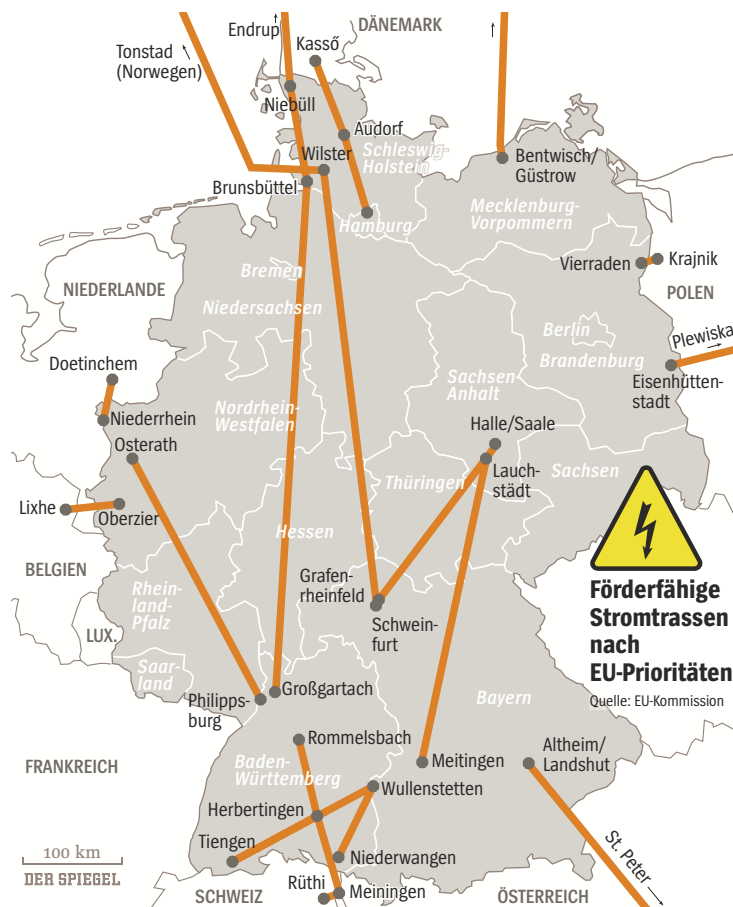
pertin aus der EU-Kommission mit Schauern. Schließlich musste der italienische Ex-Premier Mario Monti vermitteln. Er hatte Erfolg, weil er mit reichlich Geld aus Brüssel dafür sorgte, dass die Leitungen teilweise in der Erde verschwanden.

Auch in Deutschland gibt es gegen fast jedes größere Projekt der Energiewende Proteste.

Auf der EU-Liste steht beispielsweise das Pumpspeicherkraftwerk Riedl im Landkreis Passau. Seit Jahren will die Donaukraftwerk Jochenstein AG für 350 Millionen Euro einen gewaltigen Speichersee oberhalb des Donautals bauen. Doch Naturschützer wenden ein, dass das Donauhochufer leiden werde.

Der Konflikt wiederholt sich vielerorts im Alpenraum, wo nach den EU-Plänen neue Speicherseen für die Energiewende entstehen sollen. Nun will Brüssel auch hier die Prozesse beschleunigen, mit dem Mittel, das immer wirkt: Geld.

CHRISTOPH PAULY



KARRIEREN

„Ein wahrer Mensch“

Amerikas neue Notenbank-Chefin Janet Yellen wird von vielen bereits wie eine Heilsbringerin gefeiert.
Doch auf sie wartet eine gewaltige Herausforderung.

Von seinem Bücherbord lächelt Janet Yellen auf einem Foto herab. Ein Rosenkranz hängt über der linken Ecke des Bilderrahmens, die andere Seite schmückt eine arabische Gebetskette. Davor stehen eine Kerze, eine Tüte mit geschredderten Dollar-Scheinen und ein alter Geldschein, Überbleibsel der jugoslawischen Inflation, damals etliche Millionen Dinar wert.

Der kleine Hausaltar ist der künftigen Chefin der US-Notenbank gewidmet. Der Berkeley-Professor Andrew Rose hat ihn in seinem Büro aufgestellt. Das Ensemble ist nicht ganz ernst gemeint – irgendwie symbolisch ist es dieser Tage aber schon. Yellen wird in den USA wie eine Heilsbringerin gefeiert, als könnte sie die finanzpolitischen und wirtschaftlichen Probleme der Vereinigten Staaten quasi im Alleingang lösen.

Seine ehemalige Kollegin sei „intelligent und umsichtig“, sagt Rose. Yellen sei „ein wahrer Mensch“, erklärt auch der Star-Ökonom Robert Shiller aus Yale.

US-Präsident Barack Obama nannte Yellen „einen Champion“ – eine Vorkämpferin, was für Nichteingeweihte dann doch ziemlich große Worte schienen

für die zurückhaltende und auffallend kleine, ältere Dame, die daraufhin im schwarzen Kostüm an ein Rednerpult des Weißen Hauses trat. Und ihr Dankeschön sorgfältig vom Blatt ablas.

Yellen ist die erste Frau, die den Chefessel in der wichtigsten Geldzentrale der Welt übernehmen wird: Nach dem Rückzug ihres einzigen ernsthaften Konkurrenten, des einstigen Finanzministers Larry Summers, hat Obama die 67-jährige Wissenschaftlerin erkoren.

Wenn der Senat jetzt noch sein Plazet gibt, wird Yellen neben Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, zu einer der mächtigsten Frauen der Welt.

Landesweit werden nun also Anekdoten ausgetauscht, die sich vor allem um Yellens menschliche Qualitäten drehen und um ihre erschreckend kluge Familie. Yellens Mann ist George Akerlof, der 2001 den Wirtschaftsnobelpreis bekam für seine Forschung zur Wirkung von asymmetrischen Informationen auf Märkten. Yellens Sohn lehrt mittlerweile in Großbritannien als Ökonom. Das Ehepaar verstehe unter einem guten Urlaub, am Strand zu liegen und einen Haufen Bücher über Ökonomie dabeizuhaben, scherzte Obama.

Dabei ist die Lage ernst, nicht nur wegen des Shutdowns des amerikanischen Haushalts. „Wir sind an einer Art Wendepunkt angekommen“, sagt John Williams, der Chef der Notenbank in San Francisco, die wie alle Regionalvertretungen in den USA die Banken vor Ort über-

wacht und der mächtigen Washingtoner Zentrale bei der Geldpolitik zuarbeitet.

In Williams' Büro, dessen gigantische Glasfenster einen beruhigenden Blick auf die Bucht von San Francisco bieten, hat Yellen sechs Jahre lang das Sagen gehabt, bevor sie als Vizepräsidentin in die Zentrale in Washington wechselte.

Nun sitzt ihr jugendlich wirkender Nachfolger ohne Krawatte an dem hölzernen Besprechungstisch und gibt seine Interpretation der aktuellen Verhältnisse wieder: „Die Krise hat das Beste aus uns herausgeholt“, resümiert Williams.

Man kann allerdings auch sagen, dass diese Krise die US-Notenbanker zu einem gewagten Feldversuch getrieben hat: Unter dem Stichwort „Quantitative Lockerung“ hält die Fed nicht nur die Zinsen niedrig, zu denen sich Banken in Washington Geld leihen dürfen (siehe Grafik). Sie kauft dem Finanzsektor auch noch regelmäßig Schuldverschreibungen und Wertpapiere ab, für derzeit 85 Milliarden Dollar – jeden Monat.

Alle fünf Monate pumpt die Zentralbank damit eine Summe ins Weltfinanzsystem, die dem Jahresetat der Bundesrepublik entspricht – seit 2008 sind es insgesamt etwa 2,5 Billionen Dollar. Die Hilfsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank für Südeuropa wirken im Vergleich dazu wie Taschengeldzahlungen. Auch Notenbanker Williams spricht von einem Experiment.

Das billige Geld soll eigentlich Schmierstoff für die US-Industrie sein, aber natürlich fließt es überall hin, weil Finanzprofis sich nicht vorschreiben lassen, wo sie die billigen Barschaften investieren.

So verzerrt die Fed global die Investitionsströme, Wechselkurse werden verändert. US-Produkte würden deshalb auf den Weltmärkten plötzlich billiger im Vergleich zu ausländischen Waren, wettern Finanzpolitiker aus anderen Ländern. Der brasilianische Finanzminister Guido Mantega warnte wütend vor einem „Währungskrieg“.

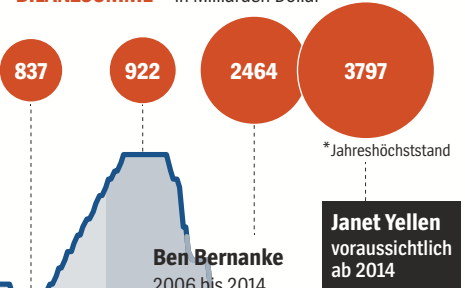
Dessen verheerende Folgen zeigten sich schon im Mai. Als der aktuelle Fed-Chef Ben Bernanke damals öffentlich über ein

US-LEITZINS

in Prozent



BILANZSUMME* in Milliarden Dollar





Notenbankerin Yellen, Präsident Obama, Fed-Chef Bernanke: Gewagter Feldversuch

mögliches Ende des billigen Geldes philosophierte, spielten die Börsen vor allem in Schwellenländern verrückt: In Brasilien oder der Türkei stürzten die Aktienkurse binnen vier Wochen um 20 Prozent ab, weil etliche Investoren als Erstes ihre Risikoinvestments zurückzogen, als das Geld wieder teurer zu werden drohte.

Irgendwann in den nächsten Jahren müsse man aber zu einer „normaleren“ Geldpolitik zurückkehren, sagt Währungshüter Williams in San Francisco. Nur wann? Diesen Zeitplan zu managen, wird Yellens Feuerprobe – selbst wenn ihr Vorgänger Bernanke die ersten Schritte noch selbst einleitet.

Das Protokoll der letzten geldpolitischen Sitzung zeigt, wie tief das Entscheidungsgremium der Fed – der sogenannte Offenmarktausschuss – mittlerweile gespalten ist in der Frage, wie und wann das „Tapering“ beginnen soll: der Einstieg in den Ausstieg. Wenn jemand die teils eigenwilligen Notenbanker wieder auf einen gemeinsamen Kurs einschwören könne, dann sei es Yellen, sagen ihre Unterstützer. Anders als ihr einstiger Rivale Summers, dessen bullige Arroganz berüchtigt war, wird Yellens Fähigkeit, Kompromisse zu schmieden, sogar von politischen Gegnern anerkannt.

Die Akademikerin, die schon mit 25 Jahren den ersten Lehrauftrag hatte,

scheint Einigungen schlicht herbeizumaneulieren. Eine Diskussion mit ihr sei eine „erstaunliche Erfahrung“, sagt Notenbanker Williams: „Wenn man in ein Meeting mit ihr geht, kann man ziemlich sicher sein, dass sie mehr über das Thema weiß, als man selbst“, sagt er. Trotzdem fühle man sich am Ende ernst genommen, selbst wenn man verloren habe.

Als Beleg dieses vielgepriesenen Talents nennt Williams ein wenige Seiten langes Statement der Fed aus dem Jahr 2012. Die Notenbank beschreibt darin die grundsätzlichen Ziele ihrer Geldpolitik. Yellen war für die Erstellung des Papiers verantwortlich. Was nach Verwaltungsaufgabe klingt, war keine unwichtige Angelegenheit: In dem Papier legt sich die Fed unter anderem erstmals fest, ein Inflationsziel von zwei Prozent zu verfolgen – für die Finanzmärkte eine fundamentale Information.

Man habe jahrelang über solche gemeinsamen Aussagen gerungen, sagt Williams, „aber am Anfang schien es schlichtweg unmöglich. Wir waren in allen Punkten unterschiedlicher Meinung“. Yellen habe es dennoch irgendwie geschafft, eine Lösung herauszufiltern.

„Sie hat Vertrauen aufgebaut, nicht ihre eigene Agenda gepusht, sondern ein Ziel ausgelotet, das für alle vertretbar war“, sagt Williams.

Die Aufgabe, die Weltfinanzmärkte vom stetigen Geldfluss aus Washington zu entwöhnen, dürfte zur Herkulesaufgabe für die „kleine Frau mit dem großen IQ“ werden, wie Yellen in Washington genannt wird. Zumal sich die Frage stellt, wie konsequent sie das Problem überhaupt angehen will.

In ihrer ersten kurzen Ansprache nach der Fed-Nominierung ging es jedenfalls um andere Dinge: „Ich glaube, Herr Präsident, wir sind uns einig, dass mehr getan werden muss, um den Aufschwung zu stabilisieren“, las Yellen ungerührt von ihrem Blatt ab. „Zu viele Amerikaner finden immer noch keine Arbeit und wissen nicht, wie sie ihre Rechnungen bezahlen und für ihre Familien sorgen sollen.“

Solche Aussagen klingen merkwürdig aus dem Mund einer Zentralbankerin, die sich doch eigentlich um ihre Währung kümmern soll, fand ein europäischer Kollege danach. Dazu aber muss man wissen: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört nicht nur laut Gesetz ausdrücklich mit zum Auftrag der US-Notenbank, sie war auch immer Yellens großes Thema.

Schon bevor sie 1994 zur Notenbankerin wurde, forschte sie an der Universität Berkeley gemeinsam mit ihrem Mann zu allen Phänomenen moderner Beschäftigung. Den Glauben an die Fähigkeit des Staates, das Auf und Ab der Wirtschaft über gezielte Anreize kontrollieren zu können, hat sie bis heute behalten.

Andrew Rose will seine Ex-Kollegin trotzdem nicht als geldpolitische Taube abstempeln lassen, die die Notenbank als Gelddruckmaschine für die Wirtschaft missbraucht. Yellen sei Analytikerin, beschwört ihr Co-Autor bei mehreren Werken. „Janet will Problemen immer auf den Grund gehen“, sagt Rose.

Ein anderer Kollege weiß noch, wie er Yellen einmal mit einer riesigen Einkaufstüte voller Bücher über die Flugzeugindustrie traf. Sie wollte in einem Seminar ein ökonomisches Beispiel über Boeing und Airbus anbringen. „Jeder andere hätte ein oder zwei Artikel darüber gelesen“, sagt der Kollege. „Aber nicht so Yellen.“

Die Frage freilich ist, ob analytische Brillanz ausreicht, um die globalen Finanzmärkte dauerhaft zu beherrschen.

Einer der Mythen, die dieser Tage über Janet Yellen verbreitet werden, lautet, sie habe schon lange vor der Finanzkrise Alarm geschlagen wegen des Wahnsinns, der sich auf den US-Immobilienmärkten abspielte. 2005 sei das gewesen, als Yellen noch Chefin der Notenbank von San Francisco war.

Tatsächlich lässt sich in einer Rede von damals nachlesen, dass die Notenbankerin sich wegen der explodierenden Häuserpreise sorgte. Die Auswirkungen für die Wirtschaft seien aber beherrschbar, schlussfolgerte sie. Wenig später brach sich die Finanzkrise Bahn.

ANNE SEITH



Neuzüchtung Zweinutzungshuhn, verschiedenfarbige Eintagsküken: Optimierte Tiere

LANDWIRTSCHAFT

Das Superhuhn

Bei der Eierproduktion werden Millionen Küken getötet. Jetzt hat die Industrie eine Rasse gezüchtet, die diese Praxis überflüssig machen kann – wenn die Verbraucher mitspielen.

Das Ergebnis akribischer Forschung lebt in einem unscheinbaren Stall aus den sechziger Jahren im bayrischen Kitzingen. In zwei langen Reihen stehen hohe Drahtboxen, jede drei Meter lang und zwei Meter breit. Darin befinden sich je 24 Hühner. Sie sehen vital und kräftig aus. Manche sitzen auf Stangen, andere scharren auf dem Boden, ein paar haben sich in Nester am Ende der Box zurückgezogen. „Lohmann Dual“ heißt die neue Zuchtlinie, der Name ist ein eingetragenes Warenzeichen des weltgrößten Legehennenproduzenten, der Lohmann Tierzucht im niedersächsischen Cuxhaven.

Schöpfer der neuen Hühner ist Lohmann-Geschäftsführer und Chefgenetiker Rudolf Preisinger. Jahrelang hat der 55-jährige Professor an der Zuchtlinie gearbeitet, verschiedene Rassen gekreuzt, Hühner vermessen, Eier gezählt, Futter abgewogen. Nun ist er zu dem Versuchs-

stall der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft gereist, wo die Tiere in einem Test mit anderen Züchtungen verglichen werden. Preisinger beobachtet seine Vögel, klatscht dann kräftig in die Hände. Hunderte Hühner verstummen für eine Sekunde, recken den Hals. Aber kein Tier fliegt in Panik auf. „So muss es sein“, sagt der Genetiker in bayerischem Tonfall, „ganz ruhige, brave Tiere.“

Die neue Zucht des *Gallus gallus domesticus*, des Haushuhns, ist eine kleine Sensation in der Agrarwirtschaft. Der Vogel ist das erste sogenannte Zweinutzungshuhn in der Produktpalette des Konzerns, aus dessen Ställen allein in Deutschland 45 Millionen Legehennen im Jahr stammen. Die neue Rasse liefert Eier und Fleisch: Die weiblichen Tiere der Zuchtlinie sollen 250 Eier im Jahr legen, die männlichen nach 70 Tagen Mast ordentliche Broiler abgeben.

Lohmann hat das Zweinutzungshuhn gezüchtet, weil die Kritik an der gängigen Praxis in der modernen Eierproduktion lauter wird. Millionen männliche Küken werden unmittelbar nach dem Schlüpfen noch in den Brütereien vernichtet. Sie sind in der Hühnerhaltung wertlos, weil sie zu einer Legerasse gehören und deshalb wenig Fleisch ansetzen und weil sie keine Eier legen. Die Küken landen lebendig in einem Muser, einer Art Fleischwolf, und dann im Abfall. Oder sie werden mit Kohlendioxid erstickt. So können die Kadaver wenigstens in Zoos oder Reptilienfarmen verfüttert werden.

Seit Jahren prangern Tierschützer und Verbraucherverbände den „Kükenmord“ in den Brütereien an, als perversen Auswuchs einer auf Gewinn getrimmten Massentierhaltung. Auch rechtlich ist die Tötung umstritten. Das Tierschutzgesetz verbietet es, Wirbeltiere ohne „vernünftigen Grund“ zu töten. Bislang allerdings tolerieren die zuständigen Landkreise die Praxis, zumindest wenn die toten Küken als Tierfutter vermarktet werden.

Aber Ende September griff der grüne Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens ein. „Diese Praxis ist absolut grausam. Tiere dürfen nicht zum Objekt in einem überhitzten und industrialisierten System werden“, findet Johannes Rammel. Binnen eines Jahres müssten die Landkreise in NRW die Tötung männlicher Eintagsküken untersagen, so der



JÜRGEN MÜLLER (L.)

Minister. Vielleicht wird Niedersachsen, das Land mit den weitaus größten Brütereien, bald nachziehen. Remmels Parteifreund und Amtskollege Christian Meyer lässt jetzt auch ein Verbot prüfen.

Das millionenfache Töten ist die Folge einer Industrialisierung der Geflügelproduktion. Bis in die sechziger Jahre wurden Hühner neben vielen anderen Tieren auf den Höfen gehalten. Die Hennen legten Eier, und wenn ihre Leistung nachließ, endeten sie als Suppenhuhn. Die Gockel kamen als Brathähnchen auf den Markt. Als die Nachfrage nach Eiern und Geflügel wuchs, versuchten die Züchter, die Tiere zu optimieren. Legehennen müssen schlank und zäh sein, Masthähnchen fleischig. Seither gibt es Legehennenrassen und Mastrassen.

Die Legespezialisten schaffen über 310 Eier im Jahr, 100 mehr als ihre Vorfahren vor 50 Jahren. Dafür setzen sie kaum Fleisch an. Masttiere dagegen werden binnen fünf bis sechs Wochen zwei Kilogramm schwer; dann werden sie geschlachtet, bevor sie überhaupt geschlechtsreif sind.

Heute werden fast nur noch Hybriden eingesetzt, Hochleistungshühner, die aus mehreren Zuchtlinien gekreuzt werden. Für Unternehmen wie Lohmann ist das ein gutes Geschäft, weil diese Tiere, anders als reinrassiges Geflügel, nicht auf den Bauernhöfen nachgezüchtet werden können. Die Landwirte müssen immer wieder Junghennen nachkaufen.

Die Hühnerproduzenten haben inzwischen sogar Gene eingekreuzt, die nur dazu dienen, das Geschlecht der Küken zu erkennen. Männlein und Weiblein unterscheiden sich dann etwa durch die Gefiederfarbe und können nach dem Schlüpfen besonders schnell zur Tötung getrennt werden.

Das Zweinutzungshuhn von Lohmann-Chef Preisinger könnte das hässliche Kükengemetzel, das es seit Einführung der Hybriden gibt, beenden. Fleisch und Eier von einer Rasse, das hört sich vernünftig an, fast wie früher. Doch die Tiere sind, trotz aller Bemühungen, nicht sehr effizient. „Die Hennen legen weniger Eier als die Legehybriden. Ihre Brüder brauchen, bis sie schlachtreif sind, 50 Prozent mehr Futter als normale Broiler“, räumt Preisinger ein.

Zudem sieht ein Brathähnchen aus dem Supermarkt bislang rund und kompakt aus, das Zweinutzungshuhn ist eher lang und knochig. Wo die Masthybriden Brustfleisch haben, ragt bei der Neuzüchtung nur ein schmales Brustbein hervor. Dafür besitzt das Tier kräftigere Schenkel. „Die Verbraucher müssen so etwas wollen“, sagt der Chefzüchter.

Genau das tun sie aber nicht. Die Kunden und damit der Lebensmittelhandel gieren nach hellem Brustfleisch, das hintere Drittel des Tierkörpers ist weitgehend unverkäuflich. Zudem sind die Eier des Zweinutzungshuhns zwei bis drei Cent teurer. Viele Kunden schauen aber gerade beim Eierkauf auf den Preis.

Deshalb lässt sich Lohmanns Wunderhuhn, seit zwei Monaten auf dem Markt, bisher kaum verkaufen. Erst drei Höfe in Österreich haben junge Hennen geordert. Selbst die Ökobauern warten ab. Sie geben ihren Hühnern zwar mehr Auslauf und anderes Futter als konventionelle Landwirte, haben aber dieselben Hochleistungshybriden im Stall. Und darum werden auch bei der Produktion von Bio-Eiern Millionen männliche Küken getötet.

Die industrielle Landwirtschaft will das Kükenproblem mit Hightech lösen: einer Geschlechtererkennung schon im Ei. So



INGO WAGNER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Genetiker Preisinger
Hässliches Gemetzel beenden

ließen sich männliche Tiere vor dem Schlüpfen aussortieren, was nicht nur Tierschutzdiskussionen vermeiden, sondern auch die Kosten der Brütereien reduzieren würde. Seit acht Jahren forscht die Universität Leipzig an einem Verfahren, das auf Hormonanalyse des befruchteten Eis beruht. Forscher der Universität Leuven testen eine Technik, bei der die Eier durchleuchtet werden. Doch beide Systeme funktionieren noch nicht zuverlässig, vor allem werden sie wohl zu teuer sein.

Mit solch einem Verfahren könnten Lohmann und andere Produzenten die profitable Hybridenzucht beibehalten. Dabei hat sie weitere Nachteile. Die Tiere sind anfällig für Krankheiten. Wegen der hohen Legeleistung bauen die Hennen sogar den Kalk in ihren Knochen ab. Schon nach gut einem Jahr werden auch sie, wie zuvor ihre Brüder, schnöde entsorgt, als Tierfutter oder allenfalls als Suppenhuhn.

Manche Bio-Bauern gehen deshalb einen anderen Weg – zurück zur ursprünglichen Hühnerhaltung. Vor zwei Jahren startete der Bio-Verband Naturland ein Pilotprojekt, das statt auf hochgezüchtete Hybriden auf eine alte französische Rasse setzt, die Bressehühner. Einer der beteiligten Landwirte ist Lutz Ulms, der am Rande des Städtchens Sonnenwalde in Südbrandenburg einen Ökohof betreibt. Er kaufte je 500 männliche und weibliche Küken, zog seine Tiere selbst nach, ließ die Legehennen nicht schon nach einem Jahr schlachten.

Seine Bio-Kunden seien von dem Projekt ganz angetan gewesen, berichtet Ulms. Nur für ihn selbst habe es sich nicht gerechnet. „Das ist ein hartes Brot“, zieht er Bilanz. Als er die jungen Hennen impfen lassen wollte, hatte er Schwierigkeiten, einen Tierarzt zu finden. „Für die Nutztierärzte lohnt sich die Reise zu uns nicht. Die Kleintierärzte verstehen nichts von Geflügelhaltung“, sagt er. Im Schlachthof musste er extra zahlen, wegen seiner geringen Mengen.

Selbst die Hühner erwiesen sich als unberechenbarer als gedacht. Etliche verletzten sich oder starben durch Federpicken. Andere hätten versucht, die Eier auszubrüten, statt neue zu legen. Am Ende kamen Ulms' Tiere nur auf 160 bis 170 Eier im Jahr, im Naturkostladen kosteten vier Stück 2,40 Euro.

Aber auch mit Preisingers Zweinutzungshühnern lassen sich kaum Geschäfte machen. Sie legen zwar in ihrem Stall in Kitzingen brav ihre Eier. Nur leider sind die viel kleiner als erwartet. „Seit Wochen reicht es nur für Gewichtsklasse S“, klagt der Genetiker. Im Hofladen des Versuchsguts werden 30 Eier des Suppervogels für nur einen Euro angeboten. Doch den Schnäppchen-Eiern geht es wie den Hühnern. Sie sind Ladenhüter.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF

GESUNDHEIT

Ausreißer nach unten

Der AOK-Krankenhausnavigator vergleicht die Qualität hiesiger Kliniken. Nun wollen zwei von ihnen das Internetportal stoppen.

Vor dem Schreibtisch von Michaela Schwab sitzen die Ratlosen und Verunsicherten. Wer sich auf die grauen Besucherstühlchen im Berliner Büro der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland drückt, sucht Antwort auf existentielle Fragen: Wo ist man am besten aufgehoben, wenn die Gallenblase zwickt? Welches Krankenhaus hat einen makellosen Ruf bei Hüftoperationen? „Viele Patienten sind ratlos, wie sie diejenige Klinik finden können, die für sie am besten ist“, sagt Schwab.

Wer liest schon die fingerdicken Qualitätsberichte der Krankenhäuser? Und auf den Rat eines Arztes allein mögen sich viele auch nicht verlassen. Michaela Schwab bittet ihre Besucher deshalb an den Computer: Gemeinsam klicken sie sich durch die Vergleichsportale im Internet – die Weiße Liste etwa oder die Krankenhausrater des gesetzlichen Kassen. „Das ist für die Patienten eine sehr gute Möglichkeit, sich über die richtige Klinik zu informieren.“ Noch.

In einer konzertierten Aktion wollen die Kliniken die Qualitätsvergleiche im AOK-Krankenhausnavigator stoppen. Gegen das Portal des Kassen-Bundesverbandes ziehen gleich zwei Krankenhäuser in Musterprozessen vor Gericht. Das St. Antonius Hospital aus Eschweiler will sich

vor dem Sozialgericht Berlin gegen die Bewertungsmethode wehren, die Kreiskliniken Gummersbach Waldbröl ziehen vor das Landgericht Köln. Unterstützt werden sie dabei von der Kliniklobby. Gäben die Richter ihnen recht, fürchtet die AOK, dass sie ihren Internetvergleich schlimmstenfalls komplett abschalten müsste.

Dabei bereiten die Unterschiede hiesiger Krankenhäuser nicht nur Patienten, sondern auch Politikern Kopfzerbrechen. Selbst bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin soll das Thema eine Rolle spielen.

Gute Gründe dafür finden sich im neuen Qualitätsreport 2012, den der Gemeinsame Bundesausschuss von Kliniken, Kassen und Ärzten diese Woche vorstellt. Auf 244 Seiten attestiert das Papier den Krankenhäusern zwar insgesamt eine „gute Versorgungsqualität“. Allerdings beklagt der Report eine bedenkliche Zahl an Ausreißern nach unten. Das gilt vor allem dann, wenn sich Patienten über einen Katheter eine künstliche Herzklappe einsetzen lassen. Die Autoren empfehlen, bei „auffälligen Krankenhäusern“ nach Gründen zu suchen.

Die Klagen der beiden Kliniken aus der Provinz sind für die ganze Branche bedeutsam. „Ich bin kein Einzelkämpfer, ich mache das stellvertretend für alle Krankenhäuser bundesweit“, sagt Joachim Finklenburg, Chef der Gummersbacher Kliniken. Er amtiert auch als Vizepräsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, die Lobby-Vereinigung finanziert die beiden Musterklagen aus ihrem Prozesskostenfonds. In einem Rundschreiben weist sie darauf hin, dass sie Anfang November ein Rechtsgutachten zur Verfügung stellen will, das weitere „klageinteressierte Krankenhäuser“ nutzen könnten.

Dabei schneiden die beiden klagenden Kliniken in den AOK-Charts nicht einmal schlecht ab – nur schlechter, als sie es selbst für angemessen halten. Es geht ihnen ums Prinzip: Schon 2005 hat ein

Gesetz die Krankenhäuser verpflichtet, regelmäßig in einem Qualitätsbericht zu veröffentlichen, wie gut sie ihre Patienten versorgen. Doch die Bewertungen, die die AOK ins Netz stellt, reichen weit darüber hinaus.

Denn die regierungsamtliche Qualitätsmessung krankt an einem Problem: Sie untersucht nur die Dauer des Krankenhausaufenthalts. Ob ein Patient aber etwa Wochen nach einer Hüftoperation mit Komplikationen wieder eingeliefert werden muss, lässt sich nicht direkt ablesen. Um diese Rückfallquoten zu bestimmen, lässt die AOK die anonymisierten Abrechnungsdaten ihrer Versicherten auswerten. Vor allem gegen dieses Vorgehen sträuben sich die Kliniken vor Gericht.

Ein Eilverfahren haben die Richter im September abgelehnt, in der vergangenen Woche schickten die Krankenhäuser ihren Antrag auf Berufung ab. Noch in diesem Jahr wollen sie auch ihre Klage im Hauptsacheprozess einreichen. „Wir wehren uns nicht gegen die Veröffentlichung von Qualitätsdaten“, sagt Klinikchef Finklenburg. „Ich bin nur dafür, dass es dabei sauber zugeht.“ Die Angaben des AOK-Navigators führten zu einer Verunsicherung der Patienten, niemand könne die Berechnungen nachvollziehen.

Allerdings sehen das viele Kliniken anders. In der Initiative Qualitätsmedizin (IQM) haben sich 214 deutsche Krankenhäuser zusammengeschlossen. Sie wollen aus Misserfolgen lernen – und Transparenz gehört für sie dazu. Die AOK-Qualitätsberechnungen veröffentlichen sie deshalb freiwillig.

„Ich würde es bedauern, wenn wir diese Zahlen aus dem Netz nehmen müssten“, sagt Axel Ekkernkamp, IQM-Vorstand und Chef des Unfallkrankenhauses Berlin-Marzahn. „Ich kenne derzeit kein besseres Analyse-Instrument, das den Patienten langfristig im Auge behält.“ Wer Fehler vermeiden wolle, müsse Fehler offenlegen. CORNELIA SCHMERGAL



Mediziner bei Hüftoperation: „Viele Patienten sind ratlos“

BANKEN

Mailänder Skala

Unicredit prüft einen Börsengang der HypoVereinsbank. Es könnte ein Befreiungsschlag sein – oder der Anfang vom Ende einer schwierigen Ehe.



Unicredit-Chef Ghizzoni

GETTY IMAGES

Wenn die Stimmung danach ist, setzt sich Theodor Weimer, 53, auch vor Publikum gern mal ans Klavier. Am Mittwoch vergangener Woche überraschte der temperamentvolle Chef der HypoVereinsbank (HVB) die Gäste einer Podiumsdiskussion in Passau mit einer Ad-hoc-Einlage. Ob das dargebotene Medley – von „Morning Has Broken“ bis zu „Let It Be“ – Weimers Gefühlslage spiegelte, ist nicht überliefert. Passen würde es allemal.

Weimer hat allen Grund, zwischen Aufbruchstimmung und stiller Schicksalsergebenheit hin- und hergerissen zu sein. Die Eigentümerin der HVB, die italienische Unicredit-Gruppe, trägt sich mit dem Gedanken, die deutsche Tochter an die Börse zu bringen und so zumindest einen Minderheitsanteil an externe Aktionäre zu verkaufen. Das könnte Unicredit viel Geld bringen und der HVB neue Perspektiven – einerseits. Doch der Vorstand um Federico Ghizzoni in Mailand zögert. Und so muss Weimer warten.

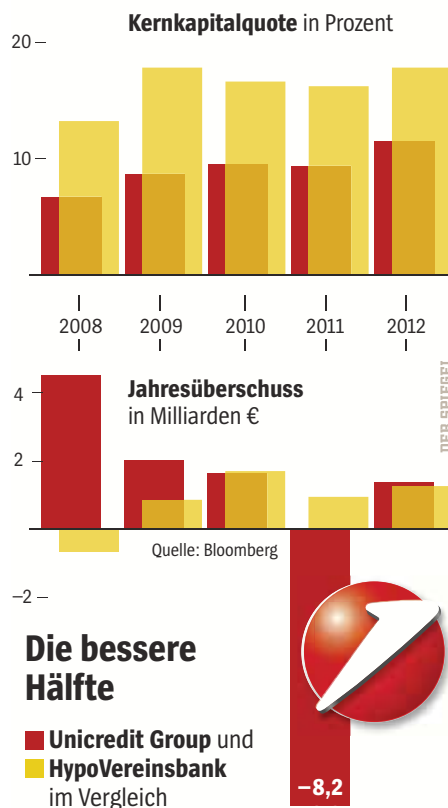
Ein anderer Italiener könnte jedoch bald Bewegung in die Angelegenheit bringen. Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), will ab Januar die Bilanzen der 130 wichtigsten Banken der Euro-Zone durchleuchten lassen, ehe die Notenbank die Aufsicht über die Finanzkonzerne übernimmt. Noch im Oktober soll feststehen, wie hoch Draghi die Messlatte legt.

Dann dürfte in Mailand und anderswo das Rechnen losgehen: Der Test könnte bei Unicredit wie auch bei anderen italienischen Banken großen Kapitalbedarf offenlegen. Wenn Unicredit 15 bis 25 Prozent ihrer HVB-Aktien über die Börse verkaufte und zusätzlich neue Aktien ausgäbe, könnte das Milliarden bringen und die Lücke füllen, schätzen Investoren.

Investmentbanken werben bei der Unicredit-Führung und bei den Sparkassen-

Stiftungen, den einflussreichsten Aktionären der Unicredit, für einen Börsengang der HVB. Es wäre ein überraschendes Comeback des Münchner Instituts, das 2005 von Unicredit in schwieriger Lage geschluckt und schließlich von der Börse genommen wurde. Damals galt es als zu schwach, um allein zu überleben, während die Italiener Europa eroberten.

Mittlerweile haben sich die Kräfteverhältnisse umgekehrt: Seit drei Jahren liefert Freizeit-Pianist Weimer hohe Gewinne in Mailand ab. Der HVB kommt zugute, dass die Wirtschaft in Deutschland boomt, außerdem ist das zuletzt er-



tragreiche Investmentbanking vorwiegend in München angesiedelt.

Dagegen leidet Unicredit unter der politischen und wirtschaftlichen Lähmung Italiens, seit zwei Jahren steckt das Land in einer Rezession. Der Internationale Währungsfonds hat das Bankensystem als Schwachpunkt ausgemacht, Analysten überboten sich mit Schätzungen, wie viel zusätzliches Kapital die Banken brauchen, um alle Finanzlöcher zur Zufriedenheit der neuen EZB-Aufsicht zu stopfen.

Die britische Barclays Bank erwartet, dass die beiden größten italienischen Institute, Unicredit und Intesa, fünf Milliarden Euro zusätzlich für faule Kredite zur Seite legen müssen, wenn künftig in der Euro-Zone einheitliche und strengere Maßstäbe angelegt werden. Goldman Sachs verweist darauf, dass acht Prozent aller Unicredit-Kredite wackeln.

Aktionäre denken ähnlich. „Wir schätzen, dass bei Unicredit drei bis fünf Milliarden Euro zusätzlicher Kapitalbedarf entsteht“, sagt ein großer angelsächsischer Anteilseigner der Bank. „Ein Börsengang der HVB wäre für Unicredit sinnvoll.“

Und auch die deutsche Finanzaufsicht BaFin sähe einen Börsengang wohl gern. Sie hat stets gefordert, dass die hohen Reserven der Deutschen nicht nach Mailand abfließen. Sollte bei den Münchnern etwas schiefgehen, so die Sorge der Aufseher, müssten schließlich die hiesigen Steuerzahler geradestehen. Wenn die Bankenaufsicht auf die EZB übergeht, hat die BaFin gegen Begehrlichkeiten aus Mailand keine Handhabe mehr. Wäre die HVB aber an der Börse und Unicredit nicht mehr alleiniger Eigentümer, müssten Tochter und Mutter unabhängig voneinander auf solidem Fundament stehen.

Bei der HVB hieß es wortkarg, das Management habe „keine Kenntnis über Pläne für einen Börsengang der Bank“. Unicredit verwies dazu lediglich auf die Stellungnahme ihrer Tochter.

Die Deutschen jedenfalls gewannen mit einem Börsengang ein Stück Unabhängigkeit. Gelingt der Sprung aufs Parkett, könnte irgendwann sogar eine alte Idee wiederaufleben: eine Liaison mit der Commerzbank, an der Berlin noch mit 17 Prozent beteiligt ist. Der Bund sucht einen Weg, um den Anteil mit möglichst geringen Verlusten loszuwerden.

Die Mailänder Skala an Optionen reicht weit. Doch momentan zögert Ghizzoni, bei der HVB neue Anteilseigner ins Boot zu holen. Auch Minderheitsaktionäre könnten den eigenen strategischen Kurs empfindlich stören. Ein früherer HVB-Manager erwartet daher, dass eine börsennotierte HVB mit einem dominierenden Großaktionär in Mailand keine Dauerlösung wäre: „Entweder würde Unicredit die Anteile irgendwann zurückkaufen oder sich über kurz oder lang ganz aus der HVB zurückziehen.“

MARTIN HESSE

KINO

„Riskante Sache“

Die Hollywood-Größe Jeffrey Katzenberg über die ökonomischen Geheimnisse seiner zauberhaften Animations-Hits

Katzenberg, 62, ist einer der erfolgreichsten Filmproduzenten der Welt. Bei Disney verantwortete er einst Hits wie „Arielle, die Meerjungfrau“ und „König der Löwen“. 1994 gründete er mit Steven Spielberg und David Geffen das Studio Dreamworks. Die inzwischen als eigene Firma von ihm geführte Animationssparte steht für Milliardenengeschäfte mit „Shrek“, „Kung Fu Panda“ oder „Madagascar“. Vorige Woche war Katzenberg einer der Star-gäste auf der TV-Messe Mipcom in Cannes.

SPIEGEL: Mister Katzenberg, Ihre Animationsfilme kosten mittlerweile so viel wie die teuersten klassischen Filmproduktionen – nicht selten 150 Millionen Euro oder mehr. Warum sind Figuren aus dem Computer so teuer geworden?

Katzenberg: Unsere Produktionen gehören zu den komplexesten Filmen, die jemals von irgendwem auf der Welt gemacht wurden. Einen Animationsfilm zu erschaffen dauert vier, fünf Jahre. 400 bis 500 Künstler arbeiten daran. Durchschnittlich besteht ein Film aus 130 000 Bildern. Jedes Bild muss aber zwölf verschiedene Produktionsstufen durchlaufen, und in jeder dieser Stufen gibt es zwischen zehn und hundert Änderungen. Das ergibt unterm Strich eine halbe Milliarde Bilder, aus denen dann ein Film entsteht.

SPIEGEL: Da kann man sicher eine Menge Arbeit nach Asien auslagern, um Geld zu sparen.

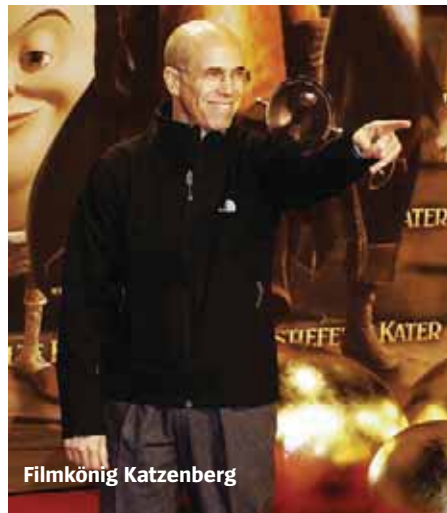
Katzenberg: Nein. Wir haben zwar einen Ableger in Indien, aber das ist kein Billigstudio. Wir sind dort, weil es in Indien sehr talentierte Menschen gibt, nicht wegen der Kosten.

SPIEGEL: Ist es im Animations-Business zwangsläufig notwendig, Kinder als Zielgruppe im Visier zu haben? Der Western-Comic „Rango“ war eher ein Erwachsenenspektakel, aber dennoch erfolgreich.

Katzenberg: Erfolgreich? Nicht wirklich. Er hat kein Geld verdient. Was ist für Sie Erfolg? Der Film hat einen Oscar gewonnen, und Erwachsene fühlten sich angesprochen. Aber ganz ehrlich: „Rango“ war kein Kassenschlager.

SPIEGEL: Ab wann sind Sie in der Lage, zu prognostizieren, wie viel ein Film einspielen wird?

Katzenberg: Im amerikanischen Markt normalerweise nach dem ersten oder zweiten Kinotag. International ist das schwieriger. Es gibt Filme, die in einzelnen Märkten



Filmkönig Katzenberg

Pixel und Pinselstrich

Die weltweit erfolgreichsten Animationsfilme; Einspielergebnis in Mio. Dollar

1. Toy Story 3 2010 Pixar	1063
2. Der König der Löwen 1994 Disney	962
3. Findet Nemo 2003 Pixar	922
4. Shrek 2 2004 Dreamworks	920
5. Ice Age 3 2009 Blue Sky	887
6. Ice Age 4 2012 Blue Sky	877
7. Ich – Einfach unverbesserlich 2 2013 Universal	873
8. Shrek 3 2007 Dreamworks	799
9. Shrek 4 2010 Dreamworks	753
10. Madagascar 3 2012 Dreamworks	742

Quelle: Box Office Mojo



DISNEY/PIXAR



DREAMWORKS

sehr unterschiedlich laufen. In den USA kennt man zwar auch nicht immer sofort den exakten Umfang des Erfolgs, aber man kann eben schnell sagen, ob etwas generell klappt oder ein Flop wird.

SPIEGEL: Haben klassische Kinofilme ohne Animationselemente künftig überhaupt noch eine Chance?

Katzenberg: Ich bin nicht der Sprecher der Filmindustrie. Ich persönlich glaube aber: ja. Sie dürfen nicht vergessen, dass 2013 bisher an den Kinokassen ein großartiges, wenn nicht das großartigste Jahr ist. Das Filmgeschäft hat seine Herausforderungen. Aber die Menschen auf der ganzen Welt lieben nun mal Filme.

SPIEGEL: Vergangene Woche wurden in Macau Filmpreise verliehen, eine Art chinesische Oscars. Wie wichtig ist die Region für Sie finanziell?

Katzenberg: China ist ein hervorragender Markt. In fünf Jahren wird das Land fürs Filmgeschäft der größte der Welt sein.

SPIEGEL: Beunruhigt es Sie nicht, dass der Online-Abrufdienst Netflix und andere Internet-Filmplattformen neuerdings Ihre Branche kapern?

Katzenberg: Nein. Netflix ist ein Segen für Dreamworks. Wir waren eine der ersten Firmen, die einen Vertrag mit denen abgeschlossen haben. Wir haben vor kurzem ein sogenanntes Blockbuster-Geschäft vereinbart, bei dem unsere neuen TV-Produktionen exklusiv bei Netflix zu sehen sind. Das war einer der größten Deals in der Geschichte des Fernsehgeschäfts.

SPIEGEL: Welche Ihrer Produktionen war Ihr bislang größter Überraschungserfolg?

Katzenberg: Ich würde sagen „Shrek“. Der Film war so anders als alles, was irgendwer vorher ausprobiert hatte. Die Art und Weise, Märchen zu erzählen, wurde komplett auf den Kopf gestellt. Es war eine wirklich riskante Sache für uns. Am Ende ist es gutgegangen.

SPIEGEL: Stimmt es, dass Sie zu Beginn Ihrer Karriere jeden Morgen einige Stunden in der Branche herumtelefoniert haben, um alle Informationen zu Deals, Drehbüchern, Produktionen zu sammeln?

Katzenberg: Ich habe viel, viel Zeit am Telefon verbracht. So funktioniert die Welt heutzutage nicht mehr. Es gibt viele Wege, neben dem Telefon zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten. Das Telefon ist aber immer noch sehr effektiv.

SPIEGEL: Und das eitle Hollywood geht Ihnen dabei nie auf die Nerven?

Katzenberg: Hollywood ist ein Ort mit sehr vielen netten, ganz normalen Menschen. Nicht jeder ist identisch mit der übertriebenen Cartoon-Figur, die als Mythos über die Person in der Öffentlichkeit kursiert. Ich selbst bin ein Familienmensch und seit 38 Jahren verheiratet. Ich habe zwei wunderbare Kinder, die mittlerweile über dreißig sind und eine großartige Karriere hingelegt haben. Nicht jeder in Hollywood ist plemplem. **INTERVIEW: MARTIN U. MÜLLER**

CHINA

Roter Aberglaube

Unter Chinas Kommunisten grassieren nicht nur Prunksucht, Völlerei und Korruption, sondern auch Mystizismus und Geisterglaube. Statt sich an den Gedanken Mao Zedongs und seiner Nachfolger zu orientieren, so warnen chinesische Experten kurz vor dem Treffen des Zentralkomitees im November, ließen sich KP-Mitglieder zu „unscharfem Denken“ hinreißen. Glaube und Aberglaube, für die KP-Ideologen im Grunde dasselbe, seien weitverbreitet, auch unter hochrangigen Funktionären, wie die jüngsten Korruptionsprozesse zeigten. Der ehemalige Eisenbahnminister Liu Zhijun, im Juli zu einer Todesstrafe auf Bewährung verurteilt, ließ sich bei der Planung großer Infrastrukturprojekte von Feng-Shui-Meistern beraten. Der im September zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilte Spitzenpolitiker Bo Xilai soll sich mit Esoterikern umgeben haben. Und eine wegen Bestechlichkeit angeklagte Funktionärin aus der Provinz Heilongjiang wurde dabei erwischt, wie sie in ihrer Zelle klagte: „Buddha, warum segnest du mich nicht?“ Die Partei vermittele ihren Mitgliedern offenbar kein hinreichendes Gefühl von Zugehörigkeit mehr, so die Experten. Bei einer Umfrage von 2006 gaben 28,3 Prozent der Befragten an, sie glaubten an Wahrsageerei, 18,5 Prozent glauben an chinesische Traumdeutung und 13,7 Prozent an Horoskope.



Opferbergung durch Regierungssoldaten in der Provinz Latakia

SYRIEN

Tödliche Allianz

Das Massaker an alawitischen Zivilisten ist eine weitere Eskalation im Bürgerkrieg – und es zeigt die fatalen Folgen der Liaison von syrischen Rebellen und ausländischen Dschihadisten. Nach einem vorige Woche veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch wurden bei einem Angriff von Dschihadisten wohl 190 Zivilisten ermordet. Erstmals seit 2011 durften die Menschenrechtler, denen zuvor von Damaskus die Einreise verweigert worden war, im Nordosten der Provinz Latakia recherchieren. Sie fanden heraus, dass unter Führung vor allem tunesischer und marokkanischer Radikaler des Qaida-Ablegers „Islamischer Staat im Irak und in Syrien“ ab dem 4. August mehr als zehn Dörfer attackiert wurden, von denen aus das Militär seit einem Jahr die sunnitischen Nachbarorte mit Panzern beschossen hatte. Geflohene Dorfbewohner berichteten von 67 Zivilisten, die von den Dschihadi-

sten umgebracht wurden. Bei weiteren 59 sei die Todesursache unklar, möglicherweise, weil die Armee die Dörfer danach mit Artillerie angriff. Weitere 64 Opfer wurden von einem Regierungskrankenhaus gemeldet. Trotz dieser Unklarheiten zeigt die Tatsache, dass bis zu 200 Frauen und Kinder entführt wurden, das massive Vorgehen gegen Zivilisten – das die syrischen Rebellen bisher vermieden haben. Doch die Dschihadisten schüren gezielt den Hass; der Bürgerkrieg und die Instabilität nutzen ihnen. Die Entführten wollten sie offenbar gegen etwa 400 vom Regime inhaftierte Frauen austauschen. Gegenseitige Geiselnahmen kommen öfter vor, um Gefangene freizupressen. Doch in diesem Fall hat Damaskus bislang kein Interesse gezeigt: Keiner der hohen Regimefunktionäre stammt aus der Gegend, entsprechend gering ist offenbar der Druck, auf die Forderung einzugehen.

RUSSLAND

„Wir stellen uns“



Greenpeace-Chef Kumi Naidoo, 48, über die inhaftierten Aktivisten der „Arctic Sunrise“, die in Murmansk wegen Piraterie angeklagt sind – worauf bis zu 15 Jahre Gefängnis stehen

SPIEGEL: Sie haben sich Präsident Wladimir Putin als menschliches Pfand angeboten, um die Freilassung der Aktivisten auf Kaution zu erwirken. Warum diese heroische Geste?

Naidoo: Seit über drei Wochen sitzen unsere Leute in russischer Haft, unser Antrag auf Kaution wurde mehrfach abgelehnt. Offenbar sehen die Behörden Fluchtgefahr, weil viele unserer Aktivisten nicht aus Russland stammen. Mein Angebot ist daher eine Geste des guten Willens: Wir stellen uns einem Verfahren, aber es muss fair sein.

SPIEGEL: Putin hat gesagt, dass er sich nicht in die Ermittlungen einmischte. Wieso denken Sie, dass er helfen wird?

Naidoo: Putin hat ebenfalls geäußert, dass er die Piraterievorwürfe für übertrieben hält. Das ist ja auch absurd. Unsere Leute haben friedlich auf die Umweltrisiken durch die Ölförderung in der Arktis aufmerksam gemacht.

Und auch wenn wir es begrüßen, dass Putin auf die Trennung von Exekutive und Judikative hinweist – ganz so strikt ist diese in den meisten Staaten am Ende doch nicht.

SPIEGEL: Laut den Ermittlern wurden auch Drogen an Bord gefunden.

Naidoo: Bevor das Schiff den Hafen in Norwegen verlassen hat, haben die dortigen Behörden es durchsucht und keine illegalen Substanzen gefunden. Wir halten diese Vorwürfe für eine Schmutzkampagne.

SPIEGEL: Was für ein Interesse hätte Russland daran?

Naidoo: Indem man uns dämonisiert, lenkt man vom eigentlichen Thema ab: dass uns die Zeit davonläuft, um den Klimawandel zu stoppen.



APA IMAGES / ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Üben für die Hadsch Einmal im Leben soll jeder Muslim die Pilgerfahrt nach Mekka unternehmen. Damit alles glattgeht, wenn sich diese Woche wieder Hunderttausende Gläubige um das wichtigste islamische Heiligtum drängen, bereiten sich künftige Pilger in Kursen vor. So auch diese Mädchen aus Nablus im Westjordanland, der Würfel hinter ihnen

soll den heiligen Stein darstellen. Gerade haben sie den Höhepunkt des fünftägigen Rituals geübt, bei dem die Gläubigen siebenmal um die Kabaa schreiten. Männer tragen während der Hadsch zwei weiße, ungenähte Tücher, Frauen ein langes Gewand. Im vorigen Jahr pilgerten während der Hadsch-Woche über drei Millionen Besucher nach Mekka.

FRANKREICH

„Gack, gack, gack“

Es war wohl das erste Mal, dass Tierlaute im Protokoll der französischen Nationalversammlung verzeichnet wurden: „Gack, gack, gack“ steht im Transkript vom vorigen Dienstag. Urheber der Laute war der UMP-Abgeordnete Philippe Le Ray. Er unterbrach damit die grüne Abgeordnete Véronique Massonneau, die eine Erklärung zur Rentenreform verlas. „Hören Sie auf, ich bin kein Huhn“, sagte sie. Doch Le Ray machte weiter. Aus Protest kamen die weiblichen Abgeordneten der linken Regierungsmehrheit am nächsten Tag zu spät zur Sitzung. Unter den 577 Parlamentariern sind 151 Frauen. Der Vorfall, der sich auf Twitter unter #PouleGate („Hühnergate“)

verbreitete, ist nur ein besonders kras- ses Beispiel für den Sexismus in der französischen Politik. Bereits während der Affäre um Dominique Strauss- Kahn gab es eine Debatte darüber, doch viel verändert hat sich nicht, wie die Vorfälle seither zeigen: Als eine



Massonneau

JACQUES DEMARTHON/AFP

grüne Ministerin im Sommerkleid vor das Parlament trat, erntete sie Pfiffe und schlüpfrige Kommentare. Eine Abgeordnete wurde von Männern der Opposition als „Mädchen“ abgekan- zelt. Als eine Frau den Parlaments- präsidenten vertrat, verlangten die männlichen Abgeordneten der Rech- ten johlend nach ihm. Und als sich eine sozialistische Senatorin zum The- ma Gleichstellung äußerte, rief ein Kon- servativer: „Wer ist denn die Tussi?“ In einem Artikel über die Kulturminis- terin Aurélie Filippetti war neulich zu lesen, dass ihre Kollegen Gerüchte über ihre angeblichen „sexuellen Er- oberungen“ verbreiteten. Die konser- vative Ex-Ministerin Roselyne Bache- lot sagte vergangene Woche: „Mein ganzer Weg war mit Machismo ge- pflastert.“ Der Unterschied zu früher sei: Heute würden solche Bemerkun- gen immerhin öffentlich diskutiert.



ÄGYPTEN

Das Gewaltlabor

Der Sinai ist Urlaubsparadies und zugleich Rückzugsgebiet für Dschihadisten und Gangsterbanden. Jetzt versuchen Armee und Polizei, die Halbinsel zurückzuerobern – ihre Chancen stehen schlecht.

Am Tag seiner Flucht packte Hussein Gilbana, der Lagerverwalter, seine fünf besten Hemden und Hosen in einen schwarzen Koffer, dazu Bücher, Fotos. Er umarmte seine Frau, er küsste den fünf Jahre alten Omar und den kleinen Assar.

Er komme bald wieder, erklärte er seinen Kindern, er werde sie so schnell wie

möglich in ein neues Heim holen. Dann stieg er in seinen betagten Fiat und fuhr davon, weg aus al-Arisch, er verließ den Sinai, seine Heimat, die er inzwischen hasste.

„Signa“, Gefängnis, so hatten Hussein und seine Frau ihre Stadt zuletzt immer genannt – Arisch, Küstenort auf dem Sinai, wurde militärisch abgeriegelt.

Hussein und seine Frau hatten erleben müssen, wie Eindringlinge nach Arisch gekommen waren: Kleinkriminelle, Islamisten, entlassene Schwerverbrecher. Die beiden hatten mitbekommen, wie sie die Stadt zu übernehmen versuchten, wie die ägyptische Staatsgewalt reagierte, mit brachialer Gewalt. Sie hätten zwei Arten von Mördern kennengelernt, sagt Hus-

Überführung auf dem Sinai getöteter Polizisten „Mörder mit langen Bärten“

bald, sonst verliert die Mehrheit der Ägypter den letzten Rest an Vertrauen; und die Verbündeten ebenso.

Und dass es nicht gut aussieht, zeigt die vergangene Woche: In der Innenstadt von al-Tur, Sitz des Gouvernements Süd-Sinai, explodierte am Montag vor dem Polizeigebäude eine Autobombe. Die Splitter, berichteten ägyptische Medien, hätten die Fassade des Hauses über vier Stockwerke hin aufgeschlitzt. Vier Polizisten wurden getötet, 48 Menschen verwundet.

Am selben Tag überfielen Bewaffnete eine Armee-Patrouille nahe am Suezkanal, ebenfalls auf dem Sinai. Nur drei Tage später, am vergangenen Donnerstag, jagte an einem Checkpoint außerhalb von Arisch ein Selbstmordattentäter sich und seinen Wagen in die Luft und tötete dabei drei Soldaten und einen Polizisten. Zuvor hatte es einen Anschlag auf die Geheimdienstzentrale in Rafah gegeben, der sechs Menschen das Leben kostete.

In Kairo war der ägyptische Innenminister Mohammed Ibrahim nur knapp einer Autobombe entgangen. Verantwortlich wahrscheinlich: die islamistische Terrorgruppe „Ansar Bait al-Makdis“, die überall in Ägypten auftritt, ihren Sitz aber hat sie auf dem Sinai.

Der Sinai: ein auf der Spitze stehendes Dreieck, schroff und wüstenrau im Landesinneren, aber mit den schönsten Küsten des Orients. Im Westen liegt der Golf von Suez, im Osten der Golf von Akaba, im Norden das Mittelmeer. Auf dem Sinai steht das Katharinenkloster, eines der ältesten Klöster der Christenheit – hier soll Moses Gesetzestafeln und Gebote empfangen haben.

Der Sinai war Beduinengebiet, seit Jahrtausenden. Die Beduinen sind ein zäher Menschenschlag, nominell zwar ägyptisch, aber ihre Loyalität gehörte dem Stamm, nicht einem abstrakten Staat, der wenig bis nichts für sie tat. Die Sinai-Beduinen lebten ein freies Leben, wenn sie auch arm waren.

Bis die Touristen kamen.

Es war Mitte der neunziger Jahre, als Engländer, Franzosen, Deutsche den Süden des Sinai so richtig entdeckten. Nur wenige Flugstunden vom verregneten Frankfurt entfernt war hier ein Paradies für Badeurlauber und Hobbytaucher: das Wasser klar, leuchtend die Korallenriffe. Allein in Scharm al-Scheich stieg die Zahl der Touristen zwischen 1990 und 2000 von 60 000 Besuchern auf 1,7 Millionen Urlauber. Hunderte Hotels wurden gebaut, vor allem im Süden. Unterdessen bahnten sich im Norden Entwicklungen an, die mit Korallen und Kultur wenig zu tun hatten.

Das Jahr 2010 wurde als Rekordjahr gefeiert. Aber dann kam die Revolution, und sie wirkte wie ein Brandbeschleuniger – der Sinai wurde praktisch zur rechtsfreien Zone.

Touristen blieben weg, Schmuggler und Schlepper, Drogenhändler und Dschihadisten übernahmen. Seit dem Sommer dieses Jahres, seit Präsident Mursis Entmachtung, versuchen Armee, Polizei und Sondereinheiten, die Halbinsel zurückzuerobern.

Noch im September hatte die Regierung erklärt, die Lage im Süd-Sinai sei stabil. Ägyptische Tourismus-Lobbyisten drängten die Europäer, ihre Reisewarnungen für die Badeorte am Roten Meer zurückzunehmen – doch dann kam die Serie von Anschlägen der vergangenen Woche im Norden, die Hoffnungen dürften sich vorerst erledigt haben.

Den Sinai zu befrieden scheint im Moment unmöglich. Das weiß kaum einer besser als Oberst Ahmed Mohammed Ali.

Der Offizier sitzt in einem Palast in Kairo, er trägt Kampfuniform, die Stiefel glänzen, er trinkt roten Saft. Der Sessel, in dem er sitzt, befindet sich in einem Besprechungszimmer voller Samt, Kristall und Brokat. Oberst Ali gehört zum Stab des Militäρχefs General Abd al-Fattah al-Sisi.

Seit 2005, sagt Oberst Ali, seien die Dschihadisten auf die Halbinsel gekommen, teilweise aus dem Sudan, auch durch die Schmuggeltunnel, die den Sinai mit dem Gaza-Streifen verbinden. Sie seien vor allem in drei Städten untergeschlüpft, in Scheich Suwaid, Rafah und Arisch – jener Stadt, aus der Lagerverwalter Hussein floh.

In diesen drei Städten und in etwa 15 umliegenden Dörfern des Nord-Sinai hätten die Gruppen ihre Verstecke, von hier aus operierten sie. Neun Gruppen seien es, etwa 1200 Kämpfer, dazu etwa 7000 bis 10 000 Helfer. Es sei sehr schwer, aus

sein, „Mörder mit langen Bärten und Mörder in polierten Soldatenstiefeln“.

Hussein ist 32 Jahre alt, schlank, lebhaft. Er stammt aus dem Sinai, gehört den Aulad-Sulaiman an, einem Beduinenstamm. Das Leben in Arisch war nicht übel, er arbeitete als Lagerverwalter in einer Zementfabrik, verdiente gut. Aber dann sei seine Stadt zum Kriegsgebiet geworden, sagt Hussein.

Ägypten versinkt seit dem Militärputsch im Juli in Gewalt, aber nirgendwo im Land wird der Kampf erbitterter und grausamer geführt als auf dem Sinai, der biblischen Halbinsel, etwa so groß wie Bayern.

Der Sinai ist das Gewaltlabor, die Testzone; denn hier muss das Militär beweisen, dass es wenigstens Recht und Ordnung herstellen kann, wenn es schon die demokratisch gewählte Islamisten-Regierung unter Mohammed Mursi beseitigt hat. Die Generäle müssen zeigen, dass sie das Land retten können. Und zwar





HAYEM MOUSSA / AP / DPA

Tunnel zum Gaza-Streifen: Drogenhändler und Dschihadisten übernehmen

der Bevölkerung Informationen zu bekommen. Die Leute hätten Angst.

Die Terroristen, sagt der Oberst, hätten eine Art Fatwa ausgesprochen, ein religiöses Dekret, obwohl sie dazu keineswegs die theologische Autorität besäßen. Gemäß dieser Pseudo-Fatwa seien alle Soldaten und Polizisten als Ungläubige anzusehen, man dürfe sie töten.

Die Terroristen hätten alle Arten leichter Bewaffnung, dazu Mörser, Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen. Jede Woche würden drei, vier große Waffenverstecke gefunden; es gebe aber noch viel mehr.

Der Terror- und Sinai-Experte Samir Ghattas, Leiter eines Think-Tanks aus Kairo, kann erklären, warum der Sinai wohl noch lange Zeit eine Kriegszone bleiben wird: Die traditionellen Stammesstrukturen seien zerstört, sagt Ghattas, sie seien ersetzt worden durch neue Machtzentren. Schuld daran seien die Tunnel.

Nach den Osloer Verträgen 1993 eröffnete Israel Vertretungen in verschiedenen arabischen Ländern. Ägyptens Diktator Husni Mubarak, so Ghattas, habe gefürchtet, die politische Monopolstellung als arabischer Verhandlungspartner Israels zu verlieren. Darum ließ er die Schmuggler gewähren – als Bedrohung für Israel, als Faustpfand für Ägypten, nämlich als Argument dafür, dass man immer schön mit ihm reden muss. Aber die Story gehe weiter, sagt Ghattas.

Durch den Schmuggel zwischen Ägypten und Gaza seien im vergangenen Jahrzehnt junge Männer zu viel Geld und Einfluss gekommen. Eine neue Elite sei aus dem Nichts entstanden: junge Warlords, die den traditionellen Status und die Autorität der Stammesältesten nicht mehr anerkennen würden. Zudem stärke die Tunnel die islamistische Hamas in Gaza.

Viele der Schmugglerkönige, so sieht es auch Oberst Ali, würden sich jetzt einen zusätzlichen religiösen Anstrich ge-

ben. „Etwas Dschihad-Kosmetik bringt ihnen, zusätzlich zu Geld und Waffen, auch noch Prestige und Rechtfertigung, sie lassen sich großspurig ‚Emir‘ oder ‚Prinz‘ nennen, sie spielen den islamistischen Befreier und fühlen sich toll.“

Nach 2011, nach der Revolution, erzählt der Oberst, seien zudem die Gefängnisse gestürmt worden, in Wadi Natrun beispielsweise, Tura, al-Fajum. Viele befreite Kriminelle seien von dort auf den Sinai gegangen. Dann kam das Regime Mursi: Unter dessen Ägide wurden die Schmuggelgeschäfte Richtung Gaza-Streifen einfacher, weil Mursis Innenminister Armee und Polizei zurückpfliff.

Allerdings war das Militär immer stark genug; es hätte eingreifen können, wollte aber offenbar nicht.

Hussein Gilbana aus Arisch hatte Mohammed Mursi damals nicht gewählt. Aber man hätte ihn akzeptieren müssen, fand er, es war eine demokratische Wahl. Doch das Militär ergriff die Macht, die Gewalt eskalierte.

Es kamen viele Nächte, in denen Husseins Frau und er wach lagen, Schüsse hörten, über eine Flucht sprachen. Hier würden sie irgendwann zwischen die Fronten geraten.

Viele denken wie Hussein – für die Militärs rächt es sich nun, dass sie es während der Mubarak-Ära versäumt haben, bei den Leuten auf dem Sinai Vertrauen aufzubauen.

Auch die Mahnungen ihrer amerikanischen Verbündeten helfen ihnen wenig: Man müsse die Militärhilfe, bislang etwas mehr als eine Milliarde Dollar im Jahr, „rekalibrieren“, so hieß es Mitte vergangener Woche in Washington. Viele Panzer und Helikopter werden wohl erst mal nicht kommen. Aber Unterstützung finden die Ägypter bei den Israelis. Deren mächtige Washingtoner Lobby setzte sich dafür ein, doch Geld und Waffen zu schi-

cken – und tatsächlich bleibt die Militärunterstützung für den Sinai unangetastet. Wie die Millionen genau verwendet werden, erfährt die Öffentlichkeit nicht.

Es gehört zu den Eigenschaften dieses Sinai-Krieges, dass er im Verborgenen geführt wird. Journalisten können sich auf dem Sinai nur noch schwer bewegen. Sie müssen damit rechnen, von Dschihadisten erschossen oder entführt zu werden – und sie können sich schnell in einem Militärgefängnis wiederfinden.

So widerfuhr es neulich dem Reporter Ahmed Abu Deraa, 38, der für die angesehenen Tageszeitung „Al-Masry Al-Youm“ und verschiedene Fernsehsender arbeitet. „Während der Mubarak-Zeit litten wir unter dem Polizeistaat“, sagt Abu Deraa, „aber jetzt ist alles noch schlimmer geworden.“

Am 3. September hatte Abu Deraa Fotos von einer Moschee und drei Wohnhäusern in Arisch gemacht, die von Soldaten in Brand gesetzt worden waren. Ein ägyptischer Fernsehsender zeigte seine Bilder, begleitet von einem Interview mit dem Reporter, in dem dieser sagte, dass bei dem Angriff auch Zivilisten getroffen worden seien. Er wusste das, sagt Abu Deraa, weil auch ein entfernter Verwandter unter den Verletzten war.

Der Verwandte war in eine Kaserne in der Stadt gebracht worden. Als Abu Deraa ihn dort besuchen wollte, wurde er festgenommen. „Man warf mir vor, falsche Gerüchte verbreitet zu haben, die dem Militär schaden könnten.“

Abu Deraa wurde in eine Zelle gebracht, fensterlos, 1,3 mal 2,3 Meter. Seine Familie durfte ihn nicht sehen; am elften Tag erst besuchte ihn ein Anwalt. „Zum Glück haben meine Kollegen und der Verband der Journalisten für mich protestiert“, sagt Abu Deraa. Nach 30 Tagen in der Zelle wurde er von einem Militärgericht verurteilt: sechs Monate Haft auf Bewährung, eine Geldstrafe, 200 Pfund, 21,39 Euro. Am vorvergangenen Samstag kam er frei.

Er wolle weiter als Journalist arbeiten, sagt er, auch wenn es praktisch unmöglich geworden sei: „Die Lage im Sinai entwickelt sich von schlecht zu miserabel.“

Und während Abu Deraa am vergangenen Freitagabend noch zu einem Termin des Journalistenverbands marschiert, um seine Freilassung zu feiern, ist Hussein Gilbana, der Lagerverwalter aus Arisch, in Kairo angekommen. Er hat den Schlüssel zu seiner neuen Wohnung abgeholt, sie liegt nicht weit vom Tahrir-Platz, außerdem günstig, 1100 Pfund Monatsmiete, rund 110 Euro. Er hat zwei kleine Betten für seine Jungs gekauft, ein Ehebett, einen Schrank, Lampen, Geschirr, einen Topf. Morgen fährt er zurück nach Arisch, auf den Sinai, um seine Familie herauszuholen.

RALF HOPPE, SAMIHA SHAFY,
DANIEL STEINVORTH



KATHARINA HESSE / DER SPIEGEL

Menschenrechtler Kim Yong Hwa vor seinem Büro, Diktator Kim Jong Un: Viele starben auf der Flucht durchs Gebirge – Leichen liegen dort

NORDKOREA

Der lange Weg in die Freiheit

Ein Offizier floh unter dramatischen Umständen in den Süden – nun hilft er Landsleuten, der Diktatur und dem Hunger zu entkommen.

Dafür lässt das Regime Angehörige der Flüchtlinge büßen. *Von Susanne Koelbl*

Herr Kim sitzt schon seit sechs Uhr am Schreibtisch, er raucht, er flucht, er wartet. Es ist ein kleines Büro in Südkoreas Hauptstadt Seoul, graue Stahltür, doppeltes Sicherheitschloss. Endlich, das Telefon läutet: „Am Fluss ist das Wasser gestiegen“, sagt, schwer zu verstehen, eine Stimme am anderen Ende: „Das kostet extra.“

Es geht um drei Männer, zwei Frauen und zwei Kinder aus Nordkorea. Sie warten am Tumen-Fluss, der ihr Land von China trennt. Sie wollen fliehen, aber sie können nicht schwimmen. Der Anrufer, ein Schlepper in Kim Yong Hwas Diensten, will umgerechnet 30 Euro pro Person mehr, er muss sie mit einem Seil auf die chinesische Seite ziehen. „Das Geld

kommt“, schreit Kim ins Telefon, „bring sie rüber, wir haben das Geld.“

Kim Yong Hwa ist 60, er hat Ähnliches schon oft durchgemacht. Ungefähr 7000 Menschen hat er in den vergangenen zehn Jahren zur Flucht aus Nordkorea verholfen. Er trägt ein kurzärmeliges Hemd, Safari-Weste, leichte Stoffhose. In die sonnengegerbte Stirn haben sich Furchen gegraben. Kims Büro liegt mehr als 50 Kilometer entfernt von der Demarkationslinie der geteilten koreanischen Halbinsel, praktisch lebt er aber zwischen zwei Welten.

Kim war früher selbst einer von drüben. Ein Hundertprozentiger, ein Offizier der nordkoreanischen Diktatur. Deshalb weiß er, wie das System funktioniert.

Und er weiß, wie man es überlistet: Er schmuggelt Mobiltelefone ins Land und baut geheime Informationskanäle auf, er besticht Beamte, damit sie gefälschte Reisegenehmigungen erteilen, oder auch Grenzer, die dann im richtigen Moment wegschauen.

Wer die Berichte der entkommenen Nordkoreaner hört und sich in Seoul mit Abtrünnigen des Regimes trifft, versteht schnell, warum sie alles riskiert haben, um wegzukommen: Die „Demokratische Volksrepublik“ versorgt ihre Bürger offiziell mit allem Lebensnotwendigen, in Wirklichkeit könnten viele ohne den Schwarzmarkt kaum überleben.

Hungernde Soldaten der Armee stählen nachts die Vorräte der Bauern, berich-



konserviert im Eis

ten Landarbeiter und übergelaufene Militärs. Ein geflohenes Ehepaar aus der Provinz Süd-Hamgyong erzählt, erwachsene Kinder einer Familie aus ihrem Dorf hätten schon die Eltern zum Selbstmord aufgefordert, um zwei Esser weniger durchbringen zu müssen.

Der entflohenen nordkoreanische Finanzspezialist Kim Kwang Jin spricht fließend Englisch, er gehörte zum Spitzenpersonal der Kommunisten, repräsentierte die nordkoreanische North East Asia Bank in Singapur und pendelte zwischen dort und Pjöngjang. Bis er nicht mehr in die Heimat zurückkehrte.

Kim Kwang Jin ist einer der hochrangigen Flüchtlinge aus dem inneren Kreis des Regimes, die wie Fluchthelfer Kim Yong Hwa heute in Seoul leben. Die beiden arbeiten für ein gemeinsames Ziel, für den Sturz eines Systems, das sie alle gleichermaßen zu Geiseln macht: diejenigen, die noch dort sind genauso wie diejenigen, die weggingen – und nun um das Leben ihrer Angehörigen fürchten.

Noch immer trifft sich der frühere Banker mit scheinbar regimetreuen Kollegen im Ausland, die Klartext reden, wenn sie unter sich sind. Er sagt, dass nur die Elite noch tägliche Nahrungsmittellieferungen erhalte: Geheimpolizisten, Offiziere, Richter, hohe Beamte. Viele von ihnen wohnen im Zentrum Pjöngjangs, im Par-

teviertel um die Changgwang-Straße. Es sieht dort aus wie an der Berliner Karl-Marx-Allee: Die Häuser bestehen aus großzügigen Wohnungen mit sieben, acht Zimmern und zwei, drei Bädern.

Das Regime stütze sich auf rund 2,5 Millionen Hauptstadt-Günstlinge, die regelmäßig Zuwendungen erhielten, sagt Kim Kwang Jin. Ansonsten aber leide es unter einer „Erosion von innen“. Wenn die Regierung eines Tages fallen sollte, würden sich die Menschen an Diktator Kim Jong Un rächen „wie an Ceausescu oder Saddam Hussein“.



Kim-Skizze der Hinrichtungsposition
Tod nach Vorschrift

Nordkoreas mächtiger Nachbar China will den Zusammenbruch verhindern; kein Chaos, keine Revolution, lautet die Devise. Peking stützt Pjöngjang wirtschaftlich, und in der Hauptstadt Nordkoreas gibt es deshalb erstaunliche Luxuswaren: BMW-Limousinen und Flachbildschirme, Gucci-Parfums und Filme aus den USA, natürlich nur gegen Devisen.

Eine Bahn pendelt regelmäßig zwischen Pjöngjang und dem chinesischen Dandong. Auf dem Rückweg sind die Zugabteile vollgestopft mit begehrter Ware, der Speisewaggon gleicht einem fahrenden Offizierscasino wie zur Kaiserzeit in Europa: Berge köstlicher Speisen stehen auf den Tischen, nordkoreanische Offiziere halten Mädchen im Arm und drücken ihre Zigaretten schon mal in der kaum angetasteten Hauptspeise aus.

Auf der anderen Seite der Demarkationslinie, in Kims Büro mit den grauen Stahltüren und dem Doppelschloss, laufen Informationen über seine alte Heimat zusammen. Fluchthelfer Kim ist bekannt, ihm entgeht wenig. Er bedient drei Telefone gleichzeitig, und er hasst Pausen. Gerade sind neue Flüchtlinge eingetroffen, zwei Brüder, Kim muss noch mal in seiner Kleiderkammer vorbeifahren, um ihnen neue Sachen zu besorgen.

Dem Alptraum der Diktatur ist Kim selbst vor langer Zeit entkommen, auch er hat einmal den Fluss überquert, aber die eigene Geschichte hat er noch nicht wirklich hinter sich gelassen.

Kims Familie gehörte zur Elite: Der Großvater kämpfte mit der Guerilla-Gruppe von Staatsgründer Kim Il Sung gegen die Japaner, der Vater wurde im Korea-Krieg verwundet. Jeden Tag brachte er den kleinen Kim in einem Mercedes zur Schule. Später schlug der Sohn selbst die Offizierslaufbahn ein, er war verantwortlich für die Sicherheit einer strategisch wichtigen Bahnstrecke an der Ostküste.

Vorläufiger Höhepunkt seiner Karriere war ein Anruf des „Sicherheitsministeriums“, ein Vorgesetzter teilte dem Hauptmann mit, er dürfe einen Parteikader exekutieren: „Ich war außer mir vor Freude“, sagt Kim, „das bedeutete, sie trauen mir, ich gehöre dazu, mein Auskommen ist gesichert.“

Am Tag der öffentlichen Hinrichtung versammelten sich die Zuschauer, fünf Schützen standen vor fünf Delinquenten. Die Verurteilten trugen, wie Kim erzählt, Augenbinden und waren an Holzpfähle gefesselt. Er skizziert auf einer Zeitung, wie so etwas üblicherweise in Nordkorea aussieht.

Kims Opfer war wohl Mitte vierzig. Der Mann hatte angeblich den Fehler begangen zu behaupten, Kim Il Sungs Staatsphilosophie sei eigentlich nicht

denkbar ohne die Lehren von Marx und Lenin.

Kim schoss mit seiner Dienstwaffe: erst in die Brust, dann in den Kopf, am Ende in den Bauch, damit der Kopf nach vorn kippt, so sei es Vorschrift gewesen. Danach mussten Angehörige die Erschossenen auch noch mit Steinen bewerfen, um zu zeigen, dass sie den Führer mehr lieben als die Familie.

Es gibt 24 Millionen Nordkoreaner, etwa 25 000 davon leben in Südkorea, allein 2012 kamen gut 1500 hierher. Viele sterben aber auf der Flucht, zum Beispiel an Hunger oder Kälte beim Marsch durch das Changbai-Gebirge im Grenzland zwischen Korea und China. Manche Leichen liegen dort konserviert im Eis.

Wer durchkommt, muss Chinas Behörden fürchten. Peking schiebt die „Wirtschaftsflüchtlinge“ zurück nach Nordkorea. Für die Menschen heißt das in der Regel: Arbeitslager oder Hinrichtung.

Mindestens 250 000 illegale Nordkoreaner verstecken sich trotzdem in China. Sie leben in dunklen Nischen der Gesellschaft, als Zwangsprostituierte, Müllsammler, Billigarbeiter, ständig in Angst, verraten zu werden.

Erst vor drei Tagen hat Fluchthelfer Kim ein paar Schläger angeheuert, damit sie in ein chinesisches Bordell in Dandong gingen. Er wusste von fünf nordkoreanischen Mädchen, sie wurden dort festgehalten. Kim zeigt die Bilder der jungen Frauen, geschminkt wie Puppen, mit schwarzen Augen, rotem Mund. Die Jüngste soll 13 Jahre alt sein.

„Wisst ihr, wie es ist, wenn Menschen bereit sind, Menschen zu essen?“, knurrt Kim. „Was wisst ihr überhaupt?“ Nie werde der Westen verstehen, was in dieser anderen Welt geschieht, sagt er.

Den Flüchtling Jang Jin Sung lernte Kim erst hier kennen, im Exil. Jang ist 41, er hat ein rundes Gesicht, er wirkt sanft und freundlich. Früher hat Jang beim nordkoreanischen Geheimdienst gearbeitet und in der Propaganda. Er schrieb Elogen auf den damaligen Führer – aber setzte sich 2004 ab.

Jang kennt den Führungszirkel um Diktator Kim Jong Un sehr gut. Er verfügt über Kanäle, durch die er Details aus Partei und Regierung abfragen kann, bis heute.

Täglich veröffentlicht Jang über seinen englischsprachigen Internetdienst New Focus International Informationen über den Diktatoren-Clan. So schrieb er auf, welche Mitglieder sich bereits ins Ausland abgesetzt haben und dass der „Respektierte Führer“ Kim Jong Un in diesem Jahr einem kleinen Kreis Vertrauter Exemplare von Hitlers „Mein Kampf“ ge-

Fluchtrouten der Nordkoreaner, um nach Südkorea zu gelangen



schenkt habe. Gerade stellte Jang ein Satellitenfoto der Villa der mächtigen Tante Kim Jong Uns ins Netz und kündigte an, ein Online-Album aller Häuser der Mächtigen anzulegen.

Pjöngjangs staatliche Nachrichtenagentur KCNA droht Jang, dem „Bastard“, regelmäßig mit „Vernichtung“. Deshalb lässt die südkoreanische Regierung ihn vorsichtshalber rund um die Uhr von Bodyguards bewachen.

Es ist 16 Uhr. Per Handy überweist Kim Yong Hwa noch das Geld für den Helfer in China. Die sieben Flüchtlinge sollen in einem jener Häuser abgeliefert werden, die Kims „Menschenrechtsvereinigung für nordkoreanische Flüchtlinge“ in China besorgt hat. Von dort aus werden Helfer sie weiterschleusen, nach Vietnam oder Laos, dann nach Thailand. Erst dort sind sie sicher. Thailand liefert sie nicht nach Nordkorea aus.

Kim verriegelt die beiden Schlösser an seinem Büro und geht die Straße hinunter, er setzt sich in ein kleines Lokal. Auf einem Kohleöfchen schmort Schweinespeck, dazu gibt es eingelegte Salatblätter. Kim erzählt seine eigene Geschichte.

Am 13. Juli 1988 entgleiste ein Nachschub-Zug mit russischen Panzerteilen in der Provinz Süd-Hamgyong. Er war für dessen Sicherheit zuständig und wurde beschuldigt, den Unfall nicht verhindert zu haben.

Ihm drohte die öffentliche Exekution und die Entehrung seiner Familie. Kim war 35, verheiratet, er hatte drei Kinder. Ihm sei nur Selbstmord oder Flucht geblieben, sagt er.

Er watete durch den Fluss ans chinesische Ufer. Es war zehn Uhr abends, im Rucksack trug er eine Pistole und sein Parteibuch.

Er schlug sich zu Fuß durch bis nach Vietnam und landete dort im Gefängnis. Er konnte fliehen, zurück nach China, von dort aus schaffte er es mit einem Boot nach Südkorea. Da wurde er als Spion verdächtigt und eingesperrt.

Nach drei Jahren konnte er aus der Haft entkommen. Er fand Asyl in einer Kirche. Bis heute ist die Kirche die einzige Organisation, der er traut. Die große Presbyterianer-Kirche Myung Sung in Seoul gibt auch das meiste Geld für seine Arbeit.

Kim schaffte es bis nach Japan. Wieder wurde er als Agent verdächtigt. Im Gefängnis schrieb Kim ein Buch über sein Schicksal. Menschenrechtsgruppen kämpften für ihn, schließlich nahm sich ein Kirchenmann seines Falls an. Er half Kim, als Flüchtling in Südkorea anerkannt zu werden.

2002 erhielt Kim in Seoul die Staatsbürgerschaft, am 15. August dieses Jahres lud ihn Südkoreas Staatspräsidentin Park Geun Hye anlässlich des Jahrestags der Befreiung von den Japanern als Ehrengast zu einem Staatsempfang.

Kim isst im Schneidersitz. Er hat jetzt bereits die dritte Flasche Soju geleert, hergestellt aus Reis und Kartoffeln, stärker als Wein. Die Flüchtlinge aus Nordkorea erzählten sich untereinander einen Witz, sagt er: Wann weißt du, dass du wirklich angekommen bist in Seoul? Antwort: Wenn du das erste Mal einen Alptraum hast, der in Südkorea spielt. Kim lacht.

Nicht viele Nordkoreaner überstehen die Flucht aus Kim Jong Uns Schattenreich ohne seelische Wunden. Misstrauen und Angst sind ihre Gefährten.

Kim hat wieder geheiratet, seine Tochter in Seoul ist elf. Aber nachts schläft er allein, in einem anderen Zimmer als die Ehefrau. Er sagt, im Traum schreie er und schlage um sich. Frische Litschis, Pudding und Tee werden aufgetischt, und eine letzte Flasche Soju. Dann hat Kim genug getrunken, wie jeden Tag. Um zu vergessen. Um zu schlafen.

Aber vorher zieht er noch ein Foto aus einer Klarsichtfolie, es zeigt ihn als jungen Offizier. Auf einem anderen Foto sind die drei Kinder zu sehen, die er in Nordkorea zurückgelassen hat. Flüchtlinge sprechen ungern von ihren Angehörigen, denn fast immer müssen die bitter büßen.

Seine Frau und die Kinder seien nach seiner Flucht, so erzählt er, ins bekannte Gefangenenlager Yodok gekommen. Die Ehefrau habe darüber den Verstand verloren und sei kurz nach ihrer Entlassung gestorben. Die Kinder seien später erschossen worden.

Kim weint. Nun stehle er umgekehrt dem Diktator so viele Seelen wie möglich, sagt er, 10 000 sollen es am Ende sein.

Das sei seine Rache.



Video: Flucht aus dem Hungerstaat

spiegel.de/app422013nordkorea oder in der App DER SPIEGEL

ESSAY

Die neuen Großmächte

China, Indien und Brasilien erobern die Welt – doch mit dem Wohlstand wächst auch das Selbstbewusstsein der Bürger dieser Staaten. *Von Erich Follath*

Welches sind die Zukunftsstädte der Welt? Die amerikanische Fachzeitschrift „Foreign Policy“ untersuchte gemeinsam mit dem McKinsey Global Institute Kriterien wie Wirtschaftswachstum und Technologiefreundlichkeit. Das Ergebnis: Shanghai steht vor Peking und Tianjin, dann folgt als erste nichtchinesische Mega-City São Paulo in Brasilien. Keine westeuropäische Metropole schafft es unter die Top Ten der „dynamischsten Städte“. Berlin, Frankfurt am Main und München tauchen nicht einmal unter den ersten 50 auf. Dafür aber noch andere aus China, Indien und Brasilien – glaubt man der Studie, spricht die Menschheit im Jahr 2025 in ihren urbanen Zentren Mandarin, Hindi und Portugiesisch. Die Experten sagen: „Wir sind Zeugen der größten ökonomischen Transformation, die die Welt je gesehen hat.“

Welches sind derzeit die konkurrenzfähigsten Staaten für industrielle Produktion, welche werden es in Zukunft sein? Die Unternehmensberatungsfirma Deloitte Touche Tohmatsu konstatiert, dass China vor Deutschland, den USA und Indien liege. Schon 2017 aber wird sich die Rangfolge nach der Projektion wesentlich verschoben haben. Deutschland und die USA fallen aus den Medaillenrängen – auf dem Siegestreppchen stehen laut der Studie, für die 550 Top-Manager führender Firmen befragt wurden, keine „alten“ Mächte mehr. Sondern, in dieser Reihenfolge: China, Indien, Brasilien.

Im „Bericht über die menschliche Entwicklung“, den die Vereinten Nationen 2013 herausgegeben haben, heißt es: „Der Aufstieg des Südens vollzog sich in beispielloser Geschwindigkeit und in einem nie zuvor erlebten Ausmaß.“ Zum ersten Mal seit 150 Jahren habe jetzt die gemeinsame Wirtschaftskraft von China, Indien und Brasilien mit den klassischen Industriemächten – USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada – gleichgezogen. Dazu wird Peking in diesem Jahr erstmals mehr Öl aus den Opec-Staaten importieren als die USA.

Es ist ja nicht nur die schiere Quadratmetergröße, die gewaltige Zahl der Konsumenten dieser drei Staaten, in denen fast 40 Prozent der Menschheit leben. China, Indien und Brasilien verblüffen mit überraschenden Höchstleistungen in vielen Bereichen, auch in der Forschung und der Hochtechnologie. Der größte Bierbrauer der Welt ist ein Brasilianer – der Milliardär Jorge Paulo Lemann hat das US-Unternehmen Anheuser-Busch übernommen. Und das südamerikanische Land gilt auch als internationaler Spitzenreiter der Nahrungsmittelforschung. São Paulo nebst Umgebung ist weltweit Standort Nummer eins für deutsche Konzerne, es gibt rund 800 deutsche Firmendependancen. Brasilien hat abgehoben, auch im Wort-

sinn: Nach Boeing und Airbus ist Embraer der größte Flugzeugbauer. Dass Rio eine Party-Hochburg ist, bleibt angesichts der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und Olympia 2016 ohnehin unbestreitbar.

Im indischen Mumbai steht das teuerste Privathaus der Welt, es gehört dem Unternehmer Mukesh Ambani. Wer mit einem Jaguar über die Straßen gleitet oder im Land Rover durchs Gelände brettet, fährt indisch, Tata Motors hat das britische Traditionsunternehmen gekauft. Das Land ist der größte Polyester-Produzent – und führend bei den regenerativen Energien: Der Windkraftanlagen-Produzent Suzlon aus Pune hat die Hamburger REpower übernommen. Bei der Computersoftware und in

der Weltraumtechnologie gehört Neu-Delhi zur internationalen Spitze. Und noch ein Rekord, allerdings ein fraglicher: Kein zweites Land gibt so viel für Waffenimporte aus.

In China werden längst mehr Volkswagen verkauft als in Deutschland; allein in diesem Jahr sollen im Reich der Mitte fünf neue Werke eröffnen. Aber umgekehrt investieren die Chinesen auch hierzulande, besitzen Autozulieferfirmen und haben sich bei den Perlen des Mittelstands eingekauft – der schwäbische Betonpumpenhersteller Putzmeister etwa wurde von Sany in Changsha übernommen. Die Monteure der Londoner Taxis, so typisch britisch wie Bobbys oder Plumpudding, hören auf chinesische Chefs, ebenso wie viele Arbeiter im Hafen von Piräus in Griechenland. Nichts geht mehr, so scheint es, ohne die Krösusse in Fernost, sie haben die größten Devisen-

reserven angehäuft. Und auch der schnellste Computer der Welt gehört den Aufsteigern in Peking.

Politisch zeigen sich die neuen Großmächte China, Indien und Brasilien zunehmend selbstbewusst – und präsentieren sich zuweilen als gemeinsame Front gegen den Westen. China blockiert im Uno-Sicherheitsrat jede missliebige Nahost-Resolution und lässt mit seiner Flotte auf den fernöstlichen Meeren die Muskeln spielen. Indien stockt gegen den Trend sein Atomwaffenarsenal auf. Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff sagt wegen der Abhörpraktiken der NSA demonstrativ eine USA-Reise ab und lässt ein Treffen mit Barack Obama platzen – schwer vorstellbar, dass Angela Merkel ein ähnlich düpiertes Deutschland ähnlich entschieden vertritt.

Die drei Schwellenländer haben sich, gemeinsam mit Russland und Südafrika, schon vor einigen Jahren zu der BRICS-Gruppe zusammengeschlossen. Ihre Staatschefs beschlossen im März eine eigene Entwicklungsbank, Startkapital 100 Milliarden Dollar, sie ist wohl als Gegenmodell zur US-dominierten Weltbank gedacht. Gemeinsam versuchen sie auch, strengere



Skyline von Shanghai

„China ist wirtschaftlich unaufhaltsam auf dem Weg zur Nummer eins.“

LAI XINLIN / MAGNETHINA

Umweltschutzaufgaben für ihre Industrien zu verhindern und in den traditionellen internationalen Machtzentren an Einfluss zu gewinnen: Mit den Stimmen aus Peking und Neu-Delhi – und gegen den Wunsch der USA – wurde der Brasilianer Roberto Azevêdo im Mai zum neuen Chef der Welthandelsorganisation WTO gewählt und kann nun die Warenströme mitbestimmen.

Vor 40 Jahren war Brasilien noch eine bankrotte Militärdiktatur, Indien ein rückständiger Agrarstaat, China stöhnte unter der Kulturrevolution, kein Privatauto fuhr auf den Straßen. Wir stehen am Vorabend einer neuen Zeitenwende.

Aber das ist nur die eine Seite der Geschichte, die Erfolgsstory, die in Peking, Neu-Delhi und Brasília ständig und stolz wiederholt wird und die auch internationale Institute gern erzählen. Die andere Wahrheit ist unangenehm: China, Indien und Brasilien werden derzeit von inneren Turbulenzen erschüttert, in allen drei Staaten gehen die Menschen gegen Korruption, Vetternwirtschaft oder ineffiziente Staatsführung auf die Straße – und parallel dazu erlebt der Wirtschaftsaufschwung eine Delle.

Die Schwellenländer haben ausgerechnet in diesen Monaten, in denen sie am „alten“ Westen vorbeiziehen, ökonomisch erheblich zu schwächeln begonnen. Verglichen mit dem Boomjahr 2007 werden die Wachstumsraten 2013 wohl so ziemlich halbiert: in China von über 14 Prozent auf etwa 7,5; in Indien von etwa 10 Prozent auf um die 5 Prozent; in Brasilien von 6 Prozent auf geschätzte 2,5. Das sind immer noch bessere Werte als in den USA und der EU, aber sie können den Selbstansprüchen der Aufholjäger nicht genügen. Und weil der Glanz verblasst, treten auch Gegensätze wieder in den Vordergrund: Die neuen großen drei mögen sich beim Kampf gegen die westliche Dominanz und ein mögliches Diktat in Sachen CO₂-Emissionen meist einig sein, ansonsten trennt sie politisch ziemlich viel.

Was ihre eigenen Entwicklungsmodelle angeht, könnten die ja unterschiedlicher kaum sein: China ist eine zentralistische Einparteiendiktatur mit deutlichen Zügen eines brachialen Kapitalismus; Indien eine föderale, chaotische, sich oft selbst ausbremsende Demokratie; Brasilien ein präsidentielles Regierungssystem mit einer verkrusteten Parteienlandschaft.

Für Hunderte Millionen Menschen auf dem Land hat sich empörend wenig verändert, die Bauern sind überwiegend die Verlierer des Booms. Aber es hat sich eine neue städtische Mittelklasse gebildet, sie schien durch die stetige Steigerung ihres Lebensstandards politisch ruhiggestellt. Da nun für sie ökonomische Grundbedürfnisse gestillt sind und der wirtschaftliche Aufschwung zumindest vorübergehend gebremst ist, verschieben sich die Prioritäten. Die Menschen nehmen verstärkt die Ungerechtigkeiten ihrer Gesellschaften wahr, die Vetternwirtschaft, die Funktionäre reich macht, das schlimme Gefälle zwischen Arm und Reich.

Gerade diejenigen, von denen die Herrschenden wohl glaubten, Dankbarkeit oder wenigstens stillschweigende Unterstützung erwarten zu können, gehen jetzt auf die Straße – ein Beleg für die These des französischen Weltreisenden Alexis de Tocqueville, der schon Mitte des 19. Jahrhunderts schrieb, es seien meist nicht die verarmten Massen, die Veränderungen anführten, sondern die Menschen, die etwas zu verlieren hätten. Sie protestieren gegen neue Dreckschleuderfabriken und eine träge

Justiz (Indien), gegen vergiftete Lebensmittel und Kader-Privilegien (China), gegen mangelnde Bildungschancen und sündhaft teure Prestigeprojekte (Brasilien). Sie verlangen von ihren Politikern zunehmend selbstbewusst Rechenschaft, Verantwortlichkeit, „Good Governance“.

Welches der drei Modelle kann mit dem wirtschaftlichen Rückschlag am besten umgehen, am flexibelsten im Sinne seiner Bürger reagieren – sind autoritäre Systeme besser für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet als demokratische? Handelt es sich nur um eine vorübergehende ökonomische Schwäche, oder sind die bisherigen Vorhersagen für die drei neuen Mächte doch zu euphorisch? Und was bedeutet das für die USA und Europa – fallen sie zurück, oder steht der Westen womöglich vor einem Comeback?

Manche Experten machen uns glauben, wir bekämen die Grippe, wenn Peking, Neu-Delhi und Brasília nur husteln. Aber muss sich Deutschland wirklich auf eine steigende Arbeitslosigkeit einstellen? Oder können wir den Immer-noch-Vorsprung bei den anspruchsvollen Jobs und in der Hightech-Forschung sogar ausbauen?

Die Welt ordnet sich neu: And the winner is – Germany?

Ein Besuch bei Amartya Sen, dem indischen Wirtschaftsnobelpreisträger und Harvard-Professor, in seinem Büro auf dem Gelände der Elite-Universität nahe Boston. Für den Mitbegründer des Human Development Index der Uno sind

das Bruttoinlandsprodukt und das Pro-Kopf-Einkommen wichtige, aber keinesfalls alleinentscheidende Kriterien zur Lebensqualität. „Entwicklung bedeutet für mich materiellen Wohlstand ebenso wie Zugang zu Bildung, medizinische Grundversorgung ebenso wie das Recht auf freie Religionsausübung, Möglichkeit zur politischen Einflussnahme ebenso wie Schutz vor Polizeiwillkür.“

Und da sieht der feinfühligste Intellektuelle erhebliche Defizite bei den neuen Global Players. „Die Schwäche des einen ist dabei die Stärke des anderen. China hat größere Erfolge beim Ausbau der gesundheitlichen Grundversorgung und Schulbildung erreicht, die Lebenserwartung ist hoch, die Analphabetenrate niedrig. Indien schneidet besser ab beim Schutz der Bürgerrechte. Die Regierenden müssen begreifen, dass Entwicklung Freiheit heißt – Freiheit von

Arm und von Tyrannei.“ Nach Sens Überzeugung hat sich, trotz vieler Rückschläge, die Demokratie als Staatsform im Großen und Ganzen bewährt. Anders als die Autokratie helfe sie dabei, extreme Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Und doch überkommt Sen, 79, wenn er über seine Heimat spricht, ein geradezu verzweifelter Zorn. Er beklagt die hohe Kindersterblichkeit, den mangelnden Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Toiletten. Es gebe vernünftige Sozialprogramme in Indien, aber bei deren Implementierung versagten die Behörden – anders in Brasilien, wo es trotz zahlreicher Probleme immerhin langsam vorangehe. In Sens Uno-Index hat sich der südamerikanische Riese weit vor China und Indien geschoben. Beim Korruptionsindex von Transparency International schneiden allerdings alle drei kläglich ab: Brasilien liegt da auf Rang 69, China nimmt Platz 80 unter den Staaten ein, Indien ist auf Nummer 94 Schlusslicht unter den drei Mächten.

Zu Gast bei Lee Kuan Yew, dem früheren Regierungschef von Singapur und weltweit geschätzten chinesischstämmigen Elder Statesman. Auch die politische Führung in Peking verehrt



Straßenproteste in São Paulo

Die neue Mittelschicht verlangt von den Mächtigen Rechenschaft und Verantwortlichkeit.

den Mann, der in seinen 45 Jahren als Premier und Senior Minister die ehemalige britische Kolonie zu einem blühenden Stadtstaat gemacht hat. Und zwar weitgehend autoritär. „Ich werde mir eine intelligente, konstruktive Opposition heranzüchten“, sagte er 1986, bei unserem ersten Gespräch.

Lee Kuan Yew, 90, Freund von Helmut Schmidt und Henry Kissinger, sieht schon seit langem eine Verschiebung der Weltpolitik Richtung Asien. „Das 21. Jahrhundert wird ein Zeitalter des Wettstreits zwischen China und den USA. Wie lange die Amerikaner noch vorne bleiben können, das vermag ich nicht vorauszusehen. China ist unaufhaltsam auf dem Weg zur Nummer eins.“ Die meisten exzessiven Verletzungen der Menschenrechte sieht Lee in Indien, nicht in dem Land seiner Vorväter. „In China beginnt sich allerdings die Idee von den Menschenrechten gerade erst einzunisten. Die Vorstellung, dass der Staat die oberste Instanz ist, die nicht in Frage gestellt werden darf, beherrscht immer noch das Denken.“ Zeitlebens war Singapurs Staatslenker ein Freund konfuzianischer Werte, und er freut sich, dass der große Philosoph nach langen Jahren der Verfemung wieder hohe Achtung in der Volksrepublik genießt. Lee sieht die Lehren des Weisen allerdings nicht nur als Autoritätszugewand, für ihn steht die Betonung der Ausbildung und die Verantwortlichkeit der Regierenden gegenüber dem Volk bei Konfuzius im Mittelpunkt. Die Abwesenheit rechtsstaatlicher Mechanismen, das Misstrauen der chinesischen Kultur gegenüber einem freien Wettbewerb von Ideen sei auf die Dauer schädlich – erstaunliche Worte für einen Denker, der doch lange in seinem Leben mit der Überlegenheit asiatischer Werte kokettiert hat.

Lee glaubt, dass die neue chinesische Führung unter dem „eindrucksvollen“ KP-Chef Xi Jinping begriffen habe, dass sich das System öffnen müsse. Dass dies automatisch zu einem Mehrparteiensystem nach westlichem Muster führt, sieht Lee nicht. Nur durch intensive Verflechtung Pekings mit dem Westen auf allen Gebieten werde eine Konfrontation mit den USA verhindert.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Sen und der Politik-Prof. Lee sind sich in einem einig: Der Westen hat keinen Grund, sich aus dem Wettbewerb der Systeme kleinmütig zurückzuziehen. Wie aber könnte sie denn dann aussehen, die Welt im Jahr 2025? Lassen sich die Vorhersagen von Ökonomen, Wissenschaftlern und Politikern kombinieren, mit eigenen Recherchen zu einer einigermaßen fundierten Vorhersage formen?

China, Indien und Brasilien dürften in der kommenden Dekade ihren Aufstieg fortsetzen. Unaufhaltsam, wenn auch nicht mehr mit Rekordraten, sondern gebremst. Es geht um die nächste, schwierigere Entwicklungsstufe: Die drei werden feststellen müssen, dass der Weg von der Unterklasse der Welt zur Mittelklasse leichter ist als der von der Mitte zur Spitze. Vor allem in Peking ist bis dahin eingetreten, was Wissenschaftler nach einem britischen Ökonomen den „Lewis-Wendepunkt“ nennen: Die Billig-Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, lange ein Vorteil für die Ökonomie, werden zunehmend im Industriesektor absorbiert und nun eher zur Belastung – die Löhne steigen, zudem muss der Staat für Krankenversicherung und Pensionen sorgen. Auch Indien und Brasilien, die durch ihre hohe Geburtenrate zumindest

theoretisch einen demografischen Vorteil gegenüber der Volksrepublik und dem Westen haben, sehen sich einem unangenehmen Phänomen ausgesetzt: der „Middle Income Trap“, der Falle der mittleren Einkommen – das schnelle, relativ einfache Wachstum stagniert durch steigende Produktionskosten.

Kein Mensch wird im Jahr 2025 mehr vom „Chinesischen Traum“ sprechen, den KP-Chef Xi Jinping kürzlich so vollmundig als Alternative zum „Amerikanischen Traum“ propagiert hat. Der autoritäre Staatskapitalismus à la Peking dürfte bis dahin für alle sichtbar genauso entzaubert sein wie der „Washington Consensus“ der Marktfundamentalisten, die das absolut freie Spiel der Kräfte auf dem Finanzsektor propagierten. Das ideale Entwicklungsmodell werden China, Indien und Brasilien für sich selbst finden müssen. Was sich in den westlichen Gesellschaften bewährt hat, lässt sich nicht unbedingt auf andere Regionen übertragen. Jedenfalls nicht eins zu eins. Aber von ihren zunehmend gutinformierten Bürgern gezwungen, werden sie sich im nächsten Jahrzehnt um die Umwelt kümmern, überprüf-

bare Institutionen stärken müssen. Russland dürfte den schwersten Weg gehen. Die Bevölkerung schrumpft, die Wirtschaft stützt sich fast ausschließlich auf Rohstoffe, die Bürgerbeteiligung am Gemeinwesen ist längst Zynismus anheimgefallen. In der internationalen Diplomatie war das geschickte Taktieren in der Syrien-Frage nicht mehr als ein letztes Aufbäumen: Von Zentralasien bis Afrika wird die konkurrierende chinesische Macht Moskau ausstechen.

Die USA haben trotz ihres gerade wieder beim „Shutdown“ bewiesenen Hangs zur Selbstzerstörung gute ökonomische Aussichten – dass es so ist, lässt sich an einem Wort festmachen: Fracking. Durch diese umweltpolitisch bedenkliche Technik, Erdgas aus großen Tiefen zu fördern, werden die USA im kommenden Jahrzehnt unabhängig von Energie-Einfuhren und können sich auf das „Nation Building“ zu Hause konzentrieren.

Das große Rätsel bleibt Europa. Wird der alte Kontinent, dieser „europäische Hühnerhof“ (so Ex-Außenminister Joschka Fischer), sich nach blamablen Jahren des kleinkarierten Streits bis 2025 zusammengerauft haben? Berlin kommt dabei im nächsten Jahrzehnt die Schlüsselrolle zu: Die Nachfolger der zögernden Kanzlerin könnten unter strengen Vorgaben einer Vergesellschaftung der Schulden durch Eurobonds zustimmen, die Brüsseler Institutionen könnten effektiver, transparenter, demokratischer geworden sein. Die Banken-Union könnte verwirklicht, die Jugendarbeitslosigkeit auch im Süden wieder stark gefallen sein. Einige Hightech-Jobs dürften nach Deutschland zurückgekehrt sein, weil sich die Rahmenbedingungen im Ausland noch nicht als günstig erwiesen haben.

Das ist das optimistische Szenario. Es könnte aber auch sein, dass Europa in Lethargie verharret und zum Spielball der neuen Mächte wird. Ein kultureller Freizeitpark, den die Gewinner der Globalisierung aus China, Indien und Brasilien als eine Art guterhaltenes Museum besuchen und bewundern.

Die Städte mit der höchsten Lebensqualität weltweit sind nach der Untersuchung der Unternehmensberatungsfirma Mercer heute Wien, Zürich, Auckland und München. Ob sie nur gemütlich sein sollen oder auch dynamisch zukunftsgerichtet – es ist unsere Entscheidung, wir haben die Wahl. ♦



Slum vor IT-Park in Bangalore

„Entwicklung heißt Freiheit – und zwar Freiheit von Armut und Tyrannei.“



Dieser Text basiert auf zwei Kapiteln des Buchs

Erich Follath

Die neuen Großmächte: Wie Brasilien, China und Indien die Welt erobern

SPIEGEL-Buch bei DVA, München; 448 Seiten; 22,99 Euro.



USA

Ruinen-Porno

Detroit ist bankrott. Es gibt Häuser für 100 Dollar, Kojoten streunen durch die Straßen. Kann die Stadt, die einmal Amerikas große Hoffnung war, zurückerobert werden? *Von Marc Hujer*

Es ist ein Haus mit Geschichte, weil es einmal Deborah Nelson gehörte, der Mutter des Rappers Eminem. Und Eminem ist einer der berühmtesten Bürger Detroits. Vor 13 Jahren war ein Foto des Hauses auf dem Cover von Eminems drittem Album, das ihn reich gemacht hat: Der Rapper sitzt vor dem frisch gestrichenen Kleinbürgerheim mit Garten und Bäumen, mitten in Detroit, 19946 Dresden Street.

Davon ist nicht viel übrig geblieben: Die Fassade bröckelt, das Dach fault, die Fenster sind zugenagelt. Seit Jahren schon lebt niemand mehr in diesem Haus, genauso wenig wie in dem nebenan und dem gegenüber. In den Gärten wuchern die Büsche, Unkraut wächst aus dem Bürgersteig. Man denkt, hier wolle niemand leben.

„Wir haben viele Angebote bekommen“, sagt aber Mario Morrow von der

Michigan Land Bank, „es gibt sehr großes Interesse an dem Haus, auch international.“ Im Immobilienregister der staatlichen Michigan Land Bank wird das Haus unter der Nummer 21034756 geführt, eine Immobilie, mit der niemand mehr etwas anfangen konnte. Bis vor einem Monat Eminem das Cover seines neuen Albums vorstellte.

Auch das zeigt wieder dieses Haus. Vernagelt, heruntergekommen, kaputt. So trostlos, wie es jetzt eben ist. Es ist ein Zeichen des Trotzes geworden, und Trotz prägt das neue Lebensgefühl einer Stadt, von der es hieß, sie sei untergegangen.

Vor drei Monaten hat Detroit Konkurs anmelden müssen. Es war die ultimative Demütigung einer Stadt, die einmal die viertgrößte Metropole der USA war, die stolze Heimat der „Big Three“, der drei

großen Autokonzerne Chrysler, Ford und General Motors. Die Stimmung hat das nicht getrübt, ebenso wenig wie den Glanz in den Augen der Presseleute, die die Stadt gerade jetzt vermarkten wollen, mitten in der Krise, weil sie glauben, dass sich nichts besser vermarktet als Ruinen und Elend. Sie nennen das nur anders: Ehrlichkeit und Authentizität.

Es ist ihr Code für die Geschichte von einem unwahrscheinlichen Comeback, die sie gern erzählen würden.

Nicht nur Chrysler hat inzwischen den Vorteil entdeckt, Produkte „Imported from Detroit“ zu verkaufen. „Made in Detroit“ heißt eine hippe Kleidermarke, und es gibt Shinola, ein neues Detroit-Unternehmen, das Schuhcreme, Fahrräder, Uhren und lederne Hüllen für iPhones verkauft, eine eher wirre Palette von Produkten. Aber ein Wort steht über-

Stillgelegter Hauptbahnhof von Detroit



CHRISTOPHER OLSSON/CONTRASTO/LAIF

amerikanische Traum genannt wird, verflüchtigt. 400 Morde werden pro Jahr begangen. Stadtverordnete kommen bewaffnet zum Rathaus, Priester gehen sonntags mit Schusswaffe auf die Kanzel, weil sie sich selbst dort nicht mehr sicher fühlen. Bis zu 50 000 verwilderte Hunde streunen angeblich zwischen den Ruinen umher, sogar Kojoten wurden gesichtet, und die meisten Stadtauben sind davongeflogen. Sie sind Nutznießer jeder funktionierenden Zivilisation, aber für sie gibt es hier nicht mehr genug zu holen.

Mehr als 300 Jahre nachdem Detroit gegründet wurde, sind große Teile der Stadt wieder, was sie einmal waren: Wildnis, die erobert werden muss.

„Detroit ist wie Pompeji“, schreibt der Detrouiter Charlie LeDuff in seinem Buch „Detroit – eine amerikanische Autopsie“. „Nur dass die Leute nicht von Asche verschüttet sind. Wir leben noch.“

Seit Jahrzehnten schon steuert Detroit auf diesen Untergang zu, mit korrupten Politikern, mit einem Haushaltsdefizit von 327 Millionen Dollar, einer Arbeitslosenquote von 16 Prozent und einer katastrophalen Bildungspolitik.

Detroit ist nicht die erste Stadt mit akuter Geldnot. Im vergangenen Jahr gingen unter anderem die kalifornischen Städte Stockton und San Bernardino pleite. Nur hat Detroit's Scheitern eine besondere Symbolkraft für den Rest des Landes, denn lange stand diese Stadt für den amerikanischen Traum.

Aber irgendwann ließen sich die großen, durstigen Autos der „Big Three“ nicht mehr gut verkaufen, und Detroit's Absturz entzweite die Stadt. Während japanische Automobilkonzerne den Weltmarkt eroberten, verlor Detroit seinen Ruf als Musterstadt der Integration. Im Juli schlugen wohlhabende Detrouiter, die in die Vorstädte geflüchtet sind, ernsthaft vor, eine Mauer um ihre gesamte Wohngegend zu bauen, um all die Kriminellen auszusperrern.

Sieht so das Ende Amerikas aus?

Das Elend Detroit's ist heute zur Touristenattraktion geworden. „Ruin porn“ nennen Taxifahrer und Busunternehmer das Interesse für diese Ruinen, „Ruinen-Porno“. Und die Frage wird diskutiert, ob manche der Ruinen einmal als die großen Monumente industriellen Niedergangs in die Geschichte eingehen werden.

* Mit dem ehemaligen Haus seiner Mutter Deborah.

Es gibt auch das andere Detroit. Da ist die Skybar im David Stott Building, der Szenetreff in dem alten Art-déco-Hochhaus, das über Detroit aufragt. Da sind die Tigers, Detroit's Baseballmannschaft, die wieder oben mitspielt. Künstler eröffnen Galerien, und Restaurantketten feiern ihre Rückkehr nach Detroit.

George Hunter hatte Sonntagsdienst, als eine dieser neuen Filialen eröffnete, die von Buffalo Wild Wings mitten in der Innenstadt. Es war sein Pech.

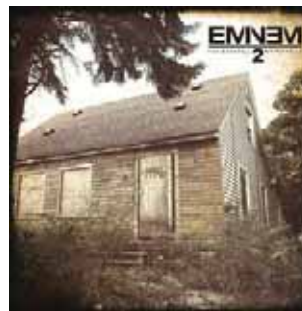
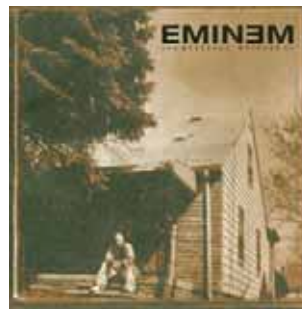
Hunter ist Polizeireporter bei der „Detroit News“, normalerweise schreibt er über Morde, Gerichtsprozesse, über das, was er das wirkliche Detroit nennt. Er quälte sich Zeile für Zeile, trank viel Kaffee und verwünschte ausnahmsweise seinen Job. Er sagt, es sei ihm selten so schwergefallen, die paar Zeilen zu schreiben, er fühlte sich wie ein Werbemann für Detroit.

Als ihn Freunde danach lobten, er habe endlich mal was Positives geschrieben, sagte er nur: „Das ist ein Missverständnis. Ich muss die Welt nicht verbessern. Ich schreibe, was ist.“

Hunter ist einer der Übriggebliebenen bei der „Detroit News“, einer Zeitung, die nur noch an drei Tagen pro Woche an die Abonnenten geliefert wird, aus Kostengründen. Vor vier Jahren haben seine Chefs Hunderte Mitarbeiter entlassen. Hunter haben sie nicht gefeuert, denn in Detroit kann man auf vieles verzichten, aber auf einen Polizeireporter nicht. Und so sitzt er heute manchmal in seinem leeren Großraumbüro und schreibt im Alleingang den Lokalteil der Zeitung voll.

Seine Geschichten handeln von Gangstern, Pitbulls und überwucherten Nachbarschaften. Hunters Detroit ist eine soziale Hölle, Kriegsgebiet. „Wenn Sie in Detroit Schüsse hören, reagiert niemand mehr“, sagt er. „Nur wenn jemand schreibt. Aber Schüsse allein sind hier wie Vogelgezwitscher.“

Es gibt Überlebensregeln für Detroit: Man darf zum Beispiel nicht die Verpackung in den Mülleimer stecken, wenn man sich einen neuen Fernseher gekauft hat, sonst wird eingebrochen. Man sollte auch nur tagsüber tanken, um nachts nicht an der Tankstelle überfallen zu werden. Man sollte in den Drive-through nur dann fahren, wenn vor einem kein Auto steht, damit man nicht von hinten von einem zweiten Auto eingeklemmt wer-



FOTOS: UNIVERSAL

Eminem-Cover 2000, 2013*
Ein Zeichen des Trotzes

all, auf den Uhren wie auf dem Ketten-schutz der Fahrräder: „Detroit“.

Es gilt inzwischen als schick, in Detroit zu investieren oder zumindest ein Produkt zu kaufen, das in Detroit produziert wurde. Ein Auto aus Detroit ist wie eine Jutetasche aus Afrika, ein Symbol der Wohltätigkeit. Unternehmer präsentieren sich mit überlebensgroßen Schecks, um zu zeigen, dass sie der Stadt wieder auf die Beine helfen. „Detroit ist nun ein Fall für die Wohltätigkeit“, schrieb die „New York Times“.

Detroit war einmal eine boomende Stadt mit fast zwei Millionen Einwohnern, heute leben nur noch rund 700 000 dort.

Etwa 90 000 Häuser stehen leer, eine Warnung vor dem, was bleibt, wenn ein Land sein Gemeinwesen vernachlässigt, seine öffentliche Infrastruktur, die industrielle Basis, wenn sich das, was der

den kann. Man muss den bestmöglichen Fluchtweg immer mitdenken, das ist Hunters Detroit, eine Stadt, in der der schlimmstmögliche Fall normal ist.

Die Frage ist dann nur, warum Hunter überhaupt bleibt. Warum er nicht vor Detroit flieht. „Wir kümmern uns umeinander“, sagt Hunter, „weil wir wissen, dass es sonst niemand tut.“

Der Niedergang Detroits hat einen neuen Gemeinschaftssinn geschaffen, Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliche Patrouillen von Ex-Polizisten, die das Vakuum zu füllen versuchen, das der überforderte Staat hinterlassen hat. Es ist das Gefühl aus Schrecken, Empörung und Trotz, das sich nach großen Katastrophen einstellt und nicht nur die Betroffenen zusammenbringt, sondern manchmal auch ein ganzes Land.

Amerika war stets von der Vorstellung fasziniert, das Unmögliche möglich zu

nehmen vergeben, richtige Kredite und Mikrokredite wie in der Dritten Welt. Sie wollen alles ganz genau wissen. Wo der Kühlschrank hinsoll? Mit welchen Kunden er rechnet? Kann er Schwarzwälder Kirschtorte?

Er hat ihnen lange zugehört und ihnen immer wieder geduldig geantwortet. Er will ja etwas von ihnen, im Idealfall 80 000 Dollar Kredit. Aber irgendwann wird ihm das zu viel: „Ich habe für Saddam gearbeitet“, sagt er plötzlich, „ich kann alles. Ich war sein Koch.“

Vergessen sind auf einmal die Fragen nach den Kühlschränken und Rührstäben. Die Milchgesichter sind beeindruckt, auch wenn es natürlich überhaupt keine Be- weise dafür gibt, dass Kadhim wirklich Saddam Husseins Koch war.

Draußen wächst das Gras kniehoch neben dem Bürgersteig, es ist noch ein weiter Weg zum Erfolg. Aber man ist sich

Selbst der Washingtoner Think-Tank Brookings Institution äußert sich zu Detroits Wirtschaftschancen für seine Verhältnisse ungewohnt euphorisch: „Die gute Nachricht, die in den Schlagzeilen zum Bankrott unterging, lautet, dass die Dynamik des Marktes in der Innenstadt greifbar ist und ein festes Fundament für künftiges Wachstum bietet.“

Es gibt allerlei Ideen, die Detroit wieder zu altem Glanz zurückbringen sollen, auch verrückte. Der Unternehmer John Hantz etwa möchte Detroit in eine Baumpflanzanlage umwandeln, in der das Holz für Möbel wachsen soll. Und Rodney Lockwood, der mit Seniorenwohnheimen immens reich geworden ist, will der Stadt ihre Ausflugsinsel Belle Isle abkaufen, um dort eine autofreie Steueroase für Reiche zu errichten.

Jim Palmer hat auf YouTube den Werbeclip für den Chrysler 200 angeklickt und lässt ihn wieder einmal auf sich wirken. Zwei Minuten lang ziehen Bilder von Detroit vorüber, von monströsen Ruinen und zugigen Straßen, dazu die Bässe von „Lose Yourself“, Eminems großem Rap über die eine Chance im Leben.

Der Clip für das Auto habe aus Detroit eine neue Marke gemacht und aus ihm, Jim Palmer, einem Detroiter, der es nie aus Detroit herausgeschafft hat, einen Abenteurer, einen richtigen Mann.

Seit drei Monaten ist Palmer nun Chef von Lowe Campbell Ewald, der ältesten Werbeagentur Detroits. Vor 35 Jahren ist die Agentur aus Detroit in die Vorstadt gezogen, wie so viele, aus Furcht vor Kriminellen.

Er geht zum Fenster, ein Mann Ende 50, blaue Augen, ein wenig Wohlstandsspeck auf den Hüften. Von seinem Vorstadtbüro aus sieht Detroit noch immer wie eine Fotowand aus, eine stolze Skyline am Horizont, hinter der gerade die Sonne versinkt. Aus der Ferne sieht man nicht, wie viele der Wolkenkratzer leer stehen. Wenn Palmer jetzt anderswo in Amerika unterwegs ist, werde er anders behandelt, respektvoller, erzählt er. Die Leute bedauern ihn nicht mehr, weil er aus Detroit kommt, sondern behandeln ihn mit Respekt; wie einen Cowboy, der nach einem harten Ritt gerade abgesattelt hat.

„Imported from Detroit“ steht auf dem Bildschirm seines Laptops, die Zeile aus Eminems Werbevideo, die Karriere gemacht hat, weil sie den Eindruck erweckt, als wäre Detroit eine Stadt außerhalb Amerikas, jenseits der Zivilisation.

„Wir ziehen jetzt wieder nach Detroit“, sagt Jim Palmer und nickt seiner Assistentin zu.



Video: Wie Detroit gegen die Pleite kämpft

spiegel.de/app422013detroit
oder in der App DER SPIEGEL



JEFFREY SAUGER / DER SPIEGEL

Polizeireporter Hunter, Brandruine: „Schüsse sind hier wie Vogelgezwitscher“

machen. Und so ist es auch ein Test für Amerika, ob ausgerechnet jene Stadt wieder zum Vorbild werden kann, der bis heute der Ruf der Unverfrorenheit anhängt – nachdem sie vor 33 Jahren den irakischen Diktator Saddam Hussein zum Ehrenbürger ernannte, ihm den goldenen Schlüssel überreichte.

Es war die Zeit, als Malik Kadhim aus Bagdad in seiner Heimat das Handwerk des Konditors erlernte. Er war damals noch ein junger Mann, hatte volles Haar, einen schwarzen Schnauzer. Jetzt steht der Einwanderer in Detroit, in einer Halle, die einmal ein One-Dollar-Shop war. Er braucht Geld, um ein neues Geschäft zu eröffnen, einen Delikatessenshop, in dem er europäische Spezialitäten anbieten will, Apfelstrudel, Schwarzwälder Kirschtorte.

Vor ihm stehen drei junge Herren von gemeinnützigen Organisationen wie South-west Solutions, die Kredite an Neuunter-

nehmen jetzt, nach dem ersten Treffen, weitgehend einig. „Ich werde bald das nächste Geschäft eröffnen und dann das übernächste“, sagt Kadhim; er hört sich gar nicht mehr wie ein Iraker an, sondern sehr amerikanisch. „Detroit“, sagt er, „ist nur der Anfang.“

Wird aus Detroit plötzlich ein unternehmerisches Schlaraffenland, in dem alles so billig ist wie nirgendwo sonst? Die „New York Times“ schreibt über die Faszination des sogenannten 100-Dollar-Hauses, denn natürlich kann man in Detroit für 100 Dollar Hausbesitzer werden, wenn man im Wilden Westen wohnen will. Und der Unternehmer Tim Bryan, der vor Jahren mit seiner Softwarefirma ins indische Bangalore gegangen war, eröffnete 2010 in Detroit eine Niederlassung und argumentiert, die Produktion in der Stadt sei nur fünf Prozent teurer als etwa im Schwellenland Brasilien.



UNITED PHOTOS / REUTERS

AFP

OPCW-Chef Üzümcü, Kontrolleur in Syrien: Von der Vergangenheit eingeholt

Ein Lichtblick

Die internationalen Giftgas-Inspektoren bekommen den Friedensnobelpreis – vor ihrer schwierigsten Mission.

Manchmal kann man auch dem Nobelpreis-Komitee nur schwer glauben. Die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen, OPCW, bekomme den diesjährigen Friedensnobelpreis nicht wegen der Ereignisse in Syrien, sondern für ihre langjährige Arbeit, so das Komitee am vergangenen Freitag.

Nur dass die Arbeit der OPCW seit ihrer Gründung 1997 an den Rändern der öffentlichen Aufmerksamkeit stattfand. Denn eigentlich wurde die Organisation nur als Kontrollinstanz installiert, sie soll die Umsetzung der internationalen Chemiewaffenkonvention überprüfen. Alle Bestände sollen danach vernichtet, die Produktionsanlagen zerstört werden.

Die Sprengköpfe und Granaten in jenen Staaten, die die Konvention unterzeichnet haben, stammten zumeist aus Zeiten des Kalten Krieges und galten vor allem in den Industriestaaten als gefährliche Altlasten, die alle loswerden wollten. 58 172 Tonnen, knapp 82 Prozent der weltweit bekannten Bestände, sind bislang nach Angaben der OPCW-Zentrale in Den Haag vernichtet worden, recht einvernehmlich. Die OPCW-Prüfer machten, nüchtern formuliert, einfach ihren Job, und kaum jemandem fiel das auf.

Trotzdem wurde die Entscheidung des Nobelpreis-Komitees jetzt welt-

weit begrüßt. Denn sie kann helfen, jenen Auftrag abzusichern, dessen Erfüllung auf jeden Fall preiswürdig sein wird: die Zerstörung des syrischen Giftgas-Arsenals, 1000 Tonnen wohl.

Gemessen an der sonstigen Hoffnungslosigkeit, dem Krieg in Syrien ein Ende zu bereiten, ist das ein Lichtblick – auch wenn die Kämpfe mit allen anderen Waffen weitergehen. Das Prinzip Hoffnung, das schon US-Präsident Barack Obama den Friedensnobelpreis eingetragen hat, dürfte diesmal ebenfalls eine Rolle gespielt haben. „Man kann den Preis auch etwas opportunistisch finden“, konzediert Åke Sellström, Chef der Uno-Waffeninspektoren in Syrien, der natürlich trotzdem begeistert ist („ganz toll!“).

Die Mission, von Uno und OPCW gemeinsam übernommen, ist die schwierigste in der Geschichte der Kontrolleure. Für so etwas ist die OPCW in Wahrheit nicht ausgelegt: die Vernichtung eines immensen Chemiewaffenarsenals mitten in einem Kampfgebiet.

Bislang haben die derzeit 27 Spezialisten in Syrien mit simplen Mitteln wie Vorschlagshämmern einige Produktionsanlagen unbrauchbar gemacht. Die hochkomplizierte Vernichtung der Vorräte steht noch in weiter Ferne.

Damit hat die OPCW unter Generaldirektor Ahmed Üzümcü zwar Er-

fahrung, aber in friedlicher Umgebung: in Russland und den USA – die beide dem Zeitplan hinterherhinken, weil selbst die technischen Kapazitäten der Großmächte daheim nicht ausreichen. „Eigentlich war vorgesehen, alle Chemiewaffen innerhalb von zehn Jahren zu vernichten“, so der deutsche Chemiewaffenexperte Ralf Trapp, der die OPCW mitaufgebaut hat, „maximal sollte es eine Verlängerung auf 15 Jahre geben, ab Inkrafttreten 1997.“

Doch von den etwa 40 000 Tonnen in Russland beispielsweise sind nach OPCW-Angaben bislang erst 75 Prozent vernichtet.

Dass ein Staat Giftgas im Krieg einsetzen würde, zumal gegen die eigene Bevölkerung, damit hatte ernsthaft niemand mehr gerechnet. „Die Vergangenheit hat uns eingeholt“, konstatiert Stefan Mogl, Leiter des Fachbereichs Chemie beim Schweizer Bundesamt für Bevölkerungsschutz und bis Juni Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der OPCW: „Aber der Preis ist wunderbar, denn ich bin der Überzeugung, dass die Chemiewaffenkonvention einer der wichtigsten Abrüstungsverträge überhaupt ist mit umfangreichen Kontrollmechanismen – nur wurde er international bislang wenig wahrgenommen.“

Nun gebe es Hoffnung auch für den Bereich neuartiger toxischer Stoffe aus dem Arsenal von Polizeikräften, deren Einsatz unter den Vertragsstaaten umstritten ist. Sie sind bislang von der Konvention ausgenommen. Es geht um Giftstoffe, wie sie russische Spezialeinheiten 2002 beim Sturm eines von tschetschenischen Geiselnern besetzten Theaters in Moskau nutzten. Über 120 Geiseln starben an Vergiftungen. Das Label „nichttödlich“ sei irreführend, so ein OPCW-Protokoll vom 27. März, „schließlich ist Giftigkeit eine Frage der Dosis“.

„Wenn hochentwickelte Staaten einen Kampfstoff einsetzen“, fragt Mogl, „was hält dann deren Gegner davon ab, auch Chemie einzusetzen? Das ist eine hochgefährliche Mischung.“

MANFRED ETEL,
HANS HOYNG, CHRISTOPH REUTER

Lesen Sie zu den Nobelpreisen auch auf Seite 138: die Schriftstellerin Alice Munro; auf Seite 156: die Physiker Peter Higgs und François Englert



Animation: So zerstört man Chemiewaffen

spiegel.de/app422013nobelpreis
oder in der App DER SPIEGEL



Goldfinger

GLOBAL VILLAGE: Ein französischer Spionage-Autor versteckt in seinen Werken Geheimdienstinformationen.

Der Mann, der über 100 Millionen Bücher verkauft hat, sagt, dass er sich im Leben für vier Dinge interessiere: Waffen, Geopolitik, Frauen. „Und für Katzen. Die spielen in meinen Büchern aber keine große Rolle.“

Gérard de Villiers ist 83 Jahre alt, ein schlanker Aristokrat mit ernsten Augen. Er ist einer der erfolgreichsten und produktivsten Autoren der Welt. In Deutschland kennt man ihn kaum, in der französischsprachigen Welt dafür umso besser. Als er vergangenes Jahr in Mali war, um für ein Buch zu recherchieren, wollte sich der Putschistenführer Amadou Sanogo sofort mit ihm treffen. „Der Mittelsmann schärfte mir ein: ‚Vergessen Sie nicht, Ihr neues Buch mitzubringen‘“, sagt de Villiers. „Die lieben mich im frankophonen Schwarzafrika.“

Er sitzt zurückgelehnt auf einem senfgelben Sofa im vierten Stock eines großbürgerlichen Hauses an der Avenue Foch, einer der teuersten Straßen von Paris, nur einen Handgranatenwurf vom Arc de Triomphe entfernt. Mit einer Hand umfasst er den Griff des Rollators, auf den er angewiesen ist, seit vor drei Jahren seine Aorta riss und er fast gestorben wäre. Trotzdem sagt er: „Ich trinke nur Wodka und Bordeaux.“

Am Vormittag hat er am nächsten Buch gearbeitet. Er schreibt seit 1965 und schafft fünf Stück pro Jahr. Gerade ist in seiner Erfolgsreihe „S.A.S.“ die 200. Ausgabe erschienen. Sie heißt „Die Rache des Kreml“, und auf dem Cover ist wie immer eine leichtbekleidete Frau mit Waffe abgebildet.

De Villiers ist der Meister eines Genres, das von der Literaturkritik verachtet wird, aber seine Fans begeistert: erotische Spionagegeschichten. Sie haben ihn sehr reich gemacht. Gérard de Villiers ist der Goldfinger des Groschenromans.

Held seiner Geschichten ist der österreichische Agent Malko, der im Auftrag der CIA zu den Konfliktherden der Welt reist. Alle Bücher sind nach dem gleichen

Prinzip gebaut: Malko erledigt ballern seine Aufträge, gern in ehemaligen Kolonien, dazwischen wird die politische Lage im Land erläutert, alle paar Seiten folgen Sexszenen in pornografischer Detailtreue. De Villiers sagt: „Alle lesen mich aus unterschiedlichen Gründen.“

Es wäre ein Leichtes, diese Bücher als Altmännerphantasien abzutun. Doch sie verfügen über eine verblüffende Besonderheit: Gérard de Villiers hat im Gegensatz zu anderen Spionage-Autoren Zugang zu echten Geheimdienstinformatio-

Als er noch Minister war, lud er de Villiers einmal zum Essen ein. „Wir müssen reden“, sagte Védérine. „Ich glaube, Sie und ich, wir haben dieselben Quellen.“

De Villiers' Informanten sind Geheimdienstler, die seine Bücher mögen, viele sind Franzosen, aber er ist beispielsweise auch im Libanon gut verdrahtet. So kam es, dass de Villiers 2010 in „Die Liste Hariri“ als Erster öffentlich die Namen jener Killer nannte, die den früheren libanesischen Premier Rafik al-Hariri im Auftrag der Hisbollah getötet haben.

„Alle Spione ähneln einander“, sagt de Villiers. „Egal ob Franzosen, Russen, Amerikaner oder Deutsche.“ Er fühlt sich wohl in ihrer Welt.

In Frankreich erhält er erst seit kurzem öffentliche Anerkennung. Er war lange verschrien als Reaktionsär, und er macht kein Geheimnis daraus, dass er politisch rechts steht: „Der Sozialismus, das ist der Kommunismus ohne Panzer.“ De Villiers interessiert sich sehr für das „Dritte Reich“, er kann über das Verhältnis von Eva Braun und Hitler dozieren; nach dem Krieg, als junger Journalist, besuchte er einmal gar Eva Brauns Eltern.

De Villiers schaut auf die Avenue Foch, neben ihm

steht die riesige metallene Skulptur einer Frau, aus deren Vagina ein MP44-Automatikgewehr schräg aufragt. „Sie heißt: ‚Der Krieg‘“, sagt er. Es ist eine eigenartige Welt, in der er lebt. Er hat viermal geheiratet, habe viele Frauen geliebt, sagt er. Seine neue Freundin ist 30 Jahre jünger als er, sie wohnen nicht zusammen.

An der Wand hängen Pin-ups und eine Kalaschnikow, im Nebenzimmer eine Kopie von Hieronymus Boschs „Der Garten der Lüste“. Es gibt einen gerahmten Dankesbrief des damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy und Fotos: de Villiers in Kenia, im Kongo, überall. Er ist immer noch auf Reisen für seine Bücher, er kann nicht aufhören, vor Monaten ist er gar nach Kabul geflogen, trotz Rollator.

Er sagt: „Ich mache weiter bis zum Schluss.“

MATHIEU VON ROHR



Schriftsteller de Villiers: „Alle Spione ähneln einander“

nen. Er hat sich im Lauf der Jahre ein Netz aus Informanten aufgebaut. Und so kommt es, dass sich bei ihm manchmal geradezu prophetische Szenen finden.

Ein halbes Jahr vor dem Anschlag auf den US-Botschafter in Libyen beschrieb er im Roman „Die Verrückten von Bengasi“ das dortige geheime Kommandozentrum der CIA. Er hatte es kurz zuvor besucht. Wenige Wochen vor einem Anschlag auf den Führungszirkel des syrischen Regimes erzählte er in „Der Weg nach Damaskus“ die Geschichte eines fast identischen Attentats. Und schon 1980, ein Jahr vor der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat, beschrieb er einen ähnlichen Fall in einem Buch.

„Er ist wirklich gut informiert“, sagt der frühere französische Außenminister Hubert Védérine, einer seiner treuen Leser.



Zola Jesus

MATTHIAS HOMBÄUER / PICTURE ALLIANCE / DPA

POP

Düster wie Schopenhauer

Sie ist schon im New Yorker Guggenheim Museum aufgetreten, Anfang Oktober war sie nun im Theater Hebbel am Ufer in Berlin. In beiden Städten gilt es als abgemacht, dass Zola Jesus das Berührendste, Eigenartigste, vielleicht auch Anstrengendste ist, was Pop gerade zu bieten hat. Seit der Isländerin Björk in den neunziger Jahren hat kaum eine Sängerin je wieder mit einer derart erschütternden Stimme verzaubern können wie Nika Roza Danilova, eine Amerikanerin mit russischen Wurzeln, die sich Zola Jesus nennt. Schon mit ihrem Debüt 2009 galt die Singer-Songwriterin als neue Sensation des Goth-Pop, sie sang schwere Melodien über sperriges Elektrogedröhne, sie klang wie eine radikal aktualisierte Version von Joy Division oder den Cocteau Twins. Inzwischen wird Danilova, 24, vom Mivos-Streichquartett unterstützt. Sie hat einige ihrer Synthi-Goths-Songs klassisch arrangiert und im August auf ihrem neuen Album „Versions“ veröffentlicht. In einem Interview sagte die damalige Philosophiestudentin, sie lese gerade Schopenhauer, und der sei nun mal „dark as fuck“. Wenn man seine Essays lese, fühle sich nichts mehr gut an. „Natürlich beeinflusst das meine Kunst und wie ich lebe.“

ARCHITEKTUR

Extremsport im Atomkraftwerk

Zu den vielen ungelösten Problemen der Energiewende gehört die Frage, was mit den Atomkraftwerken geschehen soll, wenn diese vom Netz gegangen sind. Wegsprengen? Zu Industriemahnmalen erklären?

Studenten des Karlsruher Instituts für Technologie haben nun Nachnutzungskonzepte für die Gebäude entwickelt. Die Vorschläge, die sie unter www.building-lifecycle-management.de/kkw/studentische-arbeiten.html vorstellen, reichen vom Filmstudio über ein Hotel und einen Übungsplatz für den Katastrophenschutz bis zum Weltraum-

bahnhof. Aus dem AKW Philippsburg in Baden-Württemberg soll etwa ein Science-Fiction-Park werden oder das „ESP Philippsburg“: ein Extremsportpark. Einer der beiden Kühltürme

könnte zur Kletterwand umfunktionierte werden, der andere ließe sich zum „Tower-Running“ nutzen. Von einer Brücke könnten sich Bungee-Springer in die Tiefe stürzen. In einem Reaktorblock könnte eine Unterwasserwelt entstehen. Damit alles auch wirklich die Gesundheit fördert, müsste das Gelände freilich erst einmal dekontaminiert werden.



KARLSRUHER INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE (KIT)



KARLSRUHER INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE (KIT)

Modell für die Nachnutzung des AKW Mülheim-Kärlich als Leichenhalle, Philippsburg als Sci-Fi-Park

AUTOREN

„In die Haushaltskasse“



PETER VON FELBERT

Die für ihren Roman „Das Ungeheuer“ mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnete Schriftstellerin Terézia Mora, 42, über Erfolg, Geld und die Konkurrenz

SPIEGEL: Frau Mora, mit welchem Gefühl sind Sie als Gewinnerin des begehrten Buchpreises über die Frankfurter Buchmesse gelaufen?

Mora: In Ungarn sagt man, jedes Wunder daure drei Tage. Bei mir war schon nach einem Tag alles wieder normal. Ich habe die Messe nicht anders erlebt als sonst auch.

SPIEGEL: Gab es Reaktionen aus Ihrem Geburtsland Ungarn?

Mora: Ja, Gratulationen von Freunden per SMS und E-Mail. Ob die Presse

davon Notiz genommen hat, weiß ich nicht. Ich bin ja keine ungarische Autorin.

SPIEGEL: Bleibt es dabei, dass Sie erst Ende des Jahres die Rezensionen zu Ihrem Roman zur Kenntnis nehmen wollen?

Mora: Das ist nun noch unwichtiger geworden. Ich weiß, dass ich die Verkaufszahlen erreichen werde, um den Vorschuss einspielen zu können. Jetzt kann ich mich zurücklehnen.

SPIEGEL: Und das Preisgeld von 25 000 Euro?

Mora: Das kommt schön in die Haushaltskasse. Ich muss jetzt auch nicht mehr alle Einladungen zu Lesungen und Diskussionen annehmen oder Stipendien antreten, um Geld zu verdienen. Das ist ein schönes Gefühl: Jetzt kann ich für einige Zeit das machen, was ich will.

SPIEGEL: Der Kritiker Denis Scheck hat das Votum der Buchpreis-Jury eine „unglaubliche Fehlentscheidung“ genannt. Trifft Sie das?

Mora: Das kommt zum Glück nicht bei mir an. Ich möchte es auch gar nicht wissen. Und im Übrigen: Wie sollte es anders sein? Selbst wenn ein Gandhi einen Preis gewinnt, gibt es Ablehnung. Wenn einer lobt, wird ein anderer widersprechen. Völlig normal.

SPIEGEL: Erleben Sie Konkurrenzgefühle bei Kollegen?

Mora: Nein. Jedenfalls habe ich bisher noch keine Shit-Mails erhalten.

KINO IN KÜRZE

„Finsterworld“ ist ein deutscher Heimatfilm, der mitten im Sonnenlicht nach dem Bösen sucht. Die Regisseurin Frauke Finsterwalder und ihr Ehemann und Co-Autor Christian Kracht („Faserland“) entwerfen ein Panorama ziemlich gestörter Menschen, die sich das Leben in der deutschen Provinz sehr schwer, bisweilen sogar zur Hölle machen. Sie

erzählen von der Sehnsucht nach Liebe in einer Welt klirrender Gefühlskälte. Tatsächlich gelingt es dem Film, seinen zahlreichen Figuren gerecht zu werden und sie aus dem Klischee ins Leben treten zu lassen. Es gibt viel Wahrhaftiges, viel

Zynisches und überraschend viel Zärtliches. Sobald Finsterwalder und Kracht aber anfangen, ihre vielen Erzählstränge zu verknüpfen, schlägt die Handlung geradezu absurd unglaubwürdige Volten. Man merkt: Hier sucht jemand mit aller Gewalt nach der schlimmstmöglichen Wendung. Das haben selbst schlechte Menschen nicht verdient.



Carla Juri, Leonard Scheicher in „Finsterworld“

ANDREAS WEIN / ALAMY





Feiernde auf „House of Shame“-Party
in Berlin 2010

METROPOLLEN

Schmutziger Glanz

Erst feierten die Aussteiger aus Westdeutschland, dann fiel die Mauer, heute tanzt in Berlin die ganze Welt. Die Stadt kultiviert den Underground-Mythos ihres Nachtlebens und vermarktet ihn als globale Attraktion. *Von Thomas Hüetlin*

Es ist Sonntag, halb fünf Uhr nachmittags, die Party im Berliner Berghain ist jetzt sechzehneinhalb Stunden alt. Der Laden steht unter Dampf wie ein Schiff in schwerer See.

Volles Haus oben auf der Tanzfläche, wo Schwule mit nacktem Oberkörper Pilen einwerfen, Schnaps auf ex trinken, die Gläser auf den Boden donnern, dazu Zungenküsse. Volles Haus im Bauch

des düsteren Heizkraftwerks, wo gut 400 Menschen tanzen, fuchteln, nach Luft schnappen. Aus den Toiletten dringt Gestöhn. In noch einmal sechzehneinhalb Stunden schließt das Berghain.

Das Berliner Nachtleben zählt zu den großen, seltsamen Erfolgsgeschichten der Hauptstadt. Eine moderne Nachkriegslegende, gewachsen in rund 40 Jahren. Ein Sehnsuchtsort für Menschen, die das

Abenteuer des Ausgehens suchen. Die Musik, das Tanzen, den Rausch, die Drogen, den Exzess.

Von den rund elf Millionen Touristen, die Berlin jedes Jahr besuchen, kommt rund ein Drittel, so eine Untersuchung der Agentur visitBerlin, wegen des Nachtlebens. Dieses bringt laut „Wall Street Journal“ jährlich einen Umsatz von einer Milliarde Euro.



Die Clubs sind die Stars in diesem seit Jahrzehnten immer wieder neu transformierten Underground. Die Legenden um die Nächte in Clubs wie dem Risiko, die Techno-Orgien im Tresor, die Sex- und Drogen-Exzesse im Berghain, in der Bar 25 und im Watergate – diese Nächte haben Berlin zu einem Ruhm verholfen, der nun ein globales, hedonistisches Massenpublikum anzieht.

Nun gibt es auch den Underground für den Couchtisch. „Nachtleben Berlin. 1974 bis heute“ nennt der Metrolit Verlag einen Bild- und Erinnerungsband. Es ist ein rauschhaftes Dokument über die Evolution dieser modernen, höhlenartigen Massenexzesse. Diese Geschichte beginnt Mitte der siebziger Jahre in einer eingemauerten Stadt voller Rentner, Schäferhunde und junger Menschen auf der Flucht vor dem rastlosen Kapitalismus der Wohlstandsgesellschaft. Sie wird weitergesponnen in einer wiedervereinigten Stadt voller Ruinen und verlassener Bauwerke, die im Handumdrehen zu Partylocations umfunktioniert wurden. Heute spielen die Berliner Nächte im gepflegten Underground-Environment, das von Easyjet-Touristen bevölkert wird.

„Im Risiko fehlten Stühle und Tische, denn es gab keine Rechtfertigung, sich auszuruhen. Und es gab kein Essen, denn man hatte ja Alkohol und Drogen“, schreibt Hagen Liebing, früher Bassist bei der Punkband Die Ärzte, über die Pioniernächte des Berliner Underground in dem Prachtband. Geld verdiente das Risiko nie, damals in den achtziger Jahren, 80 Prozent der Drinks gaben die Barkräfte gratis aus. Meist musste schon wenige Stunden nach Öffnung im Schnellimbiss palettenweise Dosenbier nachgekauft werden. Gut verfügbar dagegen waren offenbar Drogen von Speed bis Kokain.

In dieser Szene waren immer Personen, die es schafften, Stimmungen zu bündeln. Sie bereiteten der Party, dem Vergnügen, dem Exzess eine jeweilige Bühne. In den Achtzigern war es Gudrun Gut, Mitglied

der Frauenband Malaria!, Betreiberin des Klamottenladens Eisengrau, Veranstalterin des m-club. In den Neunzigern war es Dimitri Hegemann mit seinem Tresor. In den nuller Jahren war es Steffen Hack, genannt Stoffel, mit seinem Watergate. Sie waren Erneuerer der Berliner Nacht, Weitertreiber des Underground. An ihnen lässt sich erzählen, wie die Stadt zu jenem Nachtmagneten wurde, der heute weltweit düster strahlt.

Wie die meisten, die Berlin erneuerten, kam auch Gudrun Gut von außen. Als Flüchtling vor der Langeweile Westdeutschlands. Weggelaufen aus der Lüneburger Heide. „Berlin roch damals nach Kebab und Briketts, die Leute unterhielten sich laut auf der Straße. Es war lebendig“, sagt Gut. Sie sitzt auf der Terrasse ihres Gutshauses in der Uckermark. Sie hat Pflaumenkuchen gebacken. Die Sonne scheint.

Bis Mitte der siebziger Jahre hatte es in Berlin keine bemerkenswerte Ausgaskultur gegeben. Nur Lokale für ältere Herren und Nutten und die Disco von Rolf Eden, wo es ähnlich lief – nur ohne Bezahlung. Romy Haag schuf mit ihrem Travestie-Lokal den ersten Kontrapunkt. Bald gab es den Dschungel, das Metropol, den Knast, das Risiko, das Ex'n'Pop – ein durch Punk und New Wave geprägtes Nachtleben, das sich radikal abgrenzte von Rolf Eden und seinem Big Eden für das Ku'damm-Publikum aus der Provinz. „Man hat einfach gemacht“, sagt Gut. „Lieber chaotisch als langweilig perfekt. Und bitte nicht vier Stunden über den Abwasch diskutieren.“

Viel war es nicht, was Gut und Ähnlichgesinnte für erhaltenswert hielten. Es folgte die ästhetische Totalerneuerung. Kühle Elektromusik statt endloser Gitarrensoli, Neon statt Kerzenlicht, eckige Schulterpolster statt praktische, selbstgehäkelte Pullover und, anscheinend ganz wichtig, neue Frisuren. „Lange Haare“, sagt Gut, „waren total verboten. Bei jeder besseren Party saß irgendwo ein Friseur und schnitt.“

Sie selbst spielte bei den Einstürzenden Neubauten und bei Malaria!, wo mit klaren, elektronischen Songs die Grundlage für jene Musik gelegt wurde, die Berlin prägte. Sie eröffnete das Eisengrau, weil „rundum Ödnis war, nur C&A“. Sie schneiderte Kleider aus Plastiktüten. In der Mitte des Ladens stand eine Strickmaschine, mit der sie asymmetrische Pullover herstellte. Sie betrieb den m-club nach dem Vorbild des New Yorker Clubs Area.

„Berlin war damals noch keine Weltstadt, sondern eher eine Underground-Hochburg, in der es sich die Szene gemüt-

Die Besucher kommen gut organisiert mit Billigfliegern, sie checken in Hostels ein, und trotz dieses sauber strukturierten Ablaufs gelingt es Berlin, seinen Themenpark aus Clubs, Discos und Lounges als Anti-Disneyland zu verkaufen.

Der Spaß made in Berlin soll sich nicht anfühlen wie der böse Kapitalismus, nicht wie der kalte Atem des Geldes, sondern wie der ewige Underground. Irre, rauschhaft, schmutzig, dunkel, unberechenbar.

„Berlin krallt sich ganz selbstbewusst an den Prinzipien des Underground fest“, schreibt der linksliberale britische „Guardian“. Es gelte „als zutiefst uncool, dreist für sich selbst zu werben, seine Kunst zu kommerzialisieren oder dem Geld nachzujagen, und die Berliner Clubs sind das Produkt dieses Ethos“.



Berliner Club Tresor: Nächte für ein hedonistisches Massenpublikum

lich machte und herumexperimentierte: Filmemacher, Musiker, bildende Künstler, Galeristen. Alle wichtigen Dinge fanden nachts statt. Das ging so weit, dass ich irgendwann eine Sonnenallergie bekam“, sagt Gut.

Nur die Kasse im Eisengrau und im m-club blieb ziemlich leer. Kommerz, das war Westdeutschland, und geschützt vor dem Kapitalismus aus Hamburg und München fühlte man sich unter anderem durch die Mauer. Sie behütete die neue Boheme und hielt die Lebenshaltungskosten niedrig. „Alle waren irgendwie pleite“, sagt Gut, „das Leben funktionierte auch mit sehr wenig Geld. Die Drinks gab es umsonst, die Klamotten haben wir selbst genäht, die Miete für eine Einzimmerwohnung mit Außenklo betrug gerade mal 110 Mark, und für den Strom habe ich nichts bezahlt, weil ich den Zähler angehalten habe.“

Nur mit Enthusiasmus und Jugend ließen sich die Nächte auf Dauer nicht durchstehen. Anderer Treibstoff musste her. Er wurde geliefert in Form von Speed, Kokain und Bier. „Speed half diesem ganzen Aktivismus“, sagt Gut.

Ein Lebensstil, der Kraft kostete. Einige wie Spliff, Nina Hagen oder Ideal hatten mit der Neuen Deutschen Welle Erfolg, andere brannten aus. Gut überlegte, nach Barcelona zu ziehen. Dann fiel die Mauer.

Eine Erlösung. Auch wenn sie anfangs als das Gegenteil wahrgenommen wurde: als Eroberung der eingemauerten Insel.

Dimitri Hegemann ist heute ein gemachter Mann. Er sitzt vor einem ehemaligen Heizkraftwerk in der Köpenicker Straße, wohin er mit seinem Club Tresor, dem wichtigsten in den vergangenen 40 Jahren des Berliner Nachtlebens, gezogen ist. Geld interessiert ihn nicht mehr, sein Thema ist jetzt gesunde Ernährung. Seit drei Monaten ist er auf Rohkost.

Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte Hegemann andere Sorgen. Die Mauer war weg, das ruhige, überschaubare Berlin glich einem riesigen Ameisenhaufen. Ruinen, Baracken, Bunker verwandelten sich in Clubs, und er, Hegemann, der selbsternannte „Raumforscher“, hatte noch nichts. Nicht einmal ein verfallenes Kellerloch, irgendwo.

Ausgerechnet er. Zu den Pionieren der Gegenkultur hatte er gezählt, seit er 1978 hier gestrandet war aus Münster in Westfalen. Er hatte in einer ehemaligen Schuhmacherei das Fischbüro gegründet, er hatte in den Achtzigern den Osten der Stadt beackert. Er hatte, wenn drüben auf Partys die Getränke ausgingen, neue beschafft, einmal, als es nichts zum Abfüllen gab, ein Aquarium ausgekippt und das Bier darin transportiert. Er hatte über die Punkbewegung im Osten geschrieben, über die Vopos, die die „No Future“-Aufschriften auf den Jacken der



Berliner Partygäste Gut, Nena 1984
„Es roch nach Kebab und Briketts“

ILSE RUPPERT



Partymacher Hegemann (l.) 1986
Bier im Aquarium

ROLAND OWSNITZKI



Gastronom Hack
Erneuerer der Berliner Nacht

CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

Kids mit schwarzer Farbe überstrichen, und hatte dafür Einreiseverbot bekommen. Und jetzt? Jetzt waren die anderen dran.

Hegemann war genervt. Er stand zusammen mit zwei Kollegen im Stau. Sie sahen eine Baracke in der Nähe des Leipziger Platzes. Stiegen aus. Gingen in die Baracke, sahen eine Tür. Marschierten durch. Sahen eine dunkle Treppe. Stiegen hinab. Dann öffnete sich ein Ort, konserviert seit dem Zweiten Weltkrieg: der Tresorraum des ehemaligen Kaufhauses Wertheim. Das Juwel unter den Fundsachen, die das Ende der DDR freigelegt hatte.

„Mit diesem Keller hatte ich einen echten Hit“, sagt Hegemann. Die Euphorie über die wiedervereinigte Stadt, zwei

Jahrzehnte Gegenkultur in West-Berlin und nun die Szene in Ost-Berlin, das alles verschmolz Nacht für Nacht in diesem ehemaligen Geldlager.

„Es war die Stunde der verrutschten Intelligenz, der schräg denkenden Kulturagenten, die keinen Dollar in der Tasche hatten, aber bereit waren, die Freiräume zu übernehmen“, sagt Hegemann.

Den „Sound für diese neue Freiheit“, wie er ihn nennt, hatte Hegemann vorher in Detroit entdeckt. Kühle, reduzierte, elektronische Discomusik. Hegemanns Import verwandelte sie in eine Erfolgsgeschichte namens Techno. Nicht nur der Sound war neu. Auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die man vorher verachtet hatte. Die 20000 Mark Startkapital für den Tresor bekam Hegemann von einem Manager von Philip Morris. „Er war der Einzige, der damals an unsere Idee glaubte“, sagt Hegemann.

Der Tresor wurde zum wichtigsten Einfluss für das Nachtleben der neunziger Jahre, für Clubs wie das WMF, den Bunker, das Cookies, das E-Werk, für die Love Parade, jenen Straßenumzug, der bald alle bekannten Dimensionen sprengen sollte. Mit weit über einer Million Teilnehmern. Mit Sponsoring von Firmen und Menschen, denen Gudrun Gut und die Leute im Risiko nicht einmal nach viel Bier und einem Beutel Speed die Hand gegeben hätten.

Nach vielen kurzfristigen Verträgen wurde der Tresor im Jahr 2005 abgerissen und ein gesichtsloses Bürogebäude an seiner Stelle errichtet. Hegemann hatte in der Zwischenzeit ein Gastronomie-Imperium mit Bars und Restaurants aufgebaut, ambitionierte Projekte, die viel Geld kosteten und von denen er sich längst wieder getrennt hat. Geblieben ist ihm das ehemalige Heizkraftwerk an der Köpenicker Straße. Es kostet Millionen, es zu erhalten. Hegemann erhält es mit gewöhnlichen und ungewöhnlichen Methoden. Bald will er eine Bar unterm Dach eröffnen. Die Atmosphäre des kirchenschiffhohen Raums hat er neulich rituell reinigen lassen. Von buddhistischen Mönchen. Sie hatten eine Ansammlung von gequälten Seelen diagnostiziert.

Wie dem ersten Tresor ging es vielen Clubs. Sie wurden zerrieben von steigenden Immobilienpreisen der wiedervereinigten Stadt. Trotzdem kam die dritte Welle des Berliner Nachtlebens. Es kam der Club Weekend in den obersten Etagen eines Hochhauses am Alexanderplatz, das Berghain, ein ehemaliges Heizkraftwerk in der Nähe des Ostbahnhofs, das Watergate, zwei Stockwerke in einem Bürogebäude in Kreuzberg, vollverglast zur Spree hin, samt einer Terrasse auf dem Wasser für die Morgenstunden im Sommer.

Steffen Hack hat es 2002 eröffnet. Er, der ehemalige Hausbesetzer, verurteilt

wegen Steinwerfens und weil er auf die Fassade einer Filiale der Deutschen Bank mit einem Vorschlaghammer eindrosch, ist seit elf Jahren hier der Chef.

Es ist Samstag, zwei Uhr früh, acht Sicherheitskräfte versuchen, den Ansturm der Nacht zu bewältigen. „Das Watergate ist eine internationale Marke“, sagt Hack. Die ersten Jahre hat er es mit Abwechslung versucht. Mit Reggae, HipHop und solchem Zeug. Der Laden ging fast pleite. Dann stellte er um auf House Music: „Der Mensch will dahin gehen, wo das passiert, was er erwartet. Das ist traurig, aber wahr.“

An vielen Abenden hat er die Vereinigten Staaten von Europa auf den beiden Tanzflächen, plus viel USA und Asien. Sie suchen die professionelle Dienstleistung von Hack und seinem Team und den Mythos vom Berliner Underground, von dem oft nicht mehr viel mehr übrig ist als ein Joint auf der Straße, ein paar Biere im Gehen, Wände, zugeknallt mit Graffiti. Nur verglichen mit richtig reglementierten Städten wie London, New York oder Paris gilt Berlin als Insel der Freiheit, immer noch.

Günstig ist es verglichen mit anderen Metropolen obendrein. Die Preise genügen weiterhin den Ansprüchen jener „sozialistischen Ausgehekkultur“, die Hack als Errungenschaft preist. Obwohl auch er inzwischen von „Pyramiden-Marketing“ spricht, von Philip Morris, Red Bull und dem Getränkemulti Anheuser-Busch Inbev Gelder kassiert, damit sie Schirme auf seine Terrasse stellen dürfen und Flaschen in seine Kühlung.

Manchmal kommt es Hack so vor, als hätte er mit dem Watergate ein „Monster“ geschaffen. Eines, das den Hype um Berlin anzuheizen hilft und Menschen anlockt, die das, was Berlin einmal angenehm erscheinen ließ, kaputttreten. Den freien Raum, die billigen Mieten, das Gefühl, mit dem coolen Underground dem kalten Kapitalismus immer ein paar Beats voraus zu sein.

Wenn Hack jetzt nachts zu Hause bleibt, schläft er manchmal schlecht. Er sorgt sich um seine Mietwohnung am Kreuzberg, ihn nervt der Verkehr. Und dann ist da noch der Mietvertrag für seinen Club. Er geht bis zum Jahr 2018. Immer wieder, sagt Hack, würden Investoren den Hausbesitzer nerven. Sie wollen das Haus abreißen und neu bauen mit zwei zusätzlichen Stockwerken. „Planungssicherheit sieht anders aus“, sagt Hack.

Planungssicherheit – auch so ein Wort, das eigentlich nie vorgesehen war im Rausch der Nächte und der Freiheit.



Video:

Die Club-Legende „Tresor“

spiegel.de/app422013berlin
oder in der App DER SPIEGEL

A woman with dark hair pulled back, wearing a black open jacket, is shown from the waist up. She is holding a blue headscarf (chador) in her right hand, which is raised towards her head. She is looking off to the side with a contemplative expression. The background is a plain, light-colored wall.

KINO

Oben ohne

Die Schauspielerin Golshifteh Farahani ist auf dem Weg zum Weltstar. Nur in einem Land darf sie nicht mehr arbeiten: in ihrer Heimat Iran.

Alles, was die Schauspielerin Golshifteh Farahani tut, kann zum Politikum werden: was sie sagt, wo sie dreht, mit wem, mit wem nicht, ob mit Kopftuch oder ohne. Hardliner in Teheran könnten es auch schon für eine Provokation halten, dass sich Farahani zum Interview mit dem SPIEGEL ausgerechnet im Café des Hotels Amour in Paris treffen möchte. Das Hotel war früher ein Bordell.

Freiheit bedeutet für Golshifteh Farahani, dass sie heute nicht mehr ununterbrochen darüber nachdenken muss, wie ihr Verhalten von den Sittenwächtern in ihrer Heimat beurteilt werden könnte. Farahani, 30 Jahre alt, ist Iranerin, die berühmteste Schauspielerin ihres Landes, im Westen bekannt durch einen Film mit Leonardo DiCaprio – und dafür, dass sie beim iranischen Regime in Ungnade gefallen ist. Seit gut vier Jahren lebt sie im Exil in Paris, ein paar Straßen entfernt vom Hotel Amour, das heute ein angesagter Treffpunkt für Einheimische und Touristen ist; Farahani ist hier Stammgast.

„Ich will keine politische Figur sein“, sagt Farahani, „ich hoffe, ich bin keine.“ Dann erzählt sie von Verhören bei der Geheimpolizei in Teheran, von Rollenangeboten, die das State Department in Washington in Aufregung versetzt haben, von ihrer Karriere, die sie seit einigen Jahren um die halbe Welt führt, nach

New York, Los Angeles, Berlin, Cannes, Venedig, Marokko, nur nicht mehr nach Teheran, wo ihre Eltern leben, zu riskant.

Golshifteh Farahani sieht aus wie ein Model, das Bücher liest. Im Gegensatz zu Schauspielerinnen aus Deutschland oder den USA spricht sie nicht über Tierschutz oder Yoga. Farahani redet wie eine Bürgerrechtlerin, die nichts zu verlieren hat, eloquent und leidenschaftlich, in nahezu perfektem Englisch. Kopftuch trägt sie nur noch beruflich, als Kostüm vor der Kamera, wie in der Literaturverfilmung „Stein der Geduld“, die jetzt in den deutschen Kinos läuft.

Der Film spielt in Afghanistan; er ist eine One-Woman-Show, ein Manifest mit großartigen Bildern. Farahani verkörpert eine Mutter von zwei Kindern, die ihren verletzten Ehemann pflegt. Der Mann, viel älter als sie, liegt zu Hause auf einer Matte, im Mund einen Schlauch, durch den eine Nährlösung aus einem Plastikbeutel tropft. Er ist bewusstlos, aber seine Augen stehen irritierend weit offen. Eine Kugel hat ihn in den Nacken getroffen. Vor dem Haus knallen immer wieder Schüsse.

„Kannst du mich hören?“, fragt die Frau ihren Mann. Keine Antwort.



Video: Ausschnitte aus „Stein der Geduld“

spiegel.de/app422013faharani
oder in der App DER SPIEGEL

Sie redet trotzdem weiter, „ich habe genug vom Beten“. Sie erzählt über sich, über ihn, über ihre Ehe, die geschlossen wurde, als sie 17 Jahre alt war, über ihre geheimen Wünsche, Begierden, über Sex, über all das, was in vielen Beziehungen unausgesprochen bleibt, auch im Westen.

Ein stummer Mann, eine redselige Frau: Lebenserfahrene Europäer könnten diese Konstellation für eine glückliche Ehe halten, Komödienstoff. In Afghanistan jedoch können Frauen in Lebensgefahr geraten, wenn sie den Mund aufmachen.

Atiq Rahimi, der Regisseur von „Stein der Geduld“, geboren in Kabul, Wohnsitz Paris, ist auch der Autor der Romanvorlage. 2008 wurde er für das Buch mit dem Prix Goncourt ausgezeichnet, dem wichtigsten Literaturpreis Frankreichs. Rahimi hatte anfangs Bedenken, Farahani in „Stein der Geduld“ zu besetzen. „Ihre Schönheit hat mir zunächst ein wenig Sorge bereitet“, sagt er, Sorge, dass die Geschichte darüber „zur Nebensache werden“ könnte.

„Das sollte ein Witz sein“, behauptet Farahani. „Er konnte sich mich nicht als eine Frau vorstellen, die leidet.“

Sie war schon immer eine Kämpferin. Als Schülerin führte sie einen Protest an, weil die Schule nicht geheizt wurde. Mit 16 schnitt sie sich die Haare ab und ver-

kleidete sich als Junge, um auf dem Fahrrad durch Teheran fahren zu können.

Sie stammt aus einer Künstlerfamilie. Der Vater leitet ein Theater; Mutter, Schwester, Bruder spielen oder führen Regie. „Nur einen Beruf sollte ich auf keinen Fall ergreifen: Schauspielerin“, sagt Farahani und lacht.

Musikerin sollte sie werden, Pianistin, sie besuchte das Konservatorium in Teheran und übte Mozart, Schubert, Bach, „Präludien und Fugen, ziemlich schwer“. Ein Jahr lang lernte sie Deutsch, zur Vorbereitung auf ein Studium in Wien. Kurz vor der Abreise, mit 17, teilte sie ihren Eltern mit, dass sie andere Pläne habe.

Bereits als 14-Jährige hatte sie sich dem Verbot ihres Vaters widersetzt und eine Filmrolle angenommen. Mit Anfang zwanzig war sie verheiratet und drehte in Iran einen Film nach dem anderen. Einige Werke wurden verboten, aber dafür auf den DVD-Schwarzmärkten Teherans und auf internationalen Festivals umso populärer.

Der Film, der Farahanis Leben verändern sollte, heißt „Body of Lies“, ein Hollywood-Thriller, der in Deutschland unter dem Titel „Der Mann, der niemals lebte“ in die Kinos kam. Regie führte der Brite Ridley Scott („Gladiator“), Russell Crowe und Leonardo DiCaprio übernahmen die Hauptrollen. Für eine größere Nebenrolle – eine Krankenschwester, in die sich der von DiCaprio verkörperte CIA-Agent verliebt – suchte Scott eine junge Schauspielerin aus dem Mittleren Osten.

Ein paar Wochen später, die iranischen Behörden waren erstaunlich kooperativ gewesen, saß Farahani in Los Angeles und wartete. Noch hatte sie die Rolle nicht. Farahani war die erste Iranerin, die seit der islamischen Revolution 1979 und der Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran für ein Hollywood-Studio arbeiten sollte. Ein Fall, der die Manager bei Warner Bros. in Verlegenheit brachte. Wegen des Embargos gegen Iran verbot sich eigentlich jede Zusammenarbeit, doch Ridley Scott hielt zu Farahani. Das amerikanische Außenministerium wurde konsultiert.

Am Ende fand man einen Kompromiss: Die Warner-Außenstelle in London unterzeichnete Farahanis Vertrag. Gedreht wurde in Marokko, auch eine Szene, in der Farahani ohne Kopftuch neben DiCaprio am Ufer eines Sees sitzt und irgendwann ihre gute muslimische Erziehung vergisst: Sie streichelt seine Hand.

Im Film fehlt die Sequenz, Farahani ist stets mit Kopftuch oder Schwesternhaube zu sehen. Aber ein Werbetrailler für „Body of Lies“ im Internet

zeigte sie ein paar Sekunden ohne Kopftuch. Einigen Sittenwächtern in Iran reichte das, um einen Skandal zu inszenieren.

Farahani wollte gerade nach London, diesmal für eine Disney-Produktion, ausgerechnet mit dem Titel „Prince of Persia“. Doch am Flughafen in Teheran wurde ihr der Pass abgenommen. Es gebe eine Akte über sie bei Gericht, lautete die Begründung.

Damit begann „ein Alptraum“, wie Farahani sagt. Immer wieder musste sie zu Verhören vor Gericht und bei der Geheimpolizei erscheinen. Was hatte sie mit dem „großen Satan“ USA zu schaffen? War „Body of Lies“ Propaganda der CIA? Der Vorwurf, sie habe die nationale Sicherheit gefährdet, lag in der Luft.

„Dafür kann man gehängt werden, einfach so“, sagt Farahani. Wenn sie zur Vernehmung musste, zog sie zwei Garnituren Unterwäsche übereinander. „Falls ich sofort ins Gefängnis gesperrt worden wäre, hätte ich wenigstens Wäsche zum Wechseln gehabt.“ Ihr Ehemann wartete vor dem Gebäude, um sicherzugehen, dass sie auch wieder herauskam.

Die Dreharbeiten in London fanden derweil ohne Farahani statt. Auf Anraten eines Regime-Mitarbeiters schrieb sie eine Beschwerde ans Gericht: Iran habe Schaden genommen, weil ihre Rolle eine Israelin bekommen habe. Tatsächlich ging der Part an Gemma Arterton, eine Engländerin.

Die Verhöre zogen sich über sieben Monate hin. Farahani drehte in der Zwischenzeit „Alles über Elly“ unter der Regie von Asghar Farhadi, der 2012 für „Nader und Simin“ einen Oscar gewinnen sollte. Das Kulturministerium hatte den Regisseur angewiesen, Farahani nicht zu beschäftigen; sie bekam die Rolle trotzdem.

„Alles über Elly“ gewann bei der Berlinale 2009 einen Silbernen Bären. Goldschifte Farahani, die Hauptdarstellerin, lief bei der Premiere mit angespanntem Lächeln über den roten Teppich. Ein Richter hatte Mitleid gehabt und ihr kurz zuvor dringend geraten, Iran zu verlassen.

Seitdem lebt Farahani in Paris. Ihr iranischer Pass ist mittlerweile abgelaufen, sie hat jetzt einen französischen Ausweis. Ihre Ehe ging im Exil in die Brüche, beruflich läuft es umso besser.

Farahani drehte „Huhn mit Pflaumen“ in Potsdam-Babelsberg, inszeniert von Marjane Satrapi, ebenfalls eine Exil-Iranerin. „Stein der Geduld“ entstand in Marokko, nur einige Straßenszenen wurden in Afghanistan mit einem Double gefilmt, verkleidet mit einer Burka.

Mittlerweile kann sich Farahani ihre Rollen aussuchen. Es sind, Zufall oder nicht, oft Filme über rebellische Frauen in muslimischen Ländern. In kurdischen Teil des Irak drehte sie „My Sweet Pepper Land“, eine Art Western, der im Mai in Cannes Premiere hatte; Farahani spielt darin eine Lehrerin. In „Little Brides“ verkörpert sie die Mitarbeiterin einer Hilfsorganisation, die sich für zwangsverheiratete Mädchen im Jemen einsetzt.

Natürlich verfolgt sie auch genau, was in Iran passiert. Ja, der neue Präsident Rohani stimme sie optimistisch. Aber der vermeintliche Wandel sei vielleicht nur Strategie. „Sehen Sie sich die Vorgänger an: Rafsandschani, Chatami, Ahmadinedschad – immer abwechselnd Unterdrückung, Entspannung, Unterdrückung, jetzt wieder Entspannung. Die wahre Macht liegt beim religiösen Führer.“

Die Behörden in Iran wiederum registrieren, was Farahani treibt. Nachdem sie in einem Werbevideo für die Césars, die französischen Filmpreise, für einen Sekundenbruchteil ihre rechte Brust entblößt hatte, bekamen ihre Eltern einen Anruf. Ein Mitarbeiter der Justiz drohte, Farahani würden zur Strafe die Brüste abgeschnitten.

„Ich glaube nicht, dass ich noch in Iran leben könnte“, sagt Farahani. „Einen Baum, den man einmal aus der Erde geholt hat, kann man nur schlecht wieder einpflanzen.“

Ihre stärkste Waffe sind Filme. Gerade hat sie wieder an einer US-Produktion mitgewirkt, bei „Rosewater“, dem Regiedebüt von Jon Stewart, dem wichtigsten Fernsehmoderator des linksliberalen Amerika.

Es geht in „Rosewater“ um einen Journalisten, der eingesperrt und brutal verhört wird. Der Film spielt in Iran.



Darstellerin Farahani in „Stein der Geduld“: Zu schön für die Rolle?

MARTIN WOLF



JOHN KOLESIDIS / REUTERS



Proteste in Athen 2012 gegen die Folgen der Finanzkrise und die deutsche Europapolitik: „Wir haben die Schuldenpolitik moralisch in eine Buße

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Deutschland schafft das nicht“

Europas Staaten unterziehen sich Schrumpfkuren und bekämpfen die Schulden mit einem drakonischen Sparkurs. Der britische Politikwissenschaftler Mark Blyth hält die verordnete Austerität für einen historischen Irrweg.

Blyth, 46, ist Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Brown University in Providence, US-Bundesstaat Rhode Island. Geboren in Dundee in Schottland, wuchs er während der Thatcher-Jahre in Großbritannien auf und erlebte den Siegeszug neoliberalen Denkens in der Wirtschaftspolitik. Sein besonderes Interesse gilt der Ideengeschichte und ihren Auswirkungen auf das politische Handeln. In seinem neuen Buch „Austerity. The History of a Dangerous Idea“ (Oxford University Press) deckt er die ideologischen Grundlagen der gegenwärtigen europäischen Finanzpolitik auf und zeigt, wie das Festhalten am Konzept der Austerität, des konsequenten Sparens, Europas Krisenbewältigung behindert.

SPIEGEL: Herr Professor, kann Deutschland als Führungsmacht der Europäischen Union den angeschlagenen Mitgliedern der Euro-Zone mit gutem Beispiel den Weg aus der Krise weisen und ein starkes,



JASON GROW/DER SPIEGEL

Autor Blyth

„Eine gefährliche Zombie-Idee“

international glaubwürdiges Europa aufbauen?

Blyth: So verheißt es jedenfalls das rhetorische Prinzip Hoffnung. Doch zunächst einmal zerfällt das Problem in zwei Komponenten: Kann Deutschland es, und will Deutschland es? Damit ist die Frage nach der ökonomischen Belastbarkeit und der politischen Entschlossenheit gestellt. In Europa ist Deutschland eine Art regionale Hegemonialmacht, der Lender of Last Resort oder Kreditgeber letzter Instanz – eine Funktion, die Amerika im globalen Maßstab ausübt. Aber im Verhältnis zum Rest der Euro-Zone ist Deutschland dafür einfach zu klein.

SPIEGEL: Wird Deutschland da wieder mit seinem alten Dilemma konfrontiert: zu groß, aber nicht groß genug?

Blyth: Zu groß für Europa, zu klein für die Welt, stichelte Henry Kissinger über das deutsche Zwischenmaß. Die Frage heute ist, ob die Bundesrepublik, auf die es in der Tat allein ankommt, den Problemen Europas gewachsen ist, nicht nur



SIMON DAWSON / BLOOMBERG / GETTY IMAGES

verwandelt“

objektiv, sondern auch subjektiv, in ihrem Anspruch ebenso wie in ihrem Geist. Nicht nur sind Deutschlands Kräfte in der Euro-Krise überfordert, die Bundesregierung setzt sie auch falsch ein.

SPIEGEL: Wie das?

Blyth: Die Bundesrepublik stellt gerade mal 16 Prozent der EU-Bevölkerung und erwirtschaftet 20 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Von den systemrelevanten Banken hat man gesagt, sie seien zu groß, um sie pleitegehen zu lassen – too big to fail. Über die Euro-Zone lässt sich sagen, dass sie zu groß ist, um sie mit Hilfsprogrammen zu retten – too big to bail. Deutschland schafft das nicht, es tut gut daran, ein Bail-out noch nicht einmal zu versuchen. Nur entlässt das die Bundesregierung nicht aus der Verantwortung.

SPIEGEL: Was sollte sie denn tun?

Blyth: Kurzfristig sollte sie zunächst einmal mit ihrer trügerischen Austeritätspolitik aufhören, Schluss damit machen, alle anderen zum Sparen zu zwingen.

SPIEGEL: Was ist falsch daran?

Blyth: Die Schulden der Staaten an der Euro-Peripherie wachsen in dem Maße, in dem ihre Wirtschaft schrumpft. Sie sind trotz aller Sparanstrengungen heute deutlich höher als bei Ausbruch der Finanzkrise vor sechs Jahren. Die empirische Evidenz zeigt, dass Austerität einfach nicht funktioniert. Sie bewirkt das Gegenteil dessen, was sie anstrebt.

SPIEGEL: Der Sinn der Austeritätspolitik besteht doch gerade darin, durch Schuldenabbau das Vertrauen der Investoren, der Märkte wiederzugewinnen.

Blyth: Austerität ist eine ökonomische Zombie-Idee, weil sie ein ums andere Mal widerlegt worden und trotzdem nicht totzukriegen ist. Die Wirklichkeit spricht für sich: Portugals Staatsverschuldung stieg von 69 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 auf 124 Prozent im Jahr 2012. Die irischen Schulden schnellten von 25 auf 118 Prozent empor, diejenigen Griechenlands, des Sorgenkinds und Aushängeschildes der Euro-Krise und der Austeritätspolitik, von 107 auf 157 Prozent, trotz einer ununterbrochenen Folge von Sparrunden und einer Abschreibung von über 50 Prozent auf griechische Anleihen für private Gläubiger im vergangenen Jahr. Auf diesem Kurs zu beharren und weiterhin eine Sparsequenz nach der anderen zu verhängen ist schierer Wahnsinn.

SPIEGEL: Welche ökonomische und finanzpolitische Logik verbirgt sich im Begriff der Austerität?

Blyth: Austerität ist eine Form der willentlichen Deflation, um die Wirtschaft durch die Senkung der Löhne, der Preise und der öffentlichen Ausgaben an die Konkurrenz anzupassen und so die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Doch die Austerität, die der Euro-Zone Stabilität bringen sollte, hat eben diese untergraben. Sie ist ein hochgefährliches Mittel, schon allein deshalb, weil die Therapie auf einer falschen Diagnose beruht.

SPIEGEL: Wieso? Die Sparpolitiker kämpfen nicht gegen Windmühlen.

Blyth: In der Schuldenkrise werden Ursache und Wirkung verwechselt. Die Probleme begannen mit den Banken und werden mit den Banken enden. Sie wur-

den nicht durch staatliche Exzesse ausgelöst. Politiker und Medien erklären die Austerität mit der Notwendigkeit, heute für frühere Verschwendung zu zahlen. Diese Darstellung ist nicht nur falsch, sie ist eine völlige Verzerrung der Tatsachen. Sie soll rechtfertigen, dass die Bürger – das Volk – in Haftung genommen werden, als hätten sie maßlos gepirast. In Wahrheit ist die Staatsschuldenkrise eine auf die öffentliche Hand abgeschobene und dadurch camouflierte Bankenkrise.

SPIEGEL: Das ändert nichts an der Zwangslage. Die Austerität wäre dann eben der Preis, der für die Rettung der Banken und des Finanzsystems zu zahlen ist.

Blyth: Sie ist der Preis, den die Banken andere für ihre Rettung bezahlen lassen wollen. Wenige von uns waren zu der Party eingeladen, aber wir alle werden aufgefordert, die Zeche zu berappen. Was mich an den Debatten über die Staatsschulden am meisten ärgert, ist die moralische Verwandlung in Schuld und Sühne. Austerität wird zur Buße – die notwendige Qual für die Wiederherstellung der Tugendhaftigkeit nach dem Sündenfall. Das ist Ideologie pur, falsches Bewusstsein zum Zweck der Verschleierung.

SPIEGEL: Die Empörung mag berechtigt sein, aber da die Schulden nun einmal beim Staat sind, führt doch nichts am Sparen vorbei?

Blyth: Das ist der Punkt, an dem die Austerität in eine politische Verteilungskrise umschlägt. Wenn der Staat seine Ausgaben kürzt, werden die Konsequenzen und Belastungen höchst unfair weitergereicht. Ich bin gern bereit, den Gürtel enger zu schnallen, wenn wir alle die gleichen Hosen tragen. In einer Demokratie sind es die staatlichen Transferleistungen durch Einkommensumverteilung, die das Entstehen einer Mittelklasse überhaupt erst ermöglichen. Diese erschafft sich nicht von selbst, sie verdankt ihre Existenz einer politischen Entscheidung, die zugleich eine Art Versicherungspolice für die Beständigkeit der demokratischen Staatsform ist. Im Zeichen der Austerität weigern sich die Reichen, die Prämien für die Versicherung zu bezahlen. Das Ergebnis ist eine Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft, in der die unteren Teile ihrer Aufstiegsmöglichkeiten beraubt werden. Dann bleibt nur noch der gewaltsame Protest, am linken und am rechten Rand nimmt die Aggressivität zu.

SPIEGEL: Aber Austerität scheint intuitiv sinnvoll zu sein. Wenn Sie bereits hochverschuldet sind, können Sie nicht freihändig Geld ausgeben.

Blyth: Schulden kann man nicht durch neue Schulden bekämpfen – das leuchtet jedermann ein. Aber es greift zu kurz, aus einem doppelten Grund. Die Sparpolitik mehrt die Macht der Gläubiger. Üblicherweise gibt es aber mehr Schuldner als Gläubiger. Und die Gläubiger sind



ULSTEIN BILD

Bettelnder Kriegsversehrter in Berlin 1922: „Falsche Lektüre der Geschichte“

diejenigen, die Geld übrig haben, während die untere Hälfte der Bevölkerung, die auf Sozialleistungen angewiesen ist, für die Zinsen aufkommt.

SPIEGEL: Austerität ist Klassenkampf von oben?

Blyth: Austerität wirkt wie eine klassenspezifische Steuer, die gegen die Mehrheit der Wähler gerichtet ist. Deshalb können Demokratien im Allgemeinen besser mit einer moderaten Inflation als mit Deflation leben. Das, was politisch tragbar ist, setzt sich immer durch gegen das, was als ökonomisch zwingend ausgegeben wird.

SPIEGEL: Eine Demokratie bringt den langen Atem nicht auf, der für einen nachhaltigen Sparkurs erforderlich ist?

Blyth: Am Ende gibt es keine Gewinner, nur Verlierer. Denn die Austerität – das ist der zweite Grund für ihr Scheitern – kann nicht klappen, wenn alle sie gleichzeitig praktizieren. Was für den Einzelnen richtig sein mag, stimmt nicht für die Summe der Teile. Es ist gut für Griechenland, die Verschuldung in den Griff zu kriegen. Tun jedoch alle Länder der Euro-Zone das Gleiche zur gleichen Zeit, versinken alle in der Rezession. Das ist der paradoxe Effekt der Sparpolitik, den John Maynard Keynes beschrieben hat. Sparen schafft die erwünschten Bedingungen des Wachstums nicht, wenn alle sparen. Die Austerität, die Europa verordnet wird, versagt wegen ihrer eigenen logischen Inkonsistenz. Nicht die Spardiktate der Bundesregierung haben die Euro-Krise einstweilen entschärft, sondern die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die ominöse Ankündigung ihres Präsidenten Mario Draghi, alles zur Verteidigung des Euro zu tun, was nötig ist.

SPIEGEL: Die großzügige Geldpolitik schürt in Deutschland Inflationsängste.

Blyth: Das historische Trauma der Hyperinflation führt heute in die Irre. Sie war eine Folge des Ersten Weltkriegs, politisch gewollt, ein Kampfmittel zur Beseitigung der Staatsschuld. Sie ließ sich auch leicht stoppen, mit der Einführung der Rentenmark 1923 ging sie fast schlagartig zu Ende. Die geschichtlichen Lehren, die sich aus der Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning ziehen lassen, sind demgegenüber viel aufschlussreicher.

SPIEGEL: Wieso ist die deutsche Politik überhaupt auf das Heilmittel der Austerität für alle verfallen?

Blyth: Es gibt mehrere Optionen, aus einer Finanzkrise herauszufinden. Wenn ein Staat souverän über seine eigene Währung verfügt, kann er inflationieren, also das Geld entwerten, oder die Währung abwerten. Die Euro-Zone als Ganzes könnte diesen Weg wählen, ein einzelnes Mitglied kann es nicht. Hinzu kommt, dass aus politischen Gründen kein Euro-Staat in die Insolvenz gehen oder die Währungsunion verlassen darf – die Risiken wären enorm, wenn die Euro-Zone zerbrechen würde. Eine Implosion des europäischen Bankensystems könnte nie-



JASON GRON/DER SPIEGEL

Blyth, SPIEGEL-Redakteur*
„Wohlfahrt rentiert sich“

mand absorbieren. Wenn all diese Wege versperrt sind, was bleibt dann noch?

SPIEGEL: Dann hätte die Kanzlerin ja recht, wenn sie ihren europapolitischen Kurs als alternativlos ausgibt.

Blyth: Sie kann die Unvermeidlichkeit der Austerität so begründen, weil der Trugschluss dahinter nicht sofort sichtbar wird. Ich glaube allerdings, dass bei Frau Merkel noch ein kultureller Grund hinzutritt. Wie so viele Deutsche liest sie die Geschichte falsch.

SPIEGEL: Sie meinen die Erfahrung des Staatsbankrotts und der allgemeinen Verarmung nach zwei Weltkriegen?

Blyth: Deutschland war lange ein vergleichsweise armes Land. Die Menschen mussten sparen und hatten nicht viel zu konsumieren. Dazu der zweifache Staatsbankrott im 20. Jahrhundert – nie wieder Krieg, nie wieder pleite! Das hat das kulturelle Bewusstsein und die Sicht aufs Leben geprägt. Sparen galt nicht mehr nur als ökonomische Zweckmäßigkeit, sondern als moralische Tugend.

SPIEGEL: Austerität als politisch-ökonomisches Konzept ist keine deutsche Erfindung. Woher kommt die moralische und intellektuelle Autorität dieser Idee?

Blyth: Geschichtlich beginnt sie mit den englischen und schottischen Aufklärern des 17. und 18. Jahrhunderts, die ihrerseits Kinder der Reformation sind. Ihre Herolde sind John Locke, David Hume und Adam Smith. Diese drei Denker stehen am Ursprung des liberalen Dilemmas: Das Individuum, vor allem der neue aufstrebende Bourgeois, der Kaufmann und Unternehmer, möchte vor dem Zugriff des Staats und seiner Steuereintreiber geschützt werden; zugleich braucht dieser Einzelne den Staat, um seine Eigentumsrechte zu sichern. Er kann nicht ohne den Staat, aber auch nicht mit dem Staat leben; deshalb will er den Staat möglichst kurzhalten. Der harte Kern der Republikaner in den USA würde ihn am liebsten auf Polizei, Justiz und Militär beschränken.

SPIEGEL: Der schottische Geiz ist so sprichwörtlich wie die Sparsamkeit der schwäbischen Hausfrau.

Blyth: Vor allem Adam Smith, der große Denker des Wirtschaftsliberalismus, sah im Sparwillen den Motor des kapitalistischen Wachstums und der Geldvermehrung. Ihm zufolge ermöglichten die Sparreserven Investitionen, der Konsum war für ihn nachrangig: erst sparen, dann kaufen! Heutzutage würde man sagen, er setzte die Angebotspolitik über die Politik der Nachfrage. Smith führte die moralischen Argumente ein, die heute noch die Austeritätsdebatte beherrschen. Frau Merkels Argumentation hört sich an wie sein Echo.

SPIEGEL: Deutschland hat damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Die lan-

* Romain Leick in Boston.

gen Jahre relativer Lohnzurückhaltung haben die Wettbewerbsfähigkeit seiner Exportindustrie gehörig gestärkt.

Blyth: Das ist die Wirtschaftsdoktrin des Pietismus. Die Moral befindet sich nicht auf der Seite der Verschwenderischen. Deutschland verspürt keinerlei Gewissensbisse, wenn es permanente Handelsbilanzüberschüsse anhäuft und gleichzeitig andere Länder für deren Anhäufung von Defiziten kritisiert. Als ob man das eine ohne das andere haben könnte! Die ständig wiederholte Empfehlung, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, hat etwas sonderbar Naives: Wären die anderen Länder so wettbewerbsfähig wie Deutschland, würde das deutsche Erfolgsmodell zusammenbrechen. Das Austeritätsdenken ist ein Fossil des frühen Wirtschaftsliberalismus. Die pathologische Angst vor überbordenden Staatsausgaben liegt tief in diesen archäologischen Schichten begraben.

SPIEGEL: Die Schulden verschwinden nicht, sie müssen zurückbezahlt oder erlassen werden. Was soll Europa tun?

Blyth: Ich sehe außer einer strikten Regulierung des Bankensektors nur zwei realistische Möglichkeiten: eine lange Zeit niedriger Zinsen unterhalb der Inflationsrate und höhere Steuern für die Reichen. Die Schwelle sollte man so ansetzen, dass weniger als zehn Prozent der Steuerzahler davon betroffen wären.

SPIEGEL: Und das halten Sie für politisch durchsetzbar?

Blyth: Finanzielle Repression und höhere Steuern auf Spitzeneinkommen werden auf lange Sicht Bestandteile der politischen Programmatik aller Volksparteien werden, nicht nur der Linken. Kurzfristig wird man es weiterhin mit Austerität versuchen, aber sie wird nicht funktionieren. Am Ende muss sie wegen erwiesener Erfolglosigkeit aufgegeben werden, oder die Wähler werden ihre Verfechter aus dem Amt jagen.

SPIEGEL: Sie sind als Kind selbst unter Austeritätsbedingungen aufgewachsen. Erklärt das Ihren Eifer?

Blyth: Ich bin in Schottland als Halbwaise bei meiner Großmutter in größter Armut groß geworden. Ich bin ein Kind des Sozialstaats und stolz darauf. Das britische Sozialsystem hat es mir erlaubt, zu studieren und Professor an einer Ivy-League-Universität der USA zu werden. Was der Staat mir gegeben hat, zahle ich zurück. Wohlfahrt rentiert sich. Was mich am meisten bedrückt: dass die anhaltende Austeritätspolitik die Jugendarbeitslosigkeit verfestigt und die soziale Mobilität zum Stillstand bringt. Wenn dieser Zustand anhält, muss es einem angst und bange um die Zukunft unserer Demokratien werden. Der europäische Wohlfahrtsstaat braucht seine Kinder.

SPIEGEL: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Ehepaar Burton, Taylor auf der Yacht „Kalizma“ 1967

GETTY IMAGES

DIE DRAMATISCHE LIEBESGESCHICHTE begann in Rom. Die Schauspieler Elizabeth Taylor und Richard Burton verliebten sich bei den Dreharbeiten zu „Cleopatra“ ineinander. Die beiden wurden zu dem glamourösen Paar schlechthin, durch ihre Filme und Alkoholexzesse, ihre Kräche und Versöhnungsorgien. Sie heirateten 1964, 1974 ließen sie sich scheiden, um ein Jahr später wieder zu heiraten. 1976 wurden sie erneut geschieden. Wie tief die Beziehung vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war, wird in den Tagebüchern aus den Jahren 1965 bis 1972 deutlich. Vor sieben Jahren

übergab die vierte und letzte Ehefrau Burtons dessen Tagebücher der Universität von Swansea in Wales, nun kommen sie auf Deutsch heraus (Richard Burton: „Die Tagebücher“. Verlag Haffmans & Tolkemitt; 688 Seiten; 34,99 Euro). Der SPIEGEL druckt gekürzte Auszüge aus dem Jahr 1969. Taylor und Burton drehten in jenem Jahr in London den Film „Königin für tausend Tage“, dem Ehemann ging es vor allem darum, genug Geld zu verdienen für das Leben an der Seite einer Frau, die Juwelen liebte. Richard Burton starb 1984 mit 58. Elizabeth Taylor überlebte ihn um 27 Jahre.

LEGENDEN

„Diese Frau ist mein Leben“

Aus den Tagebüchern von Richard Burton

JANUAR 1969

Montag, 13.1. (Gstaad) Meine Sünden haben mich eingeholt! Wer hätte gedacht, dass ein Mann, der zu seiner Zeit dafür bekannt war, infolge übermäßigen Alkoholkonsums Fensterscheiben einzuschlagen oder trotz geringer Erfolgsaussichten keine Prügelei auszulassen, entsetzt sein würde, wenn andere sich auf ähnliche Weise verhalten? Zumindest bei anderen, die ihm nahestehen. Und wer steht mir näher als E.? Den ganzen letzten Monat ist sie, bis auf wenige Ausnahmen, jeden Abend nicht bloß angetrunken oder beschwipst ins Bett gegangen, sondern voll-

trunken. Und ich meine wirklich volltrunken. Unkoordiniert, unfähig, geradeaus zu gehen, und vollkommen grundlos wie ein blödsinniges Kind in einer schwerfälligen, jammernden Babystimme redend. Ich dachte zuerst, es liege an den Medikamenten, aber wenn ich mich nicht irre, nimmt sie momentan nur noch Vitamine. Es muss also doch am guten alten Alkohol liegen. Ich habe am letzten Wochenende, ohne den Arbeitsdruck, einen verzweifelten Versuch unternommen herauszufinden, ob ich es in den Griff kriegen kann. Ergebnis: das Gleiche. Das Schlimme ist ja, dass es mir den Alkohol ver-

gällt! Vielleicht hat es doch sein Gutes. Ich kann nicht viel tun.

Ich muss aufpassen, dass ich nicht auch so werde, sonst müssen wir noch einen Pfleger engagieren, der uns beide im Zaum hält. Aber die Langeweile, die ich in der Gegenwart eines Menschen habe, dem ich alles zweimal sagen muss, wenn ich nicht ebenfalls betrunken bin, bereitet mir echt Bauchschmerzen. Wenn es irgendjemand anders wäre, würde ich meine Koffer packen, mich aus dem Staub machen und in einen Trappistenorden eintreten, aber diese Frau ist mein Leben.

Montag, 20.1. Gestern war ein Artikel über E. im „Daily Mirror“ oder vielmehr im „Sunday Mirror“. Unter anderem – er war ihr größtenteils wohlgesinnt, glaube ich – stand darin, dass sie 38 wäre, dabei ist sie erst 36; dass sie zugenommen hätte, obwohl sie seit zehn Jahren ihr Gewicht hält, außer in der Virginia-Woolf-Phase, in der sie absichtlich zunahm; und dass sie grau würde. Letzteres ist wahr, aber das wird sie schon seit zehn Jahren. Na ja.

Es gibt einen Trend unter gewissen Schreiberlingen – vor allem unter den moralisierenden –, „anspruchsvolle“ Machwerke über uns zu produzieren. Sie sind alle gleich. Das reiche Paar, lebt sein Leben auf dem Präsentierteller der Öffentlichkeit, außerstande, einen normalen Spaziergang auf einer normalen Straße zu machen, belagert, wo es auch hinkommt, dauerhaft von einer riesigen Gefolgschaft abgeschirmt. Was sie nicht verstehen und vollkommen fehlinterpretieren, ist die Einstellung, die wir zu unserem Beruf haben. Dass Schauspielern auf der Bühne oder im Film bis auf ein oder zwei aufregende Momente die reinste Plage war. Sie können wohl nicht nachvollziehen, wie demütigend und ermüdend es ist, die Schriften eines anderen auswendig lernen zu müssen, unter denen 9 von 10 nur durchschnittlich sind, wenn man 43 Jahre alt und ziemlich belesen ist, sich Tag für Tag zur Arbeit schleppt und zum Abschied einen langen, zögernden Blick auf das Buch wirft, das man stattdessen lesen möchte. Sie werden nie verstehen, dass E. und ich nicht „mit Leib und Seele dabei“ sind und dass meine „erste Liebe“ (mein Gott, wie oft habe ich das gelesen?) nicht das Theater ist. Es ist ein Buch mit schönen Wörtern drin. Wenn ich mich zur Ruhe setze, was ich bald tun muss, werde ich eine hässliche Schmäherei gegen die ganze falsche Welt des Journalismus und des Showbusiness schreiben.

APRIL

Karfreitag, 4.4. Gestern war ein seltsamer Tag. Die erste Hälfte war hervorragend, verkam dann aber gegen 15.30 Uhr zum reinsten Hickhack. Größtenteils war es meine Schuld. Ich war auf einmal ohne besonderen Grund gereizt und blieb es für den Rest des Tages. Gegen 17 Uhr versuchte ich mich zusammenzureißen, aber es half nichts. E. war natürlich überhaupt keine Hilfe und hackte mit beinahe männlichem Stolz zurück. Hier ein Teil unseres Dialogs, grob gesagt:

Liebespaar Burton, Taylor 1962



lernens hat einen Höchststand erreicht. Ich werde es heute lesen, und wenn ich mir dafür die ganze Nacht um die Ohren schlagen muss. Es ist absolut erbärmlich und sehr untypisch für mich. Ich wäre entsetzt, wenn ich eine solche Faulheit bei anderen Schauspielern entdecken würde.

Sonntag, 25.5. (auf der „Kalizma“)

Was für eine seltsame Welt. Wie kann man mit einem Menschen 13 Jahre und mit einem anderen 8 Jahre zusammenleben und beide noch immer rätselhaft wie Fremde finden. Elizabeth ist ein ewiger One-Night-Stand. Sie ist meine persönliche und selbstgekaufte Matresse. Und dabei so lasziv. Es ist unmöglich zu sagen, woraus unser Liebesakt besteht. Aber ich kann sagen, dass E. eine Rückschlägerin ist, sie spielt den Ball immer sofort zurück! Ich schreibe nicht oft über Sex, weil es mir peinlich ist, aber, aber, aus irgendeinem Grund, wer weiß, warum, egal, ist selten, ureigen, wunderbar.

Ich: (Ich war gegen 20 Uhr zum Lesen nach oben ins Schlafzimmer gegangen.) „Stinkt es noch im Badezimmer?“

Sie: „Ja.“ Ich: „Ich rieche da nichts. Vielleicht bist du es.“ Sie: „Leck mich!“ (Sie verlässt das Schlafzimmer und geht nach unten, während ich weiter im Bett lese.)

Sie: (als sie etwa zwanzig Minuten später zurückkommt und mit hasserfühltem Gesichtsausdruck in der Tür steht) „Ich kann dich nicht ausstehen, und ich hasse dich.“

Ich: (während ich mir einen Bademantel anziehe) „Gute Nacht, schlaf gut.“

Sie: „Du auch.“ Ich gehe ab und in Chris' Zimmer, wo ich mich ins Bett lege und lese.

NB: Im Interesse der Schauspieler dieser kleinen Studie des häuslichen Lebens der Burtons muss betont werden, dass die Worte an sich zwar relativ harmlos sind, aber mit einer giftigen Bosheit vorgetragen werden.

Freitag, 11.4. Gestern Abend lag ich lesend im Bett, und E. war in einer anderen Ecke des Raums, ich fragte sie: „Was machst du da, Pummelchen?“ Wie ein kleines Mädchen und vollkommen ernst antwortete sie: „Ich spiele mit meinen Juwelen.“

Montag, 21.4. Ich lese alles, was ich in die Finger bekomme. An den meisten Tagen lese ich 3 Bücher, und kürzlich waren es sogar 5!

MAI

Freitag, 2.5. Mein schlechtes Gewissen wegen des nächsten Films und des Skript-

Donnerstag, 29.5. Wie eintönig Menschen sein können, vor allem von der Presse. Ich habe mit einer Dame zu Mittag gegessen, die sich Margaret Hinxman nennt und für den „Sunday Telegraph“ schreibt. Ich versprach ihr den bisher noch nicht verliehenen Taylor-Burton-Oscar, wenn sie mir eine Frage stellen würde, die weder E. noch ich jemals gefragt worden sind. Sie ist gescheitert. Warum hat sie die Herausforderung nicht angenommen und zum Beispiel gefragt: „Wie oft ficken Sie und Ihre fabelhafte Frau? Machen Sie es nur am Wochenende, oder haben Sie einen Dienstagsfetisch?“ Oder: „Wie oft masturbieren Sie?“ Oder: „Wer, glauben Sie, ist normaler: Sie oder John Gielgud?“ Oder: „Glauben Sie daran, dass wir, wie Carlyle es ausgedrückt hat, zwischen zwei Ewigkeiten leben?“

AUGUST

Freitag, 1.8. Aaron ist gestern im Studio angekommen. Ich habe ihn gefragt, wie viel Geld wir haben. Ob wir es uns wirklich leisten könnten, in Rente zu gehen. Er sagte mir, dass ich an „verfügbarem“ Geld ungefähr 4 bis 4½ bis fünf Millionen Dollar habe, und E. hat nur geringfügig weniger. Das ist verfügbares Geld und sollte nicht verwechselt werden mit den diversen Häusern, der „Kalizma“, den Gemälden, dem Schmuck etc., was wahrscheinlich noch mal 3 oder 4 Millionen ergibt. Falls, fragte ich, falls wir aufhören würden zu schauspielern, welches Einkommen hätten wir dann, wenn wir das

Grundkapital nicht antasten würden? Er sagte: Mindestens ½ Million Dollar im Jahr. Ich glaube, mit ein wenig weißem Papier und einer Schreibmaschine und ein wenig freundlichem, aber nicht grimmigem Wodka und Jack Daniels würden wir schon zurechtkommen. Geld ist sehr wichtig, nicht ausnahmslos wichtig, aber es hilft ungemein. Falls E. und ich die Willensstärke besitzen, unsere Berühmtheit aufzugeben, können wir in mehr als großzügigem Komfort leben.

SEPTEMBER

Donnerstag, 11. 9. (Bell Inn, Aston Clinton) Ich habe den Großteil des Tages und die halbe Nacht gelesen (4.30 Uhr), ein Buch von Carlos Baker über Ernest Hemingway. Ich hasse E. H., seit ich ungefähr mit 14 „Wem die Stunde schlägt“ gelesen habe. Die schreiende Sentimentalität dieses Mannes hat mich beleidigt und tut es immer noch.

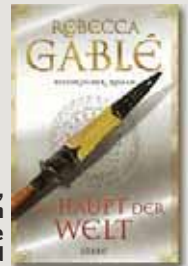
Ich verstehe nicht, warum „Kritiker“ seinen „kritischen Realismus“ loben. Ich habe eher den Eindruck, dass er ein romantischer Blödmann war. Er war ein Blödmann erster Ordnung und ein Oscar-prämierter Sentimentalist. Und trotzdem liebte ihn jeder, der ihn kannte und den ich kenne – selbst der geheimnisvolle Archie MacLeish. Während ich das Buch lese, bemitleide und verachte ich ihn abwechselnd, aber noch immer wird mir schlecht, wenn darin aus seinen Werken zitiert wird. Ich lese es heute zu Ende. Eines Tages, vielleicht schon bald, werde ich mir sein Gesamtwerk im Taschenbuch kaufen (einen festen Einband verdient er nicht) und es durchackern. Am besten, wenn ich Verstopfung habe.

Montag, 29. 9. Vor ein paar Jahren unterhielt ich mich mitten in der Nacht mit E. über dies und das, und sie fragte, ob ich noch irgendwelche Träume hätte, kleinere, realisierbare. Ich dachte nach und sagte ja, ich hätte einen kleinen, aber dafür sei es jetzt zu spät. Was war es denn?, fragte sie. Ich erklärte ihr, dass ich als Kind den Traum gehabt hätte, die gesamte Everyman's Library zu besitzen. Eintausend durchnummerierte, glänzende Bücher mit gleichem Einband, und als ich etwa 12 war, begann ich, sie zu sammeln. Als ich in meinen Zwanzigern war, hatte ich ungefähr 300 oder so. Und dann änderte Dent-Dutton zu meinem Entsetzen das Format – und sie waren nicht mehr alle gleich. Manche waren hoch, andere mittelhoch, und andere gab es weiterhin in der alten Größe. Ohne ein Wort zu mir zu sagen, schrieb E. an Dent-Dutton und fragte, ob sie wohl alle Bücher in der ersten Taschenbuchgröße auf-treiben könnten. Es dauerte sehr lange, aber sie haben sie alle gefunden. Dann ließ E. sie in verschiedenen Farben in Kalbsleder binden – Rot für Romane,

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) Jussi Adler-Olsen**
Erwartung
dtv; 19,90 Euro
- 2 (2) Khaled Hosseini**
Traumsammler
S. Fischer; 19,99 Euro
- 3 (3) Ferdinand von Schirach**
Tabu
Piper; 17,99 Euro
- 4 (→) Rebecca Gablé**
Das Haupt der Welt
Ehrenwirth; 26 Euro



**Historische Fakten,
fiktive Handlung: Roman
über das frühe
Mittelalter in Deutschland**

- 5 (4) Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro
- 6 (5) Daniel Kehlmann**
F
Rowohlt; 22,95 Euro
- 7 (6) Dan Brown**
Inferno
Bastei; 26 Euro
- 8 (9) Ian McEwan**
Honig
Diogenes; 22,90 Euro
- 9 (→) Frederick Forsyth**
Die Todesliste
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
- 10 (17) Karen Rose**
Todeskind
Knaur; 19,99 Euro
- 11 (18) Atze Schröder**
Und dann kam Ute
Wunderlich; 19,95 Euro
- 12 (7) Nina George**
Das Lavendelzimmer
Knaur; 14,99 Euro
- 13 (13) Sven Regener**
Magical Mystery oder: Die Rückkehr
des Karl Schmidt Galiani; 22,99 Euro
- 14 (16) Kerstin Gier**
Silber – Das erste Buch der Träume
Fischer JB; 18,99 Euro
- 15 (8) Joël Dicker**
Die Wahrheit über den Fall Harry
Quebert Piper; 22,99 Euro
- 16 (12) Uwe Timm**
Vogelweide
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
- 17 (10) Karin Slaughter**
Harter Schnitt
Blanvalet; 19,99 Euro
- 18 (11) John Grisham**
Das Komplott
Heyne; 22,99 Euro
- 19 (→) C. J. Daugherty**
Night School – Denn Wahrheit
musst du suchen Oetinger; 18,95 Euro
- 20 (→) Susanne Fröhlich**
Aufgebügelt
Fischer Krüger; 16,99 Euro

Sachbücher

- 1 (1) **Christopher Clark**
Die Schlafwandler
DVA; 39,99 Euro
- 2 (–) **Boris Becker mit Christian Schommers**
Das Leben ist kein Spiel
Herbig; 19,99 Euro
- 3 (4) **Rüdiger Safranski**
Goethe – Kunstwerk des Lebens
Hanser; 27,90 Euro
- 4 (2) **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des
Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro
- 5 (6) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro
- 6 (5) **Bronnie Ware**
5 Dinge, die Sterbende am meisten
bereuen Arkana; 19,99 Euro
- 7 (3) **Jennifer Teege / Nikola Sellmair**
Amon Rowohlt; 19,95 Euro
- 8 (14) **Meike Winnemuth**
Das große Los Knaus; 19,99 Euro
- 9 (11) **Henryk M. Broder**
Die letzten Tage Europas
Knaus; 19,99 Euro
- 10 (7) **Ruth Maria Kubitschek**
Anmutig älter werden
Nymphenburger; 19,99 Euro
- 11 (9) **Eben Alexander**
Blick in die Ewigkeit
Ansata; 19,99 Euro
- 12 (10) **Dieter Nuhr**
Das Geheimnis des perfekten Tages
Bastei Lübbe; 14,99 Euro
- 13 (8) **Jürgen Todenhöfer**
Du sollst nicht töten
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
- 14 (17) **Sven Hannawald mit Ulrich Pramann**
Mein Höhenflug, mein Absturz,
meine Landung im Leben
Zabert Sandmann; 19,95 Euro
- 15 (15) **Gerd Ruge**
Unterwegs – Politische Erinnerungen
Hanser; 21,90 Euro
- 16 (12) **Stephen Hawking**
Meine kurze Geschichte
Rowohlt; 19,95 Euro
- 17 (13) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klugen Handelns
Hanser; 14,90 Euro
- 18 (16) **Hannes Jaenicke**
Die große Volksverarsche
Gütersloher Verlagshaus; 17,99 Euro
- 19 (–) **Zlatan Ibrahimović /
David Lagercrantz**
Ich bin Zlatan
Malik; 22,99 Euro



Autobiografie über den
beschwerlichen Weg
vom Migrantenkind zum
gefeierten Fußballstar

- 20 (20) **Andreas Platthaus**
1813 – Die Völkerschlacht und das
Ende der alten Welt
Rowohlt Berlin; 24,95 Euro

Gelb für Biografien, Grün für Lyrik etc.
etc. Das Ganze kostete sie in etwa £ 2600.

NOVEMBER

Samstag, 1. 11. (Gstaad) Ich habe den Ring für Elizabeth gekauft. Der Erwerb war unglaublich spannend. Ich hatte einen „Deckel“ von einer Million Dollar gesetzt, wenn es recht ist, und Cartier überbot mich um \$ 50 000. Als Jim Benton anrief und mir davon berichtete, wurde ich zum tobsüchtigen Wahnsinnigen und bestand darauf, dass er Aaron so schnell wie möglich ans Telefon kriegen müsse. Elizabeth war so süß, wie nur sie es sein kann, und sagte, es sei nicht so wichtig und dass es ihr egal sei, wenn sie ihn nicht hätte, dass es im Leben mehr gebe als solche Spiele-reien, dass sie mit dem auskomme, was sie habe. Der allgemeine Tenor war, dass sie schon zurechtkomme. Aber ich nicht! Die Erleichterung in Jims Stimme war un-überhörbar, ebenso in Aarons, als ich ihn eine Stunde später ans Telefon bekam. Ich schrie Aaron an, dass ich auf Cartier scheißen und diesen Diamanten bekom-men würde, ob es mich mein Leben oder 2 Millionen Dollar kosten sollte, was auch immer mehr wert ist. 24 Stunden dauerte die Höllenqual, aber am Ende gewann ich. Ich habe das verdammte Ding bekom-men. Für \$ 1 100 000. Es wird zwei Wo-chen oder länger dauern, bis er hier ist. In der Zwischenzeit ist er in Chicago aus-gestellt und war es in New York, und 10 000 Leute sehen ihn sich jeden Tag an. Es stellte sich heraus, dass einer meiner Konkurrenten Ari Onassis gewesen war, aber der zog bei \$ 700 000 den Schwanz ein. Abgesehen davon, dass ich ein gebore-ner Gewinner bin, wollte ich diesen Dia-manten besitzen, weil er unvergleichbar schön ist. Und er sollte die schönste Frau der Welt schmücken. Ich hätte Anfälle bekommen, wenn er an Jackie Kennedy oder Sophia Loren oder Mrs. Etepetete-Hauptsache-Knete aus Dallas, Texas, ge-gangen wäre.

DEZEMBER

Mittwoch, 10. 12. Eine Auswahl neuer Möbel für die Bibliothek ist eingetroffen. E. und ich sind immer noch unter den zehn finanziell erfolgreichsten Schauspiel-ern, was mich überrascht, da wir außer „Die Frau aus dem Nichts“ für E. und „Agenten“ für mich gar nichts herausge-bracht haben. „Unter der Treppe“ läuft noch nicht überall, daher zählt er nicht.

Ich wiege ungefähr 80 Kilo, und es fühlt sich hervorragend an, aber ich wer-de versuchen, auf 78 zu kommen, bevor ich nächste Woche nach New York fliege. E. wiegt 58 Kilo. Geschmeidig und gelen-kig sind wir beide und spielen mörderi-sche Pingpongpartien, damit es auch so bleibt. Die Cocktailstunde rückt näher, das Feuer brennt lichterloh, draußen könnte es nicht kälter sein. ◆



Preisträgerin Munro: *Gnade und Schrecken des Lebens*

Worauf es ankommt

Alice Munro hat den Nobelpreis für Literatur verdient.

Von Elke Schmitter

Humor ist nicht ihre Stärke. Hin und wieder allerdings benutzt sie ihn, um zu zeigen: Sie weiß Bescheid. Da kauft, in einer ihrer Geschichten, eine Musiklehrerin ein Buch und stellt erst zu Hause fest, es ist „eine Sammlung von Erzählungen, kein Roman. Schon die erste Enttäuschung. Das scheint das Gewicht des Buches zu verringern, als sei seine Verfasserin jemand, der sich nur an die Pforten der Literatur klammert, statt sich in ihr sicher niedergelassen zu haben“.

Unter diesem Vorbehalt hat Alice Munro, seit mehr als 60 Jahren Autorin von Erzählungen, eine beachtliche Karriere gemacht. Für Romane, erzählte die Mutter von drei Kindern 1961 in einem Interview, fehle ihr einfach die Ruhe. „Hausfrau findet Zeit, Kurzgeschichten zu schreiben“, lobte die „Vancouver Sun“. Allerdings feilt sie an ihren Geschichten jahrelang, so dass, alles in allem, auch jene Opulenzmaßnahmen von mindestens 600 Seiten hätten dabei herauskommen können,

die – Tschechow, Mansfield, Hemingway, Böll, Carver, Schalamow und anderen zum Trotz – gern mit „richtiger Literatur“ gleichgesetzt werden.

Aber sie scheint nicht daran zu glauben, dass mit mehr Worten auch mehr gesagt sein könnte. Und in der Welt, von der sie erzählt, in der kanadischen Provinz, trifft das auch zu.

Da ist das Reden am Stück nur Pfarrern und Radiomoderatoren erlaubt. Wir befinden uns auf dem Land, in einer christlichen Monokultur, wie sie in den schottischen Wäldern, in der niedersächsischen Ebene, in der Prärie der USA und natürlich in Kanada den misstrauischen Ton angibt: Wer hier rhetorisch brilliert, der will dir einen Staubsauger verkaufen, einen Kredit andrehen oder noch Schlimmeres. Es gibt Frauen, die schwatzen – vornehmlich unter Alkohol –, aber das sind lästige Harmlosigkeiten. Worauf es im Leben ankommt, das lässt sich mit Worten nicht regeln.

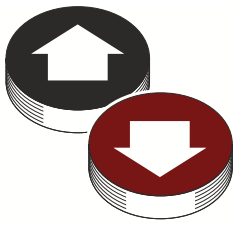
Und nicht einmal beschreiben. In den Erzählungen Alice Munros bricht

sich das Ungesagte, das Unbegriffene plötzlich Bahn, von keiner Erkenntnis, von keiner Warnung vorbereitet und von keiner Erklärung begleitet. Die Kraft, die Menschen zum Leben brauchen, geht in alltäglichen Handlungen auf, in konventionellen Bindungen und in dem Bemühen, einigermaßen anständig über die Runden zu kommen. Wir befinden uns in einer Epoche vor der psychologischen Ratgeberliteratur, vor der Chance und dem Elend, etwas aus seinem Leben zu machen, ein kostbares Individuum zu sein. Es gibt keine zweite Ebene, keine „Kultur“, weder im Sinne der Reflexion noch als Ablenkung oder Versöhnung. Die Leute reißen klaglos Truthähnen die Gedärme heraus, Tag für Tag, da ist das Elend Hamlets kein Trost. Sie misstrauen der großen Welt, der Politik, der Plauderei. „Wie’s aussieht, ham die Schweine wieder Spulwürmer“, sagen die Männer ins lange Schweigen hinein, beim großen Familienessen. Und die Frauen versichern sich ihrer Zuneigung, indem sie Rezepte und Krankheitssymptome austauschen, wenn sie die Schminktippis hinter sich gelassen haben.

Doch bleibt ein Rest von Energie, der zu jähren Wendungen führt. Eine unerwartete Liebe, aus der eine Krankheit wird, oder eine Krankheit, aus der eine Liebe entsteht. Verheiratete Kinder, ein endlich geglückter Mord, ein neues Gebiss, das ein Gesicht entstellt. Nichts ist vorhersehbar, gerade da, wo alles festgezurrert und angepflockt erscheint; das Leben hält Gnade und Schrecken bereit, und wer nicht an Gott glauben kann, der hat nur seine alltägliche Sprödigkeit, um die Katastrophe zu überstehen. Oder auch die vermiedene Katastrophe, die manchmal schlimmer sein kann. Und die Munros Spezialgebiet ist. Nicht nur in ihren Geschichten, sondern auch in ihrer Art zu erzählen: auf leisen Sohlen, aber in Schritten von unerbittlicher Präzision. Mit einer fast anämischen Diskretion, im vollen Vertrauen auf die Intelligenz ihrer Leser.

Die Stockholmer Jury hat, nach der doppelt deprimierenden Entscheidung 2012 für den Chinesen Mo Yan, einen Parafall politischer Korruption und literarischer Konfektion, ihre nächste Katastrophe vermieden. Eine 82-jährige schreibende Hausfrau aus der kanadischen Provinz stellt das Ansehen des höchstdotierten Preises für Literatur erst einmal wieder her.

DEREK SHAPTON



Die Farbe Rot

FILMKRITIK: In dem düsteren Thriller „Prisoners“ schildert der Kanadier Denis Villeneuve das moralische Dilemma eines Vaters, dessen Tochter entführt wurde.

Ein Junge steht mitten im Wald und zielt mit seinem Gewehr auf ein Reh. Der Vater wartet neben ihm und spricht leise das Vaterunser. Der Junge drückt ab, das Reh sackt zu Boden, der Vater sagt: „Wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ Der Film „Prisoners“ beginnt mit einem Gebet, das ungehört verhallt.

Der Vater heißt Keller Dover (Hugh Jackman) und lebt mit Frau und zwei Kindern in einer amerikanischen Kleinstadt. Er rechnet fest mit dem Weltuntergang und hat im Keller Lebensmittel gehortet. Seinem Sohn schärft er ein: „Sei bereit.“ Dann wird Dovers sechsjährige Tochter entführt, zusammen mit ihrer Freundin.

Der Kanadier Denis Villeneuve erzählt in „Prisoners“ von dem verzweiferten Hoffen auf göttliche Hilfe, die nie kommt. Er stellt die Frage, was Eltern tun würden, um ihre Kinder wiederzubekommen, ob sie auch foltern und töten würden. Der Thrill des Films entsteht aus einem moralischen Dilemma.

„Prisoners“ entwirft ein Szenario, das die deutschen Zuschauer gut kennen. Im Jahr 2002 fasste die Frankfurter Polizei den Kindesentführer Magnus Gäfgen, der den Bankierssohn Jakob von Metzler in seine Gewalt gebracht hatte. Der Fall löste in Deutschland eine heftige Debatte um die Legitimität von Folter aus.

Als der ermittelnde Polizist Gäfgen beim Verhör Folter androhte, verriet dieser den Aufenthaltsort des Jungen. Doch Jakob von Metzler war zu dem Zeitpunkt bereits tot. In Villeneuves Film muss die Polizei den Tatverdächtigen wegen Mangels an Beweisen wieder freilassen, Dover bringt ihn daraufhin in seine Gewalt. Doch Villeneuve macht nicht den Fehler, die Ermittlungsbehörden als kraftlos zu beschreiben, um zu rechtfertigen, warum Dover das Gesetz in die Hand nimmt.

Der Film stellt dem Familienvater einen Polizisten gegenüber, der den Fall mit stiller Besessenheit verfolgt. Detective Loki (Jake Gyllenhaal) hat im Film keinen einzigen privaten Moment, rund um die Uhr ist er damit beschäftigt, die Kinder zu suchen.

Doch Loki braucht Zeit, um die Spuren auszuwerten, und mit jeder Stunde, die verstreicht, sinkt die Wahrscheinlichkeit, die Mädchen noch lebend zu finden. Dover

In graubraunen Bildern, in denen nie die Sonne scheint, entwirft der Kameramann Roger Deakins eine morbide Welt, in der die Menschlichkeit zersetzt wird. Die einzige kräftige Farbe in diesem Film ist das Rot des Blutes: im Gesicht des Gefolterten, an den Händen seines Peinigers und in den Kleidern der Mädchen.

Ständig blickt der Film durch Scheiben, und immer sind sie schmutzig oder nass, am Ende von „Prisoners“ ist der Regen so stark, dass Detective Loki nichts mehr erkennen kann, als er mit dem Wagen durch die Stadt fährt. Der Zuschauer sieht, wie die Trennschärfe verlorengeht, vor allem die zwischen Gut und Böse.

„Prisoners“ handelt auch davon, was Menschen so alles in ihren Kellern treiben, welche Geheimnisse sie darin verbergen und welche Leichen sie darin begraben haben. Unter jedem noch so harmlos erscheinenden Einfamilienhaus kann in diesem Film ein Verlies liegen.

Villeneuve nimmt den Zuschauer mit auf einen Abstieg in den Unterbau der Gesellschaft, in dem es ziemlich düster aussieht.

„Prisoners“ ist ein Film voller getriebener, verzweifelter und an Wahnvorstellungen leidender Menschen. Selbst wer in diesem Film nicht eingesperrt ist, ist noch lange nicht frei.

Am Ende lässt Villeneuve ein paar Hoffnungsschimmer durch die Finsternis irrluchtern. Unabhängig voneinander finden Dover und Loki heraus, wo die Mädchen gefangen gehalten wurden. Sind sie noch am Leben? In der Schlusseinstellung des Films erfährt der Zuschauer, was es wirklich bedeutet, aus dem letzten Loch zu pfeifen.

LARS-OLAV BEIER



„Prisoners“-Stars Gyllenhaal, Jackman: Von Gott kommt keine Hilfe

schlägt den Tatverdächtigen Alex Jones zusammen, einen jungen Mann aus der Nachbarschaft, der geistig behindert ist.

Immer wieder prügelt Dover auf ihn ein, stundenlang, bis die Augen des Mannes so verquollen sind, dass er sie kaum noch öffnen kann. Es scheint unzweifelhaft, dass er mit dem Fall zu tun hat, aber es ist unklar, wie viel er weiß. Dover schreit, weint, fleht Gott an und sieht hilflos auf seine Fäuste.

Villeneuve baut in diese kaum zu ertragenden Szenen Bilder ein, die man aus Abu Ghuraib kennt, wo US-Soldaten vor zehn Jahren irakische Gefangene folterten. Einmal zeigt er Jones mit einer blutigen Kapuze. Der Film beschreibt die Dynamik der Folter, die überall gleich ist: Wer erst einmal damit anfängt, weiß nicht mehr, wann er aufhören muss.



Video:

Ausschnitte aus „Prisoners“

spiegel.de/app422013filmkritik
oder in der App DER SPIEGEL



SÜDAFRIKA

Elefant am Kap

„Demolish it!“ („Reißt es ab!“), rief ein aufgebracht Anwohner vor zwei Wochen auf einer Bürgerversammlung. Sein Zorn richtete sich gegen das Cape Town Stadium, das für die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 gebaut worden war. Viele Kapstädter nennen die Anlage inzwischen einen „weißen Elefanten“, ein nutzloses Großprojekt. Der Stadt bringt es hohe Verluste ein, die jährlichen Kosten für den Unterhalt liegen bei 52 Millionen Rand, rund 4 Millionen Euro. Man solle mit diesem Geld besser

die Armut bekämpfen, fordern die Wutbürger. Das vom Hamburger Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner entworfene Stadion gehört zu den aufregendsten Fußballarenen der Welt; angeblich hatte sich Fifa-Chef Sepp Blatter den spektakulären Standort an der Tafelbucht gewünscht. Doch die WM war nur für den Weltverband ein profitables Geschäft – mit den Folgekosten muss sich Südafrika herumschlagen. Kapstadt hat eine unterentwickelte Fußballkultur. Das Stadion mit 55 000 Plät-

zen ist nur selten voll, zu den Heimspielen des Erstligaclubs Ajax Cape Town kommen nur wenige tausend Zuschauer. Nun entwickelt eine Planungsgruppe ein möglichst gewinnbringendes Nutzungskonzept. Ein Abriss komme nicht in Frage, erklärte der Sprecher der Gruppe. Büros, Läden, Restaurants und Events aller Art sollen künftig die Kassen füllen. So lautet die Idee. Bis auf weiteres jedoch liegt das Stadion am Atlantikufer verlassen wie ein gestrandeter Ozeanriese da.

SPORTZPICS / PIXATHLON

BÜCHER

Schumi und Kurt

Aus deutscher Sicht besteht die Geschichte der Formel 1 aus drei Phasen: vor Schumacher, Schumacher, nach Schumacher. Der erste Abschnitt dauerte am längsten. In den 41 Jahren, die vergingen, bis der rheinische Raserich den Grand-Prix-Sport aufzumischen begann, fuhren viele Deutsche in der Rennserie. Bis heute sind es knapp 50 geworden. Bekannt sind die wenigsten von ihnen, auch weil viele Piloten nur kurze Gastspiele gaben und sich manche im Training gar nicht erst fürs Rennen qualifizierten. So wie Hans Heyer, der sich 1977 in Hockenheim trotzdem auf die Strecke mogelt, indem er die Verwirrung nach einem Startunfall nutzt und dem Feld aus der Boxengas-

se heraus hinterherbraust. Das erzählt ein Buch über 31 Rennfahrerleben, das ohne Schumacher und Vettel natürlich nicht auskommt, aber 1950 mit Paul Pietsch beginnt, dem ersten Deutschen in der Formel 1. Es ist eine Zeitreise durch die Verhältnisse des Rennsports, in denen Karrieren gediehen – oder jäh endeten. Gerhard Mitter, Wolfgang Graf Berghe von Trips, Rolf Stommelen, Manfred Winkelhock, Stefan Bel-



BILDAGENTUR KRÄLING

Formel-1-Fahrer Ahrens 1968

lof: Sie alle starben, weil sie zu viel riskierten, weil etwas am Wagen brach oder sie in Mauern krachten, so jämmerlich waren die Sicherheitsstandards über Jahrzehnte. Andere, wie Hans Herrmann oder Jochen Mass, zogen sich zurück, weil sie fürchteten, den nächsten Unfall nicht mehr zu überleben. Kurt Ahrens verabschiedete sich besonders schnell. Er betrieb die Rennfahrerei als Hobby, schaffte es aber bis in die Formel 1, wo er viermal startete. Als ihm Teamchef Jack Brabham 1968 nach dem Grand Prix auf dem Nürburgring anbot, die restliche Saison in seinem Rennstall zu fahren, bekam er von Ahrens, damals 28, zu hören: „Du, Jack, dieses Ding hier ist eine Nummer zu groß für mich.“

Ferdi Kräling/Gregor Messer: „Sieg oder Selters – Die deutschen Fahrer in der Formel 1“. Delius Klasing Verlag, Bielefeld; 160 Seiten; 29,90 Euro.



Wettbüro in Hongkong: Weltweit rund eine Billion Euro Umsatz

COLIN GALLOWAY / DER SPIEGEL

SPORTWETTEN

Pakt mit dem Paten

Wettbetrug galt lange als Geschäft für kleine Ganoven. Jetzt mehren sich die Erkenntnisse, dass die Organisierte Kriminalität den Markt übernimmt. Kartelle aus Osteuropa zielen vor allem auf den internationalen Fußball.

Der Pate leistete keinen Widerstand. Als Tan Seet Eng, alias Dan Tan, von den Beamten des Sondereinsatzkommandos aus seiner Wohnung in Singapur begleitet wurde, trug er einen schlechtsitzenden Anzug und blickte traurig zu Boden.

Es war das Ende einer langen Jagd. Tan, Chef eines verzweigten Wettssyndikats, sitzt jetzt in einer Zelle in Singapur. Fast täglich bekommt er dort Besuch von Ermittlern, die hoffen, dass Tan endlich auspackt.

In den vergangenen drei Jahren soll er weltweit Fußballspiele manipuliert haben, 64 Fälle sind aktenkundig, die Dun-

kelziffer dürfte weit höher liegen. Überall hatte er seine Finger im Spiel, in der italienischen Serie A, in Ligen in Südamerika, Afrika, Finnland, Ungarn, Kroatien und Österreich. Rund 50 Helfer zählten zu Tans Syndikat, darunter sogenannte Fixer, die Spieler oder Schiedsrichter bestachen, oder Runner, die die Wetten platzierten. Weit über 100 Millionen Euro setzte die Bande in den vergangenen Jahren um.

Die Verhaftung Tans wurde von der Weltpolizei Interpol als Coup gefeiert, und vom Fußball-Weltverband Fifa kam kräftiger Applaus. Doch je genauer die Experten hinter die Kulissen des Singa-

pur-Clans blicken, desto klarer wird, dass Tan womöglich gar nicht der ganz große Fisch war, sondern mächtige Hintermänner hatte.

„Über Dan Tan stehen andere, finanziell potentere Geldgeber, die bislang öffentlich noch kein Gesicht haben“, sagt Ralf Mutschke, Sicherheitschef der Fifa. Er spricht von Drogenbossen, Menschenhändlerringen. Fahnder in Deutschland hegen den Verdacht, dass Tan sogar mit der russischen Mafia zusammengearbeitet habe.

Mutschke sitzt in seinem Büro in Zürich, der ehemalige deutsche Polizist war 33 Jahre lang beim Bundeskriminalamt,

seit 2012 ist er bei der Fifa. Langweilig war der Job noch nie.

Weltweit wird pro Jahr rund eine Billion Euro mit Sportwetten umgesetzt, das ist annähernd so viel wie der gesamte deutsche Exportumsatz. Rund 70 Prozent der Wetten entfallen auf den Fußball. Und das Geschäft wächst und wächst. Wetten ist hip, auch in Deutschland, wo selbst in Kleinstädten immer neue Salons eröffnen. Viele der Läden sind aufgemacht wie Szene-Bars. Die Gäste sitzen auf Sofalandchaften, trinken Milchkaffee oder rauchen Wasserpfeife. Wenn sich auf einem der Bildschirme eine reizvolle Quotenbewegung ergibt, bilden sich vor den Schaltern Schlangen.

Jahrelang zog der Sportwettenmarkt vor allem kleine Ganoven an, Glücksritter wie die Brüder Ante und Milan Sapina aus Berlin. In ihrem Café King, einem Wettlokal in der Nähe des Ku'damms, fädelten sie ihre Spielmanipulationen ein. Der Fall beschäftigt bis heute die Gerichte, im Dezember beginnt erneut ein Prozess gegen Ante Sapina.

Der Ex-Zocker, der bereits eine Freiheitsstrafe wegen Wettbetrugs verbüßt hat, hat mittlerweile die Seiten gewechselt. Sapina arbeitet heute als Berater für eine große Wettfirma, überwacht Quoten, schlägt Alarm, wenn etwas nicht stimmt.

Sapina kennt sich immer noch gut aus in der Szene. Er sei froh, nicht mehr selbst aktiv im Spiel zu sein, sagt er. Es sei am Ende doch ziemlich rau zugegangen. Einmal wollte Sapina den Torwart eines ungarischen Clubs bestechen vor einer Champions-League-Partie gegen den AC Florenz. Der Keeper signalisierte erst seine Bereitschaft, machte dann aber einen Rückzieher. Denn auch eine asiatische Bande hatte ihn angesprochen und dem Spieler gedroht, es werde ihm nicht gut bekommen, wenn er mit anderen Zockern zusammenarbeiten würde.

Sapina lacht. „Damals habe ich begriffen, dass es in dem Teich, in dem ich mich bewege, noch viel größere Fische gibt.“

Experten sehen den illegalen Wettmarkt als Pyramide mit mehreren Ebenen. Unten stehen Zocker wie Sapina, darüber kommen Paten wie Dan Tan. Aber wer steht ganz oben? Wer bildet die Spitze?

Einer der größten Wettskandale erschüttert seit Monaten den Fußball in Italien. Dutzende Spiele soll das Dan-Tan-Syndikat dort manipuliert haben. Im Zuge der Ermittlungen fand die Polizei heraus, dass Dan Tan an mindestens 38 Firmen beteiligt gewesen sein soll. Ein undurchsichtiges Geflecht, mit globalen Verästelungen und unzähligen Konten.

Monatelang wurden der Mail-Verkehr und die Geldströme des Wettimperiums beobachtet. Inzwischen sind sich die Ermittler sicher, dass es sich bei Dan Tan wohl eher um eine Art Broker handelt,

der das Bindeglied war zwischen örtlichen Manipulateuren und dem organisierten Verbrechen. Immer deutlicher wird auch, mit wem sich Dan Tan einließ – oder einlassen musste. Deutschen Fahndern liegen Kontobewegungen vor, die nahelegen, dass große russische Mafiabanden an seinen Manipulationen beteiligt waren.

Russenmafia. Mutschke, der Fifa-Sicherheitsmann, guckt zum Bürofenster hinaus. Er weiß von solchen Erkenntnissen, er ist in den vergangenen Monaten viel gereist, hat mit vielen Ermittlern gesprochen, um sich ein Bild zu machen.

„Wir sehen Syndikate insbesondere in Asien, Amerika und Osteuropa. Da wird mit brutalen Drohszenarien gearbeitet. Das geht so weit, dass wir sogar von ermordeten Funktionären erfahren haben“, sagt Mutschke. Aus Bulgarien kommen Berichte, wonach in den vergangenen zehn Jahren 15 Vereinspräsidenten ermordet wurden. Ein Buchmacher, der über Spielabsprachen ausgepackt hatte, wurde auf offener Straße erschossen.

„Das ist absolut kein Jo-Jo-Spiel“, sagt Mutschke. Er wirkt jetzt sehr klein in seinem Büro.

Die Fußballbranche hat ein ambivalentes Verhältnis zum Sportwettenmarkt. Immer wenn ein Betrugsskandal hochploppt, ist das Geschrei groß. Andererseits haben zum Beispiel in Deutschland 17 der 18 Bundesliga-Clubs eine Wettfir-

ma in ihrem Sponsorenportfolio, lediglich Borussia Mönchengladbach verzichtet auf das Geld aus der Branche. Und die Bosse von Bayern München, Uli Hoeneß, Karl-Heinz Rummenigge und der damalige Finanzvorstand Karl Hopfner, traten im vergangenen Jahr sogar in der TV-Werbung eines großen, in Gibraltar lizenzierten Wettunternehmens auf, in Anzug und mit Sonnenbrille.

Mutschke soll von Zürich aus versuchen, die dunklen Mächte aus dem Fußball fernzuhalten. Er tut, was er kann. Er hat Präventionsmodelle entwickelt. Manche Verbände überlegen noch eine Hotline einzurichten, über die sich Fußballer anonym melden können, wenn sie von der Wettmafia angesprochen wurden. Bei der Fifa hat Mutschke so ein rotes Telefon bereits installiert. Es klingelt selten.

Der Fußball bietet Wettbetrügern unbegrenzte Möglichkeiten. Die Banden müssen gar nicht Parteien in der von Kameras und Reportern stark ausgeleuchteten Champions League verschieben, um satte Gewinne einzustreichen. In Wettlokalen in Asien können Zocker große Summen auch auf weniger gut beobachtete Jugendspiele in Europa setzen oder auf einen Freundschaftskick irgendwo in Afrika, wo sich niemand groß aufregt, wenn sich seltsame Dinge abspielen.

Wilson Raj Perumal, 35, war ein Spezialist für solche Spiele an der Peripherie



Wettbetrüger Perumal (o.), Dan Tan, Polizeifund: Manipulationsorgien in Afrika

des Weltfußballs. Der Tamile, aufgewachsen in Singapur, galt jahrelang als rechte Hand Dan Tans. Anfang 2011 wurde er in Finnland geschnappt, die Polizei hatte einen Tipp bekommen aus Kreisen der Wettmafia.

Bereits mit 19 Jahren begann Perumal, im Wettmilieu zu arbeiten. Ein selbstbewusster Typ, charismatisch, einnehmend. In seinem nach der Verhaftung konfiszierten Telefon fanden sich Nummern von Fußballern und Funktionären aus 34 Ländern.

„The Boss“, wie er im Freundeskreis genannt wird, inszenierte regelrechte Manipulationsorgien. 2010 organisierte Perumal ein Testspiel der Nationalmannschaften von Bahrain und Togo. Dass auf Seiten von Togo übergewichtige und überalterte Spieler aufliefen, hing damit zusammen, dass es sich überhaupt nicht um die Eliteauswahl des afrikanischen Staates handelte. Perumal hatte sich einen Haufen Hobbykicker zusammengekauft und ließ sie als Schein-Nationalteam antreten, sein Geld setzte er auf den Gegner und machte so Millionen.

Im Jahr darauf gelang ihm ein ähnlich spektakulärer Coup. In Antalya ließ er die Nationalmannschaften von Bolivien

und Lettland sowie von Estland und Bulgarien, damals trainiert von Lothar Matthäus, gegeneinander antreten. Über eine Eventfirma hatte Perumal die Spiele organisiert. Er bestach sämtliche Schiedsrichter. In den beiden Partien fielen sieben Tore, alle durch Elfmeter. Wieder machten der Zocker und seine Kumpanen Millionen.

Es ist schwer zu sagen, wie viele Deals Perumal mit der Justiz abgeschlossen hat. Obwohl es eine Menge Prozesse gegen ihn gab, saß er nie lange im Gefängnis. An sein durch Wettmanipulation gemachtes Vermögen sind die Behörden bis heute nicht ran gekommen. Perumal ließ Anfragen des SPIEGEL unbeantwortet.

Derzeit befindet er sich in Ungarn, formell steht er unter Polizeiaufsicht, er darf das Land nicht verlassen. Der Zocker lebt in der Nähe von Debrecen, und das keineswegs schlecht.

Es gibt Bilder von ihm, auf denen er mit hübschen Frauen in den Nachtclubs von Budapest posiert. Neuerdings besteht der Verdacht, dass er im ungarischen Zwangsaufenthalt weitere Spiele verschiebt. Als es vor einem Monat zu Verhaftungen in der zweiten australischen Liga wegen vermeintlich manipulierter Spiele kam, sagten einige der Beschuldigten aus, sie hätten im Auftrag Perumals gehandelt.

Der Fall Perumal macht Ralf Mutschke wütend. Er schimpft dann über die läppischen Strafmaße für kriminelle Zocker, über die unklare Rechtslage. „Das Strafrecht in Europa, vor allem bezogen auf Sportbetrug, ist schlecht, sehr schlecht. So kann die Polizei nicht effektiv agieren“, sagt Mutschke.

Im Gegensatz zu Dan Tan, der bislang im Gefängnis in Singapur schweigt, spricht Perumal aber wenigstens mit den Ermittlern. Er gilt als wichtigster Kronzeuge gegen die Wett syndikate und deren Hintermänner.

In einer Vernehmung soll Perumal offen über Kontakte Dan Tans zu den Triaden aus China Auskunft gegeben haben. Danach ging er wieder Party machen. Aus Polizeikreisen heißt es, der plauderfreudige Zocker rede manchmal vielleicht sogar zu viel. „Die Mafia“, sagt ein Fahnder, „hat Leute schon für deutlich weniger abgeknallt.“

RAFAEL BUSCHMANN



Ligaspiel des EHC Red Bull München: „Wenn der

MARKETING

Brennendes Eis

Red Bull drängt ins deutsche Eishockey. Der Konzern hat einen Münchner Club übernommen – und die Fernsehrechte an der Profiligas gehören ihm auch.

Es ist nicht lange her, da musste der Eishockeyclub EHC München seine Co-Trainer nach Hause schicken, weil der Verein ihr Gehalt nicht mehr bezahlen konnte. Die Spieler stritten sich um eines der beiden Rad-Ergometer im Kraftraum, und bei den Heimspielen, die der Erstligist regelmäßig verlor, saßen die Zuschauer auf Sitzen aus Holz.

Im Frühjahr 2012 war der Verein so gut wie erledigt, er hatte fünf Millionen Euro Verlust gemacht, die Insolvenz war nahe. Jetzt, im Oktober 2013, ist der Club nicht wiederzuerkennen.

Es ist der Sonntag vorvergangener Woche, zehn Minuten bevor das Spiel zwischen München und den Krefeld Pinguinen beginnt, zucken blaue und rote Blitze durch das Eisstadion im Olympiapark. Aus den Boxen dröhnt AC/DC, Beamer projizieren Bilder und Filme auf das Eis, zuerst erscheinen zwei rote Bullen, dann ein loderndes Feuer, das von den Kufen der einlaufenden Spieler zerschnitten wird. Die Zuschauer sitzen in 1600 blauen Schalensitzen.

Der EHC München ist das neue Produkt im allumfassenden Sportimperium des

Wettmafia Die Struktur eines internationalen Syndikats

FÜHRUNGSZIRKEL

verhaftet am
17. September
in Singapur

Tan Seet Eng alias Dan Tan, Singapur

Der Pate soll mindestens 64 Spiele manipuliert haben.

Anthony Santia Raj, London

Kronprinz und rechte Hand des Paten.

Wilson Raj Perumal, Debrecen

Ehemaliger Partner des Paten. Sagt gegen das Kartell aus.

MITTELSMÄNNER

Peter P., Budapest

Gehilfe von Raj und Tan in Italien und Ungarn. Verschoß Spiele der Serie A und B.

Zoltán K., Ljubljana

Ehemaliger Profifußballer. Soll Spiele in Ungarn und Slowenien manipuliert haben.

Admir S., Cremona

Ehemaliger Profifußballer. Soll an Spielmanipulationen in Italien, Österreich und Ungarn beteiligt gewesen sein. Im Februar verhaftet.

Kostadin H., Macau

Zigarettschmuggler, Buchmacher. Soll an Manipulationen in Bulgarien, Griechenland, Ungarn und Kroatien beteiligt sein.

DER SPIEGEL

GELDBOTEN





Plan funktioniert, ist es eine Offenbarung“

österreichischen Brauseherstellers Red Bull. Vor gut einem Jahr stieg der Konzern zunächst als Haupt- und Namenssponsor bei dem Verein ein, im Mai 2013 wurde Red Bull alleiniger Gesellschafter.

Seitdem treibt die Firma die rasanteste Metamorphose in der Geschichte des deutschen Eishockeys voran. Der einstige Pleiteverein heißt jetzt EHC Red Bull München. 23 Profis wurden verpflichtet, darunter Männer, die schon in der nord-amerikanischen NHL spielten. München hat jetzt mit 5,8 Millionen Euro den höchsten Spieleretat der Deutschen Eishockey Liga (DEL).

Red Bull ließ die fast 50 Jahre alte Halle im Olympiapark modernisieren, für rund drei Millionen Euro. Es gab neue Massageräume, Kabinen und Kraftmaschinen für die Spieler. Der Fanshop heißt jetzt Bullshop, die Zuschauer werden von 18 Showstrahlern und 12 Subwoofern beleuchtet und beschallt. Unter dem Hallendach hängt ein Videowürfel, sieben Lichtdesigner, Bildtechniker und Toningenieure inszenieren die Heimspiele wie TV-Shows.

Die Welt von Red Bull ist laut, knallig und manchmal anstrengend. Auch die Profis müssen sich noch daran gewöhnen. Beim ersten Saisonspiel schossen vor jedem Anspiel grelle Lichter durch die Halle. Die Spieler baten darum, diesen Effekt nicht mehr zu verwenden. Das störe.

Sie haben genug damit zu tun, das neue Spielsystem zu verinnerlichen. Auch das folgt nur einem Motto: Hauptsache spektakulär. Ausgedacht hat es sich Pierre Pagé, 65. Der Kanadier gewann 2005 und 2006 die Meisterschaft mit den Eisbären Berlin, jetzt coacht er den EHC Red Bull.

Nach dem Vormittagstraining sitzt Pagé im VIP-Raum des Eisstadions, er nimmt einen Kugelschreiber und lässt ihn über ein Blatt Papier sausen. Was aussieht wie Kindergekitzel, sollen die Laufwege seiner Spieler sein.

Sein System nennt er „fünf Spieler, fünf Positionen“, alle Spieler auf dem Feld sollen in der Lage sein, jede Rolle einzunehmen. „Jeder soll ständig rotieren und ein bisschen Chaos ausprobieren“, sagt Pagé, „wenn der Plan funktioniert, ist es eine Offenbarung, dann erlebst du atemberaubendes Eishockey.“

Pagé sagt, dass er die Denkweise im deutschen Eishockey verändern wolle, damit die Nationalmannschaft, die sich nicht mal für Olympia 2014 qualifiziert hat, endlich Titel gewinnt. Das klingt ambitioniert, ein bisschen großwahnsinnig, Pagé passt perfekt zu Red Bull.

In Deutschland ist der Getränkekonzern der erfolgreichste Sponsor, noch vor Adidas, Nike und Mercedes-Benz. Red Bull reicht es nicht, nur das Logo auf Trikots von Athleten zu kleben. Die Firma steigt nie nur als Geldgeber bei Sportveranstaltungen oder bei Vereinen ein. Red Bull will immer der Hausherr sein. Denn nur wenn der Konzern über alle Details bestimmen darf, kann er den Sport so verändern, dass er zum Konzern passt und die Marke stärkt.

Übernehmen, auf Linie bringen, aufmotzen – die Kosten sind zweitrangig. Das ist die Strategie von Red Bull. So hat es die Firma mit ihren beiden Formel-1-Teams gemacht, mit den Fußballclubs in Salzburg, New York und Leipzig.

München ist keine Eishockeystadt, die Fußballkonkurrenz ist zu groß. Beim

Spiel des EHC gegen Krefeld waren nur 2200 Zuschauer in der riesigen Halle. Wegen des Engagements von Red Bull wurden ehemalige lokale Förderer des EHC von den Werbetribünen verdrängt, der Verein hat jetzt weniger Sponsoringeinnahmen und wird wohl auch in Zukunft Verluste einfahren.

Doch in der Konzernzentrale von Red Bull, in Fuschl am See im Salzburger Land, glauben sie fest an den nächsten Marketingcoup. Seit 2012 besitzt Servus TV, der hauseigene Sender der Firma, die Fernsehrechte an der DEL. An jedem Spieltag wird das Topspiel live übertragen. Mit dem Fernsehdeal und dem EHC hat sich Red Bull großen Einfluss im deutschen Eishockey verschafft.

Bei der DEL macht sich deswegen niemand Sorgen. Im Gegenteil. Dank Servus TV, das über Kabel und Satellit ausgestrahlt wird, läuft Eishockey im frei empfangbaren Fernsehen statt wie früher beim Bezahlsender Sky. Die Einschaltquoten haben sich bisher verfünffacht.

Die Manager der anderen DEL-Clubs sind voll des Lobes für Red Bull. Man könne von der Marketingmaschine lernen, heißt es. Viele Vereine kämpfen ständig um Sponsoren und ihre finanzielle Zukunft. Jetzt freuen sich alle, dass sich ein Global Player des deutschen Eishockeys annimmt. Alle, nur Menschen wie Oliver Wenner nicht.

Wenner, 39, ist ein großer Mann mit rundem Gesicht, er sitzt in einem Wirtshaus in München-Giesing. Red Bull, sagt er, habe ihm seine große Leidenschaft zerstört. 2007, als der EHC noch in der zweiten Liga spielte, gründete Wenner einen Fanclub, den 7. Mann. Er organisierte Reisebusse und Sonderzüge zu Auswärtsspielen, er stand auf Flohmärkten, um Geld für den klammen Verein einzunehmen, und half beim Ticketverkauf. Wenner war ein Ultra.

Dann kam Red Bull, veränderte die Vereinsfarben, den Clubnamen, das Logo, Wenners Welt. Seitdem setzt der keinen Fuß mehr in das Eisstadion. „Als Fan will ich einen Sportverein unterstützen, kein Unternehmen“, sagt er. Am liebsten hätte er seinen Eishockeyclub bei einem Neuanfang unterstützt, in der Bezirksliga.

Den 7. Mann gibt es nicht mehr, auch andere Ultra-Gruppen haben sich aus Protest aufgelöst. Für Red Bull sind das Kollateralschäden auf dem Weg, die erste Adresse im deutschen Eishockey zu werden. Der Konzern plant, im Olympiapark eine Multifunktionsarena zu bauen, die sich der EHC mit den Basketballern des FC Bayern teilen soll. Zudem entsteht in Salzburg gerade ein Sportzentrum samt Internat für junge Eishockeytalente, die es später in die Profiteams schaffen sollen.

Trainer Pagé sagt, es gehe jetzt darum, den „Messi des Eishockeys“ zu finden.

LUKAS EBERLE



Abgewrackte sowjetische Raketen 1989

YURI MASIAEV / RUSSIAN PICTURE SERVICE / AGF

ABRÜSTUNG

Strom aus Atombomben

Viele russische Atombomben waren für die USA bestimmt – und genau dort sind sie am Ende gelandet. Die Hälfte des US-Atomstroms wird derzeit aus Uran gewonnen, das einmal in 20 000 Atomsprenghäuptern der Sowjetunion steckt. Dieser sogenannte Megatonnen-zu-Megawatt-Deal war Bestandteil eines Abrüstungsabkommens der frühen neunziger Jahre. Jetzt läuft er aus: Im Dezember, sagt Rose Gottemoeller,

US-Staatssekretärin für Rüstungskontrolle, kommt der letzte AKW-Brennstoff in den Vereinigten Staaten an, der ehemals hochangereichertes, waffenfähiges Uran enthält. Insgesamt haben die Amerikaner acht Milliarden Dollar bezahlt für rund 500 Tonnen Bombenstoff. So haben sie einige der verheerendsten Gefechtsköpfe des Kalten Kriegs unschädlich gemacht – und gleichzeitig zehn Prozent ihrer gesamten Stromproduktion gesichert. In Zukunft will Russland weiterhin Uran an die USA liefern, das aber dann nicht mehr aus alten Atomwaffen stammt und zu – höheren – Weltmarktpreisen abgerechnet wird.

VERKEHR

Kolonne der Geister-Lastwagen

Der schwedische Nutzfahrzeughersteller Scania arbeitet an einer Flotte von Hightech-Lkw, die auf der Autobahn einen spontanen Verbund bilden können. Der Fahrer des ersten Lasters übernimmt dabei die Leitrolle. Alle weiteren, ebenfalls bemannten Fahrzeuge hinter ihm sind über WLAN verbunden und folgen ihm vollautomatisch. Sie bremsen, wenn der Fahrer des Führer-Lkw bremst, sie scheren aus, wenn er ausschert. Jeder der funkgesteuerten Lkw kann den Konvoi jederzeit verlassen und wieder von seinem menschlichen Fahrer übernommen werden. Bei Testfahrten in Schweden haben Kolonnen aus drei Fahrzeugen bereits weite Strecken bewältigt. In Zukunft sollen diese Geister-Kolonnen bis zu zehn Lkw umfassen, die einander im Abstand von nur zehn Metern folgen. Scania erhofft sich von dem noch nicht zugelassenen System weniger Spritverbrauch und weniger Auffahrunfälle, entspanntere Fahrer und eine bessere Auslastung der Autobahnen.

KOMMENTAR

Weiterräumen!

Von Marco Evers

Das EU-Parlament hat über die Zukunft des Rauchens entschieden – und dank der Lobbyarbeit der Konzerne genau das beschlossen: Das Rauchen in Europa soll Zukunft haben. Aber warum eigentlich? Das Gegenteil wäre zumindest vorstellbar, schließlich sterben jedes Jahr mehr als 700 000 Europäer an den Folgen des Tabakkonsums. Die Zahl der Zigarettentoten übersteigt bei weitem die Opfer aller Verkehrsunfälle, Hausbrände, Morde und Selbstmorde, von Kokain, Heroin und Crystal Meth zusammen.

Nur wenige Raucher rauchen, weil sie mögen. Die meisten rauchen, weil sie in ihrer Jugend süchtig gemacht wurden von einer vampirhaften Industrie. Schlecht informierte Politiker haben die Tabak-Epidemie erst möglich gemacht. Schlecht beratene Politiker sorgen dafür, dass es noch lange so bleibt.

Die Schockbilder auf den Packungen, so will es das Parlament, sollen kleiner ausfallen als von der EU-Kommission



GETTY IMAGES

vorgeschlagen. Die niedlichen Slim-Zigarettens, beliebt besonders bei jungen Frauen, werden nicht verboten. Verschwinden sollen nur eindeutig suchtfördernde Zusätze wie Menthol – aber erst ab 2022.

Das kleine EU-Mitglied Irland zeigt, wie der Kampf auch geführt werden kann. 2004 hat Irland als erstes Land der Welt das Rauchen am Arbeitsplatz abgeschafft. Jetzt nimmt sich die ehrgeizige Insel vor, bis 2025 fast tabakfrei zu werden. In nur zwölf Jahren soll der Anteil der irischen Raucher von heute

rund 22 Prozent auf unter 5 Prozent sinken.

Im Zentrum der irischen Politik steht nicht der Schutz der Zigarettensbranche – sondern der Schutz der Kinder. Eltern drohen künftig Geldstrafen, wenn sie ihre Kinder im Auto zuqualmen. Rauchfreie Spielplätze, Schulen, Stadien und Strände werden die Norm. Alle Tabakwerbung und jedes Sponsoring durch Zigarettenskonzerne werden verboten. Gleichzeitig wird die Tabaksteuer massiv angehoben. Sie ist im Kampf gegen das Rauchen nachweisbar die schärfste Waffe im Arsenal und dazu auf magische Weise gleich doppelt wirksam: Zumindest am Anfang steigert sie gleichzeitig die Einnahmen des Staates und senkt die Zahl der Süchtigen.

Irland ist heroisch, steht aber nicht allein. Auch Neuseeland will bis 2025 rauchfrei sein, Schottland bis 2034, Finnland bis 2040. Die Zukunft, das ist spürbar, gehört nicht den Rauchern und nicht den Zigarettenskonzernen. Doch das EU-Parlament hat darauf verzichtet, den Weg in diese Zukunft zu beschleunigen. Das ist ein Jammer. Eine halbe Milliarde EU-Bürger hätten mehr Mut verdient.



BENCE MÁTÉ / 2013 ZSL ANIMAL PHOTOGRAPHY PRIZE

Mini-Herkules Blattschneiderameisen zählen zu den faszinierendsten Geschöpfen der Welt. Mit ihren Mundwerkzeugen trennen sie mächtige Teile von Blättern ab und schleppen diese zu ihrem Bau. Dort werden sie von kleineren Arbeiterinnen zerschnitten, kleingekaut und zu Kügelchen

geformt. Die Kügelchen stapeln sie zu Haufen – und auf diesen Haufen, Plantagen gleich, züchten sie einen Pilz, von dem sie sich ernähren. Der ungarische Naturfotograf Bence Máté nahm diesen Gewichtheber in Costa Rica auf. Die Zoologische Gesellschaft von London hat ihn dafür jetzt prämiert.

ARZNEIMITTEL

Heilsame Kot-Kapseln

Die Medizin, die der Kanadier Thomas Louie für seine Patienten herstellt, hat es in sich. Die Kapselhülle aus Gelatine ist dreifach verstärkt; denn was es hier zu schlucken gibt, ist zum Speien: In jeder Kapsel steckt die bakterielle Essenz von menschlichem Stuhl. Zwischen 24 und 34 dieser Bömbchen mussten Louies Patienten an der University of Calgary in nur einer Sitzung einnehmen – was sich aber offenbar lohnte, denn Tage später war jeder der



Mediziner Louie, Kot-Kapseln

bisher 27 Probanden geheilt. Sie alle litten zuvor an einer Infektion mit dem Darmbakterium *Clostridium difficile*, das heftigen Durchfall verursacht und sogar zum Tod führen kann. Um die krankhaft veränderte Darmflora zu kurieren, raten Mediziner seit einigen Jahren zu einer Transplantation von Stuhl eines gesunden Spenders. Dieser wurde bisher entweder über einen rektalen Einlauf in den Darm eingeführt oder, unappetitlicher noch, nasal über eine Sonde. Die Kot-Kapseln von Louie, für jeden Patienten individuell und frisch angefertigt, minimieren den Ekelfaktor der Behandlung, nicht aber ihren Erfolg.

JEFF MCINTOSH / AP / DPA

An aerial photograph of the ancient Inca city of Machu Picchu. The ruins, constructed from dark stone, are nestled on a lush green mountain slope. In the background, the iconic, jagged peak of Huayna Picchu rises dramatically against a sky filled with soft, white clouds. The foreground shows the intricate layout of the city, including terraces, courtyards, and various buildings.

ARCHÄOLOGIE

Die Söhne der Sonne

Die Zerstörung des Inka-Reichs mündete in der Versklavung eines Kontinents. Tausende Tonnen Gold und Silber wurden geraubt. In diesem Herbst widmet sich eine beeindruckende Ausstellung dem größten Imperium Altamerikas.

Vor exakt 500 Jahren bahnte sich der Konquistador Vasco Núñez de Balboa mit 190 Soldaten einen Weg quer über die Landenge von Panama. Schlangen und Mücken plagten die Pioniere, auf dem Boden wimmelte es von Skorpionen. Fieberkranke wurden zurückgelassen – und von Ameisen gefressen.

Bis zum 25. September 1513 waren zwei Drittel der Männer den Strapazen erlegen. An jenem Tag bestieg der eisengerüstete Anführer einen Berg und erblickte ein unbekanntes Gewässer. Er stürzte hinab, die Fluten schmeckten nach Salz. Núñez de Balboa hatte den Pazifik entdeckt.

Auf der Rückreise traf der Spanier einen Eingeborenen, der von einem fernen Land im Süden erzählte: „Piru“. Dort gebe es unermessliche Schätze.

Es war die erste Nachricht vom Inka-Reich, die je ein Abendländer vernahm.

4500 Kilometer weit erstreckte sich damals der Andenstaat. Er reichte vom tropischen Regenwald bis hin zur Wüste Atacama im heutigen Chile. Als Kolumbus 1492 in der Neuen Welt landete, war das mit Baumwollhelmen und Keulen gerüstete Heer der Inka gerade dabei, seine Nordgrenze zu überschreiten, um die Völker im heutigen Ecuador zu unterjochen.

Núñez de Balboa ahnte davon nichts. Er kämpfte sich durch Schlamm. Seine Leute stolperten durch eine dampfende grüne Hölle. Sie hörten bloß Gerüchte von gleißenden und prunkvollen Ländern jenseits des Äquators. Könige, so hieß es, würden dort mit Goldstaub gepudert.

Ein Soldat aus dem Gefolge spitzte damals besonders die Ohren. Er war bärenstark und 1,80 Meter groß. Sein Name: Francisco Pizarro.

Es war dieser Mann, der 20 Jahre später eine welthistorische Leistung vollbringen würde – die zugleich ein riesiges Verbrechen war. Gestützt auf eine Bande von Abenteurern gelang es Pizarro, das sagenhafte Reich der Inka ausfindig zu machen und nach einem beispiellosen Plünderzug zu vernichten.

Ein halbes Jahrtausend nach der ersten Kunde vom „Dorado“, das unzählige Gierige nach Amerika lockte und bald den ganzen Erdteil in Not und koloniale Ausbeutung stürzte, setzt das Stuttgarter Linden-Museum dem sagenhaften Indianervolk jetzt ein Denkmal – mit der bislang ersten großen Inka-Ausstellung auf europäischem Boden. „Das Imperium der Inka war das mächtigste indigene Reich Altamerikas“, erklärt die Museumschefin Inés de Castro. Sie entstammt einer deutsch-jüdischen Familie, die vor den Nazis nach Argentinien fliehen musste.

Geschickt hat die Direktorin ihre guten Kontakte vor Ort genutzt, um Kostbarkeiten für ihre soeben eröffnete Schau zu besorgen. Bis in die Haciendas peruani-

scher Privatsammler ist sie vorgestoßen, um Leihgaben zu ergattern, die noch nie im Ausland zu sehen waren.

Behälter für Lamafett werden in Stuttgart gezeigt, schachbrettartig gemusterte Uniformen hoher Inka-Generäle und auch jene merkwürdigen Knotenschnüre („Quipus“), die dem Volk als Gedächtnisstütze und Zählentabelle dienten. Der wichtigste König der Inka, Pachacutec (1438 bis 1471), ist als Mumie aus Fiberglas zu sehen. Ihr gehe es um die „erstmalige wissenschaftliche Präsentation einer immer noch rätselhaften Kultur“, erklärt de Castro. Ein Etat von über einer Million Euro steht der Ausstellung zur Verfügung. Schirmherr des Projekts ist Bundespräsident Joachim Gauck.

Auch die frühe Kolonialzeit wird nicht ausgespart. Für die Inka war es eine Zeit



Eroberer Pizarro*
Welthistorischer Plünderzug

voller Schmerz und Trauer, als der weiße Mann ihre Nationalflagge, die Regenbogenfahne, zerriss und die Sonnentempel für immer schloss.

Tahuantinsuyo, Land der vier Teile, nannten die Andenbürger ihre Heimat, die abgelegt und wie unter einem Schleier verborgen lag. Südamerika stand ohne Verbindung zu den anderen alten Kraftzentren der Menschheitsgeschichte an Indus, Euphrat oder Nil. Als die Spanier kamen, hinkte das Gebiet um Jahrtausende hinterher. Es befand sich in der Periode der frühen Bronzezeit.

Die Inka kannten weder die Schrift, noch nutzten sie das Rad. Reittiere, Geld, Töpferscheiben, Schwerter aus Metall – all das war unbekannt. Nicht der Weizen ernährte hier die Massen, sondern der Mais.

Alle Hochkulturen des Orients siedelten an Flüssen. Die Inka dagegen stiegen bis auf 4300 Meter empor, um Gemüse zu ernten. Die gebirgige Kernzone des Reichs lag in so dünner Luft, die Sterne

funkelten dort so überhell und flächendeckend, dass die Bewohner sogar aus den dunklen Bereichen der Milchstraße Sternbilder herauslasen.

Was für eine Gegenwelt! Im alten Europa aß man Schwein – in Südamerika Meerschwein. Die Inka verehrten den Kondor, stellten ihn aber seltsamerweise nie bildlich dar. Ihr König trug zu bestimmten Anlässen einen Mantel aus Fledermaushäuten. Warum, weiß niemand.

Regiert wurde das Land von einer Sippe, die sich als „Söhne der Sonne“ verstand. Als Kennzeichen trug die Kaste schwere goldene Schmuckpflocke in den Ohrläppchen. Ein Exponat in der Stuttgarter Ausstellung zeigt solch einen Adligen. Die Spanier nannten die Mitglieder des Herrscherclans „Großhoren“.

Umgeben von Palästen, gestuften Tempeln und einer gigantischen Festung mit Zickzackmauern wohnte die Elite in der Hauptstadt Cuzco. Rund 200 000 Menschen lebten in der Metropole. Es war das Zentrum der Bürokratie und Schnittpunkt aller Straßen.

Wer heute Cuzco besucht, stößt überall noch auf Zeugnisse der ruhmreichen Vergangenheit. Reste von Opferpyramiden ziehen sich durch die Altstadt. Vom goldenen Haus des Sonnengotts Inti sind Mauern erhalten.

Nur 13 Namen tauchen in den Königslisten der Inka auf. Der erste Regent, Manco Capac, soll um 1200 nach Christus gelebt haben. Die Gestalt verliert sich ebenso im Nebel wie die folgenden sieben Throninhaber. Erst über den großen Pachacutec liegen detaillierte Angaben vor.

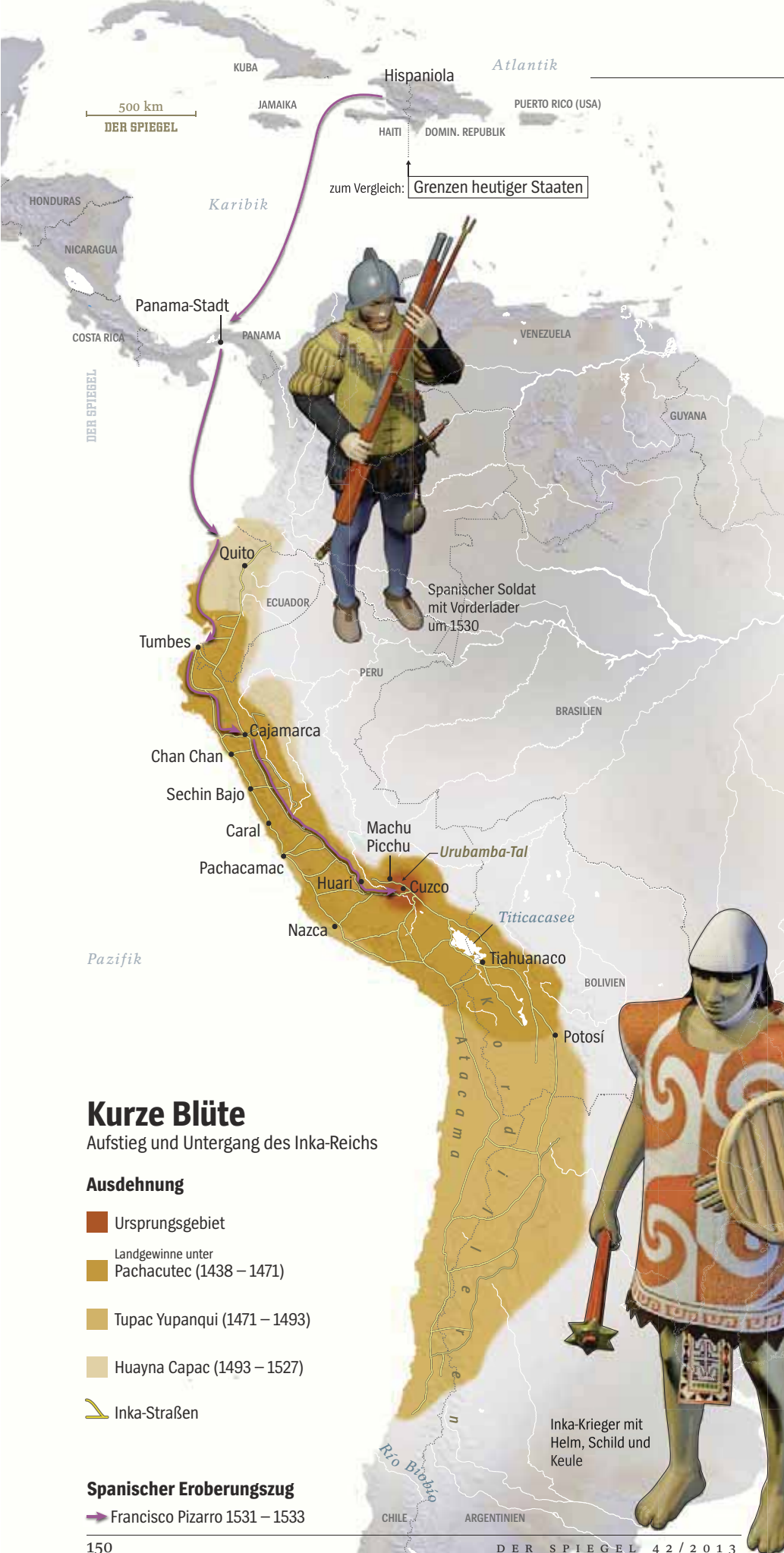
Mit Hilfe des Dezimalsystems gliederte er das gesamte Land in tributpflichtige Einheiten. Jeder noch so steile Berghang wurde terrassiert und mit Bohnen, Tomaten oder Avocados bepflanzt. Die Gartenbauern züchteten 240 Kartoffelsorten.

Nichts illustriert das Organisationstalent dieser Indianer besser als ihr rund 40 000 Kilometer langes Wegenetz. Die Hauptstraßen waren acht Meter breit und gepflastert. Durchs Gebirge führten behauene Stufen. Störende Felswände wurden mit Tunneln durchbrochen, Schluchten mit Hängebrücken überwunden. Lamas, beladen mit Fischmehl vom Pazifik, trotteten über die Wege. Vom Amazonas kamen Heilpflanzen, aus dem Süden Lapislazuli, vom Meer Spondylus-Muscheln. Im Abstand von etwa 20 Kilometern standen Rasthäuser und Warenspeicher.

Auf den Trassen war eine schnelle Verschiebung der Truppen möglich. Zudem dienten sie als Postweg für Stafettenläufer. Barfuß rasten sie los, mit Schneckenhörnern kündigten sie dem nächsten Posten ihre Ankunft an. So gelang es, Depeschen an einem Tag bis zu 400 Kilometer weit zu befördern.

Wenn es dem König beliebte, frischen Meeresfisch zu essen, schleppten ihm sei-

* Gemälde von Amable-Paul Coutan, 1835.



Kurze Blüte

Aufstieg und Untergang des Inka-Reichs

Ausdehnung

- Ursprungsgebiet
- Landgewinne unter Pachacutec (1438 – 1471)
- Tupac Yupanqui (1471 – 1493)
- Huayna Capac (1493 – 1527)
- Inka-Straßen

Spanischer Eroberungszug

- Francisco Pizarro 1531 – 1533

ne flinken Kuriere Schuppentiere in Wasserschlänchen ins Hochland empor.

Als die Spanier in den Dunstkreis dieses geordneten Staates gerieten, fühlten sie sich ans Römische Reich erinnert. Sie lobten das „wunderbare“ Bewässerungssystem, die fruchtbaren Felder und die wohlüberlegte Architektur der Städte.

Das hielt die Eindringlinge nicht davon ab, den Einwohnern bald übel mitzuspielen. Aus Geldmangel hatte Kaiser Karl V. die Kolonisierung Amerikas für private Investoren freigegeben. Die von ihm ausgestellte Vollmacht („Capitulación“) gewährte dem Konquistador ein befristetes Monopol zur kommerziellen Ausbeutung des Landes.

Zwar beanspruchte die Krone das eroberte Land für sich. Vom erbeuteten Edelmetall aber verlangte sie nur 20 Prozent. Die Folge: Glücksritter strömten in die Neue Welt. Schweinehirten und justizflüchtige Schläger traten dort als Gouverneure an.

In einer beschwerlichen 40-Tage-See-reise, die an Marokkos Küste entlangführte, an den Kanaren vorbei bis zu den Inseln der Karibik, kamen die Abenteurer herangesegelt. Zu essen gab es an Bord oft nur Kohl und ranziges Fett. Unter den Haudegen waren viele, die im Rahmen der Reconquista noch kurz zuvor gegen die Muslime gekämpft hatten.

„Wie Affen griffen sie nach dem Gold und befangerten es“, heißt es beim Geschichtsschreiber Bernardino de Sahgún. Historischen Quellen zufolge fütterten Söldner Bluthunde mit Indiofleisch. Núñez de Balboa ließ Eingeborene, die im Rahmen heiliger Zeremonien homosexuelle Praktiken ausübten, von den Vierbeinern zerreißen.

Im Jahr 1526, als die Spanier erstmals den Inka-Staat erreichten, hatten sie – auf der anderen Seite des Kontinents – die Urbevölkerung der Karibik bereits brutal ausgedünnt. „Zur Entlastung unseres Gewissens“ erließ seine Majestät zwar Schutzgesetze. Doch es nutzte wenig.

Das System der „Encomiendas“ erlaubte jedem Konquistadoren, bis zu 200 Diener zu besitzen. Bald plagten sich die Indigenen, betäubt von Kokablättern, in Bergwerken. Bei Aufständen kamen sie zu Tode, eingeschleppte Seuchen dezimierten sie weiter. Von den zehn Millionen Einwohnern des Inka-Staats waren nach kurzer Zeit neun Millionen ausgelöscht.

Im Mittelpunkt dieses Unheils stand Francisco Pizarro, ein mutiger und willensstarker Mann. Er stammte aus der ärmlichen Extremadura in Westspanien. Ein Analphabet. Als Kind musste er Schweine hüten.

Bereits im Jahr 1502 hatte es ihn in die Neue Welt verschlagen. Er begann als Bauer in Haiti, wo das Volk der Taíno

lebte. Kolumbus pries die Unschuld und Freigiebigkeit dieser Geschöpfe. Pizarro war derlei Sentimentalität fremd.

Er half, die Taíno zu vertreiben und auszurotten. Später, in Südamerika, folterte er Ureinwohner und bestahl sie. Dennoch fühlte er sich als guter Christ. Er baute die erste amerikanische Kirche jenseits des Äquators, gründete Lima und nahm bei seinem Vormarsch ins Inka-Reich drei Mönche mit.

Im Prinzip prallten damals Animisten, die noch halb in der Steinzeit steckten, auf fanatisierte Anhänger des Kreuzes, die selbst noch an Hexen und Höllenfeuer glaubten. Militärtechnisch lagen die Spanier weit vorn. Sie besaßen Vorderlader, Kanonen und Pferde. Ihre Gegner kämpften mit Steinschleudern und Schwertern aus gehärtetem Palmholz.

Gleichwohl gilt es als Rätsel, wie es den Spaniern gelingen konnte, das Inka-Gebiet handstreichartig zu erobern. Mit kaum 200 Mann gelang der Sieg – so als würde Luxemburg die USA angreifen und okkupieren.

Danach begann der Ausverkauf des Landes. Statuen und blinkende Kultgeräte gerieten in die Schmelzöfen. Opferschalen und Grabschätze verwandelten sich in Barren. Kaum ein Tempel blieb bei den Plünderungen verschont, fast das gesamte Sakral- und Luxusgeschirr der Inka wurde verflüssigt.

Das offiziell registrierte Lösegeld für den gefangenen letzten Inka-König Atahualpa belief sich auf 5729 Kilogramm Gold und 11 041 Kilogramm Silber. Anders als behauptet taugte das eingeschmolzene Metall aber nicht viel. „Das Gold war stark kupferhaltig“, erklärt Museumsdirektorin de Castro. „Es wurde von den Inka mit Sauerklee nur gilden aufpoliert.“

Erst als die Spanier Mitte des 16. Jahrhunderts im Zentrum des Inka-Staats die Bodenschätze von Potosí entdeckten, begann die Zeit des großen Rausches. Ein Berg voller Silberadern erstreckte sich in über 4000 Meter Höhe im bolivianischen Hochland. Weil schwarze Sklaven in der dünnen Luft den Dienst versagten, mussten die Einheimischen ran. In den engen Stollen, durch die giftige Atemluft warbe, plagten sich die „Mineros“.

Bereits während der ersten elf Jahre erbeutete die spanische Krone 45 000 Tonnen Silber aus Potosí, schätzte der bolivianische Historiker Modesto Omiste Ende des 19. Jahrhunderts. Zu Dolaros (Verballhornung von „Taler“) geprägt, waren die schweren Münzen weltweit bald so beliebt, dass sie auch in Nordamerika unter dem Namen Dollar als Zahlungsmittel umliefen.

Diese Reichtümer lösten in Europa einen wirtschaftlichen Boom aus. Börsen

und Banken prosperierten, die Geldzirkulation der Neuzeit entstand. Die größten Nutznießer der Entwicklung, die Fugger und Welser, finanzierten ganze Armeen auf Pump und trieben die Herrscher des Abendlands in die Staatsschuldenfalle.

Auch die Zahl der Toten war gigantisch. Nach einem Besuch im Bergwerk im Jahr 1699 notierte der Vizekönig von Peru: „Nach Spanien wird nicht Silber, es werden Indianerblut und Indianerschweiß verschifft.“



Gefangennahme des Inka-Herrschers Atahualpa*

Zur Ausbeutung der Menschen gesellte sich die Vernichtung ihres kulturellen Erbes. Die Kirche betrieb eine unerbittliche Mission. Sie zerstörte die alten Tempel und verbot die Bräuche der Eingeborenen. Der Jesuit José de Arriaga stieß im 17. Jahrhundert eine Kampagne zur „Ausrottung des heidnischen Glaubens“ an. Für ihn waren die Andenleute „vom Teufel verführt“.

Der amtierende Papst Franziskus aus Argentinien, ebenfalls ein Mitglied dieses Jesuitenordens, hat den Genozid bislang mit keinem Wort bedauert.

Auch das moderne Peru, dessen Bevölkerung zu 45 Prozent aus Indigenen besteht, tut sich schwer mit dem blutigen Erbe. Der Schädel seines Verderbers Pizarro liegt aufgebahrt in der Kathedrale von Lima. Die Kirche steht unverbrüchlich zu ihrem „furor domini“. Das gewaltige Reiterstandbild des Eroberers dagegen, das lange am Regierungspalast stand, wurde abseits in einen Park verbannt.

Aber auch wissenschaftlich gesehen ist der harte Vormarsch der Spanier ein Problem. Zwar griffen sie oft zur Feder. Tagebücher und Notizen liegen zuhauf vor. Den Zeitzeugen ist allerdings nicht immer zu trauen. Die Söldner übertrieben oft die Stärke der feindlichen Armeen und verunglimpften deren Befehlshaber.

Wichtige Dinge aus Alltag und Technik wurden ganz außer Acht gelassen: Geologische Analysen beweisen, dass die Inka über 700 Kilogramm schwere Steinquader 1600 Kilometer weit transportier-

ten. Wie gelang ihnen das? Kräftige Zugtiere besaßen sie nicht.

Ein anderes Rätsel: Die Mauern der Inka-Paläste haben oft einen unregelmäßigen Fugenverlauf. Statt genormte Quader herzustellen wie die Ägypter, brachen sie polygonale Klötze mit bis zu 20 Kanten aus dem Fels. Die wurden sodann puzzleartig in die Wände eingepasst.

Jeder Stein ein Unikat – umständlicher kann Häuslebau nicht vonstattengehen.

Wer die schier endlosen Kyklopenmauern von Cuzco sieht, die oft aus Granit gefertigt sind, versteht, dass die Fachwelt nach Erklärungen ringt, wie den Steinmetzen diese Titanarbeit gelang.

Immerhin: Dank des stetigen Stroms an Ausgräbern, Geologen oder Archäobotanikern, der sich Richtung Anden ergießt, verliert auch die abgelegenste Hochkultur ihre Mysterien. Bis auf den 6739 Meter hohen Gipfel des Llullaillaco sind Forscher geklettert, um Mumien zu bergen: Es waren den Göttern geweihte Kinder, vollgepumpt mit Alkohol, gemästet mit Lammfleisch.

In Cuzco wurden Gebeine entdeckt, die zu 20 Prozent Verletzungen am Schädel aufweisen. Der Grund: Die Inka-Armee kämpfte vor allem mit Hieb Waffen.

Auch in der Stuttgarter Ausstellung wird ein Totenkopf mit mehreren Dellen und Löchern gezeigt. Eines davon ist eine Trepanation. Vielleicht war der Tote ein Soldat, der nach erlittenen Keulenschlägen auf dem Schlachtfeld an Kopfschmerz litt und deshalb chirurgisch behandelt wurde.

All das fasziniert, erstaunt und weckt die Lust auf einen Besuch vor Ort. Besonders das Felsennest Machu Picchu zieht Touristen an.

Aus konservatorischen Gründen dürfen pro Tag nur 2500 Personen die Stätte betreten. Zuerst fahren sie mit einer blauen Lokomotive durchs immer enger werdende Urubambatal, die Kernzone des Inka-Reichs. Dann bringt ein Bus sie steile Serpentinien hinauf, bis endlich das Neuschwanstein der Anden erreicht ist.

Aufgrund von Radiokarbondatierungen weiß man inzwischen, dass die Anlage um 1450 nach Christus von König Pachacutec in Angriff genommen wurde, um für sich und seine Edelsippe einen Vergnügungsort zu schaffen. Die Ausgräber legten Latrinen und ein königliches Bad frei, Behälter für Maisbier, einen Versuchsgarten für Orchideen sowie ein Sternobservatorium.

In unwegsame Schluchten wagen sich Forscher vor, um Ruinen zu retten. Andere entnehmen Gewebe- und Haarproben von Mumien. Auch eine der letzten

* Gemälde von John Everett Millais, 1846.

Fluchtburgen der Inka wurde in fast 3900 Meter Höhe entdeckt.

Angesichts des Erkenntniszuwachses kann das Linden-Museum viel Spannendes und Neues präsentieren. Vor allem machen die Stuttgarter Schluss mit dem Märchen, die Sonnensöhne hätten alles selbst erfunden. „Die Inka kamen nicht aus dem Nichts“, erklärt de Castro, „vielmehr fußte ihr Staat auf einer Kette von Vorläuferkulturen, die hierzulande wenig bekannt sind.“

Doch als die Inka auf der Bildfläche erschienen, waren diese Kulturen alle schon zu Staub zerfallen. Nur, wo kommt dieser Stamm eigentlich her? Klar ist, dass um das Jahr 1200 eine kleine Gruppe von Fremden ins fruchtbare Urubambatal zog. Es war eine Phase schlimmer Dürre. Bei Cuzco stoppten die Leute und bauten befestigte Dörfer an den Hängen – ein Hinweis auf Not und Gewalt.

Im 13. und 14. Jahrhundert wuchs der Stamm zu einer Regionalmacht heran. Andere Siedlungen wurden dem Gemeinwesen einverleibt. Die Inka, so scheint es, waren fleißiger als ihre Nachbarn, klüger beim Verwalten und cleverer beim Speichern von Nahrung.

Um 1438 geriet die emsige Nation mit den Chanca-Indianern in Streit, deren Machtzentrum etwa 160 Kilometer entfernt lag. Legenden erzählen, dass die aggressiven Nachbarn mit 100 000 Soldaten angriffen und Cuzco umzingelten. Die Stadt schien verloren. Der alternde Inka-König Viracocha floh. Nur ein verstoßener Sohn des Herrschers griff zu den Waffen und konnte – in Strömen von Blut watend – das Schicksal wenden. Zur Strafe zwang er seinen Vater, einen Nachttopf voll Kot zu essen; dann bestieg er selbst den Thron und nannte sich fortan Pachacutec („Erderschütterer“).

Wie kein anderer formte dieser Mann den Inka-Staat. Er war es, der den Sonnenkult verfocht, das Dezimalsystem einführte und ein neues Bildungssystem, die „Schule des

Wissens“, auf der alle Adligen vier Jahre lang Rhetorik, Theologie, Kriegskunst und das Knoten der Quipu-Schnüre erlernten. Er legte den Grundstein für die Herrschaftsarchitektur in Cuzco und führte am Hof den Inzest ein. Jeder Thronprinz musste fortan die eigene Schwester heiraten.

Die Elite hob ab.

Vor allem aber vergrößerte Pachacutec das Reich militärisch und machte aus dem Inka-Land ein Imperium. Als Pachacutec 1471 starb, trugen seine buntgekleideten Paladine, gefolgt von Klageweibern, den Leichnam auf einer goldenen Sänfte durch Cuzco. Hunderte Diener und Lieblingsfrauen folgten dem König in den Tod.

Der neue König, Tupac Yupanqui, führte das Werk des Vaters energisch weiter. Um den zusammengeklauten Riesenstaat zur Einheit zu schmieden, setzte der Führer auf Heiratsallianzen, hinzu kamen brutale Umsiedlungs- und Deportationsprogramme.

Zudem hob er die Stimmung im Land durch gute Ernten. Seine Gemüsestatistiker und Pflanzbeamten krepelten die Andenzone um. Bis auf rund 5000 Meter Höhe wurden nun die Lamaherden getrieben, 20 Maissorten gezüchtet. Wenn auf 2000 Meter Höhe die Bohnen reif waren, kletterten die Bauern die Hänge empor, um auf 3500 Metern Kartoffeln zu ziehen. Gartenbau auf vielen Etagen.

Andere arbeiteten in Salzbergwerken, stellten Fischwürze her oder fingen im Regenwald tropische Vögel.

All diese Güter gelangten in ein gigantisches Verteilernetz. „Die größte Leistung der Inka war ihre einheitliche Verwaltung“, erklärt Inés de Castro. Das gesamte Andengebiet wurde verzahnt, und die Speicher füllten sich. So beugte das Volk dem Hunger vor. Bislang haben die Archäologen nicht ein Skelett mit Zeichen von Mangelernährung entdeckt.

Der Austausch der Waren erfolgte ohne Geld oder privaten Handel. Es gab keine Märkte. Stattdessen teilten Beamte alles zu. Gouverneure und ihre Helfer taxierten den Nahrungsmittelbedarf der Dörfer, sie erstellten Bevölkerungsstatistiken und bemaßen die Tribute und Arbeitsleistungen.

Zu diesem Zweck waren die vier Reichsteile in Unterprovinzen zu je 10 000 Haushalten aufgeteilt. Zu einem Drittel arbeitete das Volk für die Priester des Sonnenkults, ein Drittel bekam der Königshof, ein Drittel blieb der Familie. Manche Dörfer stellten nur gefärbte Wolle her. Im Gegenzug füllte man ihre Speicher mit Mais, Bier oder Koka-blättern.

Dass diese Planwirtschaft funktionierte, ist deshalb so erstaunlich, weil die Bürokraten ihre Berechnungen und Zuweisungen nur mit Hilfe der Knotenschnüre festhalten konnten. Ziffern und Buchstaben kannten sie nicht. Es ist, als hätten Stalins sowjetische Planapparatschiks das System erfunden.

Und wehe, kommunales Eigentum wurde beschädigt. Wer klaute oder Brücken zerstörte, wurde hingerichtet. Auch auf Faulheit drohte die Todesstrafe.

Mit dem Vergnügen war es im Andenland ohnehin nicht weit her. Glücksspiele gab es nicht, als Sport nur eine Art Schatzenboxen. Der Amerikanist René Oth stuft die Inka als „puritanisch“ ein. Wer Ehebruch beging, wurde gesteinigt.

1493 bestieg Huayna Capac den Thron. Zu diesem Zeitpunkt war die Welle der schnellen Eroberungen bereits abgeritten. Der neue König kämpfte sich im Regenwald voran und versuchte, den Widerstand in Ecuador zu brechen. Nach einem Aufstand dort ließ er Tausenden Empörrern in einer Bucht die Kehle durchschneiden. Sie heißt noch heute Blut-See.

Eines Tages passierte es dann: Gepanzerte Männer tauchten plötzlich am äußersten Nordrand des Reiches auf.

Bereits 1524/25 hatte Pizarro eine erste Erkundungstour entlang der sumpfigen Küste Kolumbiens unternommen. Dabei war er auf Kanus gestoßen, in denen mit Gold geschmückte Eingeborene saßen. Einen Landgang wagte er noch nicht.

Erst zwei Jahre später erreichten seine Truppen das Imperium der Sonnensöhne – allerdings unter unsäglichen Qualen. Den Soldaten wuchsen infolge von Infektionen eitrige Beulen an der Haut, sie hungerten. Es kam zur Meuterei, nur 13 Getreue blieben bei Pizarro. Dieses Häuflein schlug sich bis in die Inka-Stadt Tumbez durch.

Inka-Herrscher Huayna Capac erhielt umgehend davon Nachricht. „Atemlos, voller Schrecken“, heißt es in einer Chronik, berichteten ihm Boten von der Ankunft „sonderbarer Fremdlinge“. Diese seien „weiß im Gesicht, bärtig, von Kopf bis Fuß in Kleider gehüllt“ und würden „in großen hölzernen Häusern“ übers Meer eilen.

Kurz danach war der Inka-König tot, dahingerafft durch eine unbekannte Seuche. Auch sein Sohn, der Thronfolger, starb.

Mediziner gehen davon aus, dass die beiden Dynasten den Pocken erlagen. Die



Statue eines Inka-Adligen
Herrschaft der Großhöfen



Exponate der Stuttgarter Inka-Ausstellung: Opferpuppen, Ritualbecher in Raubtierform, Zeremonialgefäß, goldene Lamafigur

V.L.N.R.: H. MAERTENS / THE ARTS AND HERITAGE AGENCY OF THE FLEMISH COMMUNITY / MUSEUM AAN DE STROOM, ANTWERPEN; STAATLICHES MUSEUM FÜR VÖLKERKUNDE MÜNCHEN; THE BRITISH MUSEUM (2)

Spanier hatten den extrem ansteckenden Erreger, der sich sogar über aufgewirbelten Staub überträgt, aus Europa mitgebracht.

Es war ein erster schrecklicher Vorbote des kommenden Unheils.

Die Konquistadoren traten zunächst den Rückzug an. Sie waren zu geschwächt. Doch der „Capitán“ ließ sich nicht entmutigen. Mit einer Auswahl an Gold, Smaragden und einem Lama reiste er nach Spanien heim, um Karl V. zu ködern. Der übertrug ihm am 26. Juli 1529 die Vollmacht für die Landnahme in Peru. In dem Dekret, unterzeichnet in Toledo, verpflichtete sich Pizarro, „aus Lösegeldern und Kriegsbeute grundsätzlich das Fünftel“ abzugeben. Dafür erlaubte man ihm, „Encomiendas“ zu schaffen – die Keimzelle der Sklaverei in Amerika.

Mit diesem Freibrief fuhr der Mann mit vier seiner Halbbrüder und 300 Seeleuten zurück in die Neue Welt. In Panama starb ein Drittel der Mannschaft an Fieber. Niemand konnte die Neuankömmlinge leiden. Vor allem Pizarro wurde gehasst. Er war ein Tölpel mit dicken Lippen und roter Nase. Im Januar 1531 setzte er mit drei Schiffen die Reise fort. Wegen Gegenwinds mussten die Abenteurer früh ihre Schiffe verlassen und sich über Land vorankämpfen. Die mitgeführte Schweineherde war bald verspeist. Hunger brach aus. Zwei Soldaten aßen eine Schlange und starben. Ein dritter blieb für Tage bewusstlos, danach schälte sich ihm die Haut ab.

Wegen Wassermangels, so ein Augenzeuge, habe man „den reinsten Schlamm“ getrunken. In Höhe des Äquators wimmelte es von Fröschen.

Schließlich erreichte die Truppe wieder Tumbes. Weil die Söldner dort Frauen vergewaltigten, mussten sie sich gegen 3000 wütende Indios wehren. Hernando Pizarro bohrten die Angreifer einen Wurfspieß ins Bein.

Durch ein Versorgungsschiff gestärkt, wagte sich der Anführer mit etwa 170 Fußsoldaten und Reitern ins Inland, die steilen Kordilleren empor. Nun ging es

über schwankende Hängebrücken, Pässe und Schluchten. Nachts wurde es bitterkalt. Viele Dörfer waren verödet, überall frische Spuren der Verwüstung.

Der Grund: Nach dem Pockentod Huayna Capacs war im Land ein heftiger Streit um die Thronfolge ausgebrochen. Der in Quito stationierte Herrschersohn Atahualpa hatte es geschafft, seinen Konkurrenten, den legitimen Inka-Spross Huáscar, gefangen zu nehmen. Die königliche Familie löschte er aus. In mehreren großen Schlachten rangen die Inka-Führer um die Thronfolge.

Der kleine Haufen von Speißgesellen, die da angeritten kamen, schien dennoch keine Gefahr darzustellen. Atahualpa weilte gerade in einem nahen Thermalbad. Seine Späher sahen die Spanier herankommen. Der Inka wollte sie lebend fangen. Deshalb lud er sie zum Treffen nach Cajamarca.

Als Francisco Pizarro dort am Freitag, dem 15. November 1532, erschien, lag die Siedlung wie ausgestorben da. Atahualpa lagerte mit seinem Heer von etwa 50 000 Kriegerern noch außerhalb der Stadtmauern. Eine scheinbar hoffnungslose Lage. Doch Pizarro fasste einen tollkühnen Plan. Er wollte den König in die Stadt locken, dort überrumpeln und lebend fangen.

Aus diesem Grund schickte er den narbenübersäten Hernando de Soto mit einigen Leuten zum Feldlager des Inka-Führers. Der Herrscher saß vor einem Strohhaus auf einem bunten Kissen. Mit steinerner Miene hörte er sich die Einladung des Spaniers an. Dann sagte er verächtlich: „Was weiter geschehen soll, werde *ich* euch befehlen.“

Das reizte de Soto. Er ließ die Zügel schießen und galoppierte mit seinem Ross auf den Staatschef zu, bis das Tier sich aufbäumte. „Dabei spritzte Schaum über die königliche Kleidung“, schrieb der Augustinermönch Fray Celso García. Andere Chronisten berichteten, der heiße Atem des Gauls habe die Stirnquaste des Inka zum Wehen gebracht.

„Doch Atahualpa bewahrte auch jetzt seine kalte Haltung, kein Muskel seines Gesichts bewegte sich“, so García.

Erst am folgenden Nachmittag zog der Erlauchte in Cajamarca ein. Adlige trugen seine Sänfte, die geschmückt war mit tropischen Vogelfedern. Vorn rupften Straßenfeger Unkraut aus dem Pflaster. 5000 Soldaten folgten, einige waren mit goldenen Keulen bewaffnet.

Was dann in der Inka-Stadt passierte, gilt als weltgeschichtlicher Augenblick. Zugleich war es, wie fast alles, was die Konquistadoren anstellten, ein schmutziger Betrug.

Während Pizarro sich mit seinen Männern in den umliegenden Häusern und Scheunen versteckt hielt, trat ein Priester auf den Inka-Herrscher zu und hielt ihm die Bibel hin: Er solle sich zu Gott bekennen. Der König lauschte an dem Buch und warf es weg. Darauf nannte ihn der Mönch einen „Hund, der vor Hochmut birst“.

Das war das Signal. Lärmend ritten Spanier aus dem Hinterhalt, ihre Pulverkanonen feuerten. Die gedrängt auf dem Platz stehenden Inka verwandelten sich jäh in einen panischen Haufen, in den die Eroberer, hoch zu Ross, mit ihren Schwertern entsetzliche Lücken schlugen.

Atahualpas Sänfenträger wurden weggehackt. Neue Leibwächter sprangen nach. Umgeben von Bergen an Toten, rissen die Söldner die Trage um und ergriffen den Sonnensohn. Nun war der Inka-Führer Gefangener der Konquistadoren.

Ohne Gegenwehr zu leisten, büßten an jenem Tag etwa 5000 Altamerikaner ihr Leben ein. Das vor der Stadt lagernde Inka-Heer floh. Die Spanier verloren nur einen „Neger“, wie in einem Bericht beiläufig erwähnt wird.

Bei näherer Betrachtung ist das vermeintlich Unerklärliche allerdings so rätselhaft nicht. Die Indigenen waren nicht nur waffentechnisch, sondern auch psychologisch im Nachteil.

In ihrem Verständnis war der König eine heilige, mit dämonischer Energie aufgeladene Person. Sein Blick konnte töten.

Selbst hohe Würdenträger näherten sich ihm nur barfuß und gebeugt, mit einem Gewicht auf dem Rücken. Was für ein Schock muss es gewesen sein, als plötzlich bärtige Unbekannte diese Lichtgestalt in den Schmutz traten.

Zudem hatten die Spanier die Überraschung auf ihrer Seite. Auch standen ihnen Menschen mit ausgeprägtem Untertanengeist gegenüber. Die Initiative ergriff hier so schnell keiner.

So gelang es, nach der Festnahme Atahualpas das ganze Land in eine Art Schockstarre zu versetzen.

Als der König ein Lösegeld für seine Freiheit anbot, lief alles wie am Schnürchen. Seine Diener schwärmten aus und schändeten die eigenen Tempel. Einen Raum, mannshoch gefüllt mit Gold, und einen anderen, voller Silber, wollte Pizarro haben. Allein im wichtigsten Heiligtum, dem Sonnentempel von Cuzco, nahmen die Inka 700 Platten aus Feingold sowie weitere 2100 goldene Zierbleche von den Wänden ab. Auch das Inventar aus dem Tempelgarten wurde demontiert.

Neun Öfen waren nötig, das Lösegeld einzuschmelzen. Doch am Ende brach Pizarro sein Wort. Im Sommer 1533 ließ er den Inka-König mit einem Würgeisen öffentlich hinrichten. Dessen blinkendes Zepter behielt er für sich.

Fast drei Jahre lang konnten die Eindringlinge nun ungestört plündern. Sie schändeten Sonnenjungfrauen und misshandelten Adlige. Erst dann fand sich das Land zur ersten Revolte zusammen – die im Pulverdampf der Eroberer erstickte.

1572 war der Widerstand endgültig gebrochen. Im selben Jahr führten die weißen Herren flächendeckend die Zwangsarbeit ein.

So sank es dahin, das sittenstrenge Indio-Imperium, dessen handwerkliches Können in den Exponaten der Ausstellung von Stuttgart erlebbar wird. Seltene Opferschalen und leuchtende Ponchos werden dort gezeigt.

Nur vom technischen Fortschritt verstanden die Inka wenig. Auch 5000 Jahre nach dem Bau der ersten Großtempel in Südamerika nutzten sie noch immer primitive Türen ohne Angeln und Riegel. Ihre Häuser deckten sie mit Stroh.

Dafür zeichneten sie sich durch Ehrlichkeit und eine hohe Arbeitsmoral aus. Diese Eigenschaften prägen die Region bis heute. Wenn sich die Bauern im Hochland von Peru grüßen, tun sie es mit der alten Inka-Formel: „Ama sua, ama llulla, ama quella.“

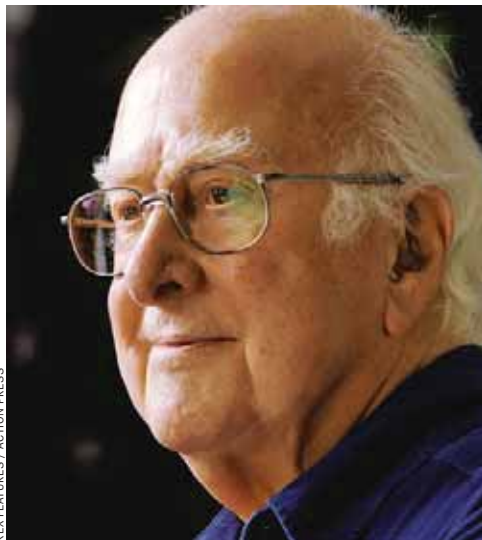
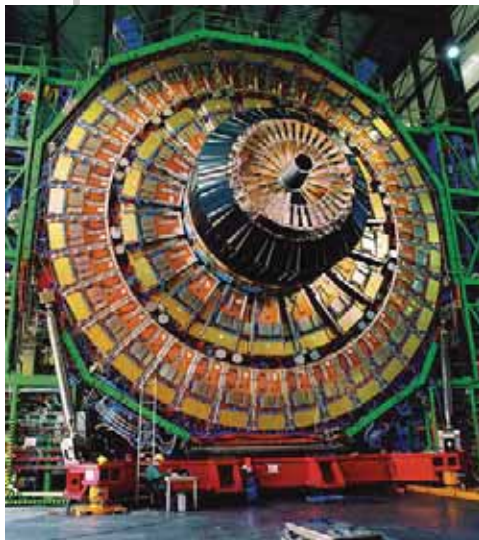
Frei übersetzt: „Das Volk der Sonne stiehlt nicht, lügt nicht und ist nicht faul.“

MATTHIAS SCHULZ



Video: So kommunizierten die Inka

spiegel.de/app422013inka
oder in der App DER SPIEGEL



Teilchen-Detektor am Cern, Physiker Higgs: Wem gebührt der Entdeckerruhm?

Glücksfall im Lesesaal

Vor fast 50 Jahren hatte ein schüchterner Brite eine verrückte Idee – nun bekommt er dafür den Physiknobelpreis.

Wie hätte er ahnen sollen, was er da lostrat? Peter Higgs sortierte gerade Zeitschriften in der Edinburgher Uni-Bibliothek, als ihm der entscheidende Gedanke kam.

Dieser Einfall war Ausgangspunkt des aufwendigsten Experiments der Physikgeschichte, Auftakt einer fast 50-jährigen Jagd nach einem der Elementarteilchen und Beginn einer bizarren Nobelpreisgeschichte, die am vergangenen Dienstag mit der Ehrung ebendieses Peter Higgs ihr Ende fand. Aber hätte irgendjemand dem schüchternen 35-Jährigen in dem Edinburgher Lesesaal all das damals erzählt, er hätte es als Spinnerei abgetan.

Später sollte Higgs' Eingebung an jenem 16. Juli 1964 als einer der Heureka-Momente in die Annalen der Physik eingehen, in denen sich plötzlich ein Geheimnis der Natur dem menschlichen Geist offenbart: Der Brite war auf einen mathematischen Trick gekommen, mit dessen Hilfe sich erklären lässt, warum alle Materiebausteine mit Masse behaftet sind.

Higgs selbst allerdings war das seinerzeit keineswegs bewusst. Er glaubte, ein zweckfreies Gedankenspiel zu betreiben. „In diesem Sommer habe ich etwas völlig Nutzloses herausgefunden“, schrieb er kurz nach seiner epochalen Entdeckung an einen seiner Mitarbeiter.

Bis heute streiten die Kollegen, wie jener Gedankenblitz zu bewerten sei: War da ein brillanter Denker zu einer Einsicht gelangt, die anderen, weniger genialen Geistern bis dahin verschlossen geblieben war? War Higgs, der nie zuvor von sich hatte reden machen, in einem einzigartigen Moment über sich selbst hinausgewachsen? Oder stimmt, was er in der für ihn so typischen Zurückhaltung einmal über sich selbst sagte: „Wahrscheinlich hatte ich einfach Glück“?

Manches spricht dafür, dass diese Aussage nicht nur bescheiden, sondern auch richtig ist. Denn die zündende Idee lag offenbar in der Luft: Unabhängig von Higgs wurde sie fast gleichzeitig noch mindestens zwei weitere Male formuliert. Der Belgier François Englert, einer der Mitentdecker, darf sich nun die Stockholmer Trophäe mit Higgs teilen. Die anderen gingen leer aus. Nur Higgs wurde, auch dies ein Zufall, Jahre später zum Namenspatron des gesuchten Wunderteilchens ausgewählt.

Auf Widerspruch stößt nun vor allem eine weitere Entscheidung der Nobelpreis-Juroren: Sie verzichteten darauf, als dritten Preisträger einen der Physiker des Genfer Forschungszentrums

* Er will damit sämtliche Kollegen würdigen, die Anteil an der Entdeckung haben: Philip Anderson, Robert Brout, François Englert, Gerald Guralnik, Carl Hagen, Peter Higgs, Tom Kibble und Gerard 't Hooft.

Cern zu küren, die im vorigen Jahr das Higgs-Teilchen experimentell nachgewiesen hatten. So heftig umkämpft war im Nobelpreis-Komitee diese Frage, dass vom traditionellen *Procedere* abgewichen und die Verkündung um eine Stunde vertagt werden musste.

In der Preisjury dürfte sich ein Grundkonflikt widerspiegelt haben, der die Physikergemeinde spaltet. Denn diese besteht aus Menschen von sehr unterschiedlichem Schlage: Die einen, oft etwas verschroben-vergeistigte Typen, versuchen, der Natur durch bloße Geisteskraft ihre Geheimnisse zu entreißen; die anderen, hemdsärmeliger und eher praktisch veranlagt, spüren der Wahrheit mit Hilfe raffinierter Experimente nach. Wem von ihnen gebührt mehr Ruhm für neue Erkenntnisse?

Augenfällig trat das Missverhältnis beider Spezies von Physikern bei einer Veranstaltung am Cern im Juli vorigen Jahres zutage: Die mühsame Jagd nach dem Higgs-Teilchen war soeben erfolgreich beendet, und zu diesem Anlass hatten die Cern-Physiker den Namenspatron des Partikels aus Schottland geladen. Da trafen sie nun aufeinander: auf der einen Seite die Heerschar von Experimentatoren, die jahrelang Protonen mit höchster Präzision aufeinander geschleudert, die Teilchensplitter mit katedralengroßen Detektoren aufgefangen und mit riesigen Rechner-Clustern Spuren des gesuchten Teilchens aus der Datenflut herausgefiltert hatten; auf der anderen der schüchterne, stockend um Worte ringende Greis, der rund 50 Jahre zuvor einzig mit Papier und Stift bewaffnet dieses Teilchen vorhergesagt hatte.

Ungläubig hatte Peter Higgs vom fernen Schottland aus verfolgt, wie sich sein Ruhm mit jedem Jahr, den die Suche länger dauerte, mehrte. Zwar tat er selbst das ihm Mögliche, um dem entgegenzuwirken. So meidet er die Öffentlichkeit und zieht es vor, statt vom „Higgs-Teilchen“ lieber vom „ABEGHHK'tH-Mechanismus“* zu sprechen. Doch konnte all das nicht verhindern, dass sein Name zum (neben Stephen Hawking) wohl bekanntesten aller lebenden Physiker aufstieg.

Was ihn denn bewogen habe, statt einer Laufbahn als experimenteller Physiker die des Theoretikers zu wählen, wurde Higgs einmal gefragt. Auch bei dieser Weichenstellung kam ihm offenbar ein glücklicher Umstand zugute: Für die Laborarbeit, so antwortete er, habe er sich schlicht als zu ungeschickt erwiesen. JOHANN GROLLE

Zahme Prüfer

Ob Hüftprothesen oder Herzschrittmacher: Hersteller von Medizinprodukten verhindern strengere Zulassungsregeln – ein Risiko für die Patienten.

Kraftlos taumelt die todkranke Frau über den Krankenhausflur. Ihr Gesicht ist aschfahl, ein weißer Morgenmantel bedeckt ihren gebeutelten Körper. Ihr Name ist Florence. Sie muss drei Jahre lang warten, bis sie ihr lebensretendes Implantat erhält. Und das nur, weil irgendwelche Bürokraten in Brüssel die Kontrollen für Medizinprodukte ändern wollen. Florence hat aber keine drei Jahre mehr, ihre Lebenszeit läuft ab.

In Wirklichkeit ist die Kranke eine Schauspielerin. Das Filmchen, in dem sie die Leidende mimt, findet sich auf einer aufwendig produzierten Website mit dem Titel: „Verliere keine drei Jahre!“ Mit ein paar Klicks kann der Nutzer eine Mail an seinen Europa-Abgeordneten versenden, um gegen die angeblich lebensbedrohlichen Pläne der EU zu protestieren.

Hinter der Kampagne steckt Eucomed, der Dachverband der europäischen Medizinproduktefirmen. Die über 25.000 dort organisierten Hersteller und Lieferanten verkaufen Herzklappen, Brustimplantate oder Stents. So unterschiedlich ihre Produkte, so einig sind sie in ihrer Angst, die EU könnte ihre Geschäfte ruinieren.

In Wahrheit würden die Brüsseler Pläne nicht die Gesundheit der Patienten gefährden, sondern den Einsatz allzu riskanter Medizinprodukte. Dabei können die Lobbyisten bereits einen wichtigen Teilerfolg verbuchen: Ein zentral gereg-

tes Zulassungsverfahren hat der Gesundheitsausschuss des Parlaments Ende September abgelehnt.

„Ich bin seit über 20 Jahren in Brüssel, aber einen solchen Lobbydruck habe ich noch nie erlebt“, sagt die sozialdemokratische EU-Parlaments-Vizepräsidentin Dagmar Roth-Behrendt. Als Berichterstatterin des Parlaments tritt sie weiter für ihr Vorhaben ein, eine zentrale Stelle bei der Europäischen Arzneimittelkommission einzurichten.

Bislang gibt es mehr als 80 private Zulassungsinstitute in Europa. In Deutschland etwa bieten TÜV oder Dekra den Service an; die Qualität der Prüfer in anderen Mitgliedstaaten ist sehr unterschiedlich, viele sind recht zahm. Ein Hersteller kann frei wählen, welcher Prüfer sein Produkt zulassen soll – und zwar in ganz Europa. Allzu streng dürfen die Institute also nicht prüfen, sonst müssen sie mit weniger Kunden rechnen.

„Das System ist kaum zu kontrollieren, wir können nicht einmal sagen, wie viele Hochrisikoprodukte derzeit auf dem Markt sind“, kritisiert Deborah Cohen vom Fachmagazin „British Medical Journal“. Es sei derzeit leichter, ein gefährliches Gerät in Europa auf den Markt zu bekommen, als in den USA, Japan – oder sogar China.

Im Kampf gegen neue Regeln behauptet der Lobbyverband Eucomed, eine strengere Zulassung koste zu viel Zeit, die kranke Menschen häufig nicht hätten. Der Standortvorteil gegenüber den USA und China, wo neue Produkte erst Jahre später auf den Markt kämen, würde aufgegeben. Eine verräterische Argumentation: Viele Produkte, die in Deutschland in die Klinik gelangen, hätten bei der strengeren, zeitaufwendigeren Prüfung in den USA gar keine Genehmigung erhalten.

So veröffentlichte die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA 2012 eine Liste der zwölf „unsichersten und ineffektiven Medizinprodukte“. In Europa waren

sie alle zugelassen worden. Im Übrigen stehen Patienten infolge strengerer Kontrollen auch nicht ohne Behandlungsalternativen da, fast immer gibt es davon mehr als genug.

In Deutschland organisiert der Bundesverband Medizintechnologie (BVMed) den Widerstand. Aus dem Jahresbudget von drei Millionen Euro bezahlt Geschäftsführer Joachim M. Schmitt die Lobbyarbeit für Mitglieder wie Carl Zeiss Meditec, Fresenius oder Johnson & Johnson. Unterstützer finden sich bei den Industrie- und Handelskammern, der Krankenhausgesellschaft – und dem Wirtschaftskreis der CDU. In Brüssel lädt man regelmäßig zu gemeinsamen Abendessen ein.

Mit ihren Beschwerden fanden die Medizingerätehersteller auch bei Volker Kauder Gehör. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende hat seinen Wahlkreis in Rottweil-Tuttlingen. Das beschauliche Schwarzwald-Städtchen Tuttlingen ist Firmensitz von über 400 Medizingeräteherstellern, die sich zum regionalen Lobbyverband „Medical Mountains“ zusammengeschlossen haben. Auf dem Kongress „Qualitäts- und Sicherheitsinitiative – Endoprothetik 2013“ sprach sich Kauder denn auch gegen ein zentrales staatliches Zulassungssystem aus. Und er telefonierte mit seinem Parteifreund Peter Liese, der im Gesundheitsausschuss des EU-Parlaments sitzt und für das Thema zuständig ist.

Nach der Ablehnung der Christdemokraten soll es nun einen lauen Kompromiss geben, über den das EU-Parlament kommende Woche abstimmt. Künftig sollen nur noch darauf spezialisierte Zulassungsinstitute riskante Produkte wie Herzschrittmacher genehmigen dürfen.

Vielen Herstellern ist selbst das zu viel Kontrolle. Um den Kompromiss weiter aufzuweichen, hat die Lobbygruppe Medical Mountains ausgewählte Parlamentarier vor der Abstimmung zu einem Frühstück eingeladen.

NICOLA KUHR

Patientenschutz mit System

Risikoklassen für Medizinprodukte nach europäischen Richtlinien

Risiko	Klasse	Beispiel
sehr hoch	III	Brustimplantate, Hüftprothesen, Herzkatheter
hoch	IIb	Künstliche Linsen, Kondome, Röntgengeräte, Infusionspumpen
mittel	IIa	Zahnfüllungen, Röntgenfilme, Hörgeräte, Ultraschallgeräte
gering	I	Lesebrillen, Rollstühle, Pflaster, Fieberthermometer

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit



Produktion von Brustimplantaten

DER SPIEGEL

SOUTH WEST NEWS SERVICE / ACTION PRESS

COMPUTER

Infoklotz am Handgelenk

Elektronikkonzerne wie Samsung bringen erste Smartwatches auf den Markt. Was taugen die schlaue Uhren wirklich?

Die Mängelliste ist lang. Eine Batterielaufzeit von unter zwei Tagen? Viel zu mickrig. Eine Breite von vier Zentimetern? Viel zu klobig für schmale Handgelenke. Und dann erst das Design! Das mit vier Schrauben versehene Metallgehäuse erinnert an Taschenrechner-Uhren der achtziger Jahre.

Viel Häme ertete der südkoreanische Elektronikkonzern Samsung in der Fachpresse, als er Anfang September auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin seine Smartwatch vorstellte. Noch in diesem Monat soll die „schlaue Uhr“ in Deutschland in die Läden kommen.

Auf den ersten Blick bietet das Gear (Ausrüstung) genannte Utensil zwar mancherlei nützliche Funktionen, die an eine James-Bond-Armbanduhr erinnern. Mit der Smartwatch kann man Mails empfangen, Musik hören und fotografieren (wobei die Kamera nur über 1,9 Megapixel verfügt). Wer die Hand ans Ohr hebt, kann dank eingebautem Lautsprecher und Mikrofon sogar telefonieren. Und dennoch ist die Gear wegen der Beschränkungen kein großer Wurf.

„Wir geben zu, dass unserer Uhr das gewisse Etwas fehlt“, zitiert die „Korean Times“ einen ungenannten Samsung-Manager. Aber vor allem geht es den Koreanern darum, schneller als der Rivale Apple technische Innovationen auf den Markt zu werfen. So präsentierte Samsung auch ein Handy mit gebogenem Display, das sich besser in die Hand schmiegen soll. Noch einen Schritt weiter ist der Konzern LG, der vorige Woche verkündete, bereits in die Produktion von biegsamen Plastik-Bildschirmen zu gehen.

Wer aber unbedingt Erster sein will, riskiert einen Fehlstart – wie Samsung nach Expertenmeinung mit der Smartwatch. Gleichwohl gelten die schlaue Uhren als der nächste große Trend auf dem Gadget-Markt. Rund ein Dutzend Firmen tüfteln an ähnlichen Geräten, darunter angeblich auch Apple. Weltweit 373 Millionen verkaufte Smartwatches sagen die Marktforscher von NextMarket voraus – wenn auch erst für das Jahr 2020.

„Infozentralen am Handgelenk“, fasst die Computerzeitschrift „c’t“ die sehr un-

Beschränktes Anhängsel Funktionen der Smartwatch Galaxy Gear von Samsung



terschiedlich konzipierten Smartwatches zusammen. Traditionelle Uhrenhersteller sind dabei kaum vertreten. Casio bemüht sich zwar, seine G-Shock-Uhr mit einer Anzeige für Mail und Facebook zu frisieren. Aber viel mehr als Benachrichtigungshinweise passt nicht aufs Display: Wer die vollständigen Mails oder Kommentare lesen will, muss doch wieder sein Smartphone herauskramen.

Noch funktionieren die meisten Smartwatches nur als Anhängsel der jeweiligen Smartphones, gekoppelt über den Nahfunk Bluetooth. Keine Infozentralen – sondern Infofilialen.

Neben Neulingen wie Kronoz, Pearl und Sonostar basteln auch die Digital-Giganten wie Google an schlaue Uhren. Für Aufsehen sorgte die Start-up-Firma Pebble, welche die Entwicklung ihrer Uhr über das Internetportal Kickstarter von investitionsfreudigen Kunden finanzieren ließ. Immerhin passt die Pebble sich vergleichsweise elegant in den Alltag ein: Wenn eine SMS eintrifft, erscheint sie auf dem Display, begleitet von einem angenehm dezenten Vibrationsalarm.

„Heutzutage greifen viele Nutzer ja reflexhaft zum Handy, wenn sie eine Nachricht bekommen“, sagt Patrick Baudisch, Professor für Mensch-Maschine-Interaktion am Hasso-Plattner-Institut in Potsdam. Ist der Anruf wirklich so wichtig, dass ich rangehen sollte und in Kauf nehmen muss, mein Gegenüber zu brüskie-

ren? „Smartwatches könnten die Handy-Etikette verändern“, glaubt Baudisch.

Auch auf dem Fahrrad oder in schweren Winterklamotten ist der schnelle Blick aufs Handgelenk praktisch. Auf jeden Fall gilt man als Trendsetter und wird auf das wundersame Ding am Handgelenk angesprochen. Aber wer zu den ersten Nutzern gehören will, darf nicht erwarten, dass alles schon reibungslos klappt. Beim Joggen zickt beispielsweise die Pebble oft herum und erfindet fehlerhafte Puls- und Streckenwerte des Sportlers. Man kennt das: Mit dem nächsten Software-Update soll alles anders werden, versprochen.

Die größte Schwäche der bisherigen Smartwatches aber ist die Batterielaufzeit. Spätestens nach zwei Tagen machen viele Uhren schlapp. Und zum Aufladen werden häufig spezielle Adapter benötigt.

Besonders einfallsreich will der Chiphersteller Qualcomm das Problem lösen: mit einem neuartigen Mirasol-Display, das ähnlich wie die elektronische Tinte in E-Book-Lesegeräten wenig Strom verbraucht, dabei aber sogar Farben und Video beherrscht. Weiterer Clou: Die Batterie lädt kabellos. Das Design des Prototyps jedoch hat noch den Charme einer Supermarktkasse.

HILMAR SCHMUNDT



Video: Die Funktionen der Samsung-Watch

spiegel.de/app422013watch
oder in der App DER SPIEGEL

KINO

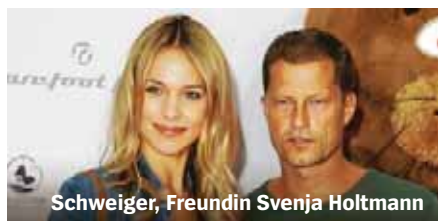
ARD tilgt Kirsch-Praline

Eine mit Likör gefüllte Kirsch-Praline hat den NDR in Aufregung versetzt. Die Süßigkeit der Marke „Mon Chéri“ ist im Kinofilm „Die Banklady“ zu sehen, der in Zusammenarbeit mit dem Sender und der ARD-Firma Degeto hergestellt wurde und im September auf dem Filmfest Hamburg Premiere hatte. Der Thriller mit Nadeshda Brennicke erzählt die wahre Geschichte der Hamburger Arbeiterin Gisela Werler, die in den sechziger Jahren 19 Banken überfiel. Der wenige Sekunden kurze, aber fast leinwandfüllende Anblick der Schnaps-Praline schreckte die NDR-Verantwortlichen deshalb so, weil er nach ihrer Meinung den Anschein von Produktplatzierung erwecken könnte. Der Verdacht ist laut „Banklady“-Produzent Christian Alvart unbegründet, doch offenbar hat die ARD sich noch immer nicht erholt vom Skandal um ihre Soap „Marienhof“, in der jahrelang unerlaubt Werbung platziert worden war – und gibt sich zum Ausgleich nun übergründlich. Mit Alvart kam der NDR so überein: In der Kinofassung darf die Praline groß zu sehen sein, für die TV-Ausstrahlung wird sie getilgt.

TV-STARS

Sat.1 feiert Schweiger

Geburtstagsgalas richten TV-Sender üblicherweise erst für betagte Jubilare aus. Für den Schauspieler Til Schweiger macht Sat.1 nun eine Ausnahme, schließlich zählen die gemeinsam produzierten Papi-Kind-Komödien wie „Keinohrhasen“ oder „Zweihrküken“ zu den Quotengaranten des Senders. Zu Schweigers 50. Geburtstag am 19. Dezember plant Sat.1 deshalb eine Show, die im November aufgezeichnet werden soll. Weggeführten und Kollegen sollen sich zum Jubilär äußern, dem Anlass entsprechend möglichst anerkennend.



Schweiger, Freundin Svenja Holtmann

FRANZISKA KRUG / GETTY IMAGES



BERTOLD FABRICIUS/HAMBURGER ABENDBLATT

Beckmann

NDR

Fernsehdirektor muss Geldbuße zahlen

Der umstrittene Fernsehdirektor des NDR, Frank Beckmann, muss wegen Vorwürfen angeblicher Untreue 30 000 Euro Geldbuße zahlen. Danach wird das gegen ihn laufende Strafverfahren eingestellt. Darauf hat sich Beckmann mit der Staatsanwaltschaft Erfurt nach offenbar zähen Verhandlungen geeinigt – nur wenige Wochen vor Ablauf seines Vertrags als Fernsehdirektor am 31. Oktober. Die Ermittler hatten mehrere Vorgänge aus Beckmanns Zeit als Programmgeschäftsführer des Kinderkanals Kika verfolgt. Unter anderem ging es dabei um die Bezahlung einer teuren Party, auf der Beckmann verabschiedet wurde, und um Veruntreuungen beim Kinderkanal, der unter der Aufsicht des MDR stand. Beckmann kam offenbar zugute, dass der MDR einige mutmaßliche Tatbestände aus der Kika-Zeit erst sehr spät der Staats-

anwaltschaft zur Kenntnis gebracht hatte. Dadurch waren sie verjährt und konnten nicht mehr verfolgt werden. Der Fernsehdirektor hat stets abgestritten, etwas von den Veruntreuungen beim Kika in Höhe von insgesamt über acht Millionen Euro gewusst zu haben. Mit dem strafrechtlichen Abschluss des Verfahrens in Erfurt ist Beckmann aber nicht ganz entlastet. Der MDR kann noch zivilrechtlich gegen Beckmann vorgehen, spekuliert aber offenbar darauf, einen Teil der Geldbuße zu erhalten. „Wenn die Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis kommt, dass dem Kika ein Schaden entstanden ist, dann hat sie die Möglichkeit, durch die Geldauflage einen Ausgleich zu schaffen“, sagt ein MDR-Sprecher. NDR-Intendant Lutz Marmor will Beckmann laut einem Sprecher trotz allem für eine Wiederwahl zum Fernsehdirektor vorschlagen.



SPIEGEL-GESPRÄCH

„Gegen meinen Instinkt“

WDR-Intendant Tom Buhrow, 55, über den Wechsel von den „Tagesthemen“ an die Spitze des mächtigsten ARD-Senders, die Wucht des Amtes und die Fallen für neue Chefs

SPIEGEL: Herr Buhrow, wo ist Ihre E-Gitarre? Sie haben mal erzählt, dass Sie sich im Intendantenbüro lautstark mit Bob-Dylan-Songs abregieren wollen, wenn es Ihnen zu viel wird.

Buhrow: Meine Gitarre ist in der Wohnung, aber ich bin in meinen ersten 100 Tagen als WDR-Intendant nur zweimal zum Spielen gekommen. Es ist im Moment einfach noch zu wenig Zeit für den emotionalen Druckausgleich, die Arbeitsdichte ist enorm. Ich komme meistens spätnachts

in mein Zimmer und falle sofort ins Bett. Langfristig muss ich das aber unbedingt hinkriegen. Es ist wichtig für mich, auch meine verrückte, nichtrationale Seite wachzuhalten. Wenn ich den ganzen Tag nur noch managementgesteuert bin, kann ich für den WDR nicht erfolgreich sein.

SPIEGEL: Sie hatten bei den „Tagesthemen“ eigentlich Ihren Traumjob gefunden und den Deutschen jeden Abend die Welt erklärt. Nun studieren Sie Zahlenkolonnen, hocken in Konferenzen und

kümmern sich um so prickelnde Details wie die Ausstattung des Redaktionsbüros Duisburg. Was treibt einen Vollblutjournalisten in die Ärmelschoner?

Buhrow: Als ich „Tagesthemen“-Moderator wurde, hatte ich eigentlich keine weitreichenden Ambitionen mehr. Ich war sehr zufrieden und hätte das, wie Ulrich

* Mit einem Modell des Geißbocks, Maskottchen des 1. FC Köln.
Das Gespräch führten die Redakteure Markus Brauck und Michaela Schießl.

Wickert, bis zum Ende meines Festangestelltendaseins machen können.

SPIEGEL: Sie sitzen aber jetzt hier.

Buhrow: Der Rücktritt meiner Vorgängerin Monika Piel kam so überraschend, dass auf einmal in alle Richtungen geschaut wurde, sogar auf einen Vogel wie mich. Meine erste Reaktion war eher zurückhaltend. Mich hat es nie in die Hierarchien gezogen. Man kann auch ganz platt sagen: Ich bin nicht machtgeil, kein bisschen. Doch auch wenn sich das jetzt ganz unbescheiden anhört: Ich habe irgendwann eingesehen, dass ich mich nicht länger wehren konnte. Dass der WDR jetzt einen wie mich braucht. Es gibt Phasen in Unternehmen, da braucht man den Sanierer, den Gründer, den Verwalter, den Visionär. Jetzt hat der WDR sich halt einen wie mich gesucht.

SPIEGEL: Welcher Typ sind Sie?

Buhrow: Der Kommunikator. Ich bin offen und ehrlich, ohne Hintergedanken. Ich hänge an diesem Sender, dem ich seit meinem Volontariat alles zu verdanken habe. Wenn der WDR einen perfekten Verwaltungsmanager gefunden hätte, der jedoch die Liebe zum Sender nicht in sich gehabt hätte, wären die harten Veränderungen, die wir angesichts des Milliardenlochs im Etat nun durchziehen müssen, viel schwerer zu vermitteln. Ich bin Fleisch vom Fleische des WDR, das spüren die Kolleginnen und Kollegen.

SPIEGEL: Sie haben sich geopfert?

Buhrow: Das weniger. Mich treibt die Neugierde, ich bin erfahrungshungrig. Diese extreme Herausforderung und auch das Risiko haben mich dazu gebracht, meine Komfortzone zu verlassen. Hinzu kommt: Als Nachrichtenjournalist habe ich eine wertvolle Dienstleistung erbracht, aber eben auch meinen Interessen und Neigungen gefrönt. Wenn man Verantwortung übernimmt, ist das eine viel tiefere Befriedigung, jeder, der Kinder hat, weiß das. Auch wenn nicht alles Spaß macht.

SPIEGEL: Bislang haben Sie höchstens ein Dutzend Kollegen dirigiert. Wie erleben Sie den Wechsel zum Manager von über 4000 Angestellten?

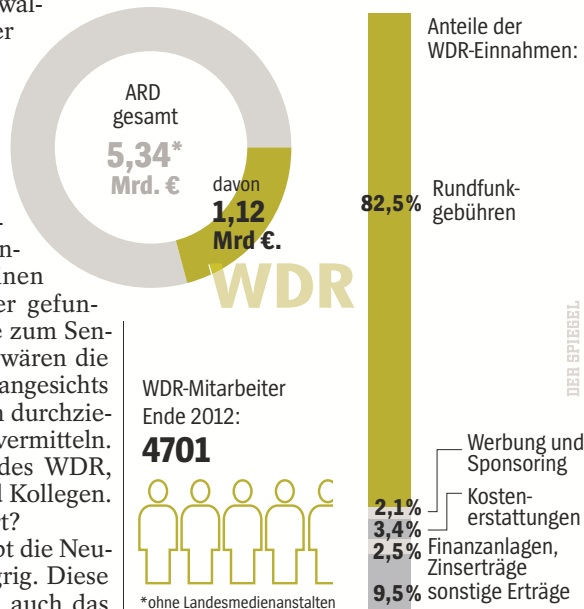
Buhrow: Ich wusste, dass dieser Job eine extreme Herausforderung ist. Aber die tatsächliche Wucht des Amtes hat mich dann doch überrascht. Der große Wandel ist der: Bislang hatte ich ein Feld der Expertise, die Information im Fernsehen. Das ist wie ein Brettspiel, das ich durch und durch kenne. Jetzt bin ich in einer Welt, in der ich umgeben bin von vielen verschiedenen Brettern. Ich weiß manchmal nicht: Ist das „Mensch ärgere Dich nicht“, „Monopoly“ oder Schach, womit ich mich gerade beschäftige? Tag für Tag wird man ein bisschen sicherer, und dann dreht man sich wieder zu einem neuen Brett und denkt: Was zum Teufel ist das jetzt?

SPIEGEL: Wie können Sie da verantwortlich Entscheidungen treffen?

Buhrow: Mein Glück ist, dass ich ein guter und schneller Lerner bin. Ich scheue mich auch nicht, dumme Fragen zu stellen. Wichtig ist für mich zu wissen, wie tief ich in eine Sache eintauchen muss, ohne ins Mikromanagement zu verfallen. Ich muss und kann nicht in jedem Bereich so viel Ahnung haben wie die zuständigen Direktoren und will kein Kontrollfreak werden. Aber ich muss so viel verstehen, dass ich Entscheidungen treffen kann.

Anstalt auf dem Prüfstand

Erträge aus Rundfunkgebühren und WDR-Einnahmen 2012



SPIEGEL: Haben Sie schon Fehler gemacht?

Buhrow: Ja, ich habe schon Fehler gemacht.

SPIEGEL: Sie schweigen ziemlich lange. Können Sie uns ein Beispiel geben?

Buhrow: Ich bin einmal schlecht vorbereitet in einen Termin gegangen. Das rächt sich sofort.

SPIEGEL: Was fällt Ihnen besonders schwer?

Buhrow: Mich zurückzuhalten. Die schlimmste Versuchung ist Aktionismus. Je größer die Aufgabe ist, desto gewaltiger ist der Sog zu zeigen, dass man da ist, dass man kraftvoll und entschlossen agiert. Dem zu widerstehen ist unvorstellbar schwer. Jede Zelle des Körpers schreit: Ich bin doch gewählt worden, man hat mir eine große Aufgabe anvertraut, ich muss doch jetzt sofort sichtbar zeigen, dass ich am Steuerrad bin. Aber stellen Sie sich vor, Sie sind Kapitän auf einer Segelyacht. Alle warten auf Kommandos, und Sie fangen an, das Ruder hektisch hin- und herzureißen. Ich musste mich zwingen, erst einmal zu lernen, bevor ich handle. Da musste ich komplett gegen meinen Instinkt angehen. Das hat mich unglaublich viel Kraft gekostet.

SPIEGEL: Solch einen Posten tritt man doch nicht an, ohne ein paar Ideen im Köcher zu haben. Wird nicht erwartet, dass Sie eigene Vorschläge präsentieren?

Buhrow: Wenn man solch einen Job annimmt, ist es entscheidend, dass man die eigenen Ideen zurückstellt, denn wo kommen die her? Aus dem Bereich, den man am besten kennt, in dem man sich sicher fühlt. Der Drang, sich in das Gewohnte zurückzuziehen, ist sehr stark. Doch das wäre auf dieser Hierarchieebene grundfalsch. Man muss im Denken loslassen von seinem Gebiet, muss sich 360 Grad umsehen und erkennen: Meine Aufgaben sind vielfältig. Sonst engt man sich selbst ein und frustriert die anderen Führungspersönlichkeiten. Die wollen nicht gegängelt werden von tollen Ideen ihres Chefs, die wollen Strategien. Das ist der Job.

SPIEGEL: Es gehört auch dazu, der Belegschaft zu sagen, dass gespart, gekürzt, umgebaut werden muss, wie Sie das vergangenen Dienstag auf der Betriebsversammlung tun mussten. Sie sprachen von einem gigantischen strukturellen Abgrund.

Buhrow: Das war der ungeschönte Blick auf die Realität. Ich musste die Dimension klar machen. Mein Gefühl ist, dass alle anerkannt haben, dass da ehrlich und ohne Drumherumgerede gemeinsam der Blick auf die Fakten geworfen wurde. Ich glaube, die Bereitschaft ist da, die Probleme anzugehen. Wir gehen den Weg mit dem Personalrat gemeinsam.

SPIEGEL: Nach Ihrer Wahl haben Sie einen Schlager zitiert: „Ich bring die Liebe mit.“ Kann die Liebesbeziehung nicht ganz schnell einseitig werden, wenn die Kürzungen konkret werden?

Buhrow: Natürlich wird es schwer. Aber ich bestimme ja nicht allein von oben herab. Das macht schon ganz viel aus für das Gefühl der Kollegen: Bin ich irgendwelchen Beschlüssen ausgeliefert oder Teilhaber an dem Prozess?

SPIEGEL: Allein mit Sparen nach Rasenmähermethode ist Ihr Milliardenloch wohl kaum zu stopfen.

Buhrow: Es ist auch keine Dauerlösung, den Gürtel immer enger zu schnallen. Wir müssen eine Diät machen, damit der Gürtel wieder bequem passt. Sonst schnürt man sich die inneren Organe ab, nichts wird mehr durchblutet, man wird krank, und dann läuft gar nichts mehr. Die Rasenmähermethode ist nur eine Notmaßnahme für eine begrenzte Zeit, damit wir Luft kriegen, um strukturelle Maßnahmen zu ergreifen.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Buhrow: Wir müssen uns entscheiden, welche Bereiche wir weiterführen, auf welche Produkte wir verzichten – so wie ein Autokonzern, der auch manche Modelle aufgeben muss und andere, erfolgreichere, ausbaut.

SPIEGEL: Sie haben angekündigt, nächstes Jahr 50 Ihrer weit über 4000 Stellen abzubauen, wobei schon 39 durch Verrentung wegfallen. Finden Sie das ambitioniert?

Buhrow: Ja, für uns ist das fast wie ein Stellenstopp. Mein Mantra lautet: immer nur so viel auf die Schippe nehmen, wie wir auch stemmen können. Das Schlimmste ist doch, wenn man etwas verkündet, es nicht durchhalten kann, und dann wird es durchsiebt mit lauter Ausnahmen. Es wäre dumm zu sagen, eine Stelle wird aus Prinzip nicht neu besetzt. Manche sind notwendig, andere weniger. Statt Prinzipienreiterei ist mir viel wichtiger, dass jetzt der Einstieg in den Umbau startet. Wenn wir das nicht tun, fahren wir gegen die Wand.

SPIEGEL: Bislang geht die Presse gnädig mit Ihnen um. Das kann aber rasch umschlagen, wenn Sie konkret sagen, wo Sie sparen – und bei Programmeinschnitten landen. Ertragen Sie Kritik?

Buhrow: Schon als „Tagesthem“-Moderator wurde ich unweigerlich von allen Seiten kritisiert. Von dem Tag an, als ich den Job hatte, war mein Skalp auf einmal wertvoll. Ich war, auch für die journalistischen Kollegen, ein Promi. Und wer den Skalp erjagt, hat eine Trophäe. Doch ich habe da eines gelernt: Wenn der Kern deines Charakters angegriffen wird, dann mach keinen Millimeter Kompromiss! Dann schalte auf Angriff! Weil das, was du in deinem Innersten bist, am Ende und auch für deinen Job das einzig Wichtige ist. Sich selbst zu verleugnen ist das Rezept für Scheitern. Und das habe ich hier am ersten Tag den Kollegen gesagt: Lasst euch nicht kleinreden. Ihr macht ein tolles Produkt.

SPIEGEL: Wissen Sie, was gerade in Ihrem Dritten, dem WDR-Programm, läuft?

Buhrow: Nein.

SPIEGEL: „Nashorn, Zebra & Co.“ Und danach: „Panda, Gorilla & Co.“ Später dann: „In aller Freundschaft“, „Mord ist ihr Hobby“, abends noch ein elf Jahre alter „Tatort“. Ist das Ihr „tolles Produkt“?

Buhrow: Ich bin viel rumgereist in den vergangenen Wochen, aber da habe ich kein einziges Mal gehört, euer WDR-Programm ist zu langweilig und zu rückwärts-gewandt. Ich höre immer, macht mehr Regionales! Und was die Wiederholungen angeht: Ich hätte auch gern mehr Geld für Erstproduktionen.

SPIEGEL: In ihrem Hauptprogramm fällt der ARD auch nicht viel ein. Da wird die Uraltshow „Dalli Dalli“ wiederbelebt. International gefeierte US-Serien wie

„Breaking Bad“, „Homeland“ oder „The Wire“ sucht man dagegen vergebens.

Buhrow: Diese Serien sind toll. Meine Tochter schaut „Breaking Bad“. Ich weiß, dass solche Serien süchtig machen. Aber sie sind extrem teuer, und sie haben meist nicht besonders tolle Quoten. Ich glaube, es ist ein



MONIKA SANDEL / WDR



MICHAEL BOHNE / WDR

WDR-„Morgenmagazin“, -„Tatort“: „Ein tolles Produkt“

Fehlschluss zu glauben, wir kaufen diese Serien, und dann sind alle Probleme gelöst.

SPIEGEL: Also: „Weiter so, ARD“?

Buhrow: Unser Programm ist viel besser, als es die öffentliche und auch Ihre Kritik jetzt nahelegt. Aber das Erste kann ruhig etwas frecher sein, das muss nicht die „Traumhochzeit“ sein. Ich hätte es etwa klasse gefunden, wenn Olli Dittrich sein Konzept fürs „Frühstücksfernsehen“ der ARD schon viel eher hätte durchsetzen können. Doch Veränderung geht nicht zuerst und allein über Konzepte, sondern auch über Köpfe. Man muss die Leute das machen lassen, worin sie gut sind, wo sie selbst hinwollen.

SPIEGEL: Sie wollen ein Kreativ-Volontariat einführen. Was soll das sein?

Buhrow: Wir möchten künftig nicht nur Journalisten ausbilden, sondern auch Gagschreiber, Comedians, Drehbuchautoren.

SPIEGEL: Wie wollen Sie den WDR überhaupt dazu bringen, neue Programmideen zu entwickeln?

Buhrow: Die Hauptherausforderung ist, dass wir in ein neues Zeitalter gehen, in dem die Kunden konsumieren, wann und

wo sie wollen. Wir haben bisher zu viel in Säulen gedacht – Radio, Fernsehen, Internet –, und diese Säulen müssen verschmelzen, auch weil dadurch wiederum neue Formate entstehen, an die wir jetzt noch gar nicht denken. Nehmen Sie die „Tagesschau“-Reihe mit Friedrich Küper-

persbusch. Die ist als Idee nicht allein fürs Fernsehen oder fürs Internet entstanden, sondern, inhaltlich begründet, crossmedial. Ganze Bereiche sollen vernetzt werden und zusammenarbeiten und nicht nur einmal in der Woche miteinander reden.

SPIEGEL: Nervt Sie eigentlich die öffentliche Kritik an der ARD?

Buhrow: Ja, die nervt sogar deutlich. Aber ich glaube, dass das ein bisschen eine Modeerscheinung ist. Jahrzehntlang war der öffentlich-rechtliche Rundfunk das Nonplusultra, wenn man da landete, war das großartig. Jetzt ist es auf einmal intellektuelle Mode, auf die ARD einzuhauen und sich darüber zu amüsieren, dass sie sich manchmal noch nicht einmal wehrt. Nein, zum Teil peitscht sie noch selbst auf sich ein. Mich nervt das Reflexartige der Kritik, und sie wiederholt sich auch. So langsam kommen wir aber in eine Phase, wo es sich ein bisschen totläuft.

SPIEGEL: In einer Medienlandschaft, in der die Branche über ganz andere Dinge redet, als 50 von 4000 Stellen nicht wiederzubesetzen, ist vielleicht verständlich, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk von vielen

als Komfortzone empfunden wird. Da sitzen viele Menschen dank Gebührentmilliarden in einem warmen Nest und beschweren sich über jeden Luftzug.

Buhrow: Noch einmal: Im WDR ist das ja der Einstieg in den Umbau. Da kann man immer sagen, das ist zu wenig. Aber in der durch die Sofortmaßnahmen gewonnenen Zeit werden wir konsequent an diesen strukturellen Umbau rangehen. Wir stehen erst am Anfang, müssen uns fragen: Was können, was wollen wir noch selbst machen? Das muss ich aber mit dem Personalrat, mit der Belegschaft gemeinsam machen. In zwei Jahren sitzen Sie unter Garantie hier und beschweren sich, dass die Qualität leidet.

SPIEGEL: Bei Frust haben Sie ja Ihre Gitarre und Bob Dylan.

Buhrow: Von dem gibt es übrigens eine schöne Zeile in dem Song „It's Alright, Ma“, die gerade ganz gut auf mich passt: „He not busy being born is busy dying.“ Wer nicht bereit ist, neu geboren zu werden, der ist dabei, zu sterben.

SPIEGEL: Herr Buhrow, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

GESTORBEN

Wilfried Martens, 77. In Belgien, einem Land, das immer wieder durch Spannungen zwischen Flamen und Wallonen blockiert wird, galt seine Person als Garant für politische Stabilität. Kein anderer amtierte so lange als Premierminister in Brüssel wie der christdemokratische Jurist Martens, der, mit einer kurzen Unterbrechung von 1979 bis 1992 neun Koalitionsregierungen anführte. Als belgischer Patriot und exemplarischer Europäer trieb er die föderalistische Umwandlung seiner Heimat vom Zentral zum Bundesstaat voran. Mit Helmut Kohl und François Mitterrand war er in den neunziger Jahren einer der Architekten des Maastrichter Vertrags und der Europäischen Währungsunion. Nach seinem Abgang von der nationalen Szene widmete er sich ganz der Europa-politik – schon 1990 hatte er den Vorsitz der Europäischen Volkspartei übernommen, den der Schwerkranke erst kurz vor seinem Tod niederlegte. Wilfried Martens starb in der Nacht zum 10. Oktober in Lokeren in der Nähe von Gent.



GREGORIO BORGIA / AP / DPA

Rabbi Ovadia Josef, 93. Es war wohl die größte Beerdigung, die Israel je erlebt hat. Fast eine Million Menschen beklagten in Jerusalem den Tod des ehemaligen Ober-rabbiners und geistlichen Oberhaupts der Schas-Partei. Josefs Worte waren oft genug Gesetz, egal, ob es dabei um Religion ging oder um Politik. Jahrzehntelang war der 1924 in Bagdad geborene Rabbi einer der einflussreichsten Männer Israels und gleichzeitig einer der unberechenbarsten: Seine Auslegung der jüdischen Glaubenslehre erlaubte ihm zwar, Falaschen, äthiopische Juden, als vollwertige Mitglieder des Judentums zu betrachten; zugleich verdammt er aber die Opfer des Holocaust als „wieder-geborene Sünder“. Araber beschimpfte der Mann mit der lila getönten Brille als „giftige Schlangen“. Aber er sorgte auch dafür, dass Frauen nicht bis an ihr Lebensende mit ihren gefallenen Ehemännern verheiratet bleiben mussten. Die Leerstelle, die Josef im gesellschaftlichen Koordinatensystem seine Landes hinterlässt, wird nur schwer zu füllen sein. Rabbi Ovadia Josef starb am 7. Oktober in Jerusalem.



REUTERS

Erich Priebke, 100. Der „Henker von Rom“ wurde 85 Jahre älter als sein jüngstes Opfer. Am 24. März 1944 war der damalige SS-Hauptsturmführer Priebke an der grausamen Ermordung von 335 Italienern in den Ardeatinischen Höhlen im Süden Roms beteiligt gewesen. Unter den Opfern war ein 15-jähriger Jugendlicher. Nach Kriegsende gelang dem gebürtigen Brandenburger die Flucht nach Argentinien. Dort lebte er unbehelligt unter seinem echten Namen in den südlichen Anden. Erst 1994 fanden Journalisten heraus, wo er sich aufhielt. Anderthalb Jahre später wurde Priebke an Italien ausgeliefert; ein römisches Militärgericht verurteilte ihn 1998 zu lebenslanger Haft. Wegen seines hohen Alters und des schlechten Gesundheitszustands wurde die Strafe jedoch in Hausarrest umgewandelt; sogar Ausgang war ihm erlaubt. So konnte man den NS-Verbrecher schon mal beim entspannten Wochenendeinkauf in einem römischen Supermarkt beobachten, bei einer Fahrt mit der Vespa oder beim Kirchgang. Als Priebke vor wenigen Monaten seinen runden Geburtstag feierte, demonstrierten italienische Neonazis vor dem Haus des ehemaligen SS-Offiziers für dessen Freilassung. Erich Priebke starb am 11. September in Rom.



EMILIO NARANJO / DPA

Patrice Chéreau, 68. Selbst wenn der Regisseur nur diese eine Inszenierung gemacht hätte, wäre er mit ihr in die Theatergeschichte eingegangen: Wagners „Ring des Nibelungen“ 1976 in Bayreuth. Diese radikal kapitalismuskritische Interpretation der Tetralogie stand fünf Jahre lang auf dem Spielplan. Am Anfang wurde sie von den meisten Traditionalisten gehasst, und am Ende, nach der letzten „Götterdämmerung“, verabschiedete das Publikum diese epochale Leistung mit über einer Stunde Jubel in die Unvergesslichkeit. Patrice Chéreau, dieser universell gebildete und universal geschätzte Film- und Opernmagier, inszenierte danach weiterhin für das Theater und die Oper und drehte Filme („Die Bartholomäusnacht“, „Intimacy“). Alles schien ihm zu gelingen. Chéreau, Sohn mäßig erfolgreicher bildender Künstler aus der französischen Provinz, war schon mit Anfang zwanzig als Regisseur ein bekannter Name gewesen. Sein Stil der stringenten Personenführung, geboren aus handwerklichem Perfektionismus und konzeptioneller Klarheit, war einzigartig. Niemand konnte oder wollte ihn kopieren. Patrice Chéreau starb am 7. Oktober in Paris an Lungenkrebs.

SPIEGEL TV

SONNTAG, 20. 10., 22.30 – 23.20 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Hauptsache, im Amt – Die SPD auf dem Weg in die Große Koalition; **Kein Schritt ohne Mama** – Wenn Elternliebe Kindern schadet; **Lost in Translation** – Die Jäger der verschwindenden Sprachen



SPIEGEL TV

Sprachforscher bei Recherche in Bäckerei

MONTAG, 14. 10., 20.15 – 21.45 UHR | ARD

Stiller Abschied

Mit Christiane Hörbiger in der Rolle einer Alzheimerpatientin zeichnet der Film den für alle Beteiligten schmerzhaften Verlauf dieser Krankheit nach. Das familiäre Umfeld versucht ebenso wie die Betroffene selbst, so lange wie möglich ein normales Leben aufrechtzuerhalten. Regisseur Florian Baxmeyer bearbeitet das Thema dezent nach einem Drehbuch von Thorsten Näter.

MITTWOCH, 16. 10., 22.00 – 23.00 UHR | SKY

SPIEGEL GESCHICHTE

1813 – Napoleon und die Völkerschlacht

Vor 200 Jahren brach ein neues Zeitalter an. Europas Herrscher wider-setzten sich mit militärischen Mitteln dem Diktat Napoleons. Vom 16. bis zum 19. Oktober 1813 kämpften die Armeen einer alliierten Koalition gegen die Soldaten des französischen Kaisers. Etwa 100 000 Tote forderte die sogenannte Völkerschlacht bei Leipzig. Napoleon gelang im letzten Moment die Flucht. „Schlagt ihn tot“, hatte schon 1809 Heinrich von Kleist gedichtet. Mit Hilfe von Herfried Münkler („Die Deutschen und ihre Mythen“) und Andreas Platthaus („1813 – Die Völkerschlacht und das Ende der alten Welt“) dokumentiert SPIEGEL-TV-Autor Michael Kloft den Sieg über Kaiser Napoleon und rekonstruiert die Tage der Entscheidung.

Leser auf Reisen

Die Ausstellung über ihn im Londoner Victoria and Albert Museum war mit über 300 000 Besuchern ein außerordentlicher Publikumserfolg. **David Bowie**, 66, ist eben nicht nur musikalisch ein Hit. Nun ist die Schau „David Bowie is“ im kanadischen Toronto zu sehen, und zum Auftakt werden die literarischen Vorlieben des Künstlers beleuchtet: Die Kuratoren veröffentlichten eine Bücherliste mit 100 Titeln, die Bowie gelesen hat. Als Teenager trug er in der U-Bahn anspruchsvolle Bücher mit sich herum, um Eindruck zu schinden, später entwickelte er sich zu einem ernsthaften Leser. Seine Bibliothek enthält Romane von Albert Camus, George Orwell, Christa Wolf, aber auch psycho-



NIKO / ACTION PRESS

logische Sachbücher, Biografien und Comics. Bis März 2016 kommt die Ausstellung nach São Paulo, Chicago, Paris und Groningen.

Hoffen aufs Heimspiel

Sie ist Weltmeisterin im Weltergewicht. Doch ihre Siege durfte **Cecilia Brækhus**, 32, Boxerin aus Norwegen, bislang nur im Ausland erringen. Denn das sogenannte K.-o.-Gesetz aus dem Jahr 1981 verbietet in ihrer Heimat Profiboxen. Die designierte konservative Regierung will das nun ändern, Brækhus ist begeistert. Die gebürtige Kolumbianerin, die zeitweise auch in Berlin lebt, hofft darauf, in ihrer Heimatstadt Bergen in den Ring steigen zu können. Doch bevor es so weit ist, muss noch ein spezieller Gegner bezwungen werden: der Fachverband der norwegischen Neurochirurgen. Der warnt die künftige Regierung davor, den professionellen Faustkampf zu legalisieren, und prophezeit eine Zunahme schwerer Gehirnverletzungen.



PETRA SCHNEIDER / IMAGO

Romantik für Millionen

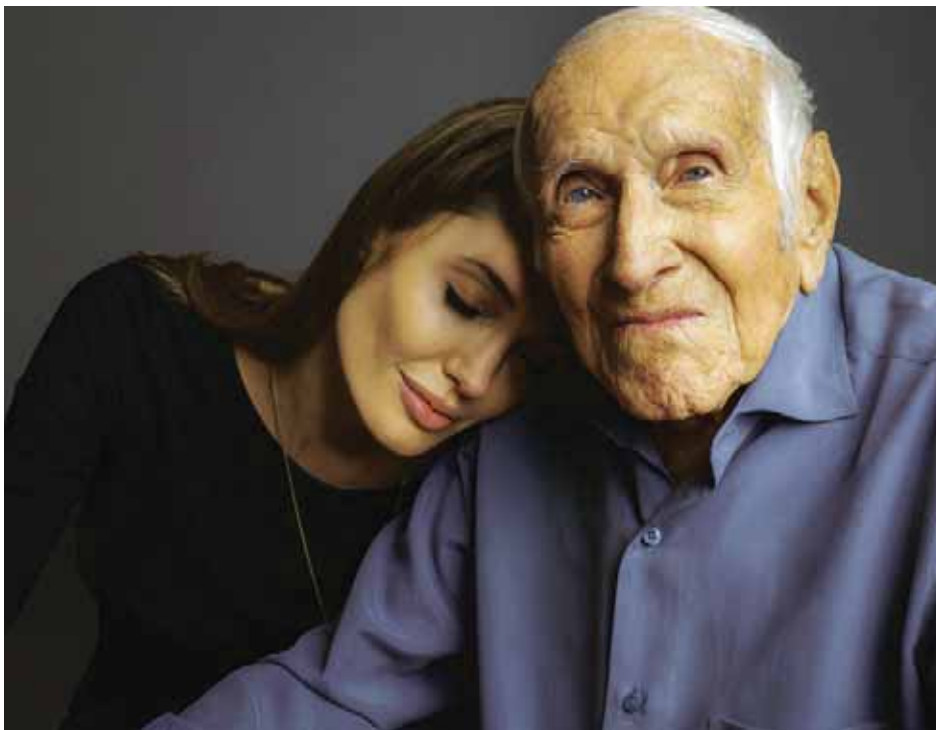
Die Sängerin **Mariah Carey**, 43, gehört zu den Prominenten, die ihre Privatsphäre gern mit der Öffentlichkeit teilen. So wurde vor einiger Zeit bekannt, dass sie beim Sex mit ihrem Ehemann Nick Cannon gern Musik hört – vorzugsweise die eigenen Werke. Jetzt fotografierte sie ihre mit einem schwarzen Spitzen-BH verhüllten Brüste und schickte das Bild ihrem Mann zum Geburtstag. Dazu schrieb sie: „Herzlichen Glückwunsch!“ Und: „Ich warte auf dich.“ Das könnte man romantisch oder sexy finden, hätte Carey die Botschaft allein für ihren Gatten gedacht. Doch sie postete Foto und Text bei dem Kurznachrichtendienst Twitter, fast 14 Millionen Follower haben die Grüße erhalten.



QUELLE: TWITTER

Dynamos unter sich

Es gibt nur wenige Männer, die so cool bleiben würden wie er, wenn ihnen die Oscar-Preisträgerin **Angelina Jolie**, 38, den Kopf auf die Schulter legte. Aber **Louis Zamperini** ist 96 Jahre alt und hat schon ganz andere Abenteuer erlebt. Als 19-Jähriger lief der Amerikaner bei den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin die 5000 Meter; Adolf Hitler war so beeindruckt von Zamperinis Schlusspurt, dass er ihm hinterher die Hand schüttelte. Als Soldat stürzte Zamperini 1942 mit einem B-24-Bomber über dem Pazifik ab, er überlebte 47 Tage auf einem Rettungsfloß und verbrachte schließlich mehr als drei Jahre in japanischer Kriegsgefangenschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte er als evangelikaler Erbauungsredner Karriere. Jetzt verfilmt Jolie Zamperinis Lebensgeschichte unter dem Titel „Unbroken“. Die beiden scheinen ähnlich energiegeladen zu sein. „Angelina ist ein menschlicher Dynamo“, sagt Zamperini.



UNIVERSAL PICTURES

Daniela Ludwig, 38, bisher eher unbekannte CSU-Bundestagsabgeordnete aus Rosenheim, kann mitten in den Sondierungsgesprächen mit der Schlagkraft der CSU-Landesgruppe in Berlin prahlen: 2015 bringt die Post eine „Trachtenbriefmarke“ in Umlauf. Das Bundesfinanzministerium, meldet Ludwig in einer Pressemitteilung, habe entschieden, die Sonderbriefmarke „Gebirgstracht“ zum 125-jährigen Jubiläum der Gründung des ersten Gauverbands bayerischer Trachtenvereine herauszugeben. Den sagenhaften Erfolg ihrer Lobbyarbeit führt die Politikerin auf den Teamgeist der Partei zurück: „Letztlich ist die gesamte CSU-Landesgruppe hinter dieser Initiative gestanden. In vielen Gesprächen haben wir uns für die Trachtenbriefmarke starkgemacht.“

Marina Litwinenko, 50, Witwe des 2006 in London vergifteten russischen Ex-Geheimdienstlers Alexander Litwinenko, kämpft für die Aufklärung der Todesumstände ihres Mannes. Im Juli hatte die britische Innenministerin entschieden, keine weiteren Untersuchungen durchzuführen. Marina Litwinenko legte Einspruch bei Gericht ein. Ihre Anwälte forderten, dass der Staat die Gerichtskosten tragen solle, weil der Fall von öffentlichem Interesse sei. Der High Court hat diesen Antrag abgelehnt. Litwinenko wandte sich daraufhin an die britische Öffentlichkeit und bat um finanzielle Unterstützung; sollte sie bei Gericht verlieren, drohen ihr Forderungen von bis zu 40 000 Pfund. Eine Theorie besagt, der russische Geheimdienst stecke hinter dem Tod Alexander Litwinenkos.

Jussuf Mindkar, Direktor im Gesundheitsministerium von Kuwait, will einen Test zur Identifizierung Homosexueller an den Landesgrenzen einführen. Mindkar sagte der Zeitung „al-Rai“, die übliche Praxis, den Gesundheitszustand von Ausländern, die für längere Zeit einreisen wollen, an Flughäfen zu untersuchen, solle ausgeweitet werden, um „Schwule zu erkennen und zu verhindern, dass sie Kuwait“ oder andere Golfstaaten betreten. Welche Methode dabei in Frage käme, sagte Mindkar nicht, was daran liegen mag, dass es keine „wissenschaftlichen Tests“ gibt, mit denen die sexuelle Orientierung eines Menschen festgestellt werden kann. Kuwait gehört zu den 78 Staaten weltweit, in denen Homosexualität kriminalisiert wird; volljährigen Männern drohen mehrere Jahre Gefängnis, wenn sie gleichgeschlechtliche Lebenspartner haben.

ALEX DWYER / FLAIR

Anziehend

Eigentlich zieht sich die Philosophiestudentin **Josephine Witt**, 20, aus, um Aufmerksamkeit zu bekommen: Sie gehört zu der feministischen Aktionsgruppe Femen in Deutschland. Im Frühsommer war sie in die Schlagzeilen geraten, weil sie nach einem Nacktprotest in Tunesien ins Gefängnis kam. Jetzt hat sie sich für das Modemagazin „Flair“ angezogen: In Hot Pants und weiteren

Outfits posiert sie gemeinsam mit anderen Frauenrechtlerinnen vor der Kamera. Die letzte spektakuläre Femen-Aktion war ein Protest gegen die Modewelt: Während der Pariser Fashion Week stürmten barbusige Aktivistinnen einen Laufsteg, um auf die Problematik von Magermodels hinzuweisen. Das Shooting bei „Flair“ machten die Auslandsmodels nach eigenen Angaben, um „zu zeigen, dass wir ganz normale Frauen sind“.



Aus der „Saarbrücker Zeitung“: „Psychologen der Saar-Uni und der Uni Bonn suchen gleichgeschlechtliche Geschwister- und Zwillingspaare (eineiig und zweieiig) zwischen 19 und 50 Jahren für eine Studie zum Internetkonsum. Der Altersunterschied der Zwillinge solle höchstens drei Jahre betragen, sagte die Forscherin Elisabeth Hahn.“

Zahl der Sprengattaken explodiert

Aus der „Sparkassenzeitung“

Günter Netzer im Vorwort zu Boris Beckers Autobiografie „Das Leben ist kein Spiel“: „Boris hat als Sportler die Nation, mehr noch, die Welt elektrifiziert und als Mensch die Gemüter oft bewegt und erregt.“



Hinweise in einem Schweizer Aldi-Markt

Aus den „Lübecker Nachrichten“: „Bei 65 Stundenkilometern sterben acht von zehn Fußgängern bei einem Zusammenstoß – bei 50 Stundenkilometern überleben zehn von acht“, sagt Innenminister Andreas Breitner (SPD).“

Aus der „Ostthüringer Zeitung“: „Die Muslime in Jena leben jetzt im Fastenmonat Ramadan. Essen und Trinken ist ihnen nur vor und nach Sonnenaufgang erlaubt.“

Polizei schießt Bullen tot

Aus der „Südwest Presse“

Die Fernsehzeitschrift „Gong“ über die ZDF-Sendung „ML mona lisa“: „Dabei stehen nicht mehr nur ‚Frauenthemen‘ im Vordergrund. Die Macher des Magazins haben sich nämlich des Weiteren zum Ziel gesetzt, die männlichen Zuschauer ebenfalls anzusprechen. Berichte über Kinderpornografie oder die Beschneidung von Mädchen in Afrika sind nur einige Beispiele.“

Zitate

Die „New York Times“ über den SPIEGEL-Titel „Wie leben Sie mit dieser Schuld, Herr Assad? – SPIEGEL-Gespräch mit dem syrischen Diktator“ (Nr. 41/2013):

Präsident Baschar al-Assad hat eingeräumt, dass er und seine Regierung Fehler gemacht und dass auch sie Anteil an der innenpolitischen Krise hätten. In einem am Montag veröffentlichten Interview mit dem deutschen Nachrichten-Magazin der SPIEGEL sagte Assad, dass er nicht behaupten könne, die Aufständischen hätten „hundert Prozent Schuld und wir null“. Die Wirklichkeit habe auch „Grautöne“.

Die „Washington Post“ zur SPIEGEL-Reportage „Die Rückkehr des Löwen“ über die Vorbereitungen der Warlords in Afghanistan auf die Zeit nach dem Abzug der Nato und die Ambitionen des früheren Mudschahidin-Kommandeurs Ismail Khan (Nr. 39/2013):

Am Sonntagabend umfasste die Kandidatenliste für die Präsidentenwahlen im kommenden Jahr nicht nur einige der mächtigsten Funktionäre Afghanistans, sondern auch einige der berüchtigtsten Warlords. Abdul Rasul Sayyaf, ein religiöser Gelehrter, der sich zum Mudschahidin-Kommandeur wandelte, wählte sich Ismail Khan als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft – einen Mann, der einst große Gebiete im Westen Afghanistans kommandierte. Khan will, dass die afghanische Zivilbevölkerung die Sicherheit in ihre eigenen Hände nimmt. „Was ist diese Armee wert?“, sagte er letzten Monat dem SPIEGEL: „Sie ist nur mit Gewehren ausgestattet.“

Mit 2726 Erwähnungen führt der SPIEGEL nach wie vor das Zitate-Ranking des PMG Presse-Monitors an. Auf Platz zwei folgt „Bild“ mit 2633 Zitaten. An dritter Stelle steht die „New York Times“ mit 1988 Erwähnungen.

Ehrungen

Für die Rekonstruktion einer Sitzung des Europäischen Rats („Die Kuhhändler“) sind die SPIEGEL-Redakteure Dirk Kurbjuweit, Christoph Pauly, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Christoph Scheuermann und Christoph Schult mit dem Ernst-Schneider-Preis der deutschen Industrie- und Handelskammern in der Sparte „Wirtschaft in überregionalen Printmedien“ ausgezeichnet worden. Die Arbeit der Journalisten habe den Lesern „außergewöhnliche Einblicke in Entscheidungsmuster eines EU-Gipfels“ gegeben, hieß es in der Begründung.

